

**BERLINER GESELLSCHAFT FÜR  
FASCHISMUS- UND  
WELTKRIEGSFORSCHUNG e. V.**

**Heft 16**

**Thema:  
Faschismusforschung in der DDR**

**2001**

## INHALTSVERZEICHNIS

### **Thema**

Werner Röhr Faschismusforschung in der DDR. Eine Problemskizze	3
---	---

### **Artikel**

Kurt Pätzold Von den frühen Memoiren deutscher Wirtschaftsführer zu den aktuellen Auseinandersetzungen um Zwangsarbeit und Raubgold	75
---	----

### **Rezensionen**

Carl Dirks/Karl Heinz Janßen: Der Krieg der Generäle. Hitler als Werkzeug der Wehrmacht (Martin Moll)	95
Präventivkrieg. Der deutsche Angriff auf die Sowjetunion, hg. von Bianka Petrow-Ennker (Gerhart Hass)	102
Lutz Hochmeister: Der Gegnerforscher. Die Karriere des SS-Führers Franz Alfred Six (Werner Röhr)	105
Hans Ulrich Jost: Politik und Wirtschaft. Die Schweiz 1938-1948 (Berthold Puchert)	111
Franz W. Seidler/Dieter Zeigert: Die Führerhauptquartiere (Gerhart Hass)	114
Frank Lothar Kroll: Utopie als Ideologie. Geschichtsdenken und politisches Handeln im Dritten Reich (Werner Röhr)	116
Hermann Langbein: Der Auschwitz-Prozeß (Günther Wieland)	120
Bernhard Wasserstein: Europa ohne Juden (Sybille Hinze)	124
Gabriel Kolko: Das Jahrhundert der Kriege (Martin Moll)	126

[2:]

### **Annotationen**

#### **Berichte über wissenschaftliche Veranstaltungen**

Programmierter Sieg? Vermeidbare Niederlage? (Fritz Petrick)	136
Wirtschaftsgeschichte – Kriegsgeschichte (Gerlinde Grahn)	140

[3:]

WERNER RÖHR

## Faschismusforschung in der DDR.

### Eine Problemskizze<sup>1</sup>

Gegenstand dieses Beitrags sind ausschließlich geschichtswissenschaftliche Forschungsergebnisse in der DDR über Faschismus, Widerstand und Weltkrieg. Weder Didaktik, Propaganda und Publizistik noch die Politik mit der Geschichte noch die öffentliche Gedenkkultur werden hier mituntersucht. Auch literarische, filmische, bildkünstlerische, museale und weitere Formen der Auseinandersetzung bleiben unberücksichtigt, auch wenn sie gewiß mehr Wirkung hatten und haben als die Historiographie. Zeitlich soll es um die Jahrzehnte zwischen 1963 und 1990 gehen, mit einem kurzen Ausblick auf neuere Arbeiten derselben Autoren im letzten Jahrzehnt. Inhaltlich geht es um Erkenntnisse und Analysen, Leistungen und Schwächen, Schwierigkeiten und Desiderata anhand ausgewählter Probleme. Dabei soll vor allem auf solche Arbeiten hingewiesen werden, in denen sich die Problemsicht und der Stand dieser Forschungen niederschlugen.<sup>2</sup>

#### 1. Politische Ausgangspunkte

Faschismus- und Weltkriegsforschung erwachsen nicht erst seit 1945 aus dem Anliegen, Faschismus und Krieg zu bekämpfen, ihre Folgen zu überwinden und ihre Wiederholung zu verhindern. Der Widerstand gegen den Faschismus sah sich von Anfang an nicht nur politisch, sondern auch theoretisch herausgefordert, die wissenschaftliche Beschäftigung mit diesem Gegenstand erwuchs aus politischen Bedürfnissen. Die Dokumentation der Verbrechen an den Völkern Europas, die Erforschung und Würdigung des Widerstandes und die Überwindung der geistigen Folgen der faschistischen Diktatur gehörten zu jenem Vermächtnis des antifaschistischen Widerstandes, das in der DDR Staatsdoktrin wurde und aus dem der Auftrag wissenschaftlicher Beschäftigung erwuchs. Politisch führte die DDR dabei die Tradition des 1918/19 bzw. 1933 unterlegenen, revolutionären Flügels der deutschen Arbeiterbewegung fort bzw. wollte dies tun.

[4:] Der Antifaschismus schuf ein starkes Interesse an der Aufdeckung der Wurzeln von Faschismus und Krieg, an der Dokumentation der Verbrechen und ihrer Nutznießer. Die Verfügung über die Archive auf dem Territorium der DDR machte es möglich, Quellen dafür zu nutzen, die im Westen für Jahrzehnte auch für die meisten Forscher verschlossen blieben. Eine solche Grundlage und Aufgabenstellung hätte erwarten lassen, daß Faschismus- und Weltkriegsforschung seit Beginn der DDR großzügige Förderung erfahren würden, daß sie umfassend und systematisch betrieben, institutionalisiert und zu öffentlicher Wirkung entfaltet würden. Hier springen bei einem Rückblick einige paradoxe Sachverhalte ins Auge:

Systematische Forschungen begannen relativ spät, in der ersten Hälfte der 60er Jahre. Die geringen materiellen Mittel und begrenzten Forschungskapazitäten wurden in hohem Maße auf die Weltkriegsforschung konzentriert, unter bewußter Vernachlässigung anderer Felder. Aber selbst diese um ein zentrales Projekt gruppierten Forschungen waren unzureichend ausgestattet und blieben institutionell zersplittert, ihre Förderung war keineswegs angemessen. Die grundsätzliche Übereinstimmung zwischen dem antifaschistischen Vermächtnis des Widerstandes, der Staatsdoktrin der DDR und dem politischen Anliegen der Faschismus- und Weltkriegsforschung war nicht widerspruchsfrei. Wissenschaftliche Forschung hatte bei der politischen Umsetzung des Vermächtnisses der antifaschistischen Widerstandskämpfer verständlicherweise nicht die höchste Priorität. Der Vorteil der Übereinstimmung erwies sich als ambivalent, in manchen Fällen blockierend. Wissenschaft basiert auf kritischer

---

<sup>1</sup> Überarbeiteter und erweiterter Vortrag auf der Konferenz des Jenaer Forums für Bildung und Wissenschaft am 13. Oktober 2000 in Jena zur „Geschichtsschreibung in der DDR. Rück-Sichten auf Forschungen zum 19. Jahrhundert und zur ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts“. Der vollständige Text erscheint im Konferenzband. Für kritische Hinweise danke ich Brigitte Berlekamp, Brigitte Hering, Kurt Pätzold und Karl Heinz Roth.

<sup>2</sup> Auf institutionelle Fragen der Forschung, ihre Zentren, Projekt- und Editionsorganisation sowie ihre Zeitschriften kann aus Platzgründen in diesem Beitrag nicht eingegangen werden.

Analyse, der Zweifel und die Öffentlichkeit des Streits sind ihr Lebensbedingung, was sie von der Strafverfolgung faschistischer Verbrechen ebenso unterscheidet wie von der ehrenden Würdigung der Opfer. Diese Ambivalenz und Widersprüchlichkeit zwischen dem politisch begründeten Anliegen der Forschung einerseits und ihren politisch determinierten Realisierungsbedingungen andererseits soll im Rahmen dieses Beitrages nach der Erörterung einiger inhaltlicher Probleme differenziert werden.

Während Länder wie Polen, Frankreich, Belgien, die Niederlande, Israel und weitere jeweils nationale Dokumentations- und Forschungsstätten zur Geschichte von Faschismus und Widerstand einrichteten, hat es der antifaschistische Staat DDR nicht vermocht, eine institutionelle Grundlage für ein solches Anliegen zu schaffen. Ideen und Pläne, die entsprechenden archivalischen Bestände zusammenzuführen und auf ihrer Grundlage ein Zentrum zu gründen, wurden nur intern diskutiert und erhielten niemals die politische Unterstützung derjenigen Kraft, die sich allein zur Initiative befugt hielt. Die SED behielt sich vor, die Widerstandsforschung auf breiter empirischer Grundlage selbst in die Hand zu nehmen und ließ in jedem Kreis von historischen Kommissionen ein immenses Material sammeln. Dieser überaus reiche Fundus wurde aber nicht wissenschaftlich ausgewertet. Neben der Widerstandsforschung hielten entscheidende Vertreter [5:] der „führenden Kraft“ Forschungen zum Faschismus lange Zeit für nachrangig oder gar für überflüssig. Die Forschungen dazu waren und blieben zersplittert, auch die archivalischen Quellen blieben verstreut. Im Grunde wurde an allen universitären und fast allen außeruniversitären historischen Instituten auch zur Geschichte des Faschismus und des zweiten Weltkrieges geforscht, so daß bei einer Addierung aller damit befaßten Historiker das irreführende Bild einer großen Forschungskapazität entsteht. Doch nur in wenigen Instituten war Faschismus- und Weltkriegsforschung ein tragender oder profilbestimmender Gegenstand, dem sich Projekt- bzw. Forschungsgruppen ausschließlich oder vorrangig widmeten.

Hinsichtlich der beschränkten Kapazitäten teilte die Faschismus- und Weltkriegsforschung einige allgemeine Bedingungen mit anderen historischen Forschungsrichtungen: Die DDR war der kleinere und ärmere deutsche Staat. Die vorhandenen Mittel wurden nach einem eng verstandenen Nutzensprinzip ausgegeben, dem wiederum bei den darüber entscheidenden Personen und Institutionen ein geringes Wissen über die Wirkungsweise von Geschichtswissenschaft zugrunde lag. Geringer noch als die Forschungsmittel waren die Publikationsmöglichkeiten, die meisten Dissertationen blieben ungedruckt. Aufgrund der gleichen geschichtlichen Herkunft hatten die Historiker der DDR dasselbe Pensum deutscher Geschichte durchzuarbeiten wie die westdeutschen Historiker, deren Zahl und deren Mittel erheblich größer waren. Zudem geschah das auf DDR-Seite mit dem ehrgeizigen Vorsatz und unter dem Zwang, sich mit nahezu allem und jedem kritisch auseinanderzusetzen, was über diese Geschichte geschrieben worden war.

## **2. Forschungsschwerpunkte und -desiderata**

Eine systematische und nicht nur punktuelle Forschung zum deutschen Faschismus setzte erst in den 60er Jahren ein, sie richtete sich auf die komplexe Erforschung des zweiten Weltkrieges und gruppierte sich um die Erarbeitung des Werkes „Deutschland im zweiten Weltkrieg“. Diese Konzentration hat es ermöglicht, bedeutende Quellenpublikationen, Monographien und Serien zu erarbeiten. Ihr sind aber auch, wenn auch nicht ausschließlich, Vernachlässigungen, Vereinseitigungen und Desiderata anzulasten. Die über mehr als zwei Jahrzehnte praktizierte Konzentration hatte zur Folge, daß wichtige andere Teilgegenstände entweder völlig außer Betracht oder doch randständig blieben, oder nur insofern einbezogen wurden, wie sie sich dem großen Komplex zuordnen ließen. Die DDR-Historiker folgten mit dieser einseitigen Konzentration wesentlich dem dominierenden Forschungsinteresse der sowjetischen, amerikanischen, britischen und französischen Historiker, für die völlig selbstverständlich die Kriegsanstrengungen ihrer Länder ein erstrangiger Gegenstand waren. Für die Historiographie der DDR aber hieß diese Nachfolge, daß das für die deutsche Geschichte vorrangige Erfordernis, nämlich aufzuklären, wie diese faschistische [6:] Diktatur zustande kam und warum sie sich eine so starke Massenunterstützung bis Kriegsende mobilisieren konnte, völlig unzureichend bearbeitet blieb. In den ersten beiden Jahrzehnten nach der Befreiung war das noch anders gewesen, damals fand die Vorgeschichte des Krieges größere Aufmerksamkeit als sein Verlauf.

## 2.1. Schwerpunkte der Forschung

Von Forschungsgruppen an Instituten bzw. Einzelforschern in Jahrzehnten mehr oder minder systematisch bearbeitete Gegenstände waren:

a) Deutschland im ersten Weltkrieg: Forschungen zur Geschichte Deutschlands im ersten Weltkrieg gingen zeitlich denen zum zweiten Weltkrieg voraus und bilden eine wesentliche Etappe in der Herausbildung des Forschungsansatzes, Kriegsgeschichte nicht ausschließlich oder in erster Linie als Geschichte der militärischen Kampfhandlungen, sondern als komplexe Geschichte einer Gesellschaft im Kriege zu schreiben. Dieser Ansatz bezog Ursachen und Vorbereitung des Krieges, die Außen-, Wirtschafts- und Innenpolitik des kaiserlichen Deutschland und die Lage der Volksmassen mit ein. Ausdrücklich wurden für die Vorgeschichte und Verlauf des Krieges die Antikriegskräfte und ihr Kampf gegen den Krieg aufgenommen. Das wichtigste Ergebnis ist das dreibändige Werk „Deutschland im ersten Weltkrieg“<sup>3</sup>. Darin wird auch kritisch die Geschichte der Geschichtsschreibung über den ersten Weltkrieg behandelt. Studien zur Entwicklung des deutschen Imperialismus vor und im ersten Weltkrieg bereiteten dieses Werk vor und flankierten es.<sup>4</sup>

b) Geschichte der NSDAP von 1920-1945: Die Geschichte der NSDAP als Parteiorganisation wurde systematisch untersucht, allerdings reichten die Kräfte nicht, auch die Geschichte ihrer wichtigsten Gliederungen und angeschlossenen Verbände mit gleicher Intensität zu erforschen. Von ihnen wurde die Deutsche Arbeitsfront (DAF) noch am gründlichsten untersucht, der Fundus an Arbeiten ist [7:] zwar schmal, dafür solide und fundiert.<sup>5</sup> Dagegen liegen zu SS<sup>6</sup>, SA, NSKK, NSBO<sup>7</sup>, NSV und den vielen angeschlossenen berufsspezifischen Organisationen außer Lexikonartikeln<sup>8</sup> meist nur wenige oder keine Arbeiten vor. Die Arbeiten zur NSDAP-Parteiorganisation untersuchen ihre Struktur, ihre Wirkungsweise und ihre Funktionen gegenüber den von ihr organisierten Massen, sie betreffen deren Verhältnis zu den Geldgebern, sowohl der nichtmonopolistischen Bourgeoisie als auch der großen Industrie- und Bankkonzerne, weniger erforscht wurde ihre Verflechtung mit dem Staatsapparat. Wichtige Schriften betreffen die Frühphase der NSDAP, zu der Kurt Gossweiler und Wolfgang Ruge Arbeiten vorlegten<sup>9</sup>, die Krise des faschistischen Regimes und ihre Lösung am 30. Juni 1934, zu der

---

<sup>3</sup> Deutschland im ersten Weltkrieg, Berlin 1968, 2., durchgesehene Aufl. 1970; Bd. I: Vorbereitung, Entfesselung und Verlauf des Krieges bis Ende 1914. Von einem Autorenkollektiv unter Leitung von Fritz Klein; Bd. 2: Januar 1915 bis Oktober 1917. Von einem Autorenkollektiv unter Leitung von Willibald Gutsche; Bd. 3: November 1917 bis November 1918. Von einem Autorenkollektiv unter Leitung von Joachim Petzold.

<sup>4</sup> Studien zum deutschen Imperialismus vor 1914, hg. von Fritz Klein, Berlin 1976; Herrschaftsmethoden des deutschen Imperialismus 1897/98 bis 1917. Dokumente zur innen- und außenpolitischen Strategie und Taktik der herrschenden Klassen des Deutschen Reiches, hg. von Willibald Gutsche, Berlin 1977; Neue Studien zum Imperialismus vor 1914, hg. von Fritz Klein, Berlin 1980; Forschungsergebnisse zur Geschichte des deutschen Imperialismus vor 1917, Berlin 1980; Studien zur Politik und Ideologie im Imperialismus, hg. von Fritz Klein, Berlin 1984; Willibald Gutsche: Monopole, Staat und Expansion vor 1914, Berlin 1986.

<sup>5</sup> Reinhard Giersch: Die „Deutsche Arbeitsfront“ (DAF) ein Instrument zur Sicherung der Herrschaft und zur Kriegsvorbereitung des faschistischen deutschen Imperialismus (1933-1938), Phil. Diss., Jena 1981; ders.: Deutsche Arbeitsfront (DAF), in: Lexikon zur Parteiengeschichte, Bd. 1, S. 548-569; ders.: Von der „Nationalsozialistischen Betriebszellenorganisation“ zur „Deutschen Arbeitsfront“ 1932-1934, in: Jahrbuch für Geschichte, Bd. 26, Berlin 1982, S. 43-73.

<sup>6</sup> Vgl. SS im Einsatz. Eine Dokumentation über die Verbrechen der SS, hg. von Heinz Schumann und Heinz Kühnrich, Berlin 1957, 7., neu bearbeitete und erweiterte Auflage 1964.

<sup>7</sup> Vgl. Hermann Roth: Die Nationalsozialistische Betriebszellenorganisation (NSBO) von der Gründung bis zur Röhme-Affäre (1928-1934), in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte, Berlin 1978, Teil 1, S. 51 ff.; Reinhard Giersch: Die Nationalsozialistische Betriebszellen-Organisation (NSBO), in: Lexikon zur Parteiengeschichte, Bd. 3, S. 454-459.

<sup>8</sup> Vgl. Lexikon zur Parteiengeschichte. Die bürgerlichen und kleinbürgerlichen Parteien und Verbände in Deutschland (1789-1945) In vier Bänden, hg. von Dieter Fricke in Zusammenarbeit mit Manfred Weißbecker, Siegfried Schmidt, Herbert Gottwald und Werner Fritsch, Leipzig 1983-1986. Es enthält Artikel zu DAF, NSDAP, NSBO, SA und SS. Zahlreiche Publikationen zu diesen Organisationen finden sich auch in: Jenaer Beiträge zur Parteiengeschichte.

<sup>9</sup> Kurt Gossweiler: Kapital, Reichswehr und NSDAP, Berlin 1982, 2., durchges. Auflage 1984; ders.: Aufsätze zum Faschismus, Berlin 1986; Wolfgang Ruge: Das Ende von Weimar: Monopolkapital und Hitler, Berlin 1983; ders.: Monopolbourgeoisie, faschistische Massenbasis und NS-Programmatik in Deutschland vor 1933, in: Faschismusforschung. Positionen – Probleme – Polemik, hg. von Dietrich Eichholtz und Kurt Gossweiler, Berlin 1980, S. 125-156.

Kurt Gossweiler eine empirisch wie analytisch überaus eindringliche Studie verfaßte, sie allerdings in der DDR nicht publizierte<sup>10</sup>, und die Rolle der NSDAP in der Mobilisierungsplanung für den Krieg<sup>11</sup>. Rar blieben spezielle Arbeiten zur Geschichte der NSDAP an der Macht<sup>12</sup> und ihres Systems der vielfachen organi-[8:]satorischen Bindung der deutschen Bevölkerung an das faschistische Regime. Ein Stiefkind der Forschung blieb die Rolle der NSDAP in der deutschen Okkupationsherrschaft über die besetzten Länder Europas. Bei diesem Gegenstand verzeichnen wir wie auf anderen Forschungsfeldern die Tatsache, daß das politische und didaktische Bedürfnis nach Überblickswerken über lange Zeit Kapazitäten band, die dann für eine Spezialforschung fehlten. Ungeachtet dessen ist die von Kurt Pätzold und Manfred Weißbecker verfaßte Geschichte der NSDAP eine gediegene, analytisch anspruchsvolle Arbeit, die zu einem Standardwerk geworden, allerdings die einzige ihrer Art von deutschen Historikern seit 1945 geblieben ist.<sup>13</sup>

c) Monopolkapital und faschistische Diktatur: Die Arbeiten dazu umfassen die Periode vor 1933, die Konstituierung der faschistischen Diktatur, Kriegsvorbereitung und die Neuordnungspläne der Konzerne im Siegesrausch, die Raubzüge und die Ausbeutungspraxis im Kriege, die Regulierung der deutschen Kriegswirtschaft durch die mächtigsten Rüstungsproduzenten und nicht zuletzt die Nachkriegsplanungen des Reichsgruppe Industrie (RGI) und anderer Unternehmerverbänden, als die bevorstehende Niederlage nicht mehr zu ignorieren war. Wichtige Einzelstudien behandeln Großbanken, die Vereinigten Stahlwerke und die IG Farben. Arbeiten zu diesem Komplex werden nachfolgend gemeinsam mit jenen zur deutschen Kriegswirtschaft noch ausführlicher vorgestellt.

d) Deutschland im zweiten Weltkrieg: Die wichtigsten Zentren der Weltkriegsforschung waren das Zentralinstitut für Geschichte der Akademie der Wissenschaften der DDR in Berlin und das Militärgeschichtliche Institut der DDR in Potsdam. Ihr bedeutendstes, zahlreiche Historiker integrierendes Forschungs- und Editionsprojekt war die Gesamtdarstellung „Deutschland im zweiten Weltkrieg“, deren sechs Bände von 1974 bis 1985 erschienen. Sie wurde von vielen, mit Forschungsberichten eingeleiteten Dokumentationsbänden flankiert. Ab 1988 folgte die neunbändige Dokumentationsreihe „Europa unterm Hakenkreuz“.

Die konzeptionelle Innovation dieses zentralen Projektes bestand darin, Kriegsgeschichte nicht mehr allein oder vorrangig als Geschichte der militärischen Kampfhandlungen, sondern als umfassende Geschichte der Gesellschaft im Kriege zu schreiben. Die Arbeiten zum zweiten Weltkrieg beanspruchten über Jahrzehnte einen Großteil der geringen historiographischen Forschungskapazitäten des kleinen Landes. Diese Forscher waren produktiv, ihre Ergebnisse liegen in zahlrei-[9:]chen Büchern und noch mehr Zeitschriftenartikeln vor. Eine besondere Stärke dieser Historiographie war ihr Gehalt an ausgewerteten und dokumentierten Archivquellen. Ansatz, Ergebnisse und Schwächen dieser Forschung werden im folgenden detaillierter vorgestellt.<sup>14</sup>

---

<sup>10</sup> Kurt Gossweiler: Die Röhm-Affäre. Hintergründe – Zusammenhänge – Auswirkungen, Köln 1983.

<sup>11</sup> Vgl. Manfred Weißbecker/Gert Noack: „Die Partei als Rückgrat der inneren Front“, Mobilmachungspläne der NSDAP für den Krieg (1937 bis 1939), in: Der Weg in den Krieg. Studien zur Geschichte der Vorkriegsjahre (1935/36 bis 1937), hg. von Dietrich Eichholtz und Kurt Pätzold, Berlin 1989, S. 67-90; Laurenz Demps: Dokumente zur Funktion der faschistischen Partei (NSDAP) bei der Vorbereitung des zweiten Weltkrieges (1937-1939), in: Bulletin des Arbeitskreises „Zweiter Weltkrieg“, Berlin (im folgenden: Bulletin), 1977/3/4, S. 52 ff.

<sup>12</sup> Vgl. Manfred Weißbecker: Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei, in: Lexikon zur Parteiengeschichte, Bd. 3, S. 460-523; ders.: Thesen zu Rolle und Funktion der NSDAP im staatsmonopolistischen Herrschaftssystem des faschistischen deutschen Imperialismus, in: Jenaer Beiträge zur Parteiengeschichte, Heft 37/38, Jena 1976, S. 12 ff.; Christa Olschewski: Die Leitung der Politi-[8:]schen Organisation (PO) der NSDAP und ihre Tätigkeit während der Konsolidierungsphase der faschistischen Diktatur in Deutschland (1933/34), Phil. Diss., Berlin 1982.

<sup>13</sup> Kurt Pätzold/Manfred Weißbecker: Hakenkreuz und Totenkopf. Die Partei des Verbrechens, Berlin 1981; Neuauflage unter dem Titel: Geschichte der NSDAP 1920 bis 1945, Köln 1998, vgl. auch Manfred Weißbecker: Von Weltkrieg zu Weltkrieg. Die friedlose NSDAP, in: Der Weg deutscher Eliten in den zweiten Weltkrieg. Nachtrag zu einer verhinderten deutsch-deutschen Publikation, hg. von Ludwig Nestler, Berlin 1990, S. 327-381.

<sup>14</sup> Einen Überblick über die wichtigsten Arbeiten der Weltkriegshistoriker der DDR bis 1988 gibt Gerhart Hass in dem Band „Neue Forschungen zum Zweiten Weltkrieg. Literaturberichte und Bibliographien aus 67 Ländern“ (S. 87-101), der 1990 von Jürgen Rohwer und Hildegard Müller herausgegeben wurde. Vgl. auch die bis 1990 reichende, von Margarete Piesche erarbeitete Auswahlbibliographie in: Margarete Piesche/Gerhart Hass/Werner

e) Deutsche Kriegswirtschaft: Zahlreiche Arbeiten zum Verhältnis von Politik und Ökonomik im deutschen Faschismus untersuchten die Interessen insbesondere der Rüstungsindustrie und der Großbanken am Krieg und im Kriege. Schwerpunkte waren einmal die jeweils besonderen, konkurrierenden Interessen der Konzerne und Banken an der Rüstung, an der Ausbeutung der besetzten Länder und der Aneignung ihrer Bodenschätze, Produktionsmittel und Arbeitskräfte. Diese Interessen wurden anhand der überlieferten Denkschriften, Vorschläge zur Rüstungskonzeption, zu den Kriegszielvorstellungen, den Plänen für eine europäische „Großraumwirtschaft“, den Vorschlägen für eine „Neuordnung“ Europas, zur Besatzungspolitik und schließlich in Erwartung der Niederlage in den vorbereiteten Programmen für den Übergang Deutschlands in die Nachkriegszeit dokumentiert. Besonders instruktiv war das Zusammenspiel der Industriellen und der Banken mit den staatlichen Stellen beim Konkurrenzkampf um die lukrativste Beute. Schwerpunkte dieser Forschungen waren zum anderen das spezifische System der regulierten deutschen Kriegswirtschaft zur wirtschaftlichen Sicherung der Kriegführung und sehr konkret die darin realisierten Beziehungen zwischen den führenden Kapitalisten und den Vertretern des Staates. In den Veränderungen der Funktionsweise und der Steuerung der Kriegswirtschaft bis hin zum System Speer wurde zugleich das Herrschaftssystem der faschistischen Diktatur hinsichtlich der Spezifik von Politik und Ökonomik im Kriege analysiert und theoretisch rekonstruiert. Die außerordentliche Kriegskonjunktur der Rüstungsproduzenten, die Rationalisierung, Reduktion und partielle Zerstörung der anderen Sektoren der Volkswirtschaft zu ihren Gunsten und schließlich ihre Gewinnbilanz wurden untersucht: Ein Schwerpunkt dieser Arbeiten war schließlich die Lage der Arbeiter in dieser Rüstungswirtschaft und der Rekrutierung und Auspowerung von Millionen Zwangsarbeitern aus ganz Europa. Allerdings blieb die spezifische Sozialpolitik der Regimes gegenüber den deutschen Arbeitern dabei unterbelichtet, obwohl gerade die Arbeiter in erster Linie als Opfer des Terrors, als Verführte dieser Politik fixiert wurden, kaum aber als Beteiligte, als Produzenten. Einige Gesichtspunkte dieser Forschungen werden nachfolgend noch im einzelnen behandelt.

[10:] f) Wehrmacht und Weltkrieg: Mit der systematischen Erforschung des Krieges als eines von Deutschland geführten Weltkrieges richteten sich umfangreiche Forschungen auf die Zusammenhänge von Rüstung und Kriegskonzeption, insbesondere auf die Vorstellungen der Wehrmacht über einen Blitzkrieg und einen totalen Krieg, auf ihre Feldzugsplanungen und deren Zusammenhang mit der Kriegs- und Okkupationspolitik, auf die realen militärischen Anstrengungen Deutschlands in diesem Krieg und schließlich auf die Rolle der Wehrmacht nicht nur für die Kriegführung, sondern ebenso innerhalb der deutschen Gesellschaft im Kriege und als Faktor der deutschen Besatzungsherrschaft.<sup>15</sup> Während allerdings der deutschen Luftkriegsführung sowie dem Bombenkrieg gegen Deutschland monographische Werke gewidmet wurden<sup>16</sup>, stehen ihnen hinsichtlich des Heeres und der Marine keine vergleichbaren Arbeiten zur Seite. Ebenso fehlen Arbeiten zur sich verändernden Rolle der Wehrmacht innerhalb des Regimes und zur Wehrmachtjustiz. Was die Verbrechen der Wehrmacht in den besetzten Ländern angeht, so wurden sie von DDR-Historikern bereits dokumentiert, als ihre nach 1945 in die Welt gesetzten Legenden in der BRD im öffentlichen Bewußtsein noch ungebrochen schienen.

---

Röhr: Word War II in the Historiography of the GDR. A Selected Bibliographie, in: Bulletin du Comité international d'histoire de la Deuxième Guerre mondiale, Nr. 30/31, 1999/2000, S. 219-244.

<sup>15</sup> Vgl. Gerhard Förster; Totaler Krieg und Blitzkrieg. Die Theorie des totalen Krieges und des Blitzkrieges in der Militärdoktrin des faschistischen Deutschland am Vorabend des 2. Weltkrieges, Berlin 1967; ders./ Nikolaus Paulus: Abriß der Geschichte der Panzerwaffe, Berlin 1977, <sup>3</sup>1982; Wolfgang Kern: Die innere Funktion der Wehrmacht 1933-1939, Berlin 1979; Auf antisowjetischem Kriegskurs. Studien zur militärischen Vorbereitung auf die Aggression gegen die UdSSR (1933-1941), hg. von Hans Höhn u. a., Berlin 1970; Norbert Müller; Wehrmacht und Okkupation 1941-1944. Zur Rolle der Wehrmacht und ihrer Führungsorgane im Okkupationsregime des faschistischen deutschen Imperialismus auf sowjetischem Territorium, Berlin 1971. Den besten Überblick bietet die von Renate und Werner Stand erarbeitete Bibliographie der Forschungsarbeiten am Militärgeschichtlichen Institut der DDR: Forschungen zur Militärgeschichte. Probleme und Forschungsergebnisse des Militärgeschichtlichen Instituts der DDR, hg. von Hans-Joachim Beth, Reinhard Brühl und Dieter Dreetz, Berlin 1998, S. 309-334.

<sup>16</sup> Olaf Groehler: Geschichte des Luftkrieges 1910-1980, Berlin 1975, <sup>8</sup>1990; ders.: Bombenkrieg gegen Deutschland, Berlin 1990; ders.: Kampf um die Luftherrschaft. Beiträge zur Luftkriegsgeschichte des zweiten Weltkrieges, Berlin 1988, <sup>2</sup>1989.

g) Deutsche Okkupationspolitik im zweiten Weltkrieg: Über Jahrzehnte war die Okkupationsforschung innerhalb der europäischen Weltkriegsforschung ein Stiefkind. Besatzungspolitik wurde und wird oft nicht als eigener Gegenstand, sondern als Annex zur „eigentlichen“ Kriegsgeschichte eingestuft. Dies überwunden zu haben, ist ein Verdienst des Projekts „Deutschland im zweiten Weltkrieg“: Hier wurde die Okkupationspolitik als eigenständiger Gegenstand untersucht, was notwendig zu einer Geschichte der Gesellschaft im Kriege gehörte. Zugleich wurde sie erstmals übergreifend analysiert, d.h. nicht vorrangig unter den Aspekten der Nationalgeschichte des besetzten Landes. Über die Besatzungspolitik in einzelnen Ländern wurden von Historikern der DDR einige Studien vorgelegt, vorrangig über [11:] die Sowjetunion, Nordeuropa, Ungarn und die Slowakei.<sup>17</sup> Dagegen erfassen die Einleitungen und die Dokumentation der Reihe „Europa unterm Hakenkreuz“ alle besetzten Länder. Sie konzentrieren sich auf die Praxis der Besatzungspolitik, vor allem auf die Ausbeutung und Ausplünderung der Länder, die Herrschaftsformen der Besatzer und die Kollaboration, auf den Terror und die Massenverbrechen der Okkupanten an den Völkern. Andere Bereiche, wie die Kultur-, Bildungs- und Kirchenpolitik, auch Fragen des Besatzungsrechtes sind schwächer vertreten. Zu den intensiv bearbeiteten Themen gehörten die im „Generalplan Ost“ kulminierenden Pläne für die Errichtung großer deutscher Siedlungsgebiete in Ost- und Südosteuropa bei gleichzeitiger Vertreibung und Ermordung von vielen Millionen Menschen, insbesondere der slawischen Völker, aber auch die Vorbereitungen für die Aneignung der kaukasischen Erdölgebiete, der Bodenschätze Jugoslawiens, Rußlands, Rumäniens, der Ukraine usw. durch die deutsche Industrie. Die Ausplünderung der besetzten Länder, das Millionen betreffende Zwangsarbeitersystem und der Raub von Kulturgut waren hier Schwerpunkte der Forschung.

h) Widerstand gegen Faschismus und Krieg in Deutschland und im Exil: Dieser Forschungsgegenstand hatte hinsichtlich der eingesetzten Kräfte und Mittel sowie des beanspruchten Platzes in den einschlägigen Überblicksdarstellungen eindeutig Priorität vor allen anderen, de facto auch vor dem zentralen Projekt zum zweiten Weltkrieg. Einbezogen wurden alle Widerstandsrichtungen, vorrangig untersucht wurde der Arbeiterwiderstand, vor allem der großen von Kommunisten geführten Gruppen. An ihm wurden auch Begrifflichkeit, Problemsicht, Fragestellungen und Urteilsmaßstäbe der Widerstandsforschung konstituiert. Über ausgewählte Leistungen und Desiderata, Schwächen und Fehler folgt ein selbständiger Abschnitt.

## 2.2. Weitere Forschungsgegenstände

Weniger umfassend bzw. systematisch wurden untersucht:

i) Das faschistische Terrorsystem, seine Träger, Organe und Funktionen: Zwei Ausgangspunkte hätten von einer antifaschistisch motivierten und sich theoretisch als marxistisch begründet verstehenden Historiographie des deutschen Faschismus erwarten lassen, daß sie sich des Terrorismus als Gegenstand der Forschung [12:] besonders annehmen würde. Das ist erstens der direkte Zusammenhang von Verfolgung und Widerstand, insbesondere des Terrors gegen die Arbeiterbewegung. Das ist zweitens die Bestimmung des Faschismus an der Macht als der offen terroristischen Diktatur der reaktionärsten Gruppen des Finanzkapitals. Doch diese Erwartung trügt. Der Terror als ein in sich geschlossenes System und als konstitutives Bindeglied zwischen allen Elementen des faschistischen Herrschaftssystems wurde kaum eigenständig untersucht.

Die beiden einzigen systematischen Arbeiten zum Terrorsystem stammen von Klaus Drobisch und sind in wichtigen Sammelwerken abgedruckt: Sein knapper Abriß „Über den Terror und seine Institutionen in Nazideutschland“ von 1980<sup>18</sup> umreißt die jeweiligen Ziele und Funktionen des politischen

<sup>17</sup> Rochus Door: Wesen und Besonderheiten des faschistischen deutschen Besatzungsregimes in Unger, in: Jahrbuch für die Geschichte der sozialistischen Länder Europas, Berlin 1971, S. 37-56; Hans Dress: Slowakei und faschistische Neuordnung Europas 1939-1941, Berlin 1972; Roswitha Czollek: Faschismus und Okkupation. Wirtschaftspolitische Zielsetzung und Praxis des faschistischen deutschen Besatzungsregimes in den baltischen Sowjetrepubliken während des zweiten Weltkrieges, Berlin 1974; Fritz Petrick: Der „Leichtmetallausbau Norwegen“ 1940-1945. Eine Studie zur deutschen Expansions- und Okkupationspolitik in Nordeuropa, Frankfurt/Main-New York 1992.

<sup>18</sup> Klaus Drobisch: Über den Terror und seine Institutionen in Nazideutschland, in: Faschismusforschung, S. 157-179.

Terrorismus. Der in seiner systematischen Anlage tragfähige Ansatz hätte es verdient, ausgebaut und fortgeführt zu werden. Doch diesem Aufsatz stehen keine entsprechenden Einzeluntersuchungen über die einzelnen Terrorinstitutionen gegenüber. In dem 1989 erschienenen Aufsatz „Kriegsschauplatz Innerdeutschland“<sup>19</sup> analysiert Drobisch die sicherheitspolizeilichen Vorbereitungen auf den Krieg, insbesondere die Zentralisierung der Polizeimacht und die praktische Einübung des unbeschränkten Polizeizugriffs. Der Beitrag führt bis an die Gründung des Reichssicherheitshauptamtes heran, das jedoch nicht mehr Gegenstand ist. Auch in diesem Fall wird die instruktive Analyse nicht durch Detailforschungen anderer Historiker ergänzt.

Im wesentlichen betreffen die Arbeiten zum Terrorsystem der Nazis vier Felder:

1) *Konzentrationslager*: Die in den 60er Jahre aufgenommenen Forschungen zum Konzentrationslager Dora<sup>20</sup> führten leider nicht zu einem Durchbruch, der den Kosmos dieser Lager als Forschungsgegenstand erschlossen hätte, sondern blieben einmalig. Erst 1993 legten Klaus Drobisch und Günter Wieland eine Darstellung des Systems der nazistischen Konzentrationslager 1933-1939 vor.<sup>21</sup> Sie analysierten den Aufbau, die Rolle und das System der Konzentrationslager vorrangig am Beispiel jener Konzentrationslager, die auf dem Territorium der späteren DDR gelegen hatten, voran Buchenwald und Dora, etwas geringer Sachsenhausen und Ravensbrück. Zu diesen Konzentrationslagern konnten sie [13:] sich auf Vorarbeitern von Historikern der DDR stützen, doch war auch diese Materialgrundlage recht schmal.

In der Literatur über die Konzentrationslager dominierten Publizistik, Biographien und Memoiren sowie Belletristik. Die in diesen Formen überlieferte bzw. durch sie geprägte Erinnerung war in der DDR weitaus stärker präsent als die durch Forschung gewonnenen Einsichten.<sup>22</sup> Die Optik der Memoiren und die Perspektive des Gedenkens blendeten notwendige Forschungsfragen und -probleme aus oder hielten sie bedeckt. Auch gegenüber wort- bzw. bildkünstlerischen Darstellungen blieb die historisch-wissenschaftliche Forschung bei der Bearbeitung der Geschichte der Konzentrationslager an Problembewußtsein weit zurück.<sup>23</sup> Probleme der segmentierten Häftlingsgesellschaft und ihrer unterschiedlichen Gruppen, der Wirkungen des alltäglichen Terrors auf die Häftlinge, der Rolle der Funktionshäftlinge u. a. wurden nicht zum Gegenstand der Analysen.

2) *Verfolgung der Antifaschisten*: Teilarbeiten zum Terror finden sich mehr oder weniger explizit als Seitenstrang der Forschungen zum Widerstand, nämlich als Geschichte der Verfolgung. Sie untersuchen nicht das Terrorsystem und seine Funktionen als selbständigen Gegenstand, sondern erfassen den Terror meist unter zwei Aspekten, erstens als zielgerichtete Verfolgung vor allem der politischen Gegner des Faschismus, zweitens als Tätigkeit bestimmter Verfolgungsorgane dabei, meistens der Gestapo.<sup>24</sup>

---

<sup>19</sup> Klaus Drobisch: „Kriegsschauplatz Innerdeutschland“. Sicherheitspolizeiliche Vorbereitungen und Einübungen seit 1935/36, in: Der Weg in den Krieg, S. 41-66.

<sup>20</sup> Götz Dieckmann/Peter Hochmuth: KZ Dora-Mittelbau. Produktionsstätte der V-Waffen – Kampffront gegen Faschismus und Rüstungsproduktion, Nordhausen 1970.; Erhard Pachaly/Kurt Pely: Konzentrationslager Mittelbau-Dora. Zum antifaschistischen Widerstandskampf im KZ Dora 1943-1945, Berlin 1990.

<sup>21</sup> Klaus Drobisch/Günther Wieland: System der NS-Konzentrationslager 1933-1939, Berlin 1993.

<sup>22</sup> Vgl. Buchenwald. Mahnung und Verpflichtung. Dokumente und Berichte, hg. von der Nationalen Mahn- und Gedenkstätte Buchenwald, Berlin 1983.

<sup>23</sup> Vgl. Heinz Kühnrich: Das KZ-Staat, Berlin 1960, <sup>4</sup>1983; IG-Farben, Auschwitz, Massenmord. Über die Blutschuld der IG-Farben, hg. von der Arbeitsgruppe der ehemaligen Häftlinge des Konzentrationslagers Auschwitz beim Komitee der antifaschistischen Widerstandskämpfer der DDR, Berlin 1964; Frauen-KZ Ravensbrück. Von einem Autorenkollektiv unter Leitung von Guste Zörner, Berlin 1971; Sachsenhausen. Dokumente, Aussagen, Forschungsergebnisse und Erlebnisberichte über das ehemalige Konzentrationslager Sachsenhausen, hg. vom Komitee der antifaschistischen Widerstandskämpfer der DDR, Berlin 1974; Ewald Deyda: Allgemeine Aufgaben der Konzentrationslager, sowie Aufgaben und Rolle des Terrororgans der Monopole, der SS, in: Buchenwald-Hefte, Weimar, 1, 1976, S. 17-50; Laurenz Demps: KZ in Berlin, in: Jahrbuch des Märkischen Museums, 3 (1977), S. 7-19; Klaus Drobisch: Widerstand in Buchenwald, Berlin 1977, 2., überarb. Aufl. 1985.

<sup>24</sup> Vgl. Gestapo-Berichte über den antifaschistischen Widerstandskampf der KPD 1933-1945. Ausgewählt, eingeleitet und bearbeitet von Margot Pikarski und Elke Warning, Bd. 1: Anfang 1933 bis August 1939, Berlin 1989; Bd. 2: September 1939 bis August 1943, Berlin 1989; Bd. 3: September 1943 bis Anfang 1945, Berlin 1989.

3) *Justizterror*: Ein eigenes Feld nehmen die Forschungen zum Justizterror ein, sie bezogen sich vor allem auf die Tätigkeit des sog. Volksgerichtshofes<sup>25</sup> und – meist unpubliziert – einiger Sondergerichte.

[14:] 4) *Zwangsarbeit*: Der Terror gegen die ausländischen und deutschen Zwangsarbeiter in der deutschen Kriegswirtschaft bildete einen weiteren Strang der Forschungen zum Terrorsystem der Nazidiktatur, er wurde meist im Zusammenhang mit Arbeiten über einzelne Konzerne bzw. mit Studien über die deutsche Kriegswirtschaft untersucht<sup>26</sup> und systematisch in „Deutschland im zweiten Weltkrieg“ sowie in Eichholtz’ „Geschichte der deutschen Kriegswirtschaft“ behandelt.<sup>27</sup> Die Geschichte ausländischer Arbeiter in Deutschland im 20. Jahrhundert, eingeschlossen der in beiden Weltkriegen zur Zwangsarbeit nach Deutschland deportierten Arbeiter, wurde von einer Rostocker Arbeitsgruppe unter Leitung von Lothar Elsner systematisch erforscht.<sup>28</sup>

Was einzelne terroristische Organisationen bzw. Institutionen betrifft, so kann von einer umfassenden oder systematischen Untersuchung keine Rede sein, es liegt eine monographische Darstellung zur Geheimen Feldpolizei vor<sup>29</sup>, während Arbeiten zur Gestapo<sup>30</sup>, zum SD<sup>31</sup> und zur Ordnungspolizei<sup>32</sup> sachlich, zeitlich oder territorial begrenzte Felder betreffen. Zur SA wurde außer einem Artikel im „Lexikon zur Parteiengeschichte“<sup>33</sup> nichts publiziert, zur SS der schon genannte Band „SS im Einsatz“<sup>34</sup>. Arbeiten zum Reichssicherheitshauptamt und zur Wehrmachtjustiz fehlen.

[15:] j) Rassistische Vernichtungspolitik: Der Mord an den europäischen Juden gehörte zu den in der Forschung lange Zeit vernachlässigten Themen, und das nicht nur in der DDR. Es dauerte lange, bis in den einzelnen Ländern die Forschungen zum Völkermord an den Juden zu einem Kernbestand der Weltkriegsforschung wurden. Die Untersuchungen zum Genozid an Millionen Juden im deutschen Machtbereich, zum Massenmord an Roma und Sinti, Zeugen Jehovas, an Geistes- und sog. Erbkranken sowie anderen Opfergruppen fanden ihren Niederschlag in Lehrbüchern, Monographien und zahlreichen Zeitschriftenartikeln. Sie geben ein umfassendes Bild von den faschistischen Verbrechen, schildern die Entrechtung, Verfolgung und schrittweise Vernichtung der Opfer in den verschiedenen Lagern und schließlich den industriemäßigen Völkermord an den Juden ab 1942. Erkenntnisse über die Bereicherung des deutschen Staates, von Banken, Industriekonzernen und deutschen Privatpersonen im Ergebnis erst der „Arisierungen“, dann der Enteignung und letztlich der Beraubung der in den Vernichtungslagern Ermordeten wurden publiziert. Waren die Forschungen über die Opfergruppen rassistisch begründeter Verfolgung von den Juden über Sinti und Roma, „Erbkranke“, Homosexuelle, „Gemeinschaftsfremde“, bis zu den Kriegsgefangenen und Zwangsarbeitern insgesamt bescheiden, so fanden einige dieser Gruppen in der Historiographie fast gar keine Berücksichtigung.

---

<sup>25</sup> Günther Wieland: Das war der Volksgerichtshof, Berlin 1989.

<sup>26</sup> Vgl. Klaus Drobisch/Dietrich Eichholtz: Die Zwangsarbeit ausländischer Arbeitskräfte in Deutschland während des zweiten Weltkrieges, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, Berlin (im folgenden: ZIG), 5/1970, S. 635.

<sup>27</sup> Dietrich Eichholtz kehrte nach dem Abschluß der „Geschichte der deutschen Kriegswirtschaft“ zu diesem Komplex zurück, vgl. seine jüngsten Arbeiten: Unfreie Arbeit – Zwangsarbeit, in: Krieg und Wirtschaft. Studien zur deutschen Wirtschaftsgeschichte 1939-1945, hg. von Dietrich Eichholtz, Berlin 1999, S. 129-156, sowie: Zwangsarbeit in der deutschen Kriegswirtschaft (unter besonderer Berücksichtigung der Rüstungsindustrie), in: Stiften gehen. NS-Zwangsarbeit und Entschädigungsdebatte, hg. von Ulrike Winkler, Köln 2000, S. 10-40.

<sup>28</sup> Lothar Elsner/Joachim Lehmann: Ausländische Arbeiter unter dem deutschen Imperialismus (1900-1985), Berlin 1988.

<sup>29</sup> Klaus Geßner: Geheime Feldpolizei. Zur Funktion und Organisation des geheimpolizeilichen Exekutivorgans der faschistischen deutschen Wehrmacht, Berlin 1986, vgl. auch Klaus Geßner: Geheime Feldpolizei – die Gestapo der Wehrmacht, in: Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941-1944, hg. von Hannes Heer und Klaus Naumann, Hamburg 1995, S. 343-356.

<sup>30</sup> Vgl. Laurenz Demps: Der Übergang von der Abteilung I (politische Polizei) des Berliner Polizeipräsidiums in das Geheime Staatspolizeiamt (1933/34), Berlin 1982.

<sup>31</sup> Alwin Ramme: Der Sicherheitsdienst der SS. Zu seiner Funktion im faschistischen Machtapparat und im Besatzungsregime des sogenannten Generalgouvernements Polen, Berlin 1970.

<sup>32</sup> Vgl. Norbert Müller: Zum Charakter und zum Kriegseinsatz der faschistischen Ordnungspolizei, in: Militärgeschichte, Potsdam, 23 (1984), S. 515-520.

<sup>33</sup> Kurt Pätzold/Peter Rüssig: Sturm-Abteilung der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei, in: Lexikon zur Parteiengeschichte, Bd. 4, S. 159-191; Klaus Drobisch: Schutz-Staffel, in: Ebenda, Bd. 4, S. 118-127.

<sup>34</sup> Siehe Fußnote 6.

Die Untersuchungen über den Völkermord an den Juden vermieden es, diesen Forschungsstrang von der Weltkriegsforschung insgesamt zu isolieren, sie richteten ihr Augenmerk gerade auf die Zusammenhänge der Vernichtungspolitik mit dem Krieg und der „Neuordnungs“politik. Diese integrierte Forschung allerdings kam jedoch kaum zustande, wenn es um die Untersuchung der Haltung der Masse des deutschen Volkes gegenüber dem Antisemitismus, den Verfolgungen und dem Genozid ging. Veröffentlichungen über einzelne Hilfs- und Rettungsmaßnahmen für Juden beantworteten nicht die Grundfrage nach dem Verhalten der Masse der Deutschen gegenüber den oft seit Jahrhunderten in Deutschland verwurzelten jüdischen Familien. Die Ursachen liegen im Zurückbleiben der Alltags- und Mentalitätsgeschichte. Aber auch der offizielle Anti-Zionismus errichtete zusätzliche Schranken vor einer intensiveren Beschäftigung mit dieser Thematik. Ausgewählte Ansätze, Streitfragen und Ergebnisse dieser Forschungen DDR werden nachfolgend vorgestellt.

k) Außenpolitik: Zur Außenpolitik der Hitlerregierung vor dem Kriege und im zweiten Weltkrieg wurde eine Reihe von Dokumentationen erarbeitet, die vor allem die Politik gegenüber den USA, Japan, der Sowjetunion, Nordeuropa und Südosteuropa betreffen.<sup>35</sup> Demgegenüber ist die Zahl der Monographien und [16:] Studien relativ gering. Gerhart Hass untersuchte die deutsch-amerikanischen Beziehungen 1938-1941<sup>36</sup>, Günter Rosenfeld die deutsch-sowjetischen<sup>37</sup> und Johannes Kalisch die deutsch-polnischen<sup>38</sup>. In mehreren Büchern analysierte Gerhart Hass das Münchener Diktat und die Zerschlagung der Tschechoslowakei<sup>39</sup>, während detailliertere Analysen der Appeasement-Politik erst in den 90er Jahren vorgelegt wurden.<sup>40</sup> Eine umfassende Analyse und Darstellung der Außenpolitik des deutschen Faschismus ist bis 1990 nicht erarbeitet worden.

l) Naziideologie: Zur Naziideologie legten Historiker der DDR nur wenige Arbeiten vor, Beachtung hat vor allem das Buch Joachim Petzolds „Konservative Theoretiker des deutschen Faschismus“ von 1978 gefunden<sup>41</sup>, weil es die jungkonservativen Wurzeln und Verbindungen des Hitlerfaschismus bloßlegt, die nicht nur von den Apologeten einer „konservativen Revolution“ geleugnet werden.<sup>42</sup> Sein zweites Buch „Die Demagogie des Hitlerfaschismus“<sup>43</sup> von 1982 umfaßt den Zeitraum bis 1933 und konzentriert sich auf Genese und Modifikationen der direkt politisch verwerteten Demagogie der Nazis, spart jedoch deren ideologische Strukturen und vor allem deren Wirkungsweise weitgehend aus.<sup>44</sup> Die

---

<sup>35</sup> Griff nach Südosteuropa. Neue Dokumente über die Politik des deutschen Imperialismus gegenüber Südosteuropa im zweiten Weltkrieg, hg. von Wolfgang Schumann, Berlin 1973; Das Bündnis der Rivalen. Der Pakt Berlin-Tokio. Neue Dokumente zur Ost- und Südostasienpolitik des faschisti-[16:]schen deutschen Imperialismus, hg. von Karl Drechsler, Berlin 1978; Johannes Glasneck/Inge Kircheisen: Türkei und Afghanistan – Brennpunkte der Orientpolitik im zweiten Weltkrieg, Berlin 1968; Expansionsrichtung Nordeuropa. Dokumente zur Nordeuropapolitik des faschistischen deutschen Imperialismus 1939-1945, hg. von Manfred Menger, Fritz Petrick und Wolfgang Wilhelmus, Berlin 1987; Sowjetstern und Hakenkreuz 1938-1941. Dokumente zu den deutsch-sowjetischen Beziehungen, hg. von Kurt Pätzold und Günter Rosenfeld, Berlin 1990; 23. August 1939. Der Hitler-Stalin-Pakt. Dokumentation, hg. von Gerhart Hass, Berlin 1990.

<sup>36</sup> Gerhart Hass: Von München bis Pearl Harbor: Zur Geschichte der deutsch-amerikanischen Beziehungen, Berlin 1965; Vgl. ders.: Krieg in Ost oder West? Zur Entscheidung über die Reihenfolge der faschistischen Aggressionen, in: Der Weg in den Krieg, S. 151-182.

<sup>37</sup> Günter Rosenfeld: Die Sowjetunion und das faschistische Deutschland am Vorabend des zweiten Weltkrieges, in: Der Weg in den Krieg, S. 345-380.

<sup>38</sup> Johannes Kalisch: Von der „Globallösung“ zum „Fall Weiß“. Die deutsch-polnischen Beziehungen 1938/39, in: Der Weg in den Krieg, S. 381-402 sowie weitere dort angegebene Arbeiten des VI.

<sup>39</sup> Siehe Gerhart Hass: Münchener Diktat – Komplott zum Krieg, Berlin 1988. Vgl. die Beiträge von Gerhard Fuchs, Gerhart Hass und Wolfgang Schumann dazu in: Bulletin, 1973/2.

<sup>40</sup> Siegfried Büniger: Die Militärpolitik Großbritanniens und Frankreich am Vorabend des zweiten Weltkrieges, in: BULLETIN für Faschismus- und Weltkriegsforschung, Heft 10, Berlin 1998, S. 23-40 (im folgenden: BULLETIN); ders.: Großbritannien und die „Garantie“ für die Tschechoslowakei, in: BULLETIN 11, Berlin 1998, S. 36-49.

<sup>41</sup> Joachim Petzold: Konservative Theoretiker des deutschen Faschismus. Jungkonservative Ideologen in der Weimarer Republik als geistige Wegbereiter der faschistischen Diktatur, Berlin 1978.

<sup>42</sup> Vgl. Armin Mohler: Die Konservative Revolution in Deutschland 1918-1932, Graz 1999 (1. Auflage 1950, als Handbuch 1972).

<sup>43</sup> Joachim Petzold: Die Demagogie des Hitlerfaschismus. Die politische Funktion der Naziideologie auf dem Wege zur faschistischen Diktatur, Berlin 1982.

<sup>44</sup> Vgl. dazu: Projekt Ideologie-Theorie: Faschismus und Ideologie, 2 Bände, Berlin 1980.

Vernachlässigung der Analyse der faschistischen Massenbewegung zeitigte ihre Konsequenz auch bei der Erforschung der Naziideologie: Im Mittelpunkt der diesem Gegen-[17:]stand gewidmeten Arbeiten standen ihre Quellen und ihre Genese, doch diese erklärten für sich allein kaum, „warum so viele Deutsche dem faschistischen Ungeist zum Opfer fielen“<sup>45</sup>. Fragen und Ansätze zur Analyse ihrer Wirkungsfähigkeit und Wirkungsweise wurden nur in wenigen Fällen erörtert, z. B. 1980 auf dem von Manfred Weißbecker in Jena organisierten jährlichen Faschismus-Colloquium.<sup>46</sup>

Die gründlichste und bis heute beste Analyse der Inhalte und der Funktionen der Naziideologie leistete der Philosophiehistoriker Wolfgang Heise. In seinem 1964 erschienenen Buch „Aufbruch in die Illusion“ untersuchte er erkenntnistheoretische und soziologische Aspekte der Ideologie des Hitlerfaschismus unter dem Gesichtspunkt ihrer Spezifik gegenüber anderen Mobilisierungsideologien des deutschen Imperialismus. Seine Monographie hat die Entwicklung der bürgerlichen Philosophie in Deutschland zum Gegenstand, sie bietet keine empirischen Analysen ihrer Wirkungsweise. Diese philosophiehistorische Arbeit wird zwar als Quelle erwähnt, doch weder wurden ihre Aussagen über die Naziideologie wirklich angeeignet noch methodische Schlußfolgerungen daraus gezogen.<sup>47</sup>

### 2.3. Forschungsdesiderata

Ungeachtet einzelner verdienstvoller Arbeiten blieben die folgenden Gegenstände mehr oder weniger Desiderata der Forschung. Sie wurden nicht systematisch oder nicht kontinuierlich untersucht oder blieben in Ansätzen stecken:

- Faschismus als Massenbewegung, Struktur und Funktionsweise der organisierten Massenbasis der faschistischen Diktatur<sup>48</sup>;
  - Mechanismen der Mobilisierung einer Massenunterstützung für die faschistische Diktatur und den Krieg;
  - Arbeiterklasse und Faschismus, Sozialpolitik der Hitlerregierung<sup>49</sup>;
  - das faschistische Herrschaftssystem, insbesondere die Spezifik des faschistischen Staates<sup>50</sup>;
- [18:]
- Opfergruppen des Rassismus wie Sinti/Roma, „Erbkranke“, Homosexuelle;
  - Bestimmte Verbrechen wie Euthanasie, Medizinverbrechen<sup>51</sup>;
  - Alltagsgeschichte, Mentalitätsgeschichte, Regionalgeschichte<sup>52</sup>;

---

<sup>45</sup> Petzold, Die Demagogie des Hitlerfaschismus, S. VII.

<sup>46</sup> Vgl. Kurt Pätzold: Die faschistische Manipulation des deutschen Volkes. Zu einem Forschungsproblem, in: Jenaer Beiträge zur Parteiengeschichte, Heft 45, Jena 1981, S. 22-50; Manfred Weißbecker: Grundelemente, Entwicklungstendenzen und Wirkungen der faschistischen Ideologie, in: Ebenda, S. 5-21; Werner Röhr: Überlegungen zu den Elementen und zur Spezifik faschistischer Ideologie, in: Ebenda, S. 52-80.

<sup>47</sup> Wolfgang Heise. Aufbruch in die Illusion. Zur Kritik der bürgerlichen Philosophie in Deutschland, Berlin 1964, Kap. V.

<sup>48</sup> Vgl. Kurt Gossweiler: Ursprünge, Funktionen und Erfolgsbedingungen faschistischer Bewegungen, in: ders.: Aufsätze zum Faschismus, S. 513-532; Wolfgang Ruge: Monopolbourgeoisie, faschistische Massenbasis und NS-Programmatik in Deutschland vor 1933, in: Faschismusforschung, S. 125-156.

<sup>49</sup> Vgl. Kurt Gossweiler: Faschismus und Arbeiterklasse, in: Faschismusforschung, S. 99-124; Jochen Eckart: Deutsche Arbeitsfront, Arbeiterklasse, imperialistische Sozialpolitik in den Betrieben und forcierte Aufrüstung 1936-1939, in: Jahrbuch für Geschichte, Bd. 27, Berlin 1983, S. 75-107.

<sup>50</sup> Ernst Gottschling: Der faschistische Staat. Das deutsche Beispiel, in: Faschismusforschung, S. 73-98; Felix Ecke: Die braunen Gesetze. Das Recht im Unrechtsstaat, Berlin 1990.

<sup>51</sup> Vgl. Friedrich Karl Kaul: Nazimordaktion T 4. Ein Bericht über die erste industriemäßig durchgeführte Mordaktion des Naziregimes, Berlin 1973; Kurt Nowak: „Euthanasie“ und Sterilisierung im „Dritten Reich“. Die Konfrontation der evangelischen und katholischen Kirche mit dem Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses und der „Euthanasie“-Aktion, Weimar 1977, <sup>3</sup>1984; vgl. die vor 1989 konzipierte Arbeit von Historikern beider deutscher Staaten: Jochen-Christoph Kaiser/Kurt Nowak/Michael Schwartz: Eugenik, Sterilisation, „Euthanasie“. Politische Biologie in Deutschland 1895-1945. Eine Dokumentation, Berlin 1992.

<sup>52</sup> Vgl. Jürgen Kuczynski: Geschichte des Alltags des deutschen Volkes. Studien, Bd. 5: 1918-1945, Berlin 1982; Sigrid und Wolfgang Jacobeit: Illustrierte Alltags- und Sozialgeschichte Deutschlands 1900-1945, Münster 1995.

- Vergleich mit anderen Faschismen<sup>53</sup>;
- Begriff und Theorie des Faschismus.

Explizite Arbeiten zu Begriff und Theorie des Faschismus wurden so gut wie keine unternommen, die Forschungen konzentrierten sich auf diesem Felde mehr oder weniger auf die historische Rekonstruktion und Analyse früherer Ansätze, vor allem in der Arbeiterbewegung<sup>54</sup>. Das Fehlen theoretischer Erörterungen zum Begriff und zur Spezifik des Faschismus hatte methodisch sein Pendant in der Praxis, historisch gegebene politische Bestimmungen des Faschismus auch dann für theoretisch hinreichend bzw. erschöpfend anzunehmen, wenn deren Unzulänglichkeit, Widersprüchlichkeit und mangelnde Trag- und Erklärungsfähigkeit offen zutage lagen. Diese Vernachlässigung theoretischer Probleme sowie komparativer Untersuchungen führte nicht selten dazu, politisch-ideologische Proklamationen für eine ausreichende Rekonstruktion der Fakten zu halten und die Entwicklung von theoretischen Fragen an die empirische Forschung verkümmern zu lassen.<sup>55</sup> [19:] Solcherart Theoriescheu begünstigte zweifellos auch permanente methodische Schwächen der empirischen Forschung wie z. B. deren inhaltliche Fragmentierung, institutionelle Segmentierung, eine mehrgleisige Behandlung von Sachverhalten, die sich ihrer Implikationen und Widersprüche nicht einmal bewußt wurde, und vor allem zu keinem komplexen Ansatz einer Geschichte der deutschen Gesellschaft unter dem Faschismus fand. Noch mehr aber begünstigte die Theoriescheu das Weiterwirken dogmatisierter, pseudomarxistischer Auffassungen innerhalb der Faschismusforschung, vor allem zur Rolle der Volksmassen als Schöpfer der Geschichte und Träger des Fortschritts per se.

Wichtige Ergebnisse der historischen Faschismus- und Weltkriegsforschung in der DDR liegen als Dokumentationen vor. Zu ihren bedeutendsten zähle ich:

a) Die Dokumentenbände „Anatomie des Krieges“<sup>56</sup>, „Anatomie der Aggression“<sup>57</sup>, „Weltherrschaft im Visier“<sup>58</sup> sowie weitere<sup>59</sup> entstanden im Zusammenhang mit den Arbeiten zu „Deutschland im zweiten Weltkrieg“ und wiesen detailliert die Interessen der deutschen Großkapitalisten am Krieg, ihre unmittelbare Einflußnahme auf die Expansions- und Hochrüstungspolitik, auf die Bestimmung der Kriegs- und Okkupationsziele und ihre Rolle in der Kriegs- und Okkupationspraxis nach.

<sup>53</sup> Vgl. Kurt Gossweiler: Faschistische Bewegungen und faschistische Diktatur in Österreich – ein Versuch ihrer Einordnung in eine Typologie des Faschismus (1984), in: Ders.: Aufsätze zum Faschismus, S. 659-676; Manfred Weißbecker: Der Faschismus in der Gegenwart. Grundlagen – Erscheinungsformen – Aktivitäten – Organisationen, in: Faschismusforschung, S. 209-236; Eberhard Hackethal: Faschismus in Lateinamerika, in: Ebenda, S. 237-257. Bulletin 1988/1-4 enthält mehrere Beiträge zu Österreich.

<sup>54</sup> Elfriede Lewerenz: Die Analyse des Faschismus durch die Kommunistische Internationale, Berlin 1975; dies.: Zur Bestimmung des imperialistischen Wesens des Faschismus durch die Kommunistische Internationale (1922-1935), in: Faschismusforschung. 5. 21-48; Vera Wrona: Marxistisch-leninistische Faschismuskritik – unabdingbarer Bestandteil der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung, in: Ebenda. S. 355-374; Werner Kowalski/Sieglinde Thom: Faschismusauffassungen in der Sozialistischen Arbeiterinternationale, in: Ebenda, S. 375-394; Heinz Niemann: Zum Faschismusbild der deutschen Sozialdemokratie 1922-1945, in: Ebenda, S. 395-416.

<sup>55</sup> Es scheint mir ein theoretisches Mißverständnis hinsichtlich der Weltkriegsforschung zu sein, wenn Kurt Pätzold diagnostiziert: „Theoretische Erörterungen überwucherten die Rekonstruktion der Fakten“ (Ihr wart die besten Soldaten. Ursprung und Geschichte einer Legende, Leipzig 2000, S. [19:] 143). Er bezieht sich aber auf politische Aussagen oder Dokumente, deren Anspruch auf theoretische Geltung eine ideologische Funktion war, während sie de facto pseudotheoretisch waren und keineswegs wirkliche theoretische Verallgemeinerungen darstellten, daher auch für eine differenzierende Analyse kaum fruchtbar wurden. Nicht ein Zuviel, sondern ein Zuwenig an wirklicher theoretischer Problemformulierung und theoretischer Erörterung war m. E. ein Kennzeichen der Forschung, das ihre empirischen Leistungen beeinträchtigte.

<sup>56</sup> Anatomie des Krieges. Neue Dokumente über die Rolle des deutschen Monopolkapitals bei der Vorbereitung und Durchführung des zweiten Weltkrieges, hg. u. eingeleitet von Dietrich Eichholtz und Wolfgang Schumann, Berlin 1969.

<sup>57</sup> Anatomie der Aggression. Neue Dokumente zu den Kriegszielen des faschistischen deutschen Imperialismus im zweiten Weltkrieg, hg. u. eingeleitet von Gerhart Hass und Wolfgang Schumann, Berlin 1972.

<sup>58</sup> Weltherrschaft im Visier. Dokumente zu den Europa- und Weltherrschaftsplänen des deutschen Imperialismus von der Jahrhundertwende bis Mai 1945, hg. u. eingeleitet von Wolfgang Schumann und Ludwig Nestler unter Mitarbeit von Willibald Gutsche und Wolfgang Ruge, Berlin 1975.

<sup>59</sup> Griff nach Südosteuropa; Expansionsrichtung Nordeuropa.

b) Die Dokumentenbände zur militärischen Vorbereitung und Führung des zweiten Weltkrieges beziehen sich vor allem auf die Wehrmacht als Hauptinstrument der Aggression – von der Planung über die Rüstung bis zu ihren Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschheit.<sup>60</sup>

[20:] c) Dokumente über die Nürnberger Nachfolgeprozesse wurden sonst nirgends systematisch publiziert, leider erfaßt die Reihe nicht alle zwölf Prozesse.<sup>61</sup>

d) Dokumentenbände von Eschwege und Pätzold zur Verfolgung und Vernichtung der Juden<sup>62</sup>;

e) Dokumentenbände zur imperialistischen Außenpolitik<sup>63</sup>;

f) Die Dokumentenedition „Europa unterm Hakenkreuz“ widmet sich in 9 Bänden der Okkupationspolitik. Im Mittelpunkt stehen die Verbrechen der deutschen Okkupanten an den Völkern aller besetzten Länder und die wirtschaftliche Ausplünderung, Ausbeutung und Aneignung der Ressourcen. Die Bände der Reihe enthalten jeweils ausführliche Abhandlungen zur Okkupationspraxis. Ein Studienband analysiert Konzepte und Praxis der Kollaboration, der Abschlußband bilanziert den Forschungsstand und offene Probleme. Der Reihe stehen weitere Dokumentenbände über die Okkupationspolitik zur Seite.<sup>64</sup>

Von den Darstellungen werden neben anderen die folgenden ihre herausragende Bedeutung auch dann behalten, wenn die Forschung in einzelnen Fragen inzwischen genauere, umfassendere oder korrigierende Antworten geben kann:

[21:] a. „Deutschland im zweiten Weltkrieg“<sup>65</sup>;

---

<sup>60</sup> Der zweite Weltkrieg. Dokumente. Ausgewählt und eingeleitet von Gerhard Förster und Olaf Groehler, Berlin 1972; Fall Barbarossa. Dokumente zur Vorbereitung der faschistischen Wehr-[20:]macht auf die Aggression gegen die Sowjetunion. Ausgewählt und eingeleitet von Erhard Moritz, Berlin 1970; Manfred Menger: Deutschland und Finnland im zweiten Weltkrieg, Berlin 1988.

<sup>61</sup> Fall 3. Das Urteil im Juristenprozeß, gefällt am 4. Dezember 1947 vom Militärgerichtshof 3 der Vereinigten Staaten von Amerika, hg. von Peter Alfons Steiniger und Kazimierz Leszczynski. Mit ergänzenden Materialien zusammengestellt und eingeleitet von P. A. Steiniger, Berlin 1969; Fall 5. Anklageplädoyer, ausgewählte Dokumente, Urteile des Flick-Prozesses. Mit einer Studie über die Wirtschafts-Arisierungen“ des Flick-Konzerns, hg. von Karl Heinz Thieleke, eingeleitet von Klaus Drobisch, Berlin 1965; Fall 6. Ausgewählte Dokumente und Urteil des IG-Farben-Prozesses, hg. und eingeleitet von Hans Radandt, Berlin 1970; Fall 7. Das Urteil im Geiselmordprozeß, gefällt am 19. Februar 1948 vom Militärgerichtshof 5 der Vereinigten Staaten von Amerika, hg. von Martin Zöller und Kazimierz Leszczynski. Mit einer Einleitung und einer Chronik über den Volksbefreiungskampf in Jugoslawien, Griechenland und Albanien, Berlin 1965; Fall 9. Das Urteil im SS-Einsatzgruppenprozeß, gefällt am 10. April 1948 in Nürnberg vom Militärgerichtshof 2 der Vereinigten Staaten von Amerika, hg. von Kazimierz Leszczynski, mit einer Einleitung von Siegmund Quilitzsch, Berlin 1963; Fall 12. Das Urteil gegen das Oberkommando der Wehrmacht, gefällt am 28. Oktober 1948 in Nürnberg vor dem Militärgerichtshof 5 der Vereinigten Staaten von Amerika, Berlin 1960, <sup>2</sup>1961, vgl.: Der Nürnberger Prozeß. Aus den Protokollen, Dokumenten und Materialien des Prozesses gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärgerichtshof, ausgewählt und eingeleitet von Peter Alfons Steiniger, 2 Bde., Berlin 1957; Günther Wieland: Der Jahrhundertprozeß von Nürnberg. Nazi- und Kriegsverbrecher vor Gericht, Berlin 1986.

<sup>62</sup> Kennzeichen J. Bilder, Dokumente, Berichte zur Geschichte der Verbrechen des Hitlerfaschismus an deutschen Juden 1933-1945, hg. von Helmut Eschwege. Mit einem Geleitwort von Arnold Zweig, einer Einleitung von Rudi Goguel und einer Chronik der faschistischen Judenverfolgungen von Klaus Drobisch, Berlin 1966, 21981; Verfolgung, Vertreibung, Vernichtung. Dokumente des faschistischen Antisemitismus 1933-1942, hg. von Kurt Pätzold, Berlin 1983.

<sup>63</sup> Siehe Fußnote 35.

<sup>64</sup> Okkupation, Raub. Vernichtung. Dokumente zur Besatzungspolitik der faschistischen Wehrmacht auf sowjetischem Territorium, hg. von Norbert Müller, Berlin 1980.

<sup>65</sup> Deutschland im zweiten Weltkrieg, Band 1: Vorbereitung, Entfesselung und Verlauf des Krieges bis zum 22. Juni 1941. Leitung: Gerhart Hass, Berlin 1974; Band 2: Vom Überfall auf die Sowjetunion bis zur sowjetischen Großoffensive bei Stalingrad (Juni 1941-bis November 1942), Leitung: Karl Drechsler unter Mitarbeit von Klaus Drobisch und Wolfgang Schumann, Berlin 1975, 3., durchges. Auflage 1983; Band 3: Der grundlegende Umschwung im Kriegsverlauf (November 1942 bis September 1943), Leitung: Wolfgang Schumann unter Mitarbeit von Wolfgang Bleyer, Berlin 1979; Band 4: Das Scheitern der faschistischen Defensivstrategie an der deutsch-sowjetischen Front (August bis Ende 1943), Leitung: Wolfgang Schumann unter Mitarbeit von Wolfgang Bleyer, Berlin 1981; Band 5: Der Zusammenbruch der Defensivstrategie des Hitlerfaschismus an allen Fronten (Januar bis August

- b) Dietrich Eichholtz' „Geschichte der deutschen Kriegswirtschaft“<sup>66</sup> und Lotte Zumpes „Wirtschaft und Staat in Deutschland 1933-1945“<sup>67</sup>;
- c) Olaf Groehlers Bände über den Luft- und den Bombenkrieg<sup>68</sup>;
- d) Militärgeschichtliche Analysen von Gerhard Förster zur Blitzkriegskonzeption und zur Kriegführung und andere im engeren Sinne kriegsgeschichtliche Arbeiten<sup>69</sup>;
- e) Arbeiten zur Geschichte der NSDAP von Kurt Gossweiler<sup>70</sup>, Wolfgang Ruge, Kurt Pätzold und Manfred Weißbecker<sup>71</sup>.

### 3. Zwei repräsentative Publikationen

#### Der Band „Faschismusforschung“ von 1980

An dieser Stelle sollen zwei Bücher hervorgehoben werden, die in spezifischer Weise repräsentativ für die historische Faschismusforschung in der DDR sind: Mit der „Faschismusforschung“ gaben Kurt Gossweiler und Dietrich Eichholtz 1980 einen Band heraus, der den besten Überblick über Arbeitsfelder und Desiderata, über Problemstellungen und Problemlösungen, über Theorie und Empirie einer historischen Disziplin bietet, die mit diesem Titel und seinem Anspruch zugleich [22:] begründet wurde.<sup>72</sup> Sein großer Vorteil besteht darin, daß er auch jene Forschungsfelder ausmißt, die nicht unmittelbar in die fast alle Kapazitäten absorbierende Weltkriegsforschung fallen, die daher auch die Periode 1933-1939 behandeln, vor allem das Verhältnis von Faschismus und Ökonomie, Faschismus und Arbeiterklasse, die Institutionalisierung des Terrorsystems und die antijüdische Politik. Gegenstand waren weiter der faschistische Staat, die Naziideologie, der Widerstandskampf der KPD, die Faschismusauffassungen der Kommunisten, der Sozialdemokraten und bürgerlicher Antifaschisten, der Faschismus in der Gegenwart. Ein Beitrag über den Faschismus in Lateinamerika markierte wenigstens das Feld des internationalen Faschismus, auch wenn es aus Kapazitätsgründen nur punktuell zu besetzen war.<sup>73</sup>

Der Band „Faschismusforschung“ enthält mehrere Beiträge, die nicht nur damals innovativ waren, sondern bis heute an Problemstellung und -erörterung nichts von ihrer Brisanz eingebüßt haben, so jene von Kurt Gossweiler bzw. Wolfgang Ruge über die Herausbildung des Bedürfnisses der herrschenden Gruppen des Großkapitals nach einer neuen Herrschaftsform, von Klaus Drobisch über Funktionen des Terrorsystems, von Dietrich Eichholtz über die Modifizierung des Verhältnisses von Staat und Monopolen, von Ernst Gottschling über „Führerstaat“ und „Führerprinzip“ sowie insbesondere von Kurt Pätzold „Von der Vertreibung zum Genozid“.

In Auswahl, Problemgehalt und Erkenntnissen, hinsichtlich der Stärken wie der Schwächen ist das Buch repräsentativ für ein Jahrzehnt marxistischer Faschismusforschung in der DDR, er wies sie erstmals als historische Teildisziplin explizit aus. Der Sammelband bietet gültige Ergebnisse und

---

1944). Leitung: Wolfgang Schumann unter Mitarbeit von Wolfgang Bleyer, Berlin 1984; Band 6: Die Zerschlagung des Hitlerfaschismus und die Befreiung des deutschen Volkes (Juni 1944 bis 8. Mai 1945), Leitung: Wolfgang Schumann und Olaf Groehler unter Mitarbeit von Wolfgang Bleyer, Berlin 1985.

<sup>66</sup> Dietrich Eichholtz: Geschichte der deutschen Kriegswirtschaft, Bd. I: 1939-1941. Berlin 1969; Bd. I: 1941-1943. Mit einem Kapitel von Joachim Lehmann, Berlin 1984; Ba. III: 1943-1945. Unter Mitarbeit von Hagen Fleischer, Manfred Oertel, Berthold Puchert und Karl Heinz Roth, Berlin 1996. 1999 gab der Saur-Verlag München einen durch ein Vorwort und ein Gesamtregister ergänzten Nachdruck der drei Bände in 5 Büchern heraus.

<sup>67</sup> Lotte Zumpe: Wirtschaft & Staat in Deutschland 1933 bis 1945. Mit einem Kapitel über Außenhandel und Okkupationswirtschaft 1939 bis 1945 von Berthold Puchert. (Wirtschaft und Staat in Deutschland. Eine Wirtschaftsgeschichte des staatsmonopolistischen Kapitalismus in Deutschland vom Ende des 19. Jahrhunderts bis 1945 in drei Bänden, hg. von Helga Nußbaum und Lotte Zumpe, Bd. 3), Berlin 1980.

<sup>68</sup> Siehe Fußnote 16.

<sup>69</sup> Siehe Fußnote 15.

<sup>70</sup> Siehe Fußnote 9.

<sup>71</sup> Siehe Fußnote 13.

<sup>72</sup> Vgl. Kurt Gossweiler: Stand und Probleme der Faschismusforschung in der DDR, in: Bulletin, 1976/1, S. 4 ff.

<sup>73</sup> Zur Konzeption und Entstehung des Bandes vgl. Dietrich Eichholtz/Kurt Gossweiler: Fragen der Faschismusforschung in der DDR, in: Bulletin, 1980/1-4, S. 5-31.

überzeugende Argumentationen zu Streiffragen an, er enthält Antwortangebote zu offenen Fragen, so zum Verhältnis von Faschismus und staatsmonopolistischem Kapitalismus, von nazistischem Rassismus und Genese des Genozids an den Juden. Schwächen der Forschung spiegeln sich unmittelbar als Schwächen des Bandes, z. B. über die Naziideologie. Es fehlen Analysen über deren Funktion und Wirkungsweisen, es fehlen explizit vergleichende Untersuchungsansätze sowie ausdrücklich theoretische Erörterungen. Offenkundig hielten theoretisch-methodologische Überlegungen mit den empirischen Arbeiten nicht Schritt, was sich auch als Argumentationsschwäche in der Empirie darstellte.

[23:]

### **Der Band „Der Weg in den Krieg“ von 1989**

Knapp ein Jahrzehnt später erfüllte der von Dietrich Eichholtz und Kurt Pätzold 1989 herausgegebene Band „Der Weg in den Krieg“ eine analoge Funktion, auch wenn seine Wirkung jene der „Faschismusforschung“ nicht im entferntesten erreichte.<sup>74</sup> Dieser Band ist für die wissenschaftlichen Leistungen wie für die Schwachstellen und Desiderata der Forschung der 80er Jahre repräsentativ. Gegenüber dem Band von 1980 war mit dem Titel auch auf den Anspruch einer Faschismusforschung verzichtet worden. Das Spektrum der Gegenstände ist enger. Alle Beiträge sind auf den im Titel genannten Schwerpunkt bezogen. Der Sache nach schließen sie unmittelbar an die Arbeiten zu „Deutschland im zweiten Weltkrieg“ an und behandeln das Vorfeld des Krieges: das Expansionsprogramm des deutschen Finanzkapitals, die militärische und sicherheitspolizeiliche Vorbereitung auf den Krieg, die Mobilmachungspläne der NSDAP für den Krieg. Der größere Teil des Bandes untersucht den Übergang zur Expansionsphase ab 1938 und die „friedlichen“ Annexionen von 1938/39.

Während Dietrich Eichholtz die Expansionsziele der großen deutschen Konzerne und Banken am Vorabend des Krieges vorstellt und Olaf Groehler das Revirement in der Wehrmachtführung als Auftakt zu den ersten Annexionen rekonstruiert, fehlen Arbeiten zur Hochrüstung der Wehrmacht und deren Implikationen für die Wehrmacht selbst, mehr aber noch für den Expansionskurs. Die Beschränkung des einzigen wirtschaftsgeschichtlichen Beitrages des Bandes auf die Programmatik der Großkonzerne macht das Fehlen entsprechender Beiträge über die wirtschaftlichen und politischen Probleme des Rüstungskurses, über Schwierigkeiten dieses Kurses wie die Zahlungsbilanzkrise und die Auseinandersetzungen um ihn sowie über Arbeiterklasse und Sozialpolitik des faschistischen Regimes um so schmerzlicher deutlich. Damit fehlen dem wichtigen Beitrag von Gerhart Hass über die Entscheidungsprozesse in der faschistischen Führung über die Reihenfolge der Aggressionen bestimmte wirtschaftshistorische Grundlagen und Flanken. Die ausführliche Darstellung des Widerstandes gegen den unmittelbar bevorstehenden Krieg durch Klaus Mammach stellt diesen in das komplizierte politische Geflecht der innenpolitischen und militärischen Bedingungen, spart aber wirtschaftsgeschichtliche Grundlagen und sozialhistorische Aspekte des Widerstandes aus.

[24:] Die Tatsache, daß das Augenmerk zentral auf die dem zweiten Weltkrieg vorangehende Phase der „friedlichen“, das heißt der unter Kriegsdrohung, aber ohne Kampfhandlungen erfolgten Aggressionen gelenkt wurde, erwies sich als zukunftsfruchtig für weitere Forschungen. Im Band waren die Annexion Österreichs, des Sudetenlandes und Böhmens und Mährens Gegenstand gleich mehrerer Aufsätze. Sie werden flankiert von zwei informativen und zugleich hochgradig analytischen Beiträgen über die deutsch-polnischen bzw. die deutsch-sowjetischen Beziehungen, die beide bis an den Kriegsbeginn heranführen. Johannes Kalisch thematisiert sehr detailliert und quellennah die überaus ambivalente Politik Polens, das angesichts der Aggressionsdrohungen der Hitlerregierung gegen die Tschechoslowakei nicht die Politik seines Bündnispartners Frankreichs, sondern jene Hitlers unterstützte – und sehr bald die Quittung dafür präsentiert bekam.

---

<sup>74</sup> Die mögliche Wirkung wurde überschattet und später weitgehend blockiert durch die Restauration des Kapitalismus in der DDR und deren „Anschluß“ an die BRD. Viele hier behandelte Probleme sind bis heute von deutschen Historikern kaum weiter bearbeitet worden, international dafür um so mehr. Einige Fragen werden in „Der Krieg vor dem Krieg. Politik und Ökonomik der ‚friedlichen‘ Aggressionen Hitlerdeutschlands 1938/39“, hg. von Brigitte Berlekamp, Werner Röhr und Karl Heinz Roth, Hamburg 2001, ausführlicher oder vertieft erörtert.

Nachdem auf dem Historikerkongreß der DDR im Februar 1989 erstmals die Geschichte der deutsch-sowjetischen Abkommen vom 23. August und vom 28. September 1939 ohne weitere Beachtung früherer sowjetischer Tabus analysiert und diskutiert worden war, stellte Günther Rosenfeld die inhaltlichen Festlegungen des Abkommens vom 23. August 1939 und seines Geheimen Zusatzprotokolls erstmals systematisch dar und analysierte beider Zustandekommen in den Verhandlungen seit Juli 1939.<sup>75</sup> Er wies jede Konstruktion einer „Komplizenschaft“ zurück und setzte in seinem Kommentar folgenden Akzent: Die Sowjetunion konnte den Krieg nicht verhindern, ohne diesen Vertragsabschluß hätte sie sich in einer sehr gefährlichen Situation befunden. Die Vereinbarungen hätten ihr ermöglicht, die Wehrmacht von ihren Westgrenzen fernzuhalten und die östlichen Gebiete Polens deren Zugriff zu entziehen. Der Abschluß des Vertrages habe schlagartig die internationale Situation verändert. Die Front von München, die ebenso wie Locarno auf einen gegen die Sowjetunion gerichteten Block der Westmächte abzielte, war zerfallen.<sup>76</sup> Diese Sicht, den Vertrag fast ausschließlich als außenpolitischen Erfolg der Sowjetunion zu bewerten, bestimmte auch die Stellungnahmen der exilierten KPD-Führung, deren Positionen Heinz Kühnrich in einem thematisch anschließenden Beitrag des Bandes untersuchte.<sup>77</sup> Die Bewertung des Vertrages ist von der Charakteristik der ersten Phase des zweiten Weltkrieges nicht zu trennen.

Obwohl über die letzten Etappen des Weges in den Krieg neue Erkenntnisse präsentiert wurden, ist das vorgestellte Spektrum der Faschismusforschung der DDR [25:] hier gegenüber der „Faschismusforschung“ von 1980 thematisch reduziert. Praktisch hieß das: Zu jenen 1980 erörterten Gegenständen, die 1989 fehlten, waren die Forschungen nicht fortgeführt worden bzw. es lagen keine neuen Ergebnisse vor. Das betraf den faschistischen Staat, die Massenorganisationen, die Arbeiterklasse sowie die Sozialpolitik des Regimes.

#### **4. Ausgewählte Forschungsgegenstände**

##### *4.1. Deutschland im zweiten Weltkrieg*

Auf systematischer Quellenerschließung basierende Forschungen zum zweiten Weltkrieg begannen erst in den frühen sechziger Jahren.<sup>78</sup> Sie wurden von jenen Historikern aufgenommen, die ihre Ausbildung erst nach dem Kriege erfahren hatten, ihre Forschung als antifaschistischen Beitrag zum Kampf gegen den Krieg verstanden und sich methodisch einer materialistischen Geschichtsauffassung verpflichtet glaubten. Von den bürgerlich-demokratischen Historikern, die als etablierte Professoren an Universitäten der DDR lehrten, wandte sich keiner jener Geschichte, die noch rauchte, zu.

Der späte Beginn systematischer Erforschung hatte mehrere Konsequenzen: Die Historiker betraten kein unbearbeitetes Feld. Zum einen hatten westdeutsche Historiker hier einen weiten Vorsprung, auch Länder wie Großbritannien, die USA, Dänemark, Italien, Frankreich hatten schon ganze Reihen von Quellenbänden und Darstellungen zum zweiten Weltkrieg veröffentlicht. Zum anderen hatten Memoiren vor allem von Wehrmachtgeneralen ein apologetisches Bild der Wehrmacht und des Krieges gezeichnet, das in der Bundesrepublik für lange Zeit vorherrschte. Während die Weltkriegsforschung der DDR polemisch gegen diese Positionen anging, nahmen es westdeutsche professionelle Historiker in den ersten Jahrzehnten nicht auf sich, die Legenden von der Unwissenheit und dem Unbeteiligtsein der Militärs an den Verbrechen zu destruieren und systematisch die Wahrheit über die kriegsvorbereitende Rolle von Heeresführung und Generalstab, über die Verbrechen der Okkupationsherrschaft, der Partisanenbekämpfung oder des Völkermords zu erforschen, geschweige denn zu publizieren.

---

<sup>75</sup> Günther Rosenfeld: Die Sowjetunion und das faschistische Deutschland am Vorabend des zweiten Weltkrieges, in: Der Weg in den Krieg, S. 345-380.

<sup>76</sup> Eine hinsichtlich dieser „Interessengemeinschaft auf Zeit“ vorbehaltlos kritische Analyse der Stalinschen Außenpolitik hinsichtlich der mit den Verträgen eingeschlagenen Politik in der ersten Phase des Krieges legte Rosenfeld 1990 mit Kurt Pätzold vor: Sowjetstern und Hakenkreuz 1938-1941.

<sup>77</sup> Heinz Kühnrich: Der deutsch-sowjetische Nichtangriffsvertrag vom 23. August 1939 aus der zeitgenössischen Sicht der KPD, in: Der Weg in den Krieg, S. 517-552.

<sup>78</sup> In den 50er Jahren dominierte auch unter professionellen Historikern eine publizistische Behandlung.

Ein wesentlicher Punkt der Polemik betraf die These von der alleinigen Schuld Hitlers und allenfalls der Mitschuld von ein paar seiner Getreuen am Kriege und an dem im Krieg begangenen Verbrechen. Weder die Militärs noch die Konzern- und Bankherren noch die anderen Funktionsgruppen des Staates schienen je einen Krieg gewollt oder Kriegsziele formuliert oder gar verfolgt zu haben, der [26:] „Ehrenschild“ einer „sauberen“ Wehrmacht sollte von Aggression und Verbrechen unbefleckt bleiben. Gegenstand langjähriger Debatten waren die Ursachen und die Vorgeschichte des Krieges, dabei insbesondere die Konferenz von München und die deutsch-sowjetischen Abkommen vom Herbst 1939. Kern dieser Streitfrage war die Bewertung der äußeren Faktoren, die den deutschen Kriegstreibern halfen, über die Schwelle zum Krieg zu kommen bis hin zu den Versuchen, der Sowjetunion eine Mitverantwortung für die Entfesselung des Krieges zuzuschreiben und den Überfall auf sie als Präventivkrieg zu verfälschen. Ein weiterer Streitpunkt war die westdeutsche Reduktion der Widerstandskräfte auf solche des herrschaftsgewohnten Adels und des Bürgertums, deren Motive und Ziele zudem verklärt wurden. Dabei erschien die Beteiligung vieler Verschwörer des 20. Juli 1944 an Konstitution und Kriegsverbrechen des faschistischen Regimes oft geradezu als Voraussetzung eines „Aufstandes des Gewissens“, während der Arbeiterwiderstand als marginal, perspektivlos und für den Sturz des Regimes unerheblich dargestellt wurde. Ein nicht nur deutscher, sondern internationaler Streitpunkt war der Anteil der Staaten und Streitkräfte der Antihitlerkoalition am Sieg über Nazideutschland. Dieser Streit betraf unmittelbar den Stellenwert der Kriegsschauplätze, Feldzüge und Schlachten.

Auch wenn die sowjetischen Historiker ihre Erforschung des zweiten Weltkrieges ebenfalls verspätet in Angriff nahmen, so wurde ihre Sichtweise aufgrund rasch übersetzter Standardwerke für die DDR-Historiographie schnell verbindlich – und mit ihnen auch die Tabus der sowjetischen Geschichtsschreibung. Letztere behandelte die Außenpolitik der UdSSR zwischen August 1939 und Juni 1941 apologetisch und den Kriegsverlauf zwischen Juni und Dezember 1941 unkritisch, ihre Analysen waren voller Widersprüche. Der Massenmord an den Kadern der Roten Armee 1937 blieb ebenso unerwähnt wie seine verheerenden Folgen 1941. Verschwiegen wurden die Morde an polnischen Offizieren 1940, die Deportationen großer Gruppen von Polen, Balten und Sowjetbürgern, ja ganzer Völkerschaften in den Osten, sei es „prophylaktisch“, sei es strafweise im Kriege. Beschwiegen wurden das kriegsrechts- und befehlswidrige Verhalten sowjetischer Militäreinheiten gegenüber der deutschen Zivilbevölkerung 1944/45 und die Deportation der soeben befreiten sowjetischen Kriegsgefangenen in die Lager des GULAG. „Weiße Flecken“ der Geschichtsschreibung waren kein Produkt unzureichender Forschung, sondern die Auswirkung politisch produzierter Tabus auf die Forschung.

Eine empirisch wahrscheinliche, doch analytisch nicht stringente und die Historiographie teleologisch deformierende These war die Behauptung vom gesetzmäßigen Charakter der Kriegsniederlage des deutschen Imperialismus – in beiden Weltkriegen. Doch die zweifellos gravierendste Belastung der DDR-Historiographie zum zweiten Weltkrieg durch sowjetische Vorgaben betraf den Charakter des Krieges vor dem Überfall auf die UdSSR am 22. Juni 1941. Nach einer von Sta-[27:]lin selbst noch vollzogenen Korrektur der Einschätzung des Krieges von 1939 als eines allseitig imperialistischen Krieges der Aggressoren<sup>79</sup> wurde diese Korrektur ab 1957 – entgegen der Politik Chruschtschows – rückwärts korrigiert: Danach war der Krieg vom 1. September 1939 an ein von beiden Seiten imperialistischer, damit auch beidseitig ungerechter Krieg, für den ausnahmslos alle imperialistischen Großmächte verantwortlich waren. Deutschland als Hauptanstifter habe ihn lediglich „entfesselt“. Diese These vom klassischen imperialistischen Krieg schloß explizit die Charakteristik als Raubkrieg der faschistischen Mächte aus. Auch wenn als kategorischer politischer Grundsatz der DDR-Weltkriegshistoriographie galt, die Beziehungen zur UdSSR nicht durch irgendeinen Tabubruch zu verschlechtern, so konnte sie dieser Charakteristik der ersten Phase des zweiten Weltkrieges doch nur mit Einschränkungen folgen: Sie übernahm in „Deutschland im zweiten Weltkrieg“ die These vom imperialistischen Krieg, den Hitlerdeutschland „entfesselte“, hob jedoch vor allem

---

<sup>79</sup> Die Kommunistische Internationale übernahm diese Position, sie gab öffentlich den Antifaschismus preis und orientierte ihre Mitgliedsparteien entsprechend, was besonders die Kommunisten in Deutschland und in den gegen Deutschland Krieg führenden Ländern irritieren mußte, Vgl. Ryszard Nazarewicz: Stanowisko Kominternu w sprawie niemieckiego napadu na Polskę, in: Dzieje Najnowsze, Warszawa 2001, Heft 3 (im Druck).

jene Besonderheiten gegenüber dem ersten Weltkrieg hervor, die sich aus der Existenz der Sowjetunion und den Kriegszielen des deutschen Faschismus ergaben, und unterstrich den gerechten Verteidigungskampf des polnischen Volkes gegen die Aggression.<sup>80</sup>

Jene Fragen, die in der UdSSR an die Geschichte gestellt wurden, prägten die Weltkriegsgeschichtsschreibung der DDR auch methodisch. Das gilt nicht nur negativ, sondern auch positiv: Im Zentrum des Forschungsinteresses standen Charakter und Entwicklungslinien des Krieges, die Rolle sozialer Klassen und politischer Gruppen in ihm, weiterhin die Periodisierung des Krieges und die Bedeutung der wichtigsten militärischen Schlachten im Gesamtzusammenhang des Krieges. Auch wenn die sowjetischen Tabus von den DDR-Forschern so weit respektiert wurden, daß sie sich Zensureingriffe in die russischen Übersetzungen ihrer Werke gefallen ließen, so übernahmen sie für ihre deutschen Ausgaben im Einzelfall keineswegs die Angaben ihrer sowjetischen Kollegen: Indem sich die Weltkriegshistoriker der DDR nämlich auf die deutschsprachigen Quellen stützten, lag der Schwerpunkt ihrer Darstellungen der Kriegsgeschichte auf den Planungen der deutschen Generalstäbe, den Entscheidungen von OKW und OKH, gingen sie von den deutschen Quellenangaben zu Stärke und Ausrüstung der aufgebotenen Truppenverbände aus. Natürlich kam auch bei diesem Verfahren die Gegenseite in Betracht, weshalb z. B. die quantitativen Angaben zu Feldzügen oder Schlachten zwischen „Deutschland im zweiten Weltkrieg“ und [28:] den auf deutsch erschienenen Ausgaben der „Geschichte des Großen Vaterländischen Krieges der Sowjetunion“ bzw. der „Geschichte des zweiten Weltkrieges 1939-1945“ nicht selten auseinanderklaffen.<sup>81</sup>

Mit den Forschungen zu „Deutschland im zweiten Weltkrieg“ beschränkten die Weltkriegshistoriker der DDR einen Weg, der auf der Basis der genannten Voraussetzungen, bei weitgehender Unterordnung unter die aufgezählten Normative und in ständiger Kooperation mit sowjetischen Historikern doch zu einer wissenschaftlich eigenständigen und international innovativen Leistung führte. An dieser Stelle sei benannt, auf welchen Feldern ich insbesondere die Verdienste dieser Anstrengungen sehe: Entscheidend war der innovative Ansatz, Kriegsgeschichte nicht allein als Geschichte militärischer Kämpfe, sondern als integrierte Geschichte der deutschen Gesellschaft im Krieg zu fassen. Diese Gesellschaftsgeschichte schloß über den Kern der militärischen Handlungen zu Land, Wasser und in der Luft sowie deren Planungen und Rüstungen hinaus die deutsche Innenpolitik, die deutsche Kriegswirtschaft, die antifaschistische Widerstandsbewegung, die deutsche und die alliierte Außenpolitik sowie die deutsche Okkupationspolitik ein. Der das komplexe Kriegsgeschehen integrierende Kern wurde in den Kriegszielen ausgemacht.<sup>82</sup> Natürlich ist diese integrierte Gesellschaftsgeschichte mit allen Schwächen eines Pionierunternehmens behaftet. So ist die Darstellung der Verflechtung der behandelten Felder und Politikstränge miteinander nicht immer gelungen, so wurde die Komplexität des Geschehens für die einzelnen Kriegphasen unterschiedlich erfaßt, vielleicht am wenigsten für die Schlußphase des Krieges. Dennoch hat sie Epoche gemacht und als produktive Herausforderung gewirkt.<sup>83</sup>

Die „Deutschland im zweiten Weltkrieg“ begleitenden Dokumentenbände seit der „Anatomie des Krieges“ von 1969 sind von unwiderlegbarer Beweiskraft für die Kriegspolitik der Industrie- und Bankherren. Hinsichtlich dieser Repräsentanten des Großkapitals richtete sich die Auswahl aber zu eng auf direkte Vertreter des Großkapitals. Vernachlässigt wurde jene ihrer Vertreter, die den Denkfabriken

---

<sup>80</sup> Deutschland im zweiten Weltkrieg, Bd. 1, Berlin 1974, S. 173-176. Vgl. Gerhart Hass: Bemerkungen zum anfänglichen Charakter des zweiten Weltkrieges, in: Bulletin, 1970/1-2, S. 70-79.

<sup>81</sup> Geschichte des Großen Vaterländischen Krieges der Sowjetunion in sechs Bänden, Berlin 1962-1968; Geschichte des zweiten Weltkrieges 1939-1945 in zwölf Bänden, Berlin 1975-1985. Vgl. dazu Erhard Moritz: Zur deutsch-sowjetischen Zusammenarbeit bei der Herausgabe der „Geschichte des zweiten Weltkrieges 1939-1945“, in: Forschungen zur Militärgeschichte, S. 127-146.

<sup>82</sup> Siehe: Konzept für die „Neuordnung“ der Welt. Die Kriegsziele des faschistischen deutschen Imperialismus im zweiten Weltkrieg. Autorenkollektiv unter Leitung von Wolfgang Schumann, Berlin 1977; vgl. Gerhart Hass: Krieg in Ost oder West? Zur Entscheidung über die Reihenfolge der faschistischen Aggressionen, in: Der Weg in den Krieg, S. 151-181.

<sup>83</sup> Ein funktional analoger Ansatz stand wenig später Pate bei dem auf 10 Bände angelegten Werk „Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg“, mit dem die Forscher des Militärhistorischen Forschungsamtes in Freiburg auf die Berliner Herausforderung reagierten (Stuttgart 1979 ff. bisher 6 Bände).

und Planungszentren der Wirtschafts- und Finanzbürokratien die Rahmenbedingungen der Expansion erst hergestellten. Entsprechend sind die Volkswirtschaftli-[29:]chen Abteilungen der Reichsbank und der Reichskreditgesellschaft, die Forschungsstelle für Wehrwirtschaft bei der Vierjahresplanbehörde, das Institut für Bankwissenschaft und Bankwesen und weitere ähnliche Einrichtungen unterrepräsentiert.

Erst dieser Ansatz hatte ermöglicht, auch die Okkupationspolitik als selbständigen Forschungsgegenstand in die Geschichte des zweiten Weltkrieges einzuordnen. Bereits parallel zu „Deutschland im zweiten Weltkrieg“ entstanden Arbeiten, die sich jeweils auf die Okkupationsgeschichte eines Landes bezogen.<sup>84</sup> Doch umfassende und systematische Untersuchungen wurden erst nach Abschluß der Gesamtdarstellung aufgenommen. Sie hatte einerseits wichtige Grundlagen für die Okkupationsforschung gelegt, andererseits deutlich gemacht, welche Desiderata hier noch bestanden. In den Forschungen eines Jahrzehnts wurden die Voraussetzungen für die ab 1988 publizierte Dokumentenreihe „Europa unterm Hakenkreuz“<sup>85</sup> geschaffen. Sie machte erstmals einem breiteren Leserkreis Quellen über die deutsche Okkupationspolitik in allen besetzten Ländern zugänglich, deren Wortlaut bisher nicht oder nur wenigen Fachleuten bekannt war. In ihrer Gesamtheit vermittelt sie einen tiefen Einblick in die inneren Mechanismen und Strukturen der deutschen Besatzungsherrschaft, in die Ziele, Determinanten und Praktiken der deutschen Okkupationspolitik und in deren furchtbare Folgen für die Völker der besetzten Länder. Mit diesem Quellenfundus sind günstige Voraussetzungen für eine noch explizit zu leistende vergleichende Untersuchung gegeben.

Die Hinwendung von Weltkriegshistorikern zur Okkupationsforschung war nicht auf die DDR beschränkt. Sie gewann seit den 80er Jahren in vielen Ländern Europas an Bedeutung. Bereits seit Ende des zweiten Weltkrieges ist in fast allen ehemals von Deutschland besetzten Ländern die Geschichte der Okkupation ihres Landes in Jahrzehnten systematisch und umfassend erforscht, dokumentiert und dargestellt worden. Schwerpunkte waren in allen Ländern Verfolgung und Widerstand; die historische Untersuchung erfolgte grundsätzlich unter nationalgeschichtlichen Fragestellungen. Diese Perspektive bewertete die Okkupation zwangsläufig als eine Periode der Fremdherrschaft, die gleichsam aus dem „normalen“ Verlauf der Nationalgeschichte herausfiel. Von Ausnahmen abgesehen, wurde dabei die Politik der Okkupanten gar nicht systematisch untersucht. Genese, Zielkonflikte, Veränderungen in Konzeption und Praxis der Besatzungspolitik kamen nur spezifisch in den Blick der Nationalhistoriker. Eine vergleichende Analyse hinsichtlich mehrerer besetzter Länder blieb in der Regel ausgeschlossen. [30:] Doch ohne die Geschichte der Politik der Okkupationsmacht läßt sich auch die Okkupationsgeschichte eines Landes nicht hinreichend schreiben.<sup>86</sup>

#### 4.2. *Monopolkapital und Faschismus*

Auf dem VII. Weltkongreß der KI wiederholte Georgi Dimitroff die Bestimmung des Faschismus an der Macht als „offene terroristische Diktatur der reaktionärsten, am meisten chauvinistischen, am meisten imperialistischen Elemente des Finanzkapitals“<sup>87</sup>, die das 13. Plenum des EKKI bereits im Dezember 1933 in seinen Thesen gegeben hatte. Da Dimitroff 1933 im Nazigefängnis saß, ist es historisch nicht richtig, ihm die Urheberschaft dieser „Formel“ zuzuschreiben. Die politische Bestimmung orientierte auf den sozialen Träger des Faschismus an der Macht, das Finanzkapital, und auf die spezifische politische Herrschaftsform, die offene terroristische Diktatur. Sie grenzte zugleich die faschistische Staatsmacht von der Massenbasis ab.

---

<sup>84</sup> Siehe Fußnote 17.

<sup>85</sup> Vgl. die Rezension der ganzen Reihe durch Martin Moll in: BULLETIN 9, Berlin 1997, S. 82-87.

<sup>86</sup> Zu den Besonderheiten der Einordnung der deutschen Besatzungsherrschaft in die Nationalgeschichte der besetzten Länder vgl. Werner Röhr: Forschungsprobleme zur deutschen Okkupationspolitik im Spiegel der Reihe „Europa unterm Hakenkreuz“, in: Europa unterm Hakenkreuz. Die Okkupationspolitik des deutschen Faschismus (1938-1945), Band 8: Analysen, Quellen, Register, hg. vom Bundesarchiv, zusammengestellt und eingeleitet von Werner Röhr, Heidelberg 1996, S. 27-344, hier S. 27-38.

<sup>87</sup> Georgi Dimitroff: Die Offensive des Faschismus und die Aufgaben der Kommunisten im Kampf für die Einheit der Arbeiterklasse gegen den Faschismus. Referat auf dem VII. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale, in: ders.: Gegen Faschismus und Krieg. Ausgewählte Reden und Schriften, hg. von Rolf Richter, Leipzig 1982, S. 50.

Es war und ist wissenschaftlich falsch, diese politische Bestimmung als eine wissenschaftliche Definition oder als hinreichendes Ergebnis wissenschaftlicher Untersuchung zu behandeln. Erstens wäre sie methodisch ein Zirkelschluß, weil sie kein Kriterium dafür angibt, welche Gruppen des Finanzkapitals zu einem gegebenen Zeitpunkt als reaktionärste einzustufen sind. Zweitens erschöpfte diese zur Formel gemachte Bestimmung nicht einmal die historisch sehr viel umfassendere und differenziertere Entwicklung der Auffassungen der Kommunisten über den Faschismus seit 1921.<sup>88</sup> Drittens reicht sie für sich nicht aus, um die bereits von Dimitroff angesprochenen Probleme begrifflich auf einen für die Forschung produktiven Nenner zu bringen. Es war aber auch keineswegs Dimitroffs Absicht, künftiger historischer Forschung die Probleme zu nehmen, vielmehr ging diese Bestimmung von der Stellung des Faschismus im Kampf der Klassen aus, um auf Ziele für den antifaschistischen Kampf zu orientieren. Wenn daher professionelle [31:] Historiker diese politisch griffige Formel fälschlich für eine Definition hielten oder sie sogar als wissenschaftliche Theorie aufnahmen, so sind sie dafür als Wissenschaftler selbst verantwortlich. Aus einer richtigen politischen Orientierung konnte derart eine wissenschaftliche Selbstbeschränkung werden.

Ohne verbal über diese „Formel“ hinauszugehen oder sie auch nur explizit theoretisch zu diskutieren, waren jedoch Problemgehalt und Forschungsergebnisse der DDR-Faschismusforschung auf zahlreichen Feldern aus ihrem Rahmen herausgetreten, insbesondere was die konkrete Untersuchung der jeweiligen Tätigkeit und Verantwortung der Vertreter des deutschen Großkapitals für die Hochzüchtung des Faschismus, die Machtübertragung an ihn, die Hochrüstung und schließlich für den Krieg angeht. Vor allem die Erklärung der historisch neuen Erscheinungsformen des staatsmonopolistischen Kapitalismus in Gestalt der „Selbstverwaltung der Wirtschaft“ unter Speer zwang auch die Historiker zu neuen theoretischen Überlegungen. In Dokumentationen und Darstellungen sind dazu beweiskräftige, unwiderlegbare Erkenntnisse gewonnen und publiziert worden.

Marxistische Historiker haben vor allem den Klassencharakter des Faschismus hervorgehoben, der durch jene Interessen bestimmt war, die die NSDAP und die sie stützenden Kräfte mittels der terroristischen Diktatur durchsetzen wollten und auch durchsetzten. Die soziale Struktur der Massenbasis des Faschismus und die Art ihrer Mobilisierung konnten für die Bestimmung des Klassencharakters nicht von ausschlaggebender Bedeutung sein, da deren Interessen geopfert wurden. Ausgangspunkt war, daß die den Faschismus als politische Herrschaftsform entscheidend bestimmenden Klassenkräfte sozialökonomisch als Monopolbourgeoisie bestimmt waren. Faschismusbegriff und Faschismustheorie wurzelten in der Leninschen Imperialismusauffassung. Es war daher nur natürlich, daß insbesondere das Verhalten der Monopolbourgeoisie bzw. ihrer einzelnen Fraktionen zum Faschismus und im Faschismus lebhaftes Forschungsinteresse weckte, und zwar von dessen Anfängen bis zu den Planungen eigenen Überlebens angesichts der Niederlage im Krieg. Daher waren die Expansionsziele und die Neuordnungspläne der großen Banken und Unternehmen im Kriege, der Raub- und Plünderungsfeldzug, die Ausbeutung und Aneignung der Ressourcen aller besetzten Ländern und die Behandlung von Millionen Zwangsarbeiter, die ungeheuren Kriegsprofite und die Selbstorganisation der Rüstungsindustrie in der Kriegswirtschaft bevorzugter Gegenstand. Einige dieser Forschungsfelder sollen im folgenden hinsichtlich der Ergebnisse und der Probleme vorgestellt werden.

„Unter imperialistischen Bedingungen liegt die Macht in den Händen einer äußerst kleinen Gruppe von Finanzkapitalisten (Großindustriellen und Bankgewaltigen), die sich – entsprechend den nationalen und historischen Gegebenheiten des jeweiligen Landes – mit dem Großgrundbesitz, dem hohen Klerus oder anderen zahlenmäßig geringfügigen Schichten verbündet und zur Ausübung der Exekutive [32:] traditionelle oder neu entstehende Eliten (führende Militärs, Ministerialbürokratie, Spitzenbürgerlicher Parteiapparate) heranzieht. So steht eine an der Macht beteiligte verschwindende Minderheit dem als Objekt der Macht dienenden Gros der Bevölkerung gegenüber. Daraus folgt, daß die imperialistische Herrschaft nur aufrechterhalten werden kann, wenn ihre Exponenten es verstehen, beträchtliche Teile der nicht zur herrschenden Klasse gehörenden Bevölkerung zumindest zur passiven

---

<sup>88</sup> Vgl. Elfriede Lewerenz: Zur Bestimmung des imperialistischen Wesens des Faschismus durch die Kommunistische Internationale (1922-1935), in: Faschismusforschung, S. 21-47.

Duldung, möglichst aber zur Unterstützung des bestehenden Systems zu veranlassen, d. h. sie in eine Position zu drängen, in der sie entweder auf die Wahrnehmung ihrer eigenen Interessen verzichten oder aber diesen Interessen direkt zuwiderhandeln.“<sup>89</sup>

Neben dem Terror gegen die Arbeiterbewegung und alle demokratischen Kräfte ist die Mobilisierung von Millionenmassen als Wesenszug der faschistischen Bewegungen in die Geschichte eingegangen. Viele nichtmarxistische Faschismusforscher, nicht nur jene, die den sozialen Träger des Faschismus historisch entlasten wollen, sehen den Klassencharakter des Faschismus durch diese von ihm mobilisierten Massen bestimmt, sie sehen bewußt davon ab, welche sozialen Interessen die faschistische Diktatur durchsetzte und welche sozialen Kräfte die Ziele von Herrschaft, Expansion und Krieg bestimmen konnten. Alle Vorwürfe, marxistische Historiker würden die führenden Faschisten zu bloßen Marionetten der Industriellen und Bankiers machen, entbehren der Grundlage, sind sie doch nur mit umgekehrten Vorzeichen nach dem Muster gestrickt, das apologetische Historiker vom Verhältnis Hitlers gegenüber den führenden Monopolherren entwerfen.<sup>90</sup> In Wirklichkeit hat niemals ein sich als Marxist verstehender Historiker behauptet, irgendein monopolkapitalistisches Gremium habe zu irgendeinem Zeitpunkt beschlossen, diesen oder jenen Politiker mit dem Aufbau einer faschistischen Organisation zu beauftragen oder ihm einen Fahrplan der Konterrevolution zur Verfügung zu stellen.

Bekannt sind die bereits von Lenin erwähnten zwei grundlegenden Methoden bourgeoiser Systeme des Regierens, bekannt ist auch Lenins Aussage, daß sie „nicht aus böser Absicht einzelner Personen und nicht zufällig“ entwickelt wurden, „sondern infolge der radikalen Widersprüche ihrer eigenen Lage“.<sup>91</sup> Selbst wenn die deutsche Monopolbourgeoisie nach dem ersten Weltkrieg eine relativ einheitliche Strategie zur Überwindung der Folgen der Niederlage und der Wiederaufnahme ihrer Expansionspläne erreichte, war sie doch weit davon entfernt, auch ein einheitliches taktisches Konzept zu gewinnen. Um so größere Bedeutung haben daher jene Forschungen, die die konkreten Interessen spezifischer Kapitalgruppen und die besonderen historischen Umstände untersuchten und nachwies[33:]sen, daß und inwiefern diese Kapitalgruppen ihren besonderen Interessen mit Hilfe der Staatspolitik Priorität gegenüber anderen verschaffen wollten.

Zweifellos hat Eric Hobsbawm nicht Unrecht, wenn er jede per se privilegierte Affinität des Monopolkapitals zu faschistischen Herrschaftsformen zurückweist und vermerkt, die Finanzoligarchie arrangiere sich mit jedem politischen Regime, sofern ihre Interessen bedient und ihre Ziele verfolgt werden.<sup>92</sup> „Der Faschismus war kein stärkerer Ausdruck der Interessen des Monopolkapitals als der amerikanische New Deal, die britischen Labour-Regierungen oder die Weimarer Republik.“ Gleichzeitig verweist Hobsbawm darauf, daß, sobald das faschistische Regime etabliert war, das Großunternehmertum es voll für seine Geschäfte nutzte. In der Tat haben nachweisbar nicht nur jene Monopolgruppen, die den Faschismus an die Macht brachten, sondern auch ihre Konkurrenten die einmal etablierte Diktatur unterstützt. Hobsbawm zählt daher ungeachtet der selbst konstatierten relativen Austauschbarkeit politischer Regime für das Großkapital die „bedeutenden Vorteile“ auf, die das faschistische Regime gegenüber anderen aufwies.

a) Die „Hochzüchtung“ des Faschismus vor dem 30. Januar 1933: Von großer Bedeutung sind die Arbeiten von DDR-Historikern über das Verhalten der deutschen Großkonzerne und Großbanken gegenüber faschistischen Bewegungen in der Weimarer Republik, wie sie Kurt Gossweiler<sup>93</sup> und Wolfgang Ruge<sup>94</sup> vorgelegt haben. Beide verdeutlichen, daß die Förderung – Ruge spricht von „Hochzüchtung“ – faschistischer Bewegungen durch Kapitalgruppen überaus flexibel gehandhabt wurde. Förderung schloß wesentlich Finanzierung ein, ist aber darauf nicht zu reduzieren. Die Förderer wollten einerseits die Organisationen nicht kompromittieren, andererseits sich nicht der Gefahr aussetzen, durch von ihnen ausgehaltene Bewegungen belastet oder gar auf Details festgelegt zu

<sup>89</sup> Ruge, Monopolbourgeoisie, S. 124.

<sup>90</sup> Zur Kritik solcher Vorstellungen siehe: Anatomie des Krieges, Einleitung.

<sup>91</sup> W. I. Lenin: Die Differenzen in der europäischen Arbeiterbewegung, in: Werke, Bd. 16, S. 356 f.

<sup>92</sup> Eric Hobsbawm: Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts, München 1998, S. 168.

<sup>93</sup> Gossweiler, Reichswehr, Kapital und NSDAP.

<sup>94</sup> Ruge, Das Ende von Weimar.

werden. Sie konnten jeden geförderten Politiker ggfs. unter Druck setzen oder fallen lassen und jederzeit verschiedene Führer, Gruppen und Organisationen gegeneinander ausspielen. „Die als Förderer und Züchter faschistischer Bewegungen auftretenden Monopolherren wandten den von ihnen im ökonomischen Bereich entwickelten Stil des Managertums abgewandelt auch auf Politik und Massendemagogie an. So wie sie es dort speziell ausgebildeten und allein nach dem Erfolg ihrer Tätigkeit honorierten Fachkräften übertrugen, die organisatorischen, technischen, finanztechnischen usw. Einzelheiten ihrer Vorhaben auszuarbeiten und zu realisieren, hielten sie es hier für zweckmäßig, Berufspolitikern die Entscheidung über Fragen [34:] der Massenbeeinflussung und Massenmobilisierung zu übertragen.“<sup>95</sup> Ruges Analyse der Jahre 1922/23 kommt zu dem Schluß, „daß die Förderung faschistischer Organisationen durch das Großkapital hochgradig von den massenpolitischen Erfolgen dieser Organisationen abhing, diese Relation aber insofern als ein echtes Eskalationsverhältnis betrachtet werden muß, als nicht nur die Förderung vom Masseneinfluß, sondern umgekehrt wiederum der Masseneinfluß von der Förderung abhing. Jedenfalls flossen dem deutschen Faschismus in dieser Zeit erstmals wieder seit 1919 fünf- und sechsstellige Beträge zu.“<sup>96</sup>

b) *Die Machtübertragung:* Hinsichtlich der vorbereitenden Prozesse für die Machtübertragung an eine Regierung unter Hitler als Kanzler erscheinen mir in der historischen Forschung drei Stränge bemerkenswert. Ein erster betrifft die Orientierung eines großen und wachsenden, wenn auch noch nicht dominierenden Teils der Großindustriellen auf die NSDAP, nachdem dieser Partei bereits 1927 mit Hilfe Emil Kirdorfs der Durchbruch bei einigen Ruhrindustriellen gelungen war. Für diese Förderer war die Eignungsfrage spätestens nach den Reichstagswahlen von 1930 entschieden, nunmehr hatte die NSDAP-Führung gegenüber einzelnen ihrer Unterstützer einen gewissen Handlungsspielraum. Ein zweiter Strang betrifft die unmittelbare Einflußnahme von Vertretern der Industrie auf wirtschaftspolitische Forderungen der NSDAP. Vor der Wahl von 1930 hatte die NSDAP kein Wirtschaftsprogramm gebraucht, nunmehr gaben in dem Wirtschaftsrat der NSDAP hauptamtliche Konzernmanager den Ton an, wurde ein Wirtschaftspolitischer Pressedienst der NSDAP und ein „Freundeskreis der Wirtschaft“ unter Keppler geschaffen. Die Beziehungen zwischen der NSDAP-Spitze und führenden Industriellen und Bankiers wurden eng und vielgestaltiger, auch wenn die Mehrheit der Industriellen nicht nur die NSDAP förderte. Als dritter Strang kann die nach den ersten Anzeichen sowohl des Durchschreitens des Tiefpunktes der Wirtschaftskrise als auch der Verminderung des Masseneinflusses der NSDAP forcierten Bemühungen bestimmter Kreise des Großkapitals seit Herbst 1932 benannt werden, die auf die sofortige Ernennung Hitlers drängten. Eine erste derartige Eingabe war bereits im Juli 1931 erfolgt. Die zweite vom November 1932 kam wegen konzernegoistischer Sonderwünsche und anderer Rivalitäten der anvisierten Unterzeichner nicht zum vorgesehenen Zeitpunkt zustande. Der Direktor der Commerz- und Privatbank überreichte die Industrielleneingabe Hindenburg am 19. November 1932, als dieser gerade mit Hitler verhandelte und nicht, wie geplant, vor diesem Schritt. So kam vor der Regierung Hitler erst einmal eine Regierung Schleicher. Auch wenn die Forschungen zu dieser Eingabe noch nicht abgeschlossen sind und Quellen für weitere Zustimmungserklärungen entweder vernichtet oder noch nicht [33:] aufgefunden wurden, so stehen doch unter diesem Dokument „höchst repräsentative Nomen der Schwerindustrie und des mit ihr versippten Junkertums, der Bankwelt und des Handelskapitals“. Unter Berücksichtigung der Haltung solcher Großindustrieller wie Vögler, Reusch und Springorum, die die Eingabe unterstützten, aber nicht zu unterzeichnen wünschten, und weiterer ähnlicher Befürworter von Krupp bis Siemens und Bosch, ist einzuschätzen, daß mit Ausnahme der weniger krisengeschüttelten Chemieindustrie „die ganze deutsche Monopolbourgeoisie hinter der Eingabe stand“.<sup>97</sup>

c) *Von der Weltwirtschaftskrise zur Rüstungskonjunktur:* Seit dem Tage der Errichtung der faschistischen Diktatur standen Aufrüstung und Kriegsvorbereitung im Mittelpunkt der Regierungspolitik. Die großen Monopole profitierten nicht allein von der Hochrüstung, sie bestimmten auch die

---

<sup>95</sup> Ruge, Monopolbourgeoisie, S. 130.

<sup>96</sup> Ebenda, S. 138.

<sup>97</sup> Ruge, Das Ende von Weimar, S. 297, Vgl. Eberhard Czichon: Die Bank und die Macht. Hermann Josef Abs, die Deutsche Bank und die Politik, Köln 1995, S. 90-95.

hauptsächlichen Entwicklungslinien jener Politik, sie selbst schufen und vervollkommneten den staatsmonopolistischen Regulierungsapparat der Rüstungswirtschaft und nahmen in ihm die entscheidenden Positionen ein. Die Forschungen zu diesem Komplex umfassen viele Bereiche, von der Geschichte und Rolle einzelner Unternehmen wie Vereinigte Stahlwerke<sup>98</sup> oder IG-Farben<sup>99</sup> in diesem Prozeß über die Herausbildung neuer staatsmonopolistischer Regulierungsmechanismen und ihre Konsequenzen für die Lage der Arbeiter<sup>100</sup>, die Expansionsziele und -planungen der Konzerne, ihrer Vereinigungen und schließlich ihre Kriegsziele<sup>101</sup>, die Vierjahresplanpolitik der unmittelbaren wirtschaftlichen Kriegsvorbereitung samt ihren Ergebnissen und Krisenpunkten<sup>102</sup>.

Es kann keine Rede davon sein, der faschistische Staatsapparat hätte die Wirtschaft „unterdrückt“ und „gleichgeschaltet“, sie hätte „unter dem Zwang“ des „unumschränkten Diktators“ gehandelt, so als ob die Großunternehmen im Faschismus selbst keine Wirtschaftspolitik mehr betrieben hätten. Die von Histori-[36:]kern der DDR zutage geförderten Dokumente bewiesen, daß einflußreiche Gruppen selbst darauf drängten, ihre längst vorbereiteten Pläne zur Zerstörung der Arbeiterbewegung und zum Ausbau eines staatsmonopolistischen Systems nunmehr unter Nutzung der staatlichen Macht durchzusetzen.<sup>103</sup> Die Vorbereitung des Krieges und die Hochrüstung waren nur möglich, wenn vorher aller Widerstand der Arbeiterparteien und demokratischen Kräfte ausgeschaltet war. Die Konzerne brachten sich bei der Einführung und Einübung des Terrorsystems maßgeblich ein. Die Initiative für ein zentralisiertes System der Reichs- und Wirtschaftsgruppen ging von jenen Monopolvertretern aus, die schon vorher die Nazi-Partei unterstützt hatten.

Untersucht wurden die unterschiedlichen wirtschaftspolitischen Konzeptionen des deutschen Imperialismus zur Überwindung der Wirtschaftskrise in Deutschland 1932/33, von denen schließlich der Weg über die Hochrüstung durchgesetzt wurde.<sup>104</sup> Die Konstituierung des deutschen Faschismus, um eine parasitär-rüstungsorientierte Variante der antizyklischen Staatsintervention als Ausweg aus der Krise durchzusetzen, führte zu einer Diskussion von Wirtschaftshistorikern darüber, ob die Rüstungskonjunktur in Deutschland zu einer Modifikation des Wirtschaftszyklus geführt habe, nämlich zu einer „Zyklusphase des Aufschwungs besonderer Art“ in Deutschland, wie Jürgen Kuczynski annahm, oder nicht. Die anderen kapitalistischen Länder traten aus der Krise in die Depression ein.<sup>105</sup> Dagegen wandte Thomas Kuczynski ein, daß eine wirklich erweiterte Reproduktion des produktiven Kapitals gar nicht stattfand, denn die Profitabilität der Rüstung basiere gerade „nicht auf eigener Mehrwerterzeugung, sondern auf dem Abzug fremden Mehrwerts und des Nationaleinkommens überhaupt.“<sup>106</sup>

---

<sup>98</sup> Vgl. Kurt Gossweiler: Die Vereinigten Stahlwerke und die Großbanken. Eine Studie über das Verhältnis von Bank- und Industriekapital in der Weimarer Republik und unter der faschistischen Diktatur (1926-1936), in: ders.: Aufsätze zum Faschismus, S. 79-130.

<sup>99</sup> Vgl. Hans Radandt: Die IG Farbenindustrie und Südosteuropa 1938 bis zum Ende des zweiten Weltkrieges, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte, 1967, Teil 1.

<sup>100</sup> Vgl. Jürgen Kuczynski: Zur Geschichte der marxistisch-leninistischen Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus bis zum zweiten Weltkrieg, in: Wirtschaft und Staat im Imperialismus, hg. von Lotte Zumppe, Berlin 1976, S. 1-20; ders.: Die Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus, Bd. 16: Studien zur Geschichte des staatsmonopolistischen Kapitalismus in Deutschland 1918-1945, Berlin 1963; Dietrich Eichholtz: Faschismus und Ökonomie. Zur Entwicklung der Produktionsverhältnisse unter der faschistischen Diktatur, in: Faschismusforschung, S. 49-72.

<sup>101</sup> Vgl. Dietrich Eichholtz: Das Expansionsprogramm des deutschen Finanzkapitals am Vorabend des zweiten Weltkrieges, in: Der Weg in den Krieg, S. 1-40.

<sup>102</sup> Vgl. Zumppe, Wirtschaft und Staat in Deutschland 1933 bis 1945; Eichholtz, Kriegswirtschaft, Bd. 1.

<sup>103</sup> Vgl. Kurt Gossweiler. Der Übergang von der Weltwirtschaftskrise zur Rüstungskonjunktur in Deutschland 1933 bis 1934. Ein historischer Beitrag zur Problematik staatsmonopolistischer „Krisenüberwindung“, in: Ders. Aufsätze zum Faschismus, S. 131-198.

<sup>104</sup> Vgl. Thomas Kuczynski: Die unterschiedlichen wirtschaftspolitischen Konzeptionen des deutschen Imperialismus zur Überwindung der Wirtschaftskrise in Deutschland 1932/33 und deren Effektivität, in: Wirtschaft und Staat im Imperialismus, S. 214-251. Zur Rüstungsfinanzierung vgl. Ruth Andexel: Imperialismus-Staatsfinanzen, Rüstung Krieg: Probleme der Rüstungsfinanzierung des deutschen Imperialismus, Berlin 1968.

<sup>105</sup> Jürgen Kuczynski: Die Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus, Bd. 15, S. 157 f.

<sup>106</sup> Thomas Kuczynski: Die unterschiedlichen wirtschaftlichen Konzeptionen, S. 251.

Zum Synonym für die letzte Phase der Kriegsvorbereitungen auf wirtschaftlichem Gebiet wurde der Vierjahresplan. Er war nicht nur das Werk führender Monopolvertreter, voran die IG-Farben, sondern diese nahmen auch die entscheidenden Positionen ein und favorisierten mit Hilfe dieser Politik ihre eigene Konzernstrategie der Expansion.<sup>107</sup> Die Reichsgruppe Industrie baute seit 1934 wirksame staatsmonopolistische Organisationen für den Krieg aus. Im „Kleinen Kreis“ schufen sich die Montankonzerne von der Ruhr ein einflußreiches Instrument. In der Wehrwirtschaftsorganisation des OKW firmierten die zivilen Industriellen als „Wehrwirtschaftsführer“, mit deren Hilfe das Reichswirtschaftsministerium zugleich die Mobilmachung vorbereitete. Außerdem waren die führenden Rüstungsunternehmen eng mit den Waffenämtern der Wehrmacht verbunden und nahmen in dem exzessiven Rüstungsprogramm maßgebenden Einfluß auf sie. Die Vertreter der Großbanken waren für die Staatsbehörden die unentbehrlichen Fachleute für die Kriegsfinanzierung.

Während die mit dem Übergang zum Vierjahresplan erfolgte Umgruppierung in den Machtverhältnissen der verschiedenen Monopolgruppen untersucht wurde, blieb der Ansatz der Monopolgruppentheorie für die Jahre ab 1936 weitgehend ohne Konsequenzen für die Forschung. Er wurde für die Phase der „friedlichen“ Aggressionen und des Kriegsverlaufs nicht weiter untersucht, obwohl z. B. Dietrich Eichholtz wesentliche Umgruppierungen unterstellte.<sup>108</sup> Sie galten als sekundär gegenüber der Unterstützung des Kriegszielprogramms durch so gut wie alle deutschen Konzerne und Großbanken. Eichholtz wies nach, daß das Expansionsprogramm unbeschadet innerer Differenzierungen ein Programm der gesamten Monopolbourgeoisie war.<sup>109</sup> Dieses Expansionsprogramm – Jahre vor dem Krieg entworfen, als Kriegszielprogramm in der Phase des Sieges präzisiert und exzessiv erweitert – wurde von DDR-Historikern dokumentiert, erforscht und dargestellt. Es ging nicht um „Lebensraum“ für das deutsche Volk, sondern um Bodenschätze, Rohstoffe und billige Arbeitskräfte für das deutsche Großkapital, um Fabriken, Patente und Erfindungen, um Absatzmärkte und Kapitalanlagemöglichkeiten, also um wirtschaftliche und politische Einflußsphären. Diese Kriegsziele beschränkten sich nicht auf die angestrebte Herrschaft in Europa, es ging um die Neuaufteilung der Welt zugunsten des deutschen Großkapitals, perspektivisch um die Verwirklichung seiner Weltherrschaftspläne. Nach dem Scheitern der strategischen Defensive 1943 mutierte es schließlich in den Nachkriegsplänen zum Überlebensprogramm. Auf die Arbeiten zur Zielplanung der beiden letztgenannten Phasen wird im folgenden gesondert verwiesen.

d) „*Neuordnungspläne*“ in der Siegesphase: Im Verlaufe des zweiten Weltkrieges gibt es zwei Phasen, in denen deutsche Konzernherren und Bankdirektoren, von den militärischen Erfolgen beflügelt, ihre Kriegsziele und ihre Beuteansprüche als „Wunschprogramme“ für eine „Neuordnung Europas“ niederschrieben und zur Koordination bei ihren Vereinigungen wie der „Reichsgruppe Industrie“ einreichten. Erstmals hatte eine solche „Neuordnungsplanung“ als Mischung von [38:] Euphorie und nüchterner Kalkulation im Sommer 1940 nach der Niederlage Frankreichs Hochkonjunktur, ein weiteres Mal wurden die Beutewünsche deutscher Firmen nach dem Überfall der Wehrmacht auf die Sowjetunion 1941/42 formuliert.

Nachdem er bereits im Darstellungsteil den Beutezug der deutschen Monopole durch Europa und den Interessenkampf bei der Verteilung der Beute vorgestellt und analysiert hatte, druckte Eichholtz im Anhang zum ersten Band der „Geschichte der deutschen Kriegswirtschaft“ auf 130 Seiten Schlüsseldokumente zur „Neuordnung des europäischen Wirtschaftsraumes“ aus den Jahren 1940 und 1941 ab. Die Reichsgruppe Industrie und die Wirtschaftsgruppen hatten im Juni ihre Mitglieder aufgefordert, „Wünsche für den Friedensvertrag und die Neugestaltung der europäischen Wirtschaftsbeziehungen“ einzureichen. Sie sollten Norwegen, Dänemark, Schweden, Finnland, Holland, Belgien, Luxemburg, Frankreich, England und den Balkan betreffen, also auch Länder, die weder besiegt noch besetzt

---

<sup>107</sup> Vgl. Dietrich Eichholtz: Zum Anteil des IG-Farben-Konzerns an der Vorbereitung des zweiten Weltkrieges, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte, 196, Teil 2.

<sup>108</sup> Vgl. Dietrich Eichholtz: Probleme einer Wirtschaftsgeschichte des Faschismus in Deutschland, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte, Berlin 1963, Teil 3, S. 125.

<sup>109</sup> Dietrich Eichholtz: Das Expansionsprogramm des deutschen Finanzkapitals am Vorabend des zweiten Weltkrieges, in: Der Weg in den Krieg, S. 1-40.

waren. Die Firmen wurden aufgefordert, binnen weniger Tage ihre Verluste nach dem ersten Weltkrieg an Gruben, Hütten, Fabriken, Verkehrsmitteln, Handelseinrichtungen, Konzessionen und Lizenzen aufzurechnen und ihre darüber hinausgehenden Forderungen mitzuteilen.<sup>110</sup> Die um Vorschläge ersuchten Firmen konnten der Bitte kurzfristig entsprechen, weil sie längst entsprechende Vorarbeiten geleistet hatten. Von den Stellungnahmen sowohl einzelner Industriekonzerne als auch ganzer Wirtschaftsgruppen dokumentiert Eichholtz jene der IG Farbenindustrie AG, der Ruhr-Montankonzerne und ihrer *Wirtschaftsgruppe Eisen schaffende Industrie*, des Carl Zeiss Jena, der *Fachgruppe Metallherzeugende Industrie*, der *Reichsgruppe Industrie* und des Reichswirtschaftsministeriums. Die Reichsgruppe Industrie faßte alle Forderungen, Programme und Planungen in sog. Länderberichten zusammen, jene für Holland, Belgien, Dänemark, Frankreich und Norwegen wurden fertig und gedruckt. Die Forderungen richteten sich nicht allein auf unmittelbar interessierende Objekte, sondern auch darauf, die ausländische Konkurrenz auszuschalten und die besetzten Länder insgesamt wirtschaftspolitisch unterzuordnen und gleichzuschalten. Diesem Zweck sollte die „Organisation der Industrie nach deutschem Muster“ und die „Übernahme der deutschen Wirtschaftsmethoden“, der entsprechenden Gesetze, Verordnungen deutscher Standards und Typen dienen. Im Unterschied zu den Forderungen der einzelnen Konzerne, der Wirtschaftsgruppen und der Reichsgruppe Industrie ist die Tätigkeit weiterer an den Neuordnungsplanungen beteiligter staatlicher, militärischer, gemischter und privatwirtschaftlicher Institutionen, so z. B. der Wirtschafts-[39:]abteilungen der Militär- bzw. Zivilverwaltungen der besetzten Länder, bisher wenig erforscht.<sup>111</sup>

Der Führungsanspruch des deutschen Großkapitals in einem „europäischen Großwirtschaftsraum“ erstreckte sich auf alle wirtschaftspolitischen und technisch-ökonomischen Normative sowie ganz konkret auf das Eigentum der Unternehmer der okkupierten Länder. Dennoch sollte in Westeuropa den Klassen- und Profitinteressen der dortigen Kapitalisten ein gewisser Spielraum gelassen werden, im Unterschied zur radikalen und entschädigungslosen Enteignung im annektierten Polen. Zum Auftakt jener euphorischen „Neuordnungsplanungen“ sprach der Ministerialrat im Reichswirtschaftsministerium Schlotterer vor dem Großen Beirat der Reichsgruppe Industrie. Er warnte davor, die anderen europäischen Industrien zu unterdrücken oder zugrunde zu richten und empfahl, die Konkurrenz nicht kurzerhand zu vernichten, sondern „mit wirtschaftlichen Mitteln“, durch Marktregelungen, mittels Kartellen und anderen wirtschaftlichen Organisationen unter deutscher Führung unschädlich zu machen oder sogar für die deutsche Kriegswirtschaft zu nutzen. Schlotterer optierte für Kapitalbeteiligung und Kollaboration. Über die damalige Wirkung des Appells schrieb Eichholtz: „Der Appell Schlotterers fand keine Resonanz, und seine Linie ließ sich nicht durchsetzen“<sup>112</sup>, um gleich anschließend diese Aussage wieder einzuschränken. In der Tat war die Raubgier der Großkonzerne und der Großbanken und damit auch ihre Konkurrenz um die Filetstücke der Beute so stark, daß trotz des allseitig ausgearbeiteten und abgestimmten Programms der deutschen Industrie eine Regulierung des Beutezuges durch das Reichswirtschaftsministerium nicht zustande kam. Das staatsmonopolistische Expansionsprogramm hob die Rivalitäten der Großkonzerne nicht auf, die Sonderprogramme der stärksten Monopole erlangten praktisch mehr Bedeutung als alle Forderungen nach Ein- und Unterordnung in ein abgestimmtes Programm. Ungeachtet aller Stillelegungen und Enteignungen machten die Eigentumsübertragungen in Westeuropa gemessen am Gesamtkapital der Volkswirtschaften einen geringen Umfang aus. „In West- und Nordeuropa überwog die Einbeziehung der dortigen Industrierwerke unter Leitung ihrer alten Eigentümer in die deutsche Kriegswirtschaft ... die von Schlotterer dargelegte taktische Linie für die Behandlung der Kapitalisten der west- und nordeuropäischen Länder während [40:] der Kriegsdauer wurde also im wesentlichen doch befolgt“,<sup>113</sup> resümierte Berthold Puchert.

---

<sup>110</sup> Nürnberger Dokument NI-3526, abgedruckt in: Fall 5, S. 165.

<sup>111</sup> Vgl. Dietrich Eichholtz: Ausbeutung im „Großwehrwirtschaftsraum“, Institutionen und Praxis der deutschen Wirtschaftspolitik im besetzten Europa, in: „Neuordnung Europas“. Vorträge vor der Berliner Gesellschaft für Faschismus- und Weltkriegsforschung 1992-1996, hg. von Werner Röhr und Brigitte Berlekamp, Berlin 1996, S. 59-86.

<sup>112</sup> Eichholtz, Kriegswirtschaft, Bd. 1, S. 182.

<sup>113</sup> Puchert, Außenhandel und Okkupationswirtschaft, S. 401.

„Die einflußreichsten und daher bestinformierten Industrie- und Bankherren konnten auf die Dämpfung ihrer in den Neuordnungsvorstellungen manifestierten Raubgelüste gegenüber den kapitalistischen Ländern verhältnismäßig leicht eingehen, weil ihnen, wie sie glaubten, in den bald zu erobernden sowjetischen Gebieten bis zum Ural viel reichere Beute winkte.“<sup>114</sup> Auf diese zweite Phase siegestrunkener „Neuordnungsplanung“ vom Sommer 1941 bis zum April 1942 sei an dieser Stelle nur cursorisch verwiesen. Gegenüber der Sowjetunion handelte es sich nicht mehr um einen Konkurrenzkrieg um die Vorherrschaft, sondern um einen Klassenkrieg. Die direkte, schrankenlose, unverhüllte Ausbeutung des Landes, seiner Ressourcen und seiner Bevölkerung zielte von vornherein auf die vollständige Übernahme sämtlichen Eigentums, sowohl des Volks- und Genossenschaftseigentums als auch des persönlichen. Bereits bei der Planung des Raubzuges ergaben sich wesentliche Unterschiede sowohl zu Polen als auch zu Westeuropa. Die Pläne für Aneignung und Ausnutzung der besetzten sowjetischen Gebiete wurden als Grundlinien sowie für die wichtigsten Sektoren zentral ausgearbeitet, um weitgehend ungehemmte Konkurrenzkämpfe wie in Westeuropa zu vermeiden. Institutionalisiert wurden sie durch einen „Wirtschaftsstab Ost“ mit einem „Wirtschaftsführungsstab Ost“. Damit waren die Pläne des Leiters der Haupttreuhandstelle Ost (HTO), Max Winkler, die Kompetenzen der HTO auf die besetzten sowjetischen Gebiete auszudehnen, gescheitert. Gewählt wurde eine andere Form der Regulierung des Beutezuges: Zur Ausbeutung der Sowjetunion wurde nicht mehr eine einzige staatliche Regulierungsstelle wie die HTO, sondern mehrere branchenspezifische Ostgesellschaften geschaffen. Sie waren staatlich-privat gemischte Gesellschaften und sollten auf ihren Produktionsgebieten über das Monopol auf den besetzten sowjetischen Territorien verfügen. In diesen Ostgesellschaften waren nicht nur die größten deutschen Firmen der Branche jeweils vertreten, sondern unmittelbar die größten deutschen Industrieunternehmen und Banken. Die kriegswirtschaftlich interessierenden Betriebe sollten nicht sofort in Privathand übergehen, sondern zunächst von diesen Ostgesellschaften treuhänderisch verwaltet werden.

Die bekannteste dieser Gesellschaften war die Kontinentale Öl-AG. Obwohl die Aktienmehrheit beim Deutschen Reich lag, wurde sie privatwirtschaftlich von der Industrie geführt.<sup>115</sup> Als Gründer und Aktionäre traten nicht nur Ölkonzerne, sondern die größten deutschen Industriekonzerne und Banken auf, den Vorsitz im Verwaltungsrat führte ein IG-Farbendirektor, den Vorsitz im Aufsichtsrat übernahm Reichs-[41:]wirtschaftsminister Walter Funk. Die Conti-Öl erhielt das ausschließliche Recht zur Gewinnung und Verarbeitung, zum Transport und Handel von Mineralölerzeugnissen für das ganze besetzte Europa zugesprochen. Wirtschaftlich aber wurde sie ein Flop, weil die Wehrmacht die vorgesehenen Erdölgebiete nicht erobern konnte.

Mit den Detailplanungen für die Übernahme der sowjetischen Industrie begannen die führenden Unternehmen und die Selbstverwaltungsorgane der Monopole Monate vor dem Überfall auf die UdSSR. Insbesondere ging es den deutschen Eroberern um die Nahrungsmittelressourcen. Um sich diese zu sichern, kalkultierten die Planer in den Führungsstäben für die wirtschaftliche Ausbeutung der Sowjetunion den Hungertod von Dutzenden Millionen Sowjetbürgern ein. Görings Grüne und Braune Mappe waren den deutschen Monopolherren kein Buch mit sieben Siegeln. Auch wenn die großen deutschen Firmen in den Ostgesellschaften zahlreicher vertreten waren als im „Wirtschaftsführungsstab Ost“, so saßen die Fachleute des deutschen Großkapitals in allen Stäben und nahmen entscheidende Funktionen wahr: Von den Offizieren der Wirtschaftskommandos an der Basis über die Mitgliedschaften in den Ostgesellschaften bis zum „Wirtschaftsführungsstab Ost“ und seiner weitverzweigten militärischen Organisation. Diese Wirtschaftsfachleute fungierten als Beauftragte der Rüstungsbehörden oder der militärischen Wirtschaftsorgane, des Reichsministeriums für die besetzten Ostgebiete oder der Reichs- und Gebietskommissare. Mit militärischen Funktionen und Vollmachten versehen, konnten sie vor Ort, wo kein gewöhnlicher Zivilist auch nur Zugang hatte, die Interessen ihrer Firmen an Raub und Plünderung, an Übernahme und Produktion wahrnehmen. Sie verteilten die „Patenschaften“ über die wichtigsten Betriebe, sie saßen in Hunderten neuer Filialen deutscher Industriekonzerne und Großbanken. Diese Verflechtung der militärisch-staatlichen und wirtschaftlich-staatsmonopolistischen

---

<sup>114</sup> Ebenda, S. 400.

<sup>115</sup> Die Zusammensetzung dieser Aktiengesellschaft siehe ebenda, S. 404.

Kriegsstäbe mit den privaten Unternehmen verwuchs zu „einem einzigen faschistischen Apparat der Unterdrückung, Aussaugung und Beraubung“.<sup>116</sup> Der Wunsch der Staatsführung, mit dieser für die Sowjetunion entwickelten Form der Regulierung der Beuteverteilung die Konkurrenzkämpfe niederhalten zu können, erwies sich als Illusion. Wie bereits in Polen oder Frankreich entbrannten um die lukrativsten Objekte erbitterte Kämpfe.

Die wirtschaftshistorische Forschung über den zweiten Weltkrieg hat diesen Ostgesellschaften große Aufmerksamkeit gewidmet, auch wenn sie in Dokumentation und Darstellung gegenüber den Arbeiten zu den Forderungskatalogen der Monopole für West- und Nordeuropa von 1940 zurückbleibt.

[42:] *e) Raub, Plünderung, Ausbeutung, Aneignung*: Die Okkupationspraxis in den besetzten Ländern und Gebieten war die Probe auf das Programm der „Neuordnung Europas“. Den Anteil der deutschen Großkapitalisten und Bankiers an der Okkupationspolitik zu erforschen, zu dokumentieren und darzustellen war ein wichtiges Anliegen der Weltkriegshistoriker der DDR. In den Bänden „Anatomie des Krieges“, „Anatomie der Aggression“, „Griff nach Südosteuropa“, „Okkupation, Raub, Vernichtung“ wird dokumentiert, wie sie darangingen, die Neuordnungspläne praktisch zu verwirklichen und sich der Reichtümer Europas zu bemächtigen. In „Europa unterm Hakenkreuz“ wird dies Land für Land nachgewiesen, die wirtschaftliche Ausplünderung der Länder bei Eroberung und Rückzug, die umfassende Aneignung aller Ressourcen, die rücksichtslose Ausbeutung zugunsten der eigenen Kriegsfinanzierung und die Einbeziehung in die deutsche Kriegswirtschaft bilden einen der beiden Schwerpunkte der Reihe. Über die präsentierten Dokumente hinaus wird wie bereits in „Deutschland im zweiten Weltkrieg“ auch in „Europa unterm Hakenkreuz“ analysiert und dargestellt, mit welcher Zielstrebigkeit und Energie die Konzern- und Bankvertreter, sei es in Zivil oder in der Uniform der Wehrmacht, die von ihnen anvisierten Beuteobjekte tatsächlich in ihre Verfügungsgewalt zu bringen suchten. Beschlagnahmen und Enteignungen oblagen formal den staatlichen Organen der Besatzungsmacht, doch erstens saßen in diesen Stäben zahlreiche Vertreter der interessierten Firmen, zweitens kannten diese keine Hemmungen und keine Schranken, die von ihnen gewünschten Objekte zu bestimmen und im Konkurrenzkampf gegen andere deutsche Bewerber möglichst mit Hilfe ihrer Interessenvertreter in Reichsstellen wie in den Besatzungsapparaten auch durchzusetzen.

Die Methoden der wirtschaftlichen Unterjochung der besetzten Länder waren vielfältig. Bereits die von den Wehrmachtkommandos beschlagnahmte sog. Kriegsbeute fiel größtenteils den Rüstungskonzernen zu, denn es handelte sich um Rohstoffe oder Halbfabrikate, mit denen die Wehrmacht unmittelbar wenig beginnen konnte. Die Unternehmen meldeten also ihren Bedarf an Plünderungsgut bei den Wehrmachtstellen an. Ihre Fachleute saßen zudem direkt in den Requisitionsstäben und Beutekommandos und nahmen ihre Interessen unmittelbar wahr. Wie der Leiter der Reichsgruppe Industrie, Wilhelm Zangen, auf einer Sitzung ihres Großen Beirates am 3. Oktober 1940 ausführte, sollte die „europäische Großraumwirtschaft im wesentlichen ... ein Ergebnis der Wirtschaft selber“ sein. Doch gleichzeitig ließen deren Vertreter durch die militärischen Dienststellen in den besetzten Ländern direkt Druck auf die dortigen Industriellen, Banken und Verwaltungen ausüben, um „auf allen Gebieten kapitalmäßig möglichst tief in die Betriebe Europas, insbesondere Industriebetriebe, ein(zu)dringen, damit wir [43:] die Dinge von dort aus steuern können“.<sup>117</sup> In der Wahl ihrer Methoden nicht zimperlich, verfolgten die deutschen Monopole dieses Ziel auf vielen Wegen, von der „Arisierung“ über die Erpressung mit Gewalt, Drohung zur Stilllegung oder mit Rohstoffentzug. Sie erwarteten dabei von den deutschen Reichs- und Okkupationsbehörden absolute Unterstützung, stärkeren Druck auf die besiegten Konkurrenten, „ja die Okkupations- und Außenpolitik des Hitlerregimes insgesamt erschien ihnen oft nicht repressiv genug“.<sup>118</sup>

Im Zentrum der Dokumentationen wie der Darstellungen standen die konkreten Aktivitäten der Unternehmen und Banken sowie der Reichsgruppe Industrie und der Wirtschaftsgruppen. Das im Kriege institutionalisierte System der Ausbeutung und Ausplünderung der besetzten Länder wurde vor allem

<sup>116</sup> Anatomie des Krieges, Einleitung, S. 26.

<sup>117</sup> Aus dem Protokoll der Sitzung des Großen Beirates der Reichsgruppe Industrie am 3. Oktober 1940 zu Fragen der „europäischen Großraumwirtschaft“, abgedruckt in: Anatomie des Krieges, Dok. 134, S. 289-296.

<sup>118</sup> Anatomie des Krieges, Einleitung, S. 24/25.

hinsichtlich seiner Ergebnisse für die deutsche Kriegswirtschaft und seiner Folgen für die Bevölkerung der besetzten Länder untersucht. Von den dabei tätigen Institutionen wurden der Vierjahresplanung und vor allem dem Munitionsministerium unter Speer die größte Aufmerksamkeit zugewandt, weiterhin staatsmonopolistischen Einrichtungen wie dem Wirtschaftsführungsstab Ost oder den Ostgesellschaften, dagegen blieb die Tätigkeit zahlreicher militärischer Wirtschaftsstäbe, der Wirtschaftsabteilungen bei Militärbefehlshabern und Zivilverwaltungen und der Rüstungsinspektionen bisher von der Forschung vernachlässigt.

Berthold Puchert hat der Ausbeutung und Ausplünderung der besetzten Länder über die Formen des Handels- und Zahlungsverkehrs eine eigene Analyse gewidmet.<sup>119</sup>

f) *Kriegswirtschaftliche Regulierung*: Von den umfassenden wirtschaftshistorischen Forschungen zur deutschen Kriegswirtschaft soll an dieser Stelle nur noch ein Teilgegenstand erwähnt werden, nämlich die Selbstverwaltung der deutschen Industrie für die Kriegsproduktion. Ihr kommt bei der Untersuchung der Rolle der Monopole in der faschistischen Kriegführung eine Schlüsselfunktion zu. Jenes Regulierungssystem der deutschen Kriegswirtschaft, das ab Anfang 1942 von dem neuen Rüstungsminister Speer eingeführt wurde, war in der Tat eine Wirtschaftsdiktatur, nur wurde sie von den mächtigsten Konzernvertretern selbst ausgeübt. Dietrich Eichholtz hat im zweiten Band der „Geschichte der deutschen Kriegswirtschaft“ jene Konzentration der staatsmonopolistischen Regulierungsgewalt dargestellt. Hier sei nur folgendes Moment hervorgehoben: Das Reichsministerium für Bewaffnung und Munition entstand als kriegswirtschaftliche Kommandozentrale auf Initiative der Rüstungsproduzenten, sie trieben die Konzentration und [44:] Zentralisation der Regulierungsgewalt voran. Die Reichsgruppe Industrie und Fachleute der großen Rüstungsfabriken leiteten sogar anfänglich jeden Schritt des neuen Ministeriums an, dessen Leiter die „Ratschläge“ der von der Reichsgruppe Industrie gebildeten Ausschüsse und Arbeitsgemeinschaften in gesetzliche Anordnungen umsetzten. Damit nicht genug, die Ausschüsse, Kommissionen, Ringe und weitere Gremien von Industriellen wurden mit weitgehenden staatlichen Vollmachten ausgestattet. Der Apparat des Speer-Ministeriums wurde so zur entscheidenden Plattform für die mächtigsten Rüstungsbetriebe, von der aus sie per Befehl die unmittelbare Leitung der gesamten Rüstungsindustrie übernahmen. Sukzessive ordneten sie sich von hier aus die gesamte Wirtschaft unmittelbar unter. Zur Steigerung der Kriegsproduktion – und damit der ungeheuren Expansion der Profite – diktierten die mächtigsten Rüstungsfabrikanten Auftragserteilung und Kontingentvergabe, Verteilung der Arbeitskräfte. Mit staatlicher Vollmacht rationalisierten sie Produktion und Transport – und vergaßen sich selbst dabei nicht: Die Leiter der Ausschüsse stellten die eigene Forderung nach Profitmaximierung skrupellos als sine qua non dar: Die Nutznießer arbeiteten die Richtlinien für das Festpreissystem des Speer-Ministeriums gleich selber aus.

Der zweite Weltkrieg war also mindestens so sehr der Krieg der deutschen Rüstungsindustrie wie der Militärs. Insoweit die Wehrwirtschaftsorganisation der Wehrmacht und das Reichswirtschaftsministerium für die Zwecke der Rüstungsfabrikanten nicht effektiv genug oder unbrauchbar waren, wurden sie von jener staatsmonopolistischen Regulierungsgewalt zunehmend ausgeschaltet. Die „Selbstverwaltung der Wirtschaft“, wie diese Regulierung der Kriegswirtschaft von den Vertretern der Rüstungsmonopole selbst euphorisch und verschleiernd zugleich genannt wurde, verdeutlicht wie kein anderer Sachverhalt die völlige Unterordnung des deutschen Volkes und der Völker aller besetzten Länder unter die Kriegsziele des deutschen Großkapitals.<sup>120</sup>

g) *Zwangsarbeit*: Rekrutierung, Lage und Ausbeutungsbedingungen von Zwangsarbeitern in der deutschen Kriegswirtschaft waren ein wichtiger Gegenstand der Weltkriegsforschung in der DDR. Dabei standen nicht so sehr die Verfolgung dieser unfreien Arbeiter durch die verschiedenen Terrorapparate als vielmehr die Arbeits- und Ausbeutungsbedingungen selbst im Mittelpunkt. Die Folgen des Raubbaus an der Arbeitskraft bei ungenügender Ernährung, verschleißendem Arbeitseinsatz, bei fehlenden oder völlig ungenügenden Sicherheitsvorkehrungen und terroristischer Gewalt wurden hinsichtlich

<sup>119</sup> Puchert, Außenhandel und Okkupationswirtschaft, S. 388-407.

<sup>120</sup> Vgl. Wolfgang Bleyer: Staat und Monopole im totalen Krieg. Der staatsmonopolistische Machtapparat und die „totale Mobilisierung“ im 1. Halbjahr 1943, Berlin 1970; Eichholtz, Kriegswirtschaft, Bd. 2, Kap. II und III.

Entlohnung und Ernährung, gesundheitlicher Schädigung und Sterblichkeit, hinsichtlich der Leistungen und der Effektivität ihrer Arbeit, hinsichtlich der Kriegsprofite der Firmen und ihrer [45:] Schlußfolgerungen für eine künftige „Bewirtschaftung“ der Zwangsarbeiter und schließlich hinsichtlich der politisch-sozialen Folgen für die deutschen Arbeiter bzw. die deutsche Gesellschaft untersucht.<sup>121</sup>

Historische Forschungen zur Arbeitskräftesituation in der deutschen Kriegswirtschaft erstreckten sich sowohl auf die deutschen Arbeiter als auch auf die ausländischen Zwangsarbeiter und deren zunehmend gewaltsame Rekrutierung.<sup>122</sup> Die Aufmerksamkeit der Forscher galt vor allem zwei Gruppen, erstens den nach Deutschland deportierten ausländischen Arbeitern in der Rüstungsindustrie<sup>123</sup>, zweitens den deutschen und ausländischen KZ-Häftlingen. Hinsichtlich der mit diesen Zwangsarbeitern produzierenden Betriebe stützten sich Historiker der DDR zunächst und vor allem auf die vorhandenen Firmenarchive, d. h. sie untersuchten jene Betriebe, die auf dem Territorium der DDR lagen, z. B. Zeiss in Jena<sup>124</sup>, die Mansfeld-Werke, die IG-Farbenwerke in Buna, Wolfen, den Gustloff-Konzern in Thüringen<sup>125</sup>, Flick in Sachsen-Anhalt<sup>126</sup> bzw. jene KZ-Produktionsstätten, die hier lokalisiert waren und deren Archive verfügbar waren wie Dora-Mittelbau bei Nordhausen<sup>127</sup> oder Ravensbrück. Dokumente dieser Firmen wurden publiziert, und sie ließen keinen Zweifel daran, daß die Firmen aus der verschleißenden und mörderischen Arbeit Kriegsprofite zogen und daß die Regierungsbehörden ihnen diese unfreien Arbeiter weder aufdrängen noch aufzwingen mußten, sondern Initiative und Anträge von den Betrieben und zahlreichen weiteren Einrichtungen bis hin zu Kommunen und Kirchen ausgingen.

Die Verhältnisse, unter denen die Zwangsarbeiter durch die großen Konzerne ausgebeutet wurden, sind von DDR-Historikern sowohl dokumentiert als auch analysiert und dargestellt worden. Allerdings fehlen bilanzierende Arbeiten über die Gesamtheit des Masseneinsatzes von Zwangsarbeitern. Die Zwangsarbeiter und KZ-Häftlinge beschäftigenden Rüstungsbetriebe waren nicht nur die Haupt-[46:]nutznießer billiger Arbeitskraft, sondern auch die treibende Kraft für deren Rekrutierung und damit hauptverantwortlich für die millionenfache Deportation ausländischer Arbeiter nach Deutschland.

*h) Nachkriegsplanungen in Erwartung der Niederlage:* Planungen und Vorbereitungen auf den Nachkrieg spielten auf deutscher Seite in allen Kriegsphasen eine außerordentliche Rolle, während der Siege 1940/41, nach dem erzwungenen Übergang zur strategischen Defensive und erst recht angesichts der bevorstehenden Niederlage. Hinsichtlich Informationsbeschaffung, Konzeptions- und Entschlußbildung nahmen diese Anstrengungen erhebliche Potentiale auf vielen Führungs- und Funktionsebenen in Anspruch. Seit 1940 beherrschte die Kriegszielpolitik von den zentralen Entscheidungsebenen bis zu den Standorten alle wirtschaftspolitischen Bereiche. Spätestens im Spätsommer 1943, nach dem Scheitern auch der Defensivstrategie, aber war unwiderruflich der Zeitpunkt gekommen, an dem die bisherigen deutschen Nachkriegsplanungen grundsätzlich in Frage gestellt werden mußten, denn diese waren nur im Hinblick auf eine siegreiche Beendigung des Krieges systematisiert worden.<sup>128</sup>

Beginnend mit dem Dokumentenband „Anatomie des Krieges“ befaßten sich Historiker der DDR mit den intensiven Vorbereitungen deutscher Unternehmerorganisationen auf ein Überleben nach der

---

<sup>121</sup> Vgl. dazu vor allem Eichholtz, Kriegswirtschaft, Bd. 2, Kapitel IV, S. 179-292; Klaus Drobisch Dietrich Eichholtz: Die Zwangsarbeit ausländischer Arbeitskräfte in Deutschland während des zweiten Weltkrieges, in: Bulletin, 1970/3, S. 1-25; Wolfgang Bleyer/Klaus Drobisch: Dokumente zur Ausbeutung ausländischer Zwangsarbeiter durch das deutsche Monopolkapital im zweiten Weltkrieg, in: Ebenda, S. 26-93.

<sup>122</sup> Vgl. Eisner/Lehmann, Ausländische Arbeiter.

<sup>123</sup> Vgl. Eva Seeber: Zwangsarbeiter in der faschistischen Kriegswirtschaft. Die Deportation und Ausbeutung polnischer Bürger unter besonderer Berücksichtigung der Lage der Arbeiter aus dem sogenannten Generalgouvernement 1939-1945, Berlin 1964.

<sup>124</sup> Carl Zeiss Jena einst und jetzt. Autorenkollektiv unter Leitung von Wolfgang Schumann, Berlin 1982.

<sup>125</sup> Horst Lange: REIMAHG – Unternehmen des Todes. Der Aufbau der deutschen faschistischen Luftwaffe. Rolle des Gustloff-Konzerns. Verbrechen an ausländischen Zwangsarbeiter im unterirdischen Flugzeugwerk „Reimahg“ 1944/45, Jena 1969.

<sup>126</sup> Manfred Ohlsen: Milliarden für den Geier oder der Fall des Friedrich Flick, Berlin 1980, <sup>3</sup>1985.

<sup>127</sup> Dieckmann/Hochmuth, KZ Dora-Mittelbau.

<sup>128</sup> Vgl. Deutschland im zweiten Weltkrieg, Bd. 3, S. 517 ff. und 591.

Niederlage.<sup>129</sup> Den Rüstungsproduzenten schien es angesichts der unabwendbaren Niederlage dringend geboten, ihre Produktionsmittel und Kapitalien als Machtgrundlage zu retten, die sie mehr durch das Vorrücken der Roten Armee bedroht sahen als durch Zerstörungsbefehle Hitlers und die gezielten Bombardements der angelsächsischen Luftwaffe. Gegen Hitlers Nero-Befehl half ihnen Speer mit vollem Einsatz. Um jedoch auch bei befürchteten innenpolitischen Komplikationen im Moment der militärischen Niederlage gewappnet zu sein und jede antikapitalistische Aktion auszuschließen, beschäftigten sich zahlreiche Vertreter und Gremien der Rüstungsindustriellen und andere mit umfangreichen Nachkriegsplanungen. Wirtschaftspolitisch betrafen sie vor allem die künftigen deutschen Exportaussichten auf den Weltmärkten und die Wege zur Abwälzung aller Lasten und Risiken des Krieges auf den Staat.

[47:] Diese Nachkriegsplanungen wurden hinsichtlich einzelner Stränge und Schritte untersucht<sup>130</sup> und ausführlich in „Deutschland im zweiten Weltkrieg“ dargestellt. Die gründlichste, quellenreichste und umfassendste Analyse dieser Überlebensplanungen verfaßte der westdeutsche Historiker Karl Heinz Roth für den 1996 erschienenen dritten Band der „Geschichte der deutschen Kriegswirtschaft“ von Dietrich Eichholtz.<sup>131</sup>

Seit dem Frühjahr 1944 setzte sich die Reichsgruppe Industrie in den wirtschaftspolitischen Nachkriegsplanungen durch und schob alle konkurrierenden Kräfte und deren Wirtschaftsmodelle für eine Nachkriegsordnung radikal beiseite. Ihre Planer machten die Interessen der bisherigen Rüstungsgewinner zum ausschließlichen Maßstab der Nachkriegsplanungen und setzten als dringlichstes Problem eines friedenswirtschaftlichen Konsolidierungsprogramms die Liquidation der wirtschaftlichen Folgen des verlorenen Krieges auf die Tagesordnung. Ludwig Erhard „fand eine überraschende Lösung: Die Kriegsschulden sollten auf den Staat als Alleinschuldner übertragen und so liquidiert werden, daß sie die bis zum Kriegsende akkumulierte Kapital- und Sachvermögenssubstanz intakt ließen.“<sup>132</sup> Diese Lösung wurde im wesentlichen durchgesetzt. Trotz aller Bombenschäden lag das Bruttoanlagevermögen der deutschen Wirtschaft 1945 um 21 Prozent über dem Stand von 1936 und noch um 8 Prozent über dem von 1939, wie Dietrich Eichholtz nachgewiesen hat.<sup>133</sup> Der Krieg hatte sich für die Rüstungskonzerne also gelohnt, dank Rüstungs- und Kriegskonjunktur, dank der Ausbeutung und Ausplünderung der besetzten Länder, deren Währungen dafür sämtlich ruiniert waren.

### 4.3. Von der Verfolgung zum Völkermord!<sup>134</sup>

Für die Forschungen in der DDR zur Judenverfolgung und zum Völkermord an den Juden gilt dasselbe, was bereits generell zur Faschismusforschung gesagt wurde: Weder an einem universitären noch an einem Akademieinstitut gab es [48:] auch nur eine Abteilung, die sich speziell mit der Geschichte der Juden und der Judenverfolgung in Deutschland befaßt hätte – und die Historiker haben eine solche auch nicht gefordert. Was die Kenntnis der Bürger der DDR vom Leben und Leiden, von der Verfolgung

<sup>129</sup> Joachim Piskol: Konzeptionelle Pläne und Maßnahmen der deutschen Monopolbourgeoisie für den Übergang vom imperialistischen Krieg zum imperialistischen Frieden und zur Rettung ihrer Machtgrundlagen aus der faschistischen Niederlage (1934-1945), Phil. Diss., Berlin 1972; Wolfgang Schumann: Probleme der deutschen Außenwirtschaft und einer „europäischen Wirtschaftsplanung“ 1943/44 (Zur Entstehung und Tätigkeit des „Europakreises“ beim Planungsamt des Reichsministeriums für Rüstung und Kriegsproduktion und des „Arbeitskreises für Außenwirtschaftsfragen“), in: Bulletin, 1978/3-4, S. 31-64.

<sup>130</sup> Siehe die Beiträge von Olaf Groehler/Klaus Mammach und Dietrich Eichholtz in: Bulletin, 1985/1-4, S. 7-31, 32-40 und 91-95; Dietrich Eichholtz: Das Reichsministerium für Rüstungs- und Kriegsproduktion und die Straßburger Tagung vom 10. August 1944 (Bemerkungen zu offenen Fragen), in: Bulletin, 1975/Heft 3-4.

<sup>131</sup> Karl Heinz Roth: Wirtschaftliche Vorbereitungen auf das Kriegsende und Nachkriegsplanungen, in: Eichholtz, Kriegswirtschaft, Band 3, S. 509-611. Vgl. auch die zusammenfassende Darstellung desselben Autors: Die wirtschaftspolitischen Nachkriegsplanungen des deutschen Faschismus – Forschungsbilanz und offene Fragen, in: BULLETIN 6, Berlin 1996, S. 51-70.

<sup>132</sup> Roth, Die wirtschaftspolitischen Nachkriegsplanungen, S. 65.

<sup>133</sup> Dietrich Eichholtz: Deutschland am Ende des Krieges – eine kriegswirtschaftliche Bilanz, in: BULLETIN 6, Berlin 1996, S. 17-41, hier S. 40.

<sup>134</sup> Vgl. dazu: Kurt Pätzold: Antifaschismus und NS-Geschichte, in: konkret, Hamburg 1992, Heft 11, S. 52-58; ders.: Persecutions and the Holocaust: A Provisional Review of GDR-Historiography, in: Leo-Baeck-Institute-Year-Book, 40/1995, S. 291 ff.

und vom Sterben der Juden unter der Nazierrschaft angeht, so liefen Film und Theater, Literatur und Kunst in der Aufarbeitung dieser Geschichte der professionellen Historiographie den Rang ab.

Während in der westdeutschen Fachwissenschaft sich in den 70er Jahren endgültig eine Betrachtungsweise durchsetzte, „die Rassismus und Antisemitismus zum Ausgangs- und Endpunkt jeglicher Faschismusforschung erklärt“ und beabsichtigte, „von den Zusammenhängen zwischen Kapitalismus und Faschismus dadurch wegzulenken zu können“<sup>135</sup>, bestand eine Stärke der DDR-Forschungen darin, den Judenmord nicht allein aus sich selbst oder allein aus dem Antisemitismus heraus erklären zu wollen, sondern aus den historischen Zusammenhängen des imperialistischen Eroberungskrieges. Die Erhebung eines selbst nicht mehr erklärungsbedürftigen Antisemitismus zur alleinigen oder dominierenden Triebkraft aller Schritte des faschistischen Regimes auf dem Weg in den Krieg und zur hauptsächlichsten Kriegsursache, wie sie selbst bei Martin Broszat zu finden ist, widerlegten DDR-Faschismusforscher. Während außerhalb der DDR die meisten Forschungen zum Völkermord an den europäischen Juden eng spezialisiert und getrennt von Forschungen zur deutschen Expansions- und Kriegspolitik, zur Neuordnungspolitik und zur Sozialgeschichte des Faschismus betrieben wurden, untersuchte vor allem Kurt Pätzold die Verfolgung und Vernichtung der Juden als einen Prozeß, dessen Determinanten, Funktionen und Ziele jeweils im historischen Kontext von Kriegsvorbereitung und Eroberungskrieg zu fassen sind. Er arbeitete die konkreten Beziehungen zwischen Antisemitismus und den Interessen der großen Kapitalgesellschaften heraus, angefangen von der „Arisierung“ von Aufsichtsratsposten über jene des jüdischen Eigentums an Banken und Betrieben bis zum Prozeß der Massenvernichtung.

Das Geflecht zwischen Kapitalinteressen, staatlicher Rüstungs- und Kriegspolitik und Judenverfolgung war über Jahrzehnte ein überaus umstrittenes Thema der internationalen Geschichtsschreibung. Die Ergebnisse der US-amerikanischen Ermittlungsgruppen über die Rolle der nichtjüdischen Kapitalgesellschaften bei der „Arisierung“ wurden von der westdeutschen Geschichtsschreibung zunehmend genauso ignoriert wie die Feststellungen der Nürnberger Gerichtshöfe.

Zum Thema Judenverfolgung und Judenmord im deutschen Faschismus bearbeiteten Historiker der DDR vor allem zwei Komplexe: Der erste betrifft die Funktio-[49:]nen des Antisemitismus in unterschiedlichen Phasen der Nazidiktatur und für unterschiedliche Adressaten und Zwecke. Nachgewiesen wurde, welche Bedürfnisse der Antisemitismus vor der Errichtung der Diktatur und vor allem danach befriedigte. Er diente wie bereits jahrhundertlang dazu, sozialen Protest von den Verursachern der Mißstände ab und gegen die Juden zu lenken. Der nazistische Antisemitismus spielte in der Phase der Errichtung und Konsolidierung der Diktatur eine Ersatzrolle, denn wirkliche gesellschaftliche Umwälzungen blieben bei der „nationalen Revolution“ aus, der „nationale Sozialismus“ verkam zum „Sozialismus des guten Blutes“. Schleichende wie offene Arisierung korrumpierten nicht nur Teile der Massengefellschaft der Nazis, sondern der ganzen deutschen Gesellschaft, durch Arbeitsstellen, Wohnungen, Beförderungsmöglichkeiten und durch unmittelbare Bereicherung. Der nazistische Antisemitismus entwickelte sich während der Nazidiktatur, die Ziele und die Funktionen der Judenverfolgung waren nicht von Anfang an dieselben wie etwa 1938. Historiker der DDR haben geholfen, diese Funktionen im faschistischen Herrschaftssystem zu bestimmen, entdeckt waren sie längst, und sie arbeiteten ihre historische Spezifik auf dem Wege in den Krieg und im Kriege heraus.

Der zweite Komplex betrifft die verbrecherischen Folgen des Antisemitismus im Kriege. An der „Endlösung der Judenfrage“ waren nicht nur die speziellen Mordorganisationen der SS beteiligt, sondern vor Ort, in Deutschland und in allen besetzten Ländern viele Institutionen, Organisationen und Personen. Wie bereits bei der Arisierung vor dem Judenmord war der Antisemitismus ein Kollaborationsangebot, auch an die Bourgeoisie der besetzten Länder.<sup>136</sup>

---

<sup>135</sup> Kurt Pätzold: Von der Vertreibung zum Genozid. Zu den Ursachen, Triebkräften und Bedingungen der antijüdischen Politik des faschistischen deutschen Imperialismus, in: Faschismusforschung, S. 181-208.

<sup>136</sup> Vgl. Okkupation und Kollaboration. Beiträge zu Konzepten und Praxis der Kollaboration in der deutschen Okkupationspolitik, hg. vom Bundesarchiv, zusammengestellt und eingeleitet von Werner Röhr (Europa unterm Hakenkreuz. Die Okkupationspolitik des deutschen Faschismus (1938-1945), Ergänzungsband 1, Heidelberg 1994.

War der Antisemitismus ein Ausdruck des Profitstrebens der herrschenden Klasse? Stand der Völkermord an den Juden im unmittelbaren Profitinteresse des Finanzkapitals?<sup>137</sup> In der internationalen Historiographie werden nicht selten die Judenverfolgung und der Judenmord als Argument dafür gebraucht, daß der Nazistaat und sein Vernichtungskrieg nicht der imperialen Durchsetzung von Kapitalinteressen gedient hätten. Das Kapitalinteresse erfordere die Erhaltung der Arbeitskraft, im Völkermord wurde sie millionenfach vernichtet. Daher könne eine [50:] marxistische Historiographie den Judenmord, der ausschließlich als ideologiebestimmt unterstellt wird, gar nicht begreifen und müsse auch vor dem Phänomen Faschismus versagen, denn dessen Kern sei der Judenmord. In dieser Argumentationsfigur wird nicht nur der Faschismus auf Judenverfolgung und Judenmord reduziert,<sup>138</sup> selbst die Kriegsziele seien schließlich durch das der Vernichtung der Juden substituiert worden.

Ein Verdienst von Faschismusforschern der DDR besteht gerade darin, den historischen Zusammenhang von imperialistischem Eroberungskrieg um die Vorherrschaft und dem Völkermord an den Juden konkret untersucht zu haben. Da dieser Zusammenhang von Vernichtungskrieg gegen die Sowjetunion und dem Genozid an den Juden inzwischen von seriösen Historikern nicht mehr bestritten wird, sei hier das Augenmerk auf einen anderen Aspekt dieser Argumentation gelenkt: Die Behauptung, der Völkermord an den Juden sei für die Kriegführung per se kontraproduktiv gewesen, ist recht unhistorisch. Denn sie unterstellt, das Kapital sei stets am Vorhandensein eines Überflusses an Arbeitskräften interessiert. Schon die Geschichte des Kolonialismus macht klar, daß dies nicht so ist. Als 1941 die Strategie der Vertreibung durch eine der vollständigen Vernichtung der Juden abgelöst wurde, schien der siegreiche deutsche Faschismus über ein schier unerschöpfliches Potential an Arbeitskräften zu gebieten. Die „jüdische Arbeitskraft“ schien leicht und beliebig ersetzbar. Während die Juden zu Hunderttausenden ermordet wurden, rekrutierten die Okkupanten Zwangsarbeiter aus ganz Europa für die Kriegsindustrie. Arbeitslose und hungernde Massen in den besetzten Gebieten drohten, eine zusätzliche Gefahr für die „Sicherung“ der Okkupationsherrschaft zu werden, war doch noch dem Wahrnehmungsmuster der Nazis der Bolschewismus als Hauptfeind jüdisch generiert.

Als im Jahre 1941 der Völkermord an den Juden begonnen wurde, waren die Nazis vom eigenen „Endsieg“ und von der Unerschöpflichkeit der eigenen Kräfte und Reserven überzeugt. Die mit dem Krieg zu realisierenden Profit- und Expansionsinteressen schienen auf unbegrenzte Dauer gesichert. Diese konkrete Kriegssituation stand Pate bei der Entscheidungsbildung über den Mord.

Historiker der DDR beteiligten sich an den internationalen Debatten über die Frage, welchen Platz der Mord an den Juden im zweiten Weltkrieg und in der geplanten „Neuordnung Europas“ einnahm. Sie verwiesen darauf, daß „Europa unterm Hakenkreuz“ ein Kontinent ohne Juden, aber auch ohne Sinti und Roma und andere „ganze Völkerstämme“ sein sollte. Auch für „Erbkranke“, Homosexuelle, geistig kranke Menschen, „Gemeinschaftsfremde“ und weitere Menschengruppen [51:] sollte der von deutschen Konzernen beherrschte „Großwirtschaftsraum“ kein Lebensraum mehr sein.<sup>139</sup> DDR-Faschismusforscher traten begründet den Versuchen entgegen, den Genozid von den anderen Verbrechen dieses Eroberungskrieges zu separieren, und mehr noch, ihn zum Ersatzziel für den unerreichbar gewordenen „Endsieg“ zu erklären.<sup>140</sup>

Eine weitere Stärke von DDR-Arbeiten liegt darin, Tendenzen der Mystifizierung des Antisemitismus und des Judenmords und seiner ideologischen Voraussetzungen nicht nachgegeben zu haben, sondern

---

<sup>137</sup> Vgl. zur Fragestellung Werner Röhr: Faschismus und Rassismus. Zur Stellung des Rassenantisemitismus in der nationalsozialistischen Ideologie und Politik, in: Faschismus und Rassismus. Kontroversen über Ideologie und Opfer, hg. von Werner Röhr in Zusammenarbeit mit Dietrich Eichholtz, Gerhart Hass und Wolfgang Wippermann, Berlin 1992, S. 23-65, hier S. 57 ff.; ders.: Rassismus als Expansionsprogramm. Über die Leistungsfähigkeit der NS-Ideologie, in: „Vernichtungspolitik“. Eine Debatte über den Zusammenhang von Sozialpolitik und Genozid im nationalsozialistischen Deutschland, hg. von Wolfgang Schneider, Hamburg 1991, S. 119-134.

<sup>138</sup> Von diesem Standpunkt aus erfolgt die Analyse bei Joachim Käppner: Erstarrte Geschichte. Faschismus und Holocaust im Spiegel der Geschichtswissenschaft und Geschichtspropaganda der DDR, Hamburg 1999.

<sup>139</sup> Vgl. Der Mord an den Juden im Zweiten Weltkrieg. Entschlußbildung und Verwirklichung, hg. von Eberhard Jäckel und Jürgen Rohwer, Stuttgart 1985.

<sup>140</sup> Vgl. Kurt Pätzold: Judenmord und Kriegsaufwand, in: Berliner Debatte INITIAL. Zeitschrift für sozialwissenschaftlichen Diskurs, Berlin 1993, Heft 5, auch in: „Neuordnung Europas“, S. 289-308.

in rationaler Weise historische Prozesse zu recherchieren, zu analysieren, zu rekonstruieren und nach jeweiligen Gründen und Determinanten zu fragen. Der millionenfache Mord an den Juden wurde stets als eines der schwersten Verbrechen dargestellt, als Völkermord begrifflich gefaßt, ohne ihm indes inhaltlich oder terminologisch eine religiöse oder quasireligiöse Bedeutung beizumessen.

Stefan Heymann und Siegbert Kahn legten schon in den 40er Jahren gültige Analysen von Antisemitismus und Judenverfolgung vor.<sup>141</sup> Sie untersuchten die Beziehungen von Antisemitismus und Kriegsvorbereitung und Krieg. Ihre Schriften hatten starken Einfluß auf die spätere DDR-Forschung. Diese kam jedoch erst spät in Gang. Bis 1966 hatten DDR-Historiker keine einzige wissenschaftliche Darstellung der Judenverfolgung vorgelegt, sondern in der Hauptsache Bücher polnischer Historiker übersetzt.<sup>142</sup>

Basierend auf den Untersuchungen von Helmut Eschwege, der unter großen Schwierigkeiten seit 1958 an einer Geschichte der Verfolgungen arbeitete<sup>143</sup>, erschien 1966 „Kennzeichen J“.<sup>144</sup> Dies Buch war keine Darstellung, sondern eine Dokumentation, zu der Arnold Zweig eine Einleitung, Rudi Goguel das wissenschaftliche Vorwort und Klaus Drobisch eine Chronologie beigesteuert [52:] haben. Sie ist in ihrer Art bis heute unübertroffen. Trotz des Verkaufserfolges kam in der DDR eine zweite Auflage erst nach 15 Jahren auf den Markt.<sup>145</sup> Für die faschismustheoretische Diskussion bildeten die Sätze aus Goguels Vorwort den Ansatzpunkt: „Der Fanatismus, mit dem die Naziführer die ‚Endlösung‘ der Judenfrage betrieben, setzte sich jedoch über wirtschaftliche Erwägungen wie über die Erfordernisse der Kriegführung ... hinweg. In diesem Falle hatte der Mord das Primat vor der Ausbeutung. Der Nazistaat verzichtete bewußt auf die so dringend benötigte jüdische Arbeitskraft – denn die Zwangsarbeit in den Vernichtungslagern war lediglich eine besondere Form der Ausrottung, und ihr ökonomischer Effekt war gering.“<sup>146</sup> Diesen Widerspruch erklärte Goguel mit einer „gewissen Selbständigkeit und Selbsttätigkeit der staatlichen Sphäre“, die mit der „engen Verschmelzung von Monopolbourgeoisie und Staatsapparat“ in Nazi-Reich nicht ausgeschlossen war. Weil die herrschende Klasse für die Aufrechterhaltung ihrer Macht und die Mobilisierung der Massen für ihre Ziele eine entsprechende Ideologie brauchte, verlangte Hitler „freie Hand für die Durchsetzung des antisemitischen Kampfprogramms“.<sup>147</sup> Goguels Erklärungsversuch ging zu Recht davon aus, daß jeder Erklärungsansatz des Judenmordes aus einem unmittelbaren Nutzen für die Industrie unhaltbar war. Sein Versuch litt allerdings daran, daß er die Vernichtungsziele dieses Kampfprogramms bereits mit der Errichtung der Nazidiktatur als gegeben ansah, nicht aber als Resultat der Entwicklungsprozesse dieser Diktatur auf dem Weg zum Krieg und im Kriege.

1973 erschien mit „Juden unterm Hakenkreuz“ von Klaus Drobisch, Rudi Goguel und Werner Müller eine erste Darstellung der Verfolgung und Ausrottung der deutschen Juden. Sie zeichnete die einzelnen Stationen dieser Verfolgung, des Leidens und schließlich der Ermordung nach, enthielt sich aber jeder Argumentation über die Bedeutung des Judenmordes innerhalb der Nazidiktatur.<sup>148</sup>

„Faschismus, Rassenwahn, Judenverfolgung“ von Kurt Pätzold setzte 1975 eine Gegenposition zu Goguels Thesen. Pätzold nahm die Ziele der antijüdischen Politik nicht mehr von der Geschichte aus,

---

<sup>141</sup> Stefan Heymann: *Marxismus und Rassenfrage*, Berlin 1948; Siegbert Kahn: *Antisemitismus und Rassenhetze. Eine Übersicht über ihre Entwicklung in Deutschland*, Berlin 1948.

<sup>142</sup> Vgl. *Faschismus, Getto, Massenmord. Dokumentation über Ausrottung und Widerstand der Juden in Polen während des 2. Weltkrieges*, hg. vom Jüdischen Historischen Institut Warschau. Ausgewählt, bearbeitet und eingeleitet von Tatiana Berenstein, Artur Eisenbach, Bernard Mark und Adam Rutkowski, Berlin 1961.

<sup>143</sup> Vgl. Helmut Eschwege: *Fremd unter meinesgleichen. Erinnerungen eines Dresdner Juden*, Berlin 1991.

<sup>144</sup> *Kennzeichen J. Bilder, Dokumente, Berichte zur Geschichte der Verbrechen des Hitlerfaschismus an deutschen Juden 1933-1945*, hg. von Helmut Eschwege. Mit einer Einleitung von Rudi Goguel und einer Chronik der faschistischen Judenverfolgungen von Klaus Drobisch, Berlin 1966, <sup>2</sup>1981.

<sup>145</sup> 1979 erschien im Röderberg-Verlag Frankfurt/Main eine westdeutsche Ausgabe, allerdings ohne das Geleitwort von Arnold Zweig.

<sup>146</sup> Rudi Goguel: *Kennzeichen J*, Einleitung, S. 18.

<sup>147</sup> Ebenda, S. 19.

<sup>148</sup> Klaus Drobisch/Rudi Goguel/Werner Müller unter Mitwirkung von Horst Dohle: *Juden unterm Hakenkreuz. Verfolgung und Ausrottung der deutschen Juden 1933-1745*, Berlin 1973.

sah sie nicht als von vornherein gegeben an, sondern wies nach, wie sie sich historisch änderten. Er fragte nach den ökonomischen, politischen und ideologischen Zwecken der antijüdischen Politik und unternahm es, diese für eine historische Situation je konkret zu bestimmen. Seine Ausgangsthese lautete, die Judenverfolgung müsse aus der jeweiligen Situation des faschistischen Regimes verstanden werden. Der Massenmord war [53:] nicht seit 1921 oder 1933 vorgeplant, es gab in dieser Politik jeweils verschiedene Möglichkeiten und Kreuzwege, die keineswegs nur nach Auschwitz wiesen. Auf der Basis zahlreicher Quellen erklärte Pätzold die Geschichte der Verfolgung aus sich selbst, aus ihren objektiven und subjektiven Bedingungen, ohne einem vorgefaßten Schema zu folgen. Die Verantwortung des Monopolkapitals für alle Aspekte der faschistischen Diktatur schloß Judenverfolgung und -vernichtung ein. Ohne dem Rassismus der Nazis damit Autonomie zuerkennen zu wollen, schloß Pätzold nicht aus, der Judenverfolgung insofern eine Eigendynamik zuzuschreiben, als sie ein konstitutives Moment der organisierten Massenbasis war und in deren Betätigung reproduziert und radikalisiert wurde. Hinsichtlich des faschistischen Antisemitismus betonte Pätzold also dessen mobilisierende Funktionen als Ideologie für die eigene Gefolgschaft der Nazis: „Der Antisemitismus, einmal in die Vorstellungswelt kleinbürgerlicher Massen eingedrungen, wurden über deren Aktivität auch Ursache unerwünschter Wirkungen, weil die terroristische Aktion lokal und territorial nicht in jenen Grenzen blieb.“<sup>149</sup> Dieser Ansatz ermöglichte es, nach der praktischen Beteiligung großer Teile des deutschen Volkes an Verfolgung und Massenmord zu fragen, zunächst am Beispiel des Pogroms vom November 1938.<sup>150</sup>

Mit „Von der Vertreibung zum Genozid hat Kurt Pätzold 1980 eine überzeugende Studie über die Genesis der „Endlösung“ vorgelegt. Er geht davon aus, daß sich die Position der faschistischen Führung in der Judenfrage änderte: „Die Ziele und Zwecke der Naziverschwörer waren nicht ein für allemal festgelegt, sondern entwickelten und erweiterten sich im gleichen Maße, wie ihre Macht sich erweiterte.“ Diese Macht, 1933 an die Hitlerregierung übertragen, war die entscheidende Voraussetzung dafür, daß sich der Judenhaß der Nazis so grausig auswirken konnte. Selbstverständlich geht der Judenmord nicht auf direkte Anweisung der Großkapitalisten an die faschistischen Politiker zurück. Aber weder „die extrem antijüdische Ideologie noch die verbrecherische Parteiprogrammatik der NSDAP hinderten die am meisten chauvinistischen und imperialistischen Kreise des deutschen Finanzkapitals daran, die Nazipartei ... als diejenige Kraft zu favorisieren, welche die offene terroristische Diktatur aufrichten sollte“.<sup>151</sup>

In der Phase der „friedlichen“ Aggressionen 1938/39 folgte die Naziführung einer Strategie der Vertreibung der Juden; diesem Ziel waren alle Maßnahmen der Entrechtung, Enteignung untergeordnet, und auch der inszenierte Pogrom [54:] sollte zur Massenvertreibung beitragen. In dieser Phase diente der praktizierte Antisemitismus vor allem der Einübung von Brutalität bei der Heranbildung künftiger „germanischer Rassekrieger“. Die deutsche Gesellschaft sollte mit Hilfe des barbarischen Antisemitismus an die künftige Behandlung „minderwertiger“ Völker gewöhnt werden. „Die Deutschen sollten ... hassen, verachten, knechten, quälen, foltern, töten und morden lernen.“<sup>152</sup> Die Strategie der Vertreibung widerlegt alle Spekulationen darüber, Hitler, den Pätzold für die „Zentralfigur der Judenverfolgungen“ hält, hätte bereits vor dem Krieg einen generellen Mordplan besessen. Die Judenvernichtung gar zur Kriegsursache zu erklären, heißt die historischen Verhältnisse auf den Kopf stellen. Weder war der Pogrom 1938 die Vorstufe des Völkermordes noch die Ermordung der Juden das wichtigste Kriegsziel.

Die entscheidende Phase beim Übergang zur Strategie des Völkermordes war der Beginn des Vernichtungskrieges gegen die UdSSR. Dieser Wechsel kann daher nicht aus dem Antisemitismus abgeleitet werden, sondern aus den durch den Krieg geschaffenen Bedingungen. Mit den Eroberungen

---

<sup>149</sup> Kurt Pätzold: Faschismus, Rassenwahn, Judenverfolgung, Eine Studie zur politischen Strategie und Taktik des faschistischen deutschen Imperialismus (1933-1935), Berlin 1975, S. 33.

<sup>150</sup> Vgl. Kurt Pätzold/Irene Runge: Pogromnacht 1938, Berlin 1988; Kurt Pätzold: Der historische Platz des antijüdischen Pogroms von 1938. Zu einer Kontroverse, in: Jahrbuch für Geschichte, Bd. 26, Berlin 1982, S. 193-216.

<sup>151</sup> Pätzold, Von der Vertreibung zum Genozid, S. 182 f.

<sup>152</sup> Ebenda, S. 190.

stieg die Zahl der Juden im Machtbereich der Nazis sprunghaft an, vor allem in Polen und den besetzten Gebieten der Sowjetunion, gleichzeitig versperrte der Krieg die weitere Massenvertreibung. Mit jeder Annexion wurden die Verfolgungen gegen die Juden eskaliert. Nachdem die polnischen Juden in großen Ghettos gefangengesetzt waren, konfrontierte der Überfall auf die UdSSR die Aggressoren noch einmal mit Millionen Juden im neu besetzten Gebiet. In dem Bewußtsein, ihr „Endsieg“ sei unausweichlich und an Arbeitskräften sei ein Überfluß vorhanden, waren die Millionen Juden in den Ghettos für sie überflüssig geworden. Gleichzeitig mit dem von Anfang an auf einer neuen Stufe der Barbarisierung geführten Krieg gegen die UdSSR wuchs der Bedarf an antisemitischer Ideologie, galt doch der Bolschewismus im Selbstverständnis der Nazis als jüdisches Produkt. Die Praxis des Vernichtungskrieges übte spezielle Mordgruppen in die systematische Tötung ein und ließ bisherige Barrieren oder Kalküle in der Führung gegenstandslos werden. Die Frage nach der Entschlußbildung zur Vernichtung der jüdischen Bevölkerung im faschistischen Führungsapparat kann nur beantwortet werden, wenn sie die konkreten historischen Umstände einbezieht. Als sich die faschistischen Führer nach der Kriegswende zu einer anderen Bewertung ihrer Menschenreserven gezwungen sahen, war der „mörderische Apparat zur ‚Endlösung der Judenfrage‘ ... aber bereits in vollen Gang gebracht“.<sup>153</sup>

[55:] Auch wenn dem Judenmord kein unmittelbar ökonomisches Interesse zugrunde lag und er sogar direkt rüstungsökonomische Belange verletzte<sup>154</sup>, heißt das nicht, daß er keinerlei Funktionalität aufwies. Im Rahmen der nazistischen Herrschaftspläne markierte er weder einen Ausgangs- noch einen Endpunkt, sondern ein Durchgangsstadium auf einem Wege, auf dem zur Durchsetzung der Vorherrschaft des deutschen Imperialismus weitere Völker vernichtet werden sollten. Der Mord an den Juden hatte für die Planungen einer Herrschaft nach dem „Endsieg“ dieselben Funktionen wie der Antisemitismus für die Kriegsvorbereitung, nämlich die praktische Einübung der organisierten Mordbanditen und die Gewöhnung des deutschen Volkes an solche Herrschaftsmethoden.

Die Leistung Kurt Pätzolds sehe ich in der historischen Bestimmung der Funktionen des Antisemitismus und der Genesis des Judenmords, in der Analyse des breiten Kreises der in die Praxis der Verfolgungen und Morde einbezogenen Personengruppen und Einrichtungen, in der Bestimmung des historischen Stellenwertes des Pogroms von 1938 und schließlich in der Erklärung des Übergangs zur Strategie der Vernichtung mit dem Überfall auf die UdSSR.

Allerdings bleibt festzustellen, daß – nicht zuletzt mangels fehlender institutioneller Grundlagen dieser Forschung – nur wenige Historiker diese Fragen bearbeiteten und neben den Arbeiten von Kurt Pätzold kaum gleichrangige zu verzeichnen sind. Seine Untersuchungen führten über die Genese der Entscheidung zum Völkermord bis an diesen heran. Doch hat die DDR keine Studie über den Genozid an den Juden und auch nicht über den Mord an Sinti und Roma hervorgebracht. Es blieben viele Desiderata. „Als am folgenreichsten dürfte sich aber die Tatsache erweisen, daß es die Historiker der DDR nicht zu einer Studie brachten, die gezeigt hätte, wie Millionen von Menschen gegen die Juden eingenommen wurden, sich gegen sie aufhetzen ließen oder sich – was für die Volksmehrheit gilt – deren Schicksal gegenüber gleichgültig und teilnahmslos verhielten, aus Gedanken- und/oder Seelenträgheit oder weil sie es ‚mindestens‘ zu einem Teil für gerechtfertigt ansahen.“<sup>155</sup>

Diese Vernachlässigung indes hat politische Ursachen, ging es doch beim Aufbau erst einer antifaschistisch-demokratischen und später sozialistischen Ordnung in der DDR wesentlich auch darum, die Massen der Mitläufer des Naziregimes zu integrieren und nicht durch die wache Erinnerung an ihre Verbrechen zu verunsichern. Der Staatsführung der DDR galt „die Beteiligung am Aufbau einer alternativen Gesellschaft als die beste und bald als die einzige Form praktischer Wiedergutmachung für die den Nazis geleistete Gefolgschaft und die daraus [56:] erwachsenen Folgen und eben als Beweis dafür, daß die jeweils eigene Biographie aus Nazizeiten bewältigt war“.<sup>156</sup> Dieser „schonende

---

<sup>153</sup> Ebenda, S. 207.

<sup>154</sup> Allerdings ist es erwiesen falsch, daß die Organisation des Völkermords Vorrang vor den Transporten für die Front hatte, vgl. Pätzold, Judenmord und Kriegsaufwand.

<sup>155</sup> Pätzold, Antifaschismus und NS-Geschichte, S. 54.

<sup>156</sup> Ebenda.

Umgang“ wiederum kann politisch ohne den kalten Krieg nicht erklärt werden, und ebenso muß die massenhafte Wiederverwendung einflußreicher Nazis in der Bundesrepublik auf allen Ebenen und in allen Bereichen von Staat und Gesellschaft mitgedacht werden. Die alten Nazis an prominenter Stelle wurden durch die Braunbücher der DDR bekannt gemacht. Wichtiger noch ist die breite Schicht der nicht namhaft Gemachten: So liest sich die im Bundesarchiv Koblenz aufbewahrte Kartei der Auskunftspersonen jenes ominösen *Instituts für Besatzungsforschung* in Tübingen, die Funktionäre der deutschen Okkupationsapparate aus dem besetzten Europa umfaßte, wie ein *Who ist who* der Bonner Ministerialbürokratie aus den 50er Jahren.<sup>157</sup>

#### 4.4. Widerstand gegen Faschismus und Krieg

Historische Forschungen über die faschistische Diktatur schlossen in der DDR-Untersuchungen über den Widerstand ein, es gab keine „reine NS-Geschichte“. Die Publikationen zum Widerstand umfaßten über ein Drittel der wissenschaftlichen Veröffentlichungen zum Faschismus. Besonderheiten, Leistungen und Defizite der Widerstandsforschung in der DDR hängen unmittelbar mit dem Selbstverständnis des antifaschistischen Staates zusammen. In den ersten Jahren nach der Befreiung sorgte sich vor allem die Forschungsstelle der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN) um die Sammlung und Sicherung von Dokumenten und um die Erforschung des gesamten Widerstandes.<sup>158</sup> Doch diese Forschungsstelle wurde 1952 zusammen mit der VVN aufgelöst.<sup>159</sup>

Die DDR berief sich vor allem auf die Traditionen des Widerstandes der Kommunisten, würdigte aber nicht nur diesen, sondern in zunehmendem Maße auch den Widerstand der Sozialdemokraten und der Gewerkschaften, der pazifistischen und demokratischen bürgerlichen Kräfte<sup>160</sup>, der kirchlichen<sup>161</sup> und konservativen, [57:] der aristokratischen und der Militäropposition gegen Hitler<sup>162</sup>. Von Anfang an waren das Exil und der Widerstandskampf in den Reihen der Partisanen und der alliierten Armeen<sup>163</sup> in die Würdigung eingeschlossen. Auch wenn die Erforschung nicht mit der Ehrung Schritt halten konnte<sup>164</sup>, so wurde der Widerstand in Deutschland und im Exil<sup>165</sup>, in deutschen

<sup>157</sup> Zu diesem Institut und seinem im Bundesarchiv archivierten Nachlaß vgl. Röhr, Forschungsprobleme, S. 36 f.

<sup>158</sup> Zur Frühgeschichte dieser Widerstandsforschung siehe Olaf Groehler; Zur Genesis der Widerstandsforschung in der Sowjetischen Besatzungszone und in der DDR, in: Von der Aufgabe der Freiheit. Politische Verantwortung und bürgerliche Gesellschaft. Festschrift für Hans Mommsen zum 5. November 1995, hg. von Christian Jansen, Lutz Niethammer und Bernd Weisbrod, Berlin 1995, S. 505-511.

<sup>159</sup> Elke Reuter/Detlef Hansel; Das kurze Leben der VVN von 1947-1953. Die Geschichte der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes in der sowjetischen Besatzungszone und in der DDR, Berlin 1997.

<sup>160</sup> Vgl. Carlheinz von Brück: Bürger gegen Hitler. Demokraten im antifaschistischen Widerstand, Berlin 1964, <sup>2</sup>1986; Wir schweigen nicht. Eine Dokumentation über den antifaschistischen Kampf Münchner Studenten 1942/43, hg. von Klaus Drobisch, Berlin 1968, <sup>4</sup>1983.

<sup>161</sup> Vgl. Christen im Nationalkomitee „Freies Deutschland“. Eine Dokumentation, hg. von Klaus Drobisch, Berlin 1973; Gerhard Fischer: Antifaschistisches Erbe – Mythos oder Auftrag. Lehren aus dem Widerstand von Christen in Deutschland, Berlin 1986; Kurt Meier: Der evangelische Kirchenkampf. Gesamtdarstellung in drei Bänden, Halle 1976; Werner Oehme: Märtyrer der evangelischen Christenheit 1933-1945. Lebensbilder, Berlin 1979; Reimund Schnabel: Die Frommen in der Hölle, Geistliche in Dachau, Berlin 1966; Widerstand aus Glauben. Christen in der Auseinandersetzung mit dem Hitlerfaschismus, hg. von Klaus Drobisch und Gerhard Fischer, Berlin 1985. An der Widerstandsgeschichtsschreibung wirkten auch Historiker aus den Blockparteien mit, vor allem über den christlichen Widerstand. Allerdings lag es selbst religiös gebundenen Historikern in der DDR fern, „Gläubigkeit“ und „Christlichkeit“ zu Voraussetzungen für „Widerstand schlechthin“ zu erheben, wie es Peter Steinbach tut. Als weitere Voraussetzung postuliert er allerdings – unbekümmert um den Widerspruch – „geistige Unabhängigkeit“: Widerstand im Widerstreit, Der Widerstand gegen den Nationalsozialismus in der Erinnerung der Deutschen. Ausgewählte Studien, Paderborn u. a. 1994, S. 67.

<sup>162</sup> Vgl. Kurt Finker/Annerose Busse: Stauffenberg und der 20. Juli 1944, Berlin 1967, <sup>7</sup>1989. Kurt Finker: Graf Moltke und der Kreisauer Kreis, Berlin 1978, <sup>2</sup>1980.

<sup>163</sup> Karl Heinz Jahnke: In einer Front: Junge Deutsche an der Seite der Sowjetunion im Großen Vaterländischen Krieg, Berlin 1986, <sup>2</sup>1989; Heinz Kühnrich: Der Partisanenkrieg in Europa 1939-1945, Berlin 1968.

<sup>164</sup> Während dem Andenken des antifaschistischen Widerstandskampfes öffentliche Mahnmale errichtet wurden, versäumte die DDR, ein Forschungs- und Dokumentationszentrum zum Widerstand zu schaffen.

<sup>165</sup> Karl Heinz Pech: An der Seite der Resistance. Zum Kampf der Bewegung „Freies Deutschland“ für den Westen in Frankreich (1943-1945), Berlin 1974; Wolfgang Kießling: Alemania Libre in Mexiko, Bd. 1: Ein Beitrag zur Geschichte des antifaschistischen Bals, Bd. 2: Texte und Dokumente, Berlin 1974; Hans Teubner: Exilland Schweiz:

Konzentrationslagern<sup>166</sup> und sowjetischen Kriegsgefangenenlagern und auch in der Wehrmacht<sup>167</sup> insgesamt umfassend untersucht, dokumentiert und dargestellt<sup>168</sup>, ungeachtet überzogener Proportionen im [58:] einzelnen. Niemals zuvor war in einer offiziellen deutschen Historiographie den Opfern ein derartiger Platz eingeräumt worden. Allerdings entsprechen die Problemanalysen nicht dem Umfang des erarbeiteten empirischen Materials.

In der westdeutschen Widerstandshistoriographie wurden Begrifflichkeit, Wahrnehmungsmuster und Bewertungskriterien am Beispiel der Verschwörer des 20. Juli 1944 geprägt. Demgegenüber stand in der Historiographie der DDR der Widerstandskampf der Arbeiterorganisationen, speziell der KPD, in allen Phasen im Vordergrund. Begrifflichkeit, Wahrnehmungsmuster und Bewertungsmaßstäbe des Widerstandes wurden an diesem Beispiel entwickelt, und sie blieben maßgebend für die Erforschung anderer Richtungen, darunter auch des nationalkonservativen Widerstandes. Die Überschätzung des kommunistischen Widerstandes und seiner Wirkungen war nicht zuletzt auch eine Reaktion auf die jahrzehntelange Vernachlässigung dieses Widerstandes in der westdeutschen Widerstandsforschung. Die in der Bundesrepublik am meisten verfeimten Widerstandsorganisationen, nämlich die Schulze-Boysen-Harnack-Gruppe und das Nationalkomitee „Freies Deutschland“ wurden in der DDR gewürdigt. Im folgenden kann nur auf diese drei Gruppierungen eingegangen werden.<sup>169</sup>

a) Kommunistischer Widerstand: Die großen kommunistisch geführten Widerstandsorganisationen wurden umfangreich dargestellt<sup>170</sup>, ohne daß dies allerdings zu weiterer, vertiefter Erforschung führte. Dokumentiert wurden die Parteikonferenzen der KPD und ihre Bemühungen um eine wirksame antifaschistische Strategie, die publizistischen Aktivitäten und Flugblätter der KPD, die Verfolgungen und die Widerspiegelung des kommunistischen Widerstandskampfes in den Berichten der Gestapo<sup>171</sup>. Über den Widerstand in einzelnen Regionen und Orten gab es zahlreiche Veröffentlichungen.<sup>172</sup> Sie konnten sich seit den 50er [59:] Jahren und noch mehr seit 1973 auf eine breite regionale Erforschung der Geschichte des deutschen Widerstandes stützen, die über die Fachhistoriker hinaus in nahezu allen Kreisen Kommissionen zur örtlichen Arbeiterbewegung, Laien- und Hobbyforscher einbezog und

---

Dokumentarischer Bericht über den Kampf emigrierter deutscher Kommunisten 1933-1945, Berlin 1975; Jan Peters: Exilland Schweden. Deutsche und schwedische Antifaschisten 1933-1945, Berlin 1984; vgl. auch Werner Mitzenzwei et al.: Kunst und Literatur im antifaschistischen Exil 1933-1945, 7 Bde. Leipzig 1978-1981.

<sup>166</sup> Bruno Baum: Widerstand in Auschwitz: Bericht der internationalen antifaschistischen Lagerleitung, Berlin 1957, <sup>2</sup>1962; Klaus Drobisch: Widerstand in Buchenwald, Berlin 1977, 1989; Aktenvermerk R. u. Ein Bericht über die Solidarität und den Widerstand im Konzentrationslager Mauthausen von 1938 bis 1945, hg. vom Komitee der antifaschistischen Widerstandskämpfer der DDR, Berlin 1979, <sup>3</sup>1989; Sybille Hinze: Antifaschisten im Camp Le Vernet. Abriß der Geschichte des Konzentrationslagers Le Vernet 1939-1944, Berlin 1988; Pachaly/Pelny, Dora-Mittelbau.  
<sup>167</sup> Hans Burckhardt/Günter Erxleben/Kurt Nettball: Die mit dem blauen Schein. Über den antifaschistischen Widerstand in der 999er Formation der faschistischen deutschen Wehrmacht 1942-1945, Berlin 1982, <sup>2</sup>1986.

<sup>168</sup> Klaus Mammach: Widerstand – Geschichte der deutschen antifaschistischen Widerstandsbewegungen im Inland und in der Emigration, 2 Bde, Berlin 1984, <sup>2</sup>1987.

<sup>169</sup> Ausführlicher siehe Werner Röhr: Deutsche Widerstandsforschung 1994/95. Fragen, Probleme, Kritiken, in: BULLETIN 8, Berlin 1997, S. 3-85.

<sup>170</sup> Heinz Kühnrich: Die KPD im Kampf gegen die faschistische Diktatur 1933-1945, Berlin 1982, <sup>2</sup>1987; Gerhard Nitzsche; Die Saefkow-Jacob-Bästlein-Gruppe, Berlin 1957; Gertrud Glondajewski/Heinz Schumann: Die Neubauer-Poser-Gruppe. Dokumente und Materialien des illegalen antifaschistischen Kampfes (Thüringen – 1939 bis 1945), Berlin 1957; Ursula Puls: Die Bästlein-Jacob-Abshagen-Gruppe. Bericht über den antifaschistischen Widerstandskampf an der Wasserkante während des zweiten Weltkriegs, Berlin 1959; Ilse Krause: Die Schumann-Engert-Kresse-Gruppe. Dokumente und Materialien des illegalen antifaschistischen Kampfes (Leipzig 1943-1945), Berlin 1960; Luise Kraushaar: Berliner Kommunisten im Kampf gegen den Faschismus 1935-1942. Robert Uhrig und Genossen, Berlin 1981.

<sup>171</sup> Pikarski/Warning, Gestapoberichte.

<sup>172</sup> Vgl. Helle Sterne in dunkler Nacht. Studien über den antifaschistischen Widerstandskampf im Regierungsbezirk Potsdam 1933-1945. Red.: Werner Bethke, Potsdam 1988; Ausgewählte Dokumente und Materialien zum antifaschistischen Widerstandskampf unter Führung der Kommunistischen Partei Deutschlands in der Provinz Brandenburg. Auswahl: Friedrich Beck, Potsdam 1985; Karl Heinz Leidigkeit et al.: Gegen Faschismus und Krieg. Die KPD im Bezirk [59:] Halle-Merseburg 1933-1945, Halle 1983; Der antifaschistische Widerstandskampf unter Führung der KPD in Mecklenburg 1933-1945, Rostock 1970, Berlin <sup>2</sup>1985.

einen außerordentlichen Fundus an empirischem Material zu Tage förderte, der noch der Auswertung durch die Forschung harrt.<sup>173</sup>

Diese Schwerpunktsetzung hatte zur Folge, daß Stellenwert und Wirkung des kommunistischen Widerstandes in der deutschen Gesellschaft weit überschätzt wurden. Dies hing ursächlich mit einer weiteren Verzeichnung zusammen: Der Führungsanspruch der exilierten KPD-Führungen in Prag, Paris und Moskau für den Widerstand insgesamt wie im Detail wurde von der Forschung als sakrosankte Vorgabe hingenommen und nun nachträglich in die Geschichte der Widerstandsgruppen hineininterpretiert, wobei die Politik der KPD-Führung zudem hochgradig kritiklos behandelt wurde.

Diese grundlegenden Schwächen dieser Widerstandsforschung waren politisch bedingt: eine tendenzielle Enthistorisierung und Idealisierung, eine fehlende sozialhistorische Konkretisierung, vor allem aber eine starke Überbewertung des gesellschaftlichen Stellenwertes der Widerstandsaktivitäten der KPD. Die berechtigte Hervorhebung der Kommunisten, die von Anfang an die Hitlerdiktatur bekämpften und die meisten Opfer brachten, verwandelte sich in eine der Forschung abträgliche Abstraktion von den konkreten historischen Bedingungen von Terror und Widerstand und damit auch von deren Widersprüchen und Problemen.

In der Widerstandsgeschichtsschreibung der DDR wirkte lange Zeit die Auffassung nach, die Arbeiterklasse habe sich unter Führung der illegalen KPD in einer breiten Abwehrbewegung gegen die Politik der faschistischen Diktatur und deren Einflüsse quasi immunisiert. Das extreme Gegenteil dieser Auffassung ist seit den 70er Jahren in der westdeutschen Forschung unter Mißachtung großer sozialgeschichtlicher Forschungstraditionen in Mode gekommen, nämlich die These von der so gut wie vollständigen, fast widerstandsfreien Integration vor allem der Arbeiter in das faschistische System – quasi eine nachträgliche Bestätigung des faschistischen Mythos von der „Volksgemeinschaft“.

Die Widerstandshistoriographie der DDR über die kommunistischen Parteiorganisationen unter der Nazidiktatur litt unter einer am Staat geschulten obrigkeitlichen [60:] Sicht, die der Forschung wesentliche Mängel bescherte. Zum einen wurde die notwendige, unbefangene, kritische Untersuchung der tatsächlichen Politik der Parteiführung zunehmend zugunsten einer Probleme, Widersprüche, Mißerfolge, Machtkämpfe und Fehler weitgehend eliminierenden Sicht zurückgedrängt. An die Stelle des Bemühens um Einsicht und Erfolg rückte die Darstellung der „richtigen“ Parteilinie mit Prädestinationscharakter, an die Stelle wirklicher Auseinandersetzungen mit Schwächen und Stärken trat die heroisierte Pseudo-Harmonie. Zum anderen wurde kommunistischer Widerstand nur dann als legitim behandelt, wenn er angeblich die vom Zentralkomitee gegebenen Direktiven realisierte und unmittelbar von ihm angeleitet wurde, als wenn nicht die unter Bedingungen der Illegalität geradezu zwangsläufige Selbständigkeit der Gruppen eine solche direkte Leitung geradezu ausschloß.<sup>174</sup> Dazu wurde ohne Rücksicht auf die Entwicklung der tatsächlichen Verhältnisse die ungebrochene organisatorische Kontinuität einer einheitlichen, zentralen funktionsfähigen Leitung unterstellt, die alle Aktionen der illegalen Parteiorganisationen von oben politisch bestimmt und synchronisiert hätte. Drittens aber ist dieser Sicht zu verdanken, daß alle zwischen der KPD und der Sozialdemokratie angesiedelten sozialistischen Widerstandsgruppen aus der Widerstandsforschung weitestgehend ausgeblendet wurden.<sup>175</sup>

Widerstandsforschung in der DDR blieb hochgradig einem rein organisationsgeschichtlichen Ansatz verhaftet und blendete sozialgeschichtliche Zusammenhänge des Widerstandes weitgehend aus.

---

<sup>173</sup> Vgl. Olaf Groehler: Zur Geschichte des deutschen Widerstandes. Leistungen und Defizite, in: Krise – Umbruch – Neubeginn. Eine kritische und selbstkritische Dokumentation der DDR-Geschichtswissenschaft 1989/90, hg. von Rainer Eckert, Wolfgang Küttler und Gustav Seeber. Mit einem Nachwort von Jürgen Kocka, Stuttgart 1992, S. 410.

<sup>174</sup> Hatte sich die Widerstandsforschung der DDR bis 1962 auf die Darstellung des inneren, in Deutschland illegal geführten kommunistischen Widerstandes konzentriert, so wurde ihr von Walter Ulbricht 1962 vorgeworfen, die führende Rolle des im Moskauer Exil tätigen Zentralkomitees der KPD nicht ausreichend gewürdigt zu haben. Erst mit dem Amtsantritt Honeckers erhielt die Erforschung des Widerstandes in Konzentrationslagern und Haftanstalten Deutschlands wieder eine stärkere Akzentuierung.

<sup>175</sup> So ist z. B. der Wirkungsaspekt bei einer Dokumentation der Flugblätter der KPD weitgehend ausgeklammert. Siehe: Margot Pikarski/Günter Übel: Die KPD lebt. Flugblätter aus dem antifaschistischen Widerstandskampf 1933-1945, Berlin 1980.

Seine Einbettung in soziale- und Milieuzusammenhänge, seine Wirksamkeit auf die Arbeiter blieben für die Forschung sekundär oder wurden ausgespart. Eigene Fragestellungen hierzu wurden nicht entwickelt, methodische Instrumentarien und vergleichende Darstellungen zu Widerstandsgruppen mit anderem Sozialprofil fehlen. Nicht nur die Gestapo bereitete den Widerstandskämpfern Schwierigkeiten und Probleme, sondern auch ihr soziales Umfeld, beides bestimmte die Bedingungen für Widerstandstätigkeit und beides wurde unter diesem Aspekt kaum thematisiert. Die Wirkungen des kommunistischen Widerstandes auf die deutsche Gesellschaft wurden nicht konkret untersucht, sondern meist überzeichnet. Diese Widerstandshistorio-[61:]graphie war, nach einem bösen Wort von Mallmann, geneigt, „den kommunistischen Widerstand zum klandestinen Siegeszug aufzuwerten“.<sup>176</sup>

Die Erforschung des kommunistischen Widerstandes band in der DDR große Kapazitäten der Forschung. Die Zahl der Veröffentlichungen ließe vermuten, dieser Bereich des Widerstandes gehöre zu den am besten aufgearbeiteten. Eine Bilanz der Forschung erweist das Gegenteil: Eine Synopse ist noch nicht möglich, das bisherige Wissen ist fragmentarisch und widersprüchlich. Viele sozialhistorische Fragen wurden noch gar nicht gestellt, vor allem aber wurde der Grundwiderspruch illegaler Arbeit, nämlich der zwischen der aufklärerischen Wirkung nach außen und der Erhaltung der eigenen Organisation, nicht erörtert.

b) *Schulze-Boysen-Harnack-Organisation*: In der DDR wurde die Widerstandsorganisation Schulze-Boysen-Harnack gewürdigt, ihre Tätigkeit aber kaum erforscht.<sup>177</sup> Bis 1969 mehreren Angehörigen postum hohe sowjetische Orden verliehen wurden, blieb die Zusammenarbeit mit der Sowjetunion aus der Forschung ausgeblendet. Nach 1969 wurde der westliche Vorwurf der „landesverräterischen“ Verbindungen zur Sowjetunion mit umgekehrtem Vorzeichen Gegenstand der Würdigung<sup>178</sup>, nach wie vor aber blieben der Forschung die Quellen verschlossen. Ohne ausreichende Forschungsgrundlage und ohne Zugang zu den wichtigsten Quellen konnte die Widerstandshistoriographie viele offene Fragen zur Schulze-Boysen-Harnack-Gruppe nicht beantworten. Dagegen wurde die Tätigkeit der Gruppe umstandslos als Teil des von der KPD geführten antifaschistischen Widerstandskampfes und ihrer Volksfrontstrategie eingeordnet. Nun waren in dieser Organisation zweifellos viele Kommunisten, doch ihre Widerstandsaktivitäten erfolgten nicht unter Anleitung des Zentralkomitees der KPD im Exil, sondern in jeder Hinsicht selbständig.<sup>179</sup>

Erst in den späten achtziger Jahren begannen am Zentralinstitut für Geschichte der Akademie der Wissenschaften der DDR in Berlin unter Leitung von Heinrich Scheel vertiefte Forschungen. Der wissenschaftliche Anspruch mußte bald reduziert werden, weil die Wissenschaftler weder zum Sammlungsbestand „Rote Kapelle“ des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR noch zu den relevanten [62:] sowjetischen Archivunterlagen Zugang erhielten. Nach 1990 konnten diese Forschungen größtenteils fortgesetzt werden, vor allem an der Gedenkstätte Deutscher Widerstand. Die Quellenlage veränderte sich grundlegend: Ein Teil der Moskauer Unterlagen konnte eingesehen werden, auch verschollen geglaubte Akten des Reichskriegsgerichtes über die „Rote Kapelle“ fanden sich im Prager Militärgeschichtlichen Archiv. In den National Archives in Washington wurde 1991 die Kopie des Berichtes der Gestapo aufgefunden.<sup>180</sup> Die Erschließung dieser Quellen half, Genese und Formierungsphase dieser

---

<sup>176</sup> Klaus-Michael Mallmann: Konsistenz und Zusammenbruch? Profile des kommunistischen Widerstandes 1933-1945, in: Anpassung, Verweigerung, Widerstand. Soziale Milieus, Politische Kultur und der Widerstand gegen den Nationalsozialismus in Deutschland im regionalen Vergleich, hg. von Detlef Schmiechen-Ackermann, Berlin 1997, S. 161.

<sup>177</sup> Vgl. Karl Heinz Biernat/Luise Kraushaar: Die Schulze-Boysen-Harnack-Organisation im antifaschistischen Kampf, Berlin 1970.

<sup>178</sup> Alexander S. Blank/Julius Mader: Rote Kapelle gegen Hitler, Berlin 1979.

<sup>179</sup> Zur Geschichte dieser Forschungen siehe auch: Hans Coppi/Jürgen Danyel: Abschied von Feindbildern. Zum Umgang mit der Geschichte der „Roten Kapelle“, in: Eva-Maria Buch und die „Rote Kapelle“, Erinnerungen an den Widerstand gegen den Nationalsozialismus, hg. von Kurt Schilde, Berlin 1992.

<sup>180</sup> „Bolschewistische Hoch- und Landesverratsorganisation im Reich und in Westeuropa (Rote Kapelle)“ (NA Washington, OSS Archives, RG 319. ZA 020253 Box 59 und 60). Die Kopie stammt wahrscheinlich aus dem Nachlaß des Reichsschatzmeisters der NSDAP, Xaver Schwarz, denn in einem Anschreiben vom 22. Dezember 1942 hat der Chef des Amtes IV des RSHA, Heinrich Müller, diesen um Kenntnismahme des Berichtes. Forscher

Widerstandsgruppe komplex zu rekonstruieren, Motivationen und Zielvorstellungen der einzelnen zugehörigen Kreise umfassend zu erarbeiten, die Widerstandshandlungen der Gruppe zu erschließen und auch ihre Kontakte zur Sowjetunion einzuordnen.<sup>181</sup>

Am Beispiel der Forschungen zu dieser Gruppe nach 1990 wird ein generelles methodisches Problem der Widerstandsforschung deutlich: Im Unterschied zur westdeutschen Historiographie spielte für die Widerstandsforschung der DDR die Auseinandersetzung mit den von der Gestapo getroffenen Wertungen, wie sie in deren hinterlassenen Quellen Ausdruck fanden, forschungsmethodisch niemals eine Rolle. Da sich die westdeutsche Forschung lange Zeit allein oder vorrangig auf Polizei- und Justizakten stützte, übernahm sie auch in diesem Fall die übliche Blickverengung auf den Widerstand durch die Perspektive der Gestapo. Dies nun wurde nach 1990 für die Forscher aus der DDR zu einem so ernsthaften Problem, daß sie sich nun das Ziel stellten, für die Schulze-Boysen-Harnack-Gruppe „das durch die Rezeptionsgeschichte potenzierte Deutungsmonopol der NS-Überlieferung durch eine systematische Erschließung insbesondere lebens- und widerstandsgeschichtlicher Zeugnisse zu brechen“.<sup>182</sup> Ob allerdings und inwieweit dieses von der Gestapo übernommene und in der westdeutschen Historiographie tradierte Deutungsmonopol durch ein hochgradig individualisierendes Vorgehen allein überwunden werden kann, müssen die Ergebnisse zeigen.<sup>183</sup>

c) *Nationalkomitee „Freies Deutschland“ und „Bund deutscher Offiziere“*: „Im Unterschied zur Widerstandsforschung in der Bundesrepublik Deutschland gab es ... [63:] in der DDR-Geschichtsschreibung nie Zweifel an der Zugehörigkeit von NKFD und BDO zum deutschen Widerstand. Dies durch viele Einzelforschungen nachgewiesen und durch Publikationen zahlreicher Erinnerungsberichte belegt zu haben, ist zweifellos eines ihrer bleibenden Resultate.“<sup>184</sup> Gründlichere Forschungen und Darstellungen begannen in der DDR Mitte der 50er Jahre. Zahlreiche ehemalige NKFD-Mitglieder trugen zur historischen Erforschung und zur Erinnerung an diesen Teil des Widerstandes bei. Genannt seien die Bücher von Wilhelm Adam, Max Emendörfer, Egbert von Frankenberg, Heinrich Homann, Ernst Kehler, Otto Korfes, Friedrich Wilhelm Krummacher, Bernt von Kügelgen, Arnold von Lenski, Vincenz Müller und Luitpold Steidle, von denen manche in mehreren Auflagen erschienen.<sup>185</sup>

Die Historiographie der DDR hob hervor, daß die Mitglieder des Nationalkomitees „Freies Deutschland“ und des „Bundes Deutscher Offiziere“ aktiv für den Sturz der Hitlerregierung und die schnelle Beendigung des Krieges gekämpft haben, auch wenn ihr Hauptziel, Hitler durch die Wehrmacht zu stürzen und den Krieg schnell zu beenden, nicht erreicht wurde. In der Forschung stand die Fronttätigkeit des NKFD im Vordergrund, dagegen waren die Gründe seiner geringen

---

wie Ulrich Sahn zweifeln allerdings an der Echtheit des Berichtes und halten ihn für eine Nachkriegsfälschung, vgl. Jürgen Danyel: Die Rote Kapelle innerhalb der deutschen Widerstandsbewegung, in: Die Rote Kapelle im Widerstand gegen den Nationalsozialismus, hg. von Hans Coppi, Jürgen Danyel und Johannes Tuchel, Berlin 1994, S. 34, Anm. 11.

<sup>181</sup> Doch die beim Bundesnachrichtendienst und beim Verfassungsschutz liegenden Quellen blieben den Forschern nach wie vor versperrt.

<sup>182</sup> Danyel, Die Rote Kapelle, S. 21.

<sup>183</sup> Vgl. dazu ausführlicher: Röhr, Deutsche Widerstandsforschung, S. 3-95, hier S. 46 f.

<sup>184</sup> Paul Heider: Das NKFD und der BDO in der Historiographie der DDR und die „Arbeitsgemeinschaft der ehemaligen Offiziere“, in: Das Nationalkomitee „Freies Deutschland“ und der Bund Deutscher Offiziere, hg. von Gerd R. Ueberschär, Frankfurt/Main 1995, S. 161.

<sup>185</sup> Wilhelm Adam: Der schwere Entschluß. Unter wissenschaftlicher und literarischer Mitarbeit von Otto Rühle, Berlin 1965; Max Emendörfer: Rückkehr an die Front. Erlebnisse eines deutschen Antifaschisten, Berlin 1972; Egbert von Frankenberg: Meine Familie in der Geschichte, Berlin 1980; Heinrich Homann: Im Kampf um Deutschland, hg. von Hans Oley und Joachim Hellwig, Berlin 1968; Ernst Kehler: Einblicke und Einsichten. Erinnerungen, Berlin 1989; Otto Korfes: Die Pflicht des deutschen Offiziers, in: Mitteilungsblatt der Arbeitsgemeinschaft ehemaliger Offiziere (1958), Nr. 1; vgl. auch Sigrid Wegner-Korfes: Weimar – Stalingrad – Berlin. Das Leben des deutschen Generals Otto Korfes, Berlin 1994; Friedrich-Wilhelm Krummacher: Ruf zur Entscheidung. Predigten, Ansprachen, Aufsätze 1944/45. Dokumente, Berlin 1965; Bernt von Kügelgen: Die Nacht der Entscheidung. Autobiographie, Berlin 1983; Helmut Welz: In letzter Stunde. Biographie nach umfangreichen Aufzeichnungen Arno von Lenskis, Berlin 1978; Vincenz Müller: Ich fand das wahre Vaterland, hg. von Klaus Mammach, Berlin 1963; Luitpold Steidle: Entscheidung an der Wolga, Berlin 1969.

Wirkung auf die Wehrmacht seltener Gegenstand der Untersuchung.<sup>186</sup> Die politische Vorbildwirkung des NKFD auf Antifaschisten in Deutschland wie im Exil ist unverkennbar und nachgewiesen, dennoch bedeutete es eine maßlose Überhöhung seiner Wirksamkeit, wenn das NKFD zum leitenden Zentrum des antifaschistischen deutschen Widerstandskampfes überhaupt stilisiert wurde, eine Legendenbildung, die Walter Ulbricht persönlich einleitete.<sup>187</sup>

[64:] Die Historiographie der DDR hat Möglichkeiten und Grenzen, Leistungen und Schwierigkeiten der Zusammenarbeit so verschiedener Hitler- und Kriegsgegner wie sowjetischer und deutscher Kommunisten, national-konservativer Militärs, liberaler, demokratischer, sozialistischer und christlicher Teilnehmer des NKFD untersucht und dargestellt. Die historische Spezifik dieser Zusammenarbeit wurde allerdings an den Rand gedrückt, indem sie teleologisch bereits die spätere Entwicklung in der DDR antizipiert und impliziert zu haben scheint. Das zeitweilige Bündnis so heterogener Kräfte war nur möglich, weil das NKFD keine sozialistische Alternative zum Naziregime proklamierte. Der Anteil deutscher Kommunisten an der Vorbereitung, Gründung und Tätigkeit des NKFD war bedeutend und unverzichtbar. Historisch ist es jedoch falsch, der KPD die Initiative zuzuschreiben, sie lag vielmehr bei Stalin und der Politischen Hauptverwaltung der Roten Armee, die stets die entscheidende Rolle bei der Führung und Kontrolle des NKFD behielten.

Wichtigen Aspekten des NKFD wurde die Forschung nicht gerecht. So war das Bündnis des NKFD mit der sowjetischen Gewahrsamsmacht sehr ungleich. Die Widersprüche dieses komplizierten Verhältnisses waren kein Thema historischer Forschung der DDR, zudem waren ihr die wichtigsten Quellen nicht zugänglich. Die spätere sowjetische Verfolgung zweier Vizepräsidenten des NKFD, des Vorsitzenden des BDO, General von Seydlitz<sup>188</sup>, und des kommunistischen Soldaten Max Emendörfer<sup>189</sup>, und ihre Verurteilung unter falschen Anschuldigungen durch ein sowjetisches Militärgericht waren niemals Gegenstand einer wissenschaftlichen Analyse.

Wohl für keine andere Widerstandsgruppe hat sich die Quellsituation durch die Öffnung sowjetischer/russischer Archive in den letzten Jahren so verbessert wie für das Nationalkomitee „Freies Deutschland“. Nun wurde es erstmals möglich, Fragen nach der Initiative bei seiner Bildung, nach Ziel- und Programmvorstellungen, Handlungs- und Propagandaspielräumen, nach der Entwicklung ihrer inneren Differenzierung und nach den konkreten Beziehungen zu jenen Stellen der Gewahrsamsmacht dieser Kriegsgefangenen, mit denen das Nationalkomitee unmittelbar kooperierte, also der 7. Abteilung der Politischen Hauptverwaltung der Roten Armee, genauer und quellengestützt zu beantworten.

\* \* \*

Widerstandsgeschichtliche Forschungen waren und sind nicht nur in politische Legitimationszusammenhänge eingeordnet, sondern unterliegen wie alle histori-[65:]schen Disziplinen aktuellen historiographischen Tendenzen, Die Verselbständigung wurde stark unterstützt durch eine quantitative Dominanz der Widerstandsforschungen bis Mitte der 60er Jahre und durch die politisch geforderte Proportion der Darstellung des Widerstandes in allen Gesamtdarstellungen der Periode. Die auch in der DDR zu verzeichnende zunehmende Spezialisierung der Widerstandsforschung war zunächst ein professioneller Vorteil, denn sie nötigte zu begrifflicher, methodologischer und theoretischer Präzisierung ihres Instrumentariums, zur Klärung der angewandten Konzepte, Analysemuster und Bewertungskriterien. Diese Spezialisierung führte auch in der DDR tendenziell zu einer institutionellen Verselbständigung der Widerstandsforschung. Zwar blieb dabei der Zusammenhang zwischen jener

---

<sup>186</sup> Vgl. Willi Wolff: An der Seite der Roten Armee. Zum Wirken des Nationalkomitees „Freies Deutschland“ an der sowjetischen Front 1943-1945, Berlin 1973, <sup>3</sup>1982; siehe auch die Beiträge des Protokollbandes einer Konferenz zum 40. Jahrestag des NKFD, in: Bulletin, 1983/1-2.

<sup>187</sup> Walter Ulbricht: Zur Geschichte der neuesten Zeit, 1. Halbband, Berlin 1955, S. 20.

<sup>188</sup> Vgl. Leonid Reschin: General zwischen den Fronten – Walter von Seydlitz in sowjetischer Gefangenschaft und Haft 1943-1955, Berlin 1995, 2. Aufl. Augsburg 2000 unter dem Titel: General von Seydlitz in sowjetischer Gefangenschaft und Haft 1943-1955.

<sup>189</sup> Vgl. Jan Emendörfer: Verfeimt. Mein Vater Max Emendörfer, Frankfurt/Oder 1997.

Politik, der Widerstand geleistet wurde, und den Reaktionen darauf, zwischen Verfolgung und Widerstand für die Forschung grundlegend. Nichtsdestotrotz bewirkte die fortschreitende und arbeitsteilige Professionalisierung der Widerstandsforschung tendenziell aber eine Selbstisolierung. Ihre Konzentration allein auf die Rekonstruktion widerständigen Handelns machte sie begrifflos und blind für viele historische Zusammenhänge, in denen die von ihr untersuchten Akteure tatsächlich wirkten, ließ sie die für den Widerstand relevanten Zusammenhänge des faschistischen Herrschaftssystems manchmal nur noch peripher berücksichtigen. Die begriffliche Unsicherheit begann und endete beim Widerstandsbegriff.<sup>190</sup> Blieb die ausgedehnte Widerstandsforschung in der DDR im Zuge ihrer Professionalisierung formal in die Gesamtentwicklung der Faschismusforschungen eingebettet, so hob der politische Dominanzanspruch sie faktisch von diesen Forschungsgrundlagen ab.

## 5. Politische Wirkungsabsicht und/oder Instrumentierung?

Dokumentationen und Darstellungen zur Geschichte von Faschismus und zweitem Weltkrieg zählen zu den bedeutenden Leistungen von Historikern der DDR. Eine besondere Stärke dieser Historiographie war ihr Gehalt an ausgewerteten und dokumentierten Archivquellen. Dies kann auch die gegenwärtige politische Verfemung nicht ungeschehen machen. Sie behalten ihre wissenschaftliche Gültigkeit; ihre politische Bedeutung für den Kampf gegen Krieg und Faschismus in der Gegenwart wächst. Ihr Beitrag zur internationalen Geschichtsschreibung über Krieg und Faschismus ist eigenständig und unverwechselbar.

Im Zuge des antikommunistischen Zeitgeistes nach der Restauration des Kapitalismus in ganz Deutschland ist es unter manchen ehemals marxistischen Historikern Mode geworden, eigene politische Wirkungsabsichten nachträglich als [66:] fremdbestimmt auszugeben und von einer „politischen Instrumentalisierung“ ihres Denkens und Forschens zu sprechen.<sup>191</sup> Pauschal werden dabei heterogene Sachverhalte in ein und dieselbe Schublade gepackt. Deshalb sollen abschließend einige Sachverhalte benannt werden, die hinsichtlich der eingangs erwähnten ambivalenten Folgen der grundsätzlichen politischen Determination der Faschismus- und Weltkriegsforschung unterschieden werden können:

1. Zielkonflikte zwischen Erinnerung und Forschung. Das Verhältnis von regierender Staatspartei und Forschung betraf keineswegs allein diesen Gegenstand. Darum sollte wenigstens analytisch von ihm getrennt werden, warum und inwiefern gerade das Vermächtnis des antifaschistischen Widerstandes nicht nur fördernd, sondern auch einschränkend, kanalisierend oder blockierend auf die Forschung wirkte. Es geht hierbei nicht um die Geschichte, Spannbreite und Widersprüchlichkeit des Antifaschismus selbst, dies ist hier nicht das Thema, es geht vielmehr um die Ambivalenz der politischen Grundlage für die Forschung. Sie hat mehrere Aspekte. Der antifaschistische Widerstand stand sowohl für Forschung als auch für politische Ehrung im Vordergrund. Zunächst einmal hielten nicht wenige der nun regierenden Antifaschisten eine gründliche Untersuchung des faschistischen Herrschaftssystems entweder für eine Beeinträchtigung des Widerstandes oder tendenziell für überflüssig, zudem glaubten manche führende Funktionäre aufgrund ihrer Verfolgungserfahrung auch ohne Forschung sachkundig genug zu sein. Die Verselbständigung des Widerstandes in der Forschung selbst, seine Trennung von den Mechanismen der Verfolgung mußte die Untersuchung sowohl des Widerstandes als auch des Herrschaftssystems der Nazidiktatur beeinträchtigen. Die administrativen Vorgaben für die Proportionen zwischen den Darstellungen des Widerstandes und des Terrorsystem der Verfolger aber sprachen jeder Wissenschaft Hohn.

---

<sup>190</sup> Vgl. Kur Gossweiler: Was ist Antifaschismus? Welche Bedeutung hat er heute? In: Ders.: Aufsätze zum Faschismus, S. 646-658. Dieser anregende Diskussionsbeitrag auf dem 11. Jenaer Faschismuskolloquium 1981 rief unter einigen Historikern keine produktive Debatte, sondern eine von politisch sektiererischen, historisch vereinfachten und theoretisch dogmatisierten Positionen aus vorgetragene verunglimpfende Kritik hervor.

<sup>191</sup> Vgl. Werner Röhr: Entwicklung oder Abwicklung der Geschichtswissenschaft, Polemische Bemerkungen zu den Voraussetzungen einer Urteilsbildung über Historiker und historische Institutionen der DDR, in: Berliner Debatte INITIAL, Berlin 1991, Heft 4 und 5.

Naturgemäß gibt es zwischen der Erinnerung und der Forschung Unterschiede, die zuweilen auch zum Konflikt eskalieren können. Wenn differente Zwecke institutionalisiert sind, etwa in Gestalt der Organisationen der Widerstandskämpfer und ihrer kollektiven Erinnerung zum einen, der Problemstellung und Forschungsorganisation zum anderen, dann kann ein antifaschistisches Vermächtnis unter bestimmten Aspekten zum Hemmnis der Forschung werden, wenn es über sie administrative Gewalt erhält. Dabei ist unterstellt, daß öffentliches Erinnern und Gedenken, künstlerische und architektonische Gestaltung des Erinnerns, der Ehrung und der Würdigung der Opfer und Forschung ihre eigene Logik und ihre eigene Würde besitzen und einander nicht substituieren können. Verständnis und Respekt für diese Differenzen aber ist nicht nur für die Wissenschaft unerlässlich.

[67:] 2. Unterordnung unter tagespolitische Forderungen. Zu den politischen Determinanten gehörte natürlich der Antikommunismus und seine Mobilisierung und Entfaltung im kalten Krieg. Eine Reaktion darauf war die Unterordnung der Forschung nicht unter die Strategie, sondern selbst unter die politische Taktik der regierenden Staatspartei. Wissenschaftlich hatte dies in mehrfacher Hinsicht fatale und für die politischen Zielsetzungen der Forschung selbst kontraproduktive Folgen. Eine ergab sich aus der politischen Notwendigkeit, den Großteil der faschistischen Mitläufer in die neu aufzubauende Gesellschaft zu integrieren. So führte die opportunistische Entscheidung, 1952 die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes aufzulösen, bereits in der ersten Hälfte der 50er Jahre sehr schnell dazu, die in den Jahren nach 1945 zunächst sehr breit und gründlich unternommenen Versuche der Dokumentation und historischen Erforschung der Nazidiktatur mehr oder weniger abzubrechen oder auslaufen zu lassen. Auf der Basis der damaligen Quellenkenntnis sind viele sehr gute Arbeiten in den Jahren 1945-1952 entstanden. Die systematischen Forschungen seit den 60er und 70er Jahren konnten daran nur sehr bedingt anknüpfen.

Nicht die politisch-strategische Zielsetzung der Forschung, sondern ihre unmittelbare politische Funktionsbestimmung, ihre strikte Unterordnung unter wechselnde tagespolitische Ziele mußte die geschichtswissenschaftliche Forschung behindern, einschränken und tendenziell aufheben. Die strikte Unterordnung unter situative, wechselhafte politische Aufgaben wurde im kalten Krieg gefordert und durchgesetzt, gegenüber Historikern und von Historikern selbst. Sarkastisch sieht Thomas Taterka die Historiographie der DDR zu Recht durch die „wetterwendischen Verirrungen der Parteihistoriographie“<sup>192</sup> blamiert, weil sie z. B. die DDR dem Spott der internationalen Forschung über die Konzentrationslager aussetzte, indem die DDR als einzige monographische Darstellung zu Auschwitz das Buch „Die Todesfabrik“ der beiden tschechischen Autoren Ota Kraus und Erich Kulka in Übersetzung vorweisen konnte.<sup>193</sup> Die tages- und parteipolitische Unterordnung der Historiographie führte in diesem Fall sogar dazu, daß nach der Spaltung des Internationalen Auschwitzkomitees auch die Bücher von Hermann Langbein, des Vorsitzenden des abgelehnten konkurrierenden Internationalen Lagerkomitees, in der DDR nicht erschienen sind.<sup>194</sup>

3. Direkte politische Eingriffe. Eine Unterordnung der wissenschaftlichen Forschung unter politische Vorgaben oder Erwartungen hatte naturgemäß Konsequenzen für [68:] die Wissenschaft hinsichtlich ihrer Quellen, Methoden, Wertungen und Ergebnisse. Sie betrafen die Geschichtsschreibung über die Arbeiterbewegung und über die Geschichte der DDR noch mehr als die Faschismusforschung. Diese Unterordnung konnte auch die Form direkt politisch-administrativer Eingriffe annehmen. Eine direkte Einmischung politischer Gremien oder Personen in wissenschaftliche Forschung war keineswegs eine bevorzugte Regulationsform. Sie erwuchs aus dem Bedürfnis nach wissenschaftlicher Rechtfertigung der Politik, was in diesem Falle ihre sowieso nicht erwünschte wissenschaftliche Beratung oder Begründung grundsätzlich ausschloß, sie konnte aber auch aus politischen oder persönlichen Bestrebungen beteiligter Wissenschaftler herrühren, die administratives Eingreifen wünschten oder veranlaßten. In dem Maße, wie solcherart Regulierungen Wissenschaftlichkeit einschränkten

---

<sup>192</sup> Thomas Taterka: Mythen und Memoiren im Antiglobkestaat. Konturen des zwischen Buchenwald und Auschwitz gespaltenen Lagerdiskurses in der DDR, in: Menora, 11 (2000), S. 142.

<sup>193</sup> Ota Kraus/Erich Kulka: Die Todesfabrik, Berlin 1957.

<sup>194</sup> Hermann Langbein: „... nicht wie die Schafe zur Schlachtbank“. Widerstand in den nationalsozialistischen Konzentrationslagern 1938-1945, Frankfurt/Main 1980; vgl. auch ders.: Menschen in Auschwitz, Wien 1995.

oder aufhoben, – gleichgültig ob die Ingerenz institutionalisiert oder informell war – deformierte sie nicht nur die Ergebnisse, sondern wissenschaftliche Forschung überhaupt. Inhaltliche Ergebnisvorgaben mußten die historische Forschung entweder prostituieren oder aufheben bzw. hochgradig einschränken, wie sie etwa hinsichtlich der führenden Rolle des Zentralkomitees der KPD im Exil für konkrete Widerstandsgruppen in Deutschland schwer überbietbar ist. Es wäre jedoch einseitig, politische Zielvorgaben hinsichtlich der zu erforschenden Gegenstände schlechthin als wissenschaftsfeindlich zu verwerfen, verdankt doch gerade die Historiographie dieser Aufgabenstellung viele ihrer Leistungen.

4. Archivblockaden. Die Unterordnung der historischen Forschungen unter parteipolitische Bedürfnisse und unter tagespolitische Taktiken im kalten Krieg betraf auch die archivalischen Bestände, deren Benutzbarkeit und Erschließung. Eine große Masse einschlägiger Quellen war den Forschern nicht zugänglich. Auf Beschluß des Zentralkomitees der SED vom März 1964 wurden die relevanten Archivalien systematisch erfaßt. Das in der DDR vorhandene Archivgut über die faschistische Diktatur war und ist von hohem wissenschaftlichem Wert. Seine systematische Sichtung, Ordnung und Archivierung ab 1964 schuf die Grundlagen für die Dokumentationen des Ausschusses Deutsche Einheit beim Nationalrat der Nationalen Front, in denen die Nachkriegskarrieren von Nazi- und Kriegsverbrechern in der Bundesrepublik aufgelistet wurden.<sup>195</sup> Über „alle in der DDR lagernden Archivbestände aus der Zeit von 1933-1945“ erarbeitete die für diesen Zweck eingerichtete „Zentrale Dokumentationsstelle“ der Staatlichen Archivverwaltung beim Ministerium des Innern der DDR eine Systematik in Gestalt von zwei Millionen Karteikarten. Sie stellten – wie das Zentrale Parteiarchiv der SED [69:] (ZPA) feststellte, – z. B. „die vollständigste Aufstellung“ von Akten des Reichssicherheitshauptamtes dar.<sup>196</sup>

Doch die Dokumentationsstelle erfaßte nur die Akten, die Bestände selbst gehörten meist zu anderen Einrichtungen, vor allem zum ZPA. Dies war „als internes Parteiarchiv nicht für jedermann zugänglich“, es hatte aber aus verschiedenen staatlichen Archiven Akten oder sogar ganze Bestände an sich gezogen, die es nicht zurückgab. Für die Benutzer von Akten über den deutschen Faschismus gab es einen abgestuften Kriterienkatalog.<sup>197</sup> Da das ZPA über zahlreiche Originalakten verfügte, konnte es die Bestrebungen anderer Institute oder selbst der Generalstaatsanwaltschaft der DDR, die Akten zur Forschung oder zur Ermittlung zu verwenden, nach eigenem politischen Gutdünken unterlaufen. Doch auch die als Benutzer zugelassenen Historiker erhielten gewöhnlich keinen Einblick in die Findhilfsmittel, sondern erhielten aus den Akteneinheiten von den Archivaren selektierte Akten. Enthielten diese Akten Material über Bürger der DDR, so waren sie grundsätzlich gesperrt oder verschlüsselt.

Auch die beim Ministerium für Staatssicherheit der DDR 1967 gegründete Diensteinheit (Abteilung IX/11) zur Ermittlung von Nazi- und Kriegsverbrechern bewahrte Archivalien aus den Jahren 1933-1945. Sie waren fast ausnahmslos<sup>198</sup> der Forschung entzogen und der juristischen Ermittlung nur in dem Maße zugänglich, wie seine Verwalter über die politischen Zwecke der Ermittlungen mit den Justizorganen konform gingen, wie die Vorbereitungen und Nachwirkungen des Oberländer-Prozesses schmerzlich veranschaulichen.<sup>199</sup> Die Verfügung über solche Quellenbestände gab ihren Verwaltern einen großen politischen Entscheidungsspielraum, so daß wie im Institut für Marxismus-Leninismus beim Zentralkomitee der SED nicht nur partei- und tagespolitische Bedürfnisse eine

---

<sup>195</sup> Braunbuch. Nazi- und Kriegsverbrecher in der Bundesrepublik, Staat, Wirtschaft, Armee, Verwaltung, Justiz, Wissenschaft, Berlin 1965; Graubuch: Expansionspolitik und Neonazismus in Westdeutschland. Hintergründe, Ziele, Methoden. Eine Dokumentation, hg. vom Nationalrat der Nationalen Front, Berlin 1967.

<sup>196</sup> IML-Hausmittelung, Frühholz an Berthold vom 16.7.64, SAPMO, IV 2/9.07-269.

<sup>197</sup> Leitfaden für die Einstufung und Benutzung der Bestände des ZPA der SED, 20.11.1970, SAPMO, IV A 2/9.07.273.

<sup>198</sup> Die Ausnahmen sind formal als solche nicht zu erkennen, weil sie diese Quelle nicht explizit ausweisen, vgl. z. B. Ramme, Der Sicherheitsdienst.

<sup>199</sup> Vgl. die quellengestützte, aber zu Oberländers Konzeption apologetische Arbeit von Philipp-Christian Wachs: Der Fall Theodor Oberländer (1905-1998) Ein Lehrstück deutscher Geschichte, Frankfurt/Main/New York 2000, S. 400-426.

Rolle spielten, sondern auch die spezifischen Interessen der miteinander konkurrierenden Institutionen.

Ungeachtet aller Kriegsverluste gab es in der DDR umfangreiches Archivgut jüdischer Organisationen, Institutionen und Privatpersonen. Der zweifellos wichtigste Bestand war und ist das „Gesamtarchiv der deutschen Juden“. Das 1906 begonnene Archiv überstand den Krieg im „Reichs-Sippenamt“ und wurde 1945 von der Roten Armee übernommen. 1950 erhielt der Berliner Landesverband der Jüdischen Gemeinden in der DDR das Archiv zurück, doch bereits 1953 wurde [70:] es vom Zentralen Staatsarchiv in Potsdam übernommen, offiziell zum Zweck der Bewahrung der z. T. auseinanderfallenden Archivalien, „ohne Formalitäten und kurzfristig“<sup>200</sup>. Und dort blieb es und blieb für die Forschung wie für Ermittlungen faktisch unzugänglich, wie auch weitere vom Zentralen Staatsarchiv Potsdam übernommene jüdische Akten, vor allem der Reichsvereinigung der deutschen Juden sowie zahlreiche Nachlässe. Auch die von der Gestapo geführte „Sippenkartei“ wurde 1981 aus dem Gebäude der Berliner Jüdischen Gemeinde in das ZStA abtransportiert und mit ihr war die Gesamtkartei der deutschen Juden von 1939 der Forschung entzogen. Erst nach 1987 änderte sich der Umgang mit diesen Akten, allerdings ist das Gesamtarchiv nicht benutzbar, weil restaurierungsbedürftig.

5. Theoriefurcht. Eine wissenschaftliche Theorie, die ihrem Namen Ehre macht, trägt immer eingreifenden Charakter, besonders in den Gesellschaftswissenschaften. Daher verwundert der Horror der regierenden Staatspartei vor wirklichem theoretischem Denken, vor theoretischem Problematisieren nicht. Verwundern muß allein, wenn Wissenschaftler diese Theoriescheu verinnerlicht. Während der Forscher erst einmal fragen muß, um Erkenntnisse zu gewinnen, ist eine Staatsdoktrin nicht auf Fragestellung, sondern auf Bestätigung aus. Die schlimmste Wirkung der führenden Rolle der SED in der Wissenschaft waren theoretische Sterilität und Abstinenz. Diesen Schaden für die Faschismusforschung halte ich für weit gravierender als inhaltliche Vorgaben.

## 6. Forschungen und Publikationen nach 1990

Über die Forschungen und Publikationen von DDR-Historikern über Faschismus, Krieg und Widerstand nach 1990 wird gegenwärtig von Margarete Piesche eine umfassende Bibliographie erarbeitet, die im Jahre 2001 publiziert werden soll, so daß an dieser Stelle wenige Bemerkungen genügen können.<sup>201</sup>

Nach 1989/90 begannen auch Faschismusforscher und Weltkriegshistoriker der DDR, selbstkritisch die eigenen Leistungen zu analysieren, frühere Arbeiten zu präzisieren, zu korrigieren und zu ergänzen.<sup>202</sup> Dieser selbstkritischen [71:] Auseinandersetzung wurde 1991 die Grundlage entzogen. Sämtliche wissenschaftlichen Institute, die sich mit der Geschichte des deutschen Faschismus beschäftigt haben, wurden de jure oder de facto liquidiert. Die Historikerschaft der DDR wurde mit wenigen Ausnahmen als Berufsgruppe abgelöst, kein einziger der erwähnten Forscher behielt oder erhielt einen wissenschaftlichen Arbeitsplatz. Die meisten Verlage, die Arbeiten zu diesem Gegenstand ediert hatten, sowie alle entsprechenden Zeitschriften existieren nicht mehr. Die zur Zeit der Zweistaatlichkeit mit den DDR-Historikern kooperierenden westdeutschen Kollegen haben sich mit wenigen Ausnahmen seit 1990 sukzessive jeder Zusammenarbeit verweigert.<sup>203</sup> Ehemalige DDR-Forscher werden

---

<sup>200</sup> Vgl. Elisabeth Brachmann-Teubner: Sources for the History of the Jews from the Eighteenth Century to the Twentieth Century in the Archives of the former GDR, in: Leo-Baeck-Institute-Yearbook, XXXVIII/1993, S. 406 f.

<sup>201</sup> Die andere Bibliographie. Der zweite Weltkrieg in der Historiographie der DDR (BULLETIN für Faschismus- und Weltkriegsforschung, BEIHEFT 2).

<sup>202</sup> Vgl. Dietrich Eichholtz: Zur deutschen Geschichte in den 30er Jahren. Probleme und Versäumnisse unserer Geschichtsschreibung, in: Krise-Umbruch-Neubeginn, S. 392-407; Gerhart Hass: „Weiße Flecken“ in der Darstellung des zweiten Weltkrieges, in: Geschichte – Erziehung – Politik, Berlin 1791, H. 3, S. 200-210 und H. 4, S. 309-319; Kurt Pätzold: Persecution and the Holocaust; Manfred Weißbecker: Wahrheit und Irrtum in den Faschismus-Forschungen der DDR. Historiographische und andere Reminiszenzen, in: Deutsche Studien, H. 116, 1992, S. 397-415.

<sup>203</sup> Ausnahmen sind z.B. das Militärgeschichtliche Forschungsamt (MGFA) und das Deutsche Komitee für die Geschichte des Zweiten Weltkrieges.

– mit wenigen Ausnahmen<sup>204</sup> – nicht mehr zur Mitwirkung an Forschungs- oder Publikationsprojekten eingeladen. Nur wenige Zeitschriften publizieren regelmäßig ihre Beiträge.<sup>205</sup>

Die gegenwärtige Situation kann durch zwei Sachverhalte gekennzeichnet werden. Erstens: In einer Zeit, in der angesichts der Renaissance offen faschistischer Gewalt, offenen Terrors mit Todesopfern und einer zunehmenden gesellschaftlichen Resonanz faschistischer, rassistischer, ausländerfeindlicher Stimmungen und Gewaltakte Forschungen zu den Wurzeln und Wirkungen von Faschismus unabdingbar sind, gilt eine marxistische Faschismusauffassung staatlichen und universitären Gremien als legitimer Kündigungsgrund für Geschichtsprofessoren. Zweitens: Der erneuerte deutsche Nationalstaat strebt nach alter imperialistischer Normalität, d. h. nach Kriegführungsfähigkeit und behält sich das Recht auf Krieg nicht nur theoretisch vor. 1999 nahm er an dem NATO-Aggressionskrieg gegen ein Land teil, das im 20. Jahrhundert bereits zweimal Opfer deutscher Aggressionen war. Für Weltkriegsforschung als Friedensforschung besteht amtlich kein Bedarf. In der historischen Forschung über den Faschismus nehmen revisionistische Tendenzen Mitte der 90er Jahre eine viel stärkere Position ein als noch [72:] während des Historikerstreits der 80er Jahre, während jene Historiker, die sich damals entschieden gegen die Revision von Erkenntnissen über Faschismus und Krieg wandten, seit 1990 dazu schweigen.<sup>206</sup> Unter der Flagge des Einzugs pluralistischer Forschung in die Universitäten der DDR wurde de facto jene Strömung liquidiert, die den stärksten Impuls zum Überwindung jener Geschichtsschreibung gegeben hat.

Alle von Historikern aus der DDR seit 1990 weitergeführten Forschungen über Faschismus und zweiten Weltkrieg sind daher ohne jegliche institutionelle Grundlage erfolgt. Jene wissenschaftlichen Vereine, in denen sie sich an verschiedenen Orten zusammengeschlossen haben, haben selbst dann, wenn sie ein reges wissenschaftliches Leben entwickeln, in der Regel keine eigenen Finanzmittel zur Forschungsförderung und aus politischen Gründen meist auch keine Chance, Stiftungsmittel für ihre Vorhaben oder Druckkostenzuschüsse einzuwerben. Die Historiker tragen daher fast durchgängig ihre Kosten persönlich.

Zu dieser Situation gehört auch die Archivlage. Sie ist in allen ehemals sozialistischen Ländern für Weltkriegshistoriker sehr kompliziert geworden. Durch die Öffnung sowjetischer und anderer Archive sind wesentliche neue Quellen erschließbar geworden, allerdings können die erwerbslosen Historiker weder die Reisekosten noch die Moskauer Kopierkosten bezahlen. Wie Czesław Madajczyk, weltweit einer der besten Kenner der internationalen Archivbestände zum zweiten Weltkrieg, in seiner Analyse der Quellenlage zum zweiten Weltkrieg und ihres Erschließungsstandes, vermerkte, haben sich die politischen Veränderungen seit 1989 erheblich auf das Archivwesen ausgewirkt, in erster Linie als Standortverlagerung von Beständen.<sup>207</sup> Neben der Erschließung neu zugänglicher Bestände ist gleichzeitig das Gegenteil zu verzeichnen: Die für die Forschung früher gesperrten Faschismusbestände des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR – mit Ausnahme weniger privilegierter Historiker – sind nach kurzer Zwischenzeit längst wieder verschlossen. Und jene in staatlichen Archiven der DDR zugänglichen Archivbestände der großen Banken und Industriekonzerne wurden von diesen

<sup>204</sup> Z. B. lud das MGFA aus der DDR stammende Historiker zur Mitarbeit an seinen Sammelbänden ein, siehe z. B.: 1. Das Rußlandbild des Dritten Reiches, hg. von Hans-Erich Volkmann, München 1994; enthält: Gerhart Hass: Zum Rußlandbild der SS, S. 201-204; Paul Heider: Zum Rußlandbild im Nationalkomitee ‚Freies Deutschland‘ und im Bund Deutscher Offiziere, S. 165-199; Manfred Weißbecker: „Wenn hier Deutsche wohnten ...“. Beharrung und Veränderung im Rußlandbild Hitlers und der NSDAP, S. 9-54. 2. Die Wehrmacht. Mythos und Realität, hg. von Rolf-Dieter Müller und Hans Erich Volkmann, München 1999; enthält: Paul Heider: Reaktionen in der Wehrmacht auf Gründung und Tätigkeit des Nationalkomitees ‚Freies Deutschland‘ und des Bundes Deutscher Offiziere, S. 614-634; Gerhart Hass: Zum Bild der Wehrmacht in der Geschichtsschreibung der DDR, S. 1110-1112. vgl. Deutsch-russische Zeitenwende. Krieg und Frieden 1941-1945, hg. von Hans Adolf Jacobsen, Boden-Boden 1995, enthält: Gerhart Hass: Der 8. Mai 1945 im Spiegel der Geschichtsbetrachtung in der DDR, S. 538-559.

<sup>205</sup> Beispielsweise die *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft* und die 1999. *Zeitschrift für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts*.

<sup>206</sup> Vgl. Karl Heinz Roth: Revisionistische Tendenzen in der historischen Forschung über den deutschen Faschismus, in: ders.: *Geschichtsrevisionismus. Die Wiedergeburt der Totalitarismustheorie*, Hamburg 1999.

<sup>207</sup> Czesław Madajczyk: Quellen zur Okkupationspolitik des Dritten Reiches – Quellenlage und Erschließungsstand der Archivalien, in: *Europa unterm Hakenkreuz*, Bd. 8, S. 414-468.

nach 1990 schnell wieder privatisiert und der öffentlichen Forschung entzogen. Inzwischen haben nur noch besonders privilegierte „unabhängige“ Historikerkommissionen Zugang zu ihnen.

Betrachten wir anhand der Publikationen die Forschungsfelder jener Historiker, die unter den genannten Bedingungen weiter veröffentlichten, so fallen folgende Gesichtspunkte ins Auge: Zunächst wurden recht kurzfristig sog. weiße Flecke bear-[73:]beitet, d. h. politisch bedingte Desiderata getilgt, beispielsweise über die deutschsowjetischen Verträge vom 23. August und 28. September 1939<sup>208</sup> oder über Kollaboration im zweiten Weltkrieg.<sup>209</sup> Vor allem aber wurden nach Möglichkeit langjährige Forschungsprojekte fortgesetzt und abgeschlossen, so z. B. Dietrich Eichholtz „Geschichte der deutschen Kriegswirtschaft“ oder die Reihe „Europa unterm Hakenkreuz“, die dank der Übernahme der Herausgeberschaft durch das Bundesarchiv vollendet werden konnte. Nicht wenige Weltkriegshistoriker sind bemüht, ihren Forschungsvorlauf aus früheren Jahren für Publikationen zu nutzen und ihre Untersuchungen ohne die bisherige institutionelle Grundlage und finanzielle Förderung fortzuführen.<sup>210</sup> Hinsichtlich der benannten Desiderata wurden in keinem Fall völlig neue Richtungen oder Vorhaben eröffnet, da dazu die materiellen Voraussetzungen fehlen, doch wurden für einzelne bisher vernachlässigte Felder durchaus neue Arbeiten vorgelegt.<sup>211</sup>

Die einzige Ausnahme ist die Gattung der Biographie. Hier sind in den letzten Jahren von Kurt Pätzold und Manfred Weißbecker gleich mehrere Bände verfaßt bzw. herausgegeben worden, und zwar die Biographien von Hitler und Heß<sup>212</sup> sowie der Sammelband mit den Kurzbiographien der in Nürnberg zum Tode verurteilten Kriegsverbrecher.<sup>213</sup> Die historischen Biographien entsprechen offenkundig auch einem Bedürfnis der Leser, sie überwinden eine früher aus politischem Druck geborene einseitig auf Lebensläufe von Führern und Funktionären der Arbeiterbewegung gerichtete, zudem in der Qualität sehr unterschiedliche Biographik. Zudem haben sie sehr viel bessere Verkaufschancen als andere Genres historischer Forschungsarbeiten.

In zunehmendem Maße gibt es Bemühungen, die historiographischen Arbeiten aus der DDR für die eigene Spezialstrecke kritisch zu bilanzieren, z. B. für die Mili-[74:]tärsgeschichte in engerem Sinne.<sup>214</sup> In thematisch eingeschränkter Weise, dafür aber mit einem internationalen Autorenkreis, erfüllte der 1996 erschienene Band „Neuordnung Europas“ die Funktion, einen Überblick über bearbeitete Gegenstände, über Forschungsprobleme und -ergebnisse zu geben.<sup>215</sup> Verglichen mit den vorgestellten Sammelbänden von 1980 und 1989 fällt zunächst auf, daß bisherige Forschungsfelder mit neuen, teilweise bedeutenden Beiträgen vertreten sind, sei es über die wirtschaftlichen Institutionen der Okkupationsherrschaft, über die Nachkriegsplanungen für Deutschland oder einzelne besetzte Länder, über die Ostplanung der SS und die Rolle des SD dabei, über unfreie Arbeit im deutschen Faschismus, die in Konzentrationslagern vollzogene Justizhaft oder den Stellenwert der Eisenbahntransporte der in die Todesstätten gefahrenen Juden für die militärischen Transporte des „Dritten

---

<sup>208</sup> Vgl. Pätzold/Rosenfeld, Sowjetstern; Hass, 23. August 1939; Schauplatz Baltikum. Szenarium einer Okkupation und Angliederung. Dokumente 1939/1940, hg., eingeleitet und übersetzt von Michael Rosenbusch, Horst Schützler und Sonja Stiegnitz, Berlin 1991.

<sup>209</sup> Vgl. Okkupation und Kollaboration.

<sup>210</sup> Vgl. Faschismus und Rassismus, Kurt Pätzold/Erika Schwarz: Tagesordnung Judenmord. Die Wannseekonferenz am 20. Januar 1942. Eine Dokumentation zur Organisation der „Endlösung“, Berlin 1992, <sup>4</sup>1998; Brandenburg in der NS-Zeit. Studien und Dokumente, hg. von Dietrich Eichholtz unter Mitarbeit von Almuth Püschel, Berlin 1993; Kurt Pätzold: Endlösung, in: Historisch-kritisches Wörterbuch des Marxismus, hg. von Wolfgang Fritz Haug, Bd. 3, Berlin 1997; Fritz Petrick: „Ruhestörung“. Studien zur Nordeuropapolitik Hitlerdeutschlands, Berlin 1998; Krieg und Wirtschaft, Studien zur deutschen Wirtschaftsgeschichte 1939-1945, hg. von Dietrich Eichholtz, Berlin 1999.

<sup>211</sup> Vgl. Hermann Langer: Leben unterm Hakenkreuz. Alltag in Mecklenburg 1932-1945, Rostock 1996.

<sup>212</sup> Kurt Pätzold/Manfred Weißbecker: Adolf Hitler, Eine politische Biographie, Leipzig 1996; dies.: Rudolf Heß. Der Mann an Hitlers Seite, Leipzig 1999.

<sup>213</sup> Stufen zum Galgen. Lebenswege vor den Nürnberger Urteilen, hg. von Kurt Pätzold und Manfred Weißbecker, Leipzig 1997.

<sup>214</sup> Vgl. Forschungen zur Militärgeschichte (FN 15)

<sup>215</sup> „Neuordnung Europas“. Von den Autoren dieses Bandes kommen zehn aus der DDR, drei aus der alten BRD, je einer aus Österreich und Norwegen.

Reiches“. Gleichzeitig ist das Spektrum territorial, z. B. um Dänemark oder Griechenland, und thematisch erweitert worden. So enthält der Band z. B. Beiträge über die Kollaboration im zweiten Weltkrieg, über die Haltung der deutschen Justiz gegenüber dem Judenmord und über die Verfolgung von Nazi- und Kriegsverbrechern durch die Justiz beider deutscher Staaten. Früher verzeichnete Desiderata sind geblieben, doch inzwischen sind manche der früher bearbeiteten Gegenstände aus dem Spektrum – vorerst dieses Bandes – verschwunden, z. B. der Terror und die Wehrmacht.

[75:]

KURT PÄTZOLD

**Von den frühen Memoiren deutscher Wirtschaftsführer  
zu den aktuellen Auseinandersetzungen um Zwangsarbeit und Raubgold!<sup>1</sup>**

I.

Mit Memoiren von Parteigängern des deutschen Faschismus, die in der Bundesrepublik Deutschland erschienen – die frühesten und zahlreichsten Autoren kamen aus den langen Reihen der Wehrmachtsgenerale, hat sich zeitiger als die Historiker in der DDR Franz Fühmann befaßt. 1954 legte er eine kleine Schrift vor, der er den Titel *Die Literatur der Kesselrings* gab und den Untertitel *Ein Pamphlet* hinzufügte. Die Broschüre erlebte noch im gleichen Jahr ihre zweite Auflage. Sie erschien im Verlag der Nation, der Eigentum der Nationaldemokratischen Partei war, der Fühmann nahestand und kann in gewisser Hinsicht als Vorbote jener Memoirenreihe einstiger Wehrmachtsgenerale und -offiziere gelten, die später im gleichen Verlag herauskam und deren Autoren nicht wenig dazu beitrugen, ein wirklichkeitsnahes, kritisches und auch selbstkritisches Bild von der Geschichte dieses Krieges zu vermitteln.

Aus Fühmanns Bändchen sprach weniger der Schriftsteller als der einstige Wehrmachtssoldat, der wie viele andere in sowjetischer Kriegsgefangenschaft zu neuen Einsichten gelangt war und an ihnen auch festhielt, als er sich wieder auf freiem Fuß befand. Das Neugewonnene war in dem Satz komprimiert: „Wir waren einmal ein Werkzeug in Verbrecherhänden.“<sup>2</sup> Doch ging es dem Autor nicht um seine Biographie. Er bezog sich auf Erinnerungen, deren Autoren GFM Albert Kesselring<sup>3</sup>, Generaloberst Heinz Guderian<sup>4</sup>, SS-General Paul Hausser<sup>5</sup> und Fallschirmjärgeneral Hermann-Bernhard Ramcke<sup>6</sup> waren. Diese hatte er aus dem [76:] – wie er vermerkte – inzwischen 200 Titel umfassenden „Hagelsturm der Kriegsverbrecherliteratur“ herausgegriffen, der seit Beginn der fünfziger Jahre auf die Bürger der Bundesrepublik niederging.<sup>7</sup> Kesselrings *Soldat bis zum letzten Tag* nannte Fühmann „eine schmutzige Schwarte“. Die Autoren dieser Literatur charakterisierte er aus doppeltem Grunde als Kriegsverbrecher. Sie seien es gewesen und wollten es offenkundig wieder sein, wenn es erneut zum Kampf gegen den Bolschewismus „anzutreten“ galt. Mit den Büchern der Wehrmachtsgenerale sei bereits die zweite Etappe verfälschender Darstellungen der jüngsten Vergangenheit erreicht worden.

Die erste Etappe sah er eröffnet in den Memoiren – und das führt mich näher an mein Thema – Hjalmar Schachts.<sup>8</sup> Der einstige Reichsbankpräsident, kommissarische Reichswirtschaftsminister und Generalbevollmächtigte für die Aufrüstung hatte 1947 – im September 1948 aus dem Internierungslager Ludwigsburg entlassen – eine kleine Schrift, die bei Rowohlt im Rotationsverfahren gedruckt worden war, unter die Leute gebracht, der er den Titel *Abrechnung mit Hitler* gab. In der Etappe, die Schacht eröffnete und repräsentierte, sei es – so Fühmann weiter – darum gegangen, die Leser einzulullen. Jetzt hingegen werde mit den Erinnerungen der Generale darauf gezielt, diese einzufangen und zwar für die Aufrüstung der Bundesrepublik im Rahmen der sog. europäischen Verteidigungsgemeinschaft (EVG). Fühmanns Einschätzung traf ins Schwarze.<sup>9</sup> Nicht anders sein Urteil, diese Literatur sei zugleich Ausdruck eines längeren intellektuellen und moralischen Abstiegs, wie ihr Vergleich mit Schriften preußischer Reformer vom Beginn des 19. Jahrhunderts zeige. Diese hätten nach verlorenem Kriege doch kritisches Bewußtsein und Verantwortung vor der Geschichte bewiesen.

---

<sup>1</sup> Vortrag auf dem Kolloquium zum 70. Geburtstag von Dietrich Eichholtz am 9.9.2000 in Berlin.

<sup>2</sup> Franz Fühmann: *Die Literatur der Kesselrings. Ein Pamphlet*, Berlin 1954, S. 55.

<sup>3</sup> Albert Kesselring: *Soldat bis zum letzten Tag*, Bonn 1953.

<sup>4</sup> Heinz Guderian: *Erinnerungen eines Soldaten*, Heidelberg 1951.

<sup>5</sup> Paul Hausser: *Waffen-SS im Einsatz*, Göttingen 1953 [in vielen weiteren Aufl.] Erweiterte Fassung unter dem Titel *Soldaten wie andere auch. Der Weg der Waffen-SS*, Osnabrück 1966.

<sup>6</sup> Hermann Bernhard Ramcke: *Fallschirmjäger – damals und danach*, Frankfurt 1955.

<sup>7</sup> Fühmann, *Die Literatur der Kesselrings*, S. 9.

<sup>8</sup> Ebenda, S. 6.

<sup>9</sup> Er irrte einzig mit seiner Feststellung, es habe diese Literatur „überhaupt keine Vorgänger in unserer Geschichte“. (S. 14) Die existierte reichlich in der Memoirenliteratur, die nach dem ersten Weltkrieg rasch auf den Markt kam.

## II.

Jene frühen Memoirenschreiber, das war die grundlegende Gemeinsamkeit der Texte der Politiker, Militärs und Wirtschaftsführer und setzte die Praxis der Verteidigung während der zwölf Nürnberger Kriegsverbrecher-Prozesse fort, suchten das machtpolitische Beziehungsgeflecht, das den Faschismus hervorgebracht hatte und ihm seine verheerenden Kräfte verlieh, in tiefes Dunkel zu tauchen und jeden Einblick in die Funktionsweise des Regimes zu verbauen. Schacht, der wie kein zweiter aus dieser Gruppe von sich sagen konnte, er habe Hitler den Weg in die Wilhelmstraße geebnet, war da voran gegangen. Seine unter dem Titel *76 Jahre meines Lebens* erschienenen Erinnerungen sind so wortreich wie nichtssagend. Von den nahezu 700 Druckseiten seines Buches befaßte sich ein sechs [77:] Seiten umfassendes Kapitel mit der Aufrüstung. In ihnen wie an anderen Stellen des Bandes geht es dem Autor vor allem um seine eigene komplette Verteidigung und insbesondere um den Nachweis, als Wirtschaftsminister und Bankpräsident einzig für eine Aufrüstung zu Verteidigungszwecken eingetreten zu sein, sich permanent für die Verlangsamung des Rüstungstempos eingesetzt und – Welch Wunder – die weitere Aufrüstung durch die Beendigung der Praxis der Mefowechsel gar unterbunden zu haben.<sup>10</sup> An einer Stelle nur kam er auf das Interesse von Rüstungsindustriellen an den Geschäften mit dem Staat zu sprechen, und das geschah, um sich eine einsame Rolle zuzuschreiben. Es hätten sich die Wirtschaftsführer um Göring – nicht um ihn – gesammelt, da er ihr wichtigster Auftraggeber gewesen sei. Doch wolle er diese Haltung nicht kritisieren. Die Unternehmer hätten sich um Lohn und Brot ihrer Arbeiter sorgen müssen. Und die Verantwortung dafür, was in ihren Werken produziert würde, trügen nicht sie, sondern die Auftraggeber.<sup>11</sup> Diese Argumentation ist später – mit dem Blick auf die massenweise Verwendung von Zwangsarbeitern – erweitert worden zu der These, daß Eigner und Manager auch nicht dafür verantwortlich zu machen wären, wer in ihren Betrieben und unter welchen Umständen gearbeitet habe. Schacht nannte auf den Seiten, auf denen er die Geschichte der Aufrüstung fälschte, nicht einen einzigen Bankier oder Industriellen beim Namen. An keinen vermochte er sich erinnern. Wo die wenigen Bezugnahmen auf Personen der Wirtschaft erfolgten, wird „irgendein Bekannter aus der Wirtschaft“ oder „ein erfolgreicher Verleger“ erwähnt.<sup>12</sup> Das erinnert an das Lied der Tschekisten und dessen Strophe „Namen bleiben geheim ...“. Doch hier äußert sich in dem Verfahren Schachts eine über den Mai 1945 hinausgehende Solidarität oder richtiger: Komplizenschaft jener Wirtschaftsführer, die an staatlichen Machthebeln oder an den Steuerrudern ihrer eigenen Werke gestanden hatten. Nicht wenige betätigten die einen wie die anderen.

[78:] Schachts Gefolgschaft auf dem hier in Rede stehenden literarischen Felde wurde nicht sonderlich groß. Bereits eine flüchtige Bestandsaufnahme zeigt, daß das Bedürfnis der Militärs, sich in Rückblicken auf ihr Leben und ihre Rolle zu äußern, ungleich größer war als das der Wirtschaftsführer. Das Deutsche Reich hatte, sieht man von der episodenhaften Figur Alfred Hugenburgs, der die Abfolge eröffnete, einmal ab, zwischen 1933 und 1945 vier Wirtschaftsminister. (Kein anderes Ressort weist übrigens in jenen Jahren einen so häufigen Wechsel auf.) Nur einer aus dieser Reihe – Schacht – schrieb Memoiren. Hermann Göring wurde hingerichtet. Walther Funk verbüßte Jahre seiner Haft in Spandau und wurde aus ihr aus Krankheitsgründen vorzeitig entlassen. Indessen haben sich die Inhaber benachbarter staatlicher Machtfelder über ihr Leben und Wirken geäußert. Das tat Hitlers Finanzminister Lutz Graf Schwerin von Krosigk. Sein Memoiren genanntes Buch erschien

---

<sup>10</sup> Hjalmar Schacht: *76 Jahre meines Lebens*, Bad Woerishofen 1953, S. 456 f. u. 464. Im Jahre 1968 folgte „1933. Wie eine Demokratie stirbt.“ Bis heute hat kein Wirtschaftshistoriker eine Biographie Schachts vorgelegt. Zehn Jahre nach Schachts Tode, er starb 93jährig 1970 in München, legte ein früherer Sachbearbeiter des Reichswirtschaftsministeriums in der Reichsstelle Außenhandel eine Darstellung von dessen Leben vor, wozu ihn Freunde Schachts und dessen Witwe aufgefordert hatten. Es entstand so etwas wie ein Denkmal: Heinz Pentzlin: *Hjalmar Schacht. Leben und Wirken einer umstrittenen Persönlichkeit*, Berlin 1980. Das zusammenfassende Urteil des Vf. lautet, Schacht habe sich in Hitler – zu dem es keine annehmbare Alternative gegeben habe – geirrt, sei von diesem getäuscht worden und habe seine eigenen Kräfte und Möglichkeiten überschätzt. Die Erwähnung dieses „Irrtums“ verblaßt vor dem Loblied, Schacht wäre die Arbeitsbeschaffung nach der Weltwirtschaftskrise zu danken und ebenso der Wirtschaftsaufschwung in den Vorkriegsjahren, in dem der Autor gar eine Voraussetzung für den erneuten wirtschaftlichen Aufstieg nach 1945 erblickt. S. 282.

<sup>11</sup> Ebenda, S. 467.

<sup>12</sup> Ebenda, S. 461 f.

erst 1977.<sup>13</sup> Jedoch hatte sich sein Autor bereits vordem mehrfach Geschichte schreibend zu Worte gemeldet.<sup>14</sup> Keine seiner Schriften erregte besondere öffentliche Aufmerksamkeit.

Das aber taten die wieder und wieder aufgelegten Erinnerungen des Nachfolgers von Fritz Todt und letzten Ministers für Bewaffnung und Munition. Albert Speers Buch kam bald nach seiner Entlassung, er hatte die ihm zudiktierte Haftzeit 1966 vollständig verbüßt, auf den westdeutschen Buchmarkt. Da begann eine Minderheit von Angehörigen der jüngeren Generationen ein kritisches Verhältnis zu Faschismus und Krieg zu gewinnen und das bedeutete, daß an die Glaubwürdigkeit dieses Textes besondere Anforderungen gestellt werden mußten.

Mit der Erwähnung von Schacht, Schwerin-Krosigk und Speer sind die Inhaber jener drei Ressorts bezeichnet, die schon von Amtes wegen eine besondere Nähe zu Großindustriellen der Rüstungsindustrie herzustellen hatten. Das galt auch für die Militärs an der Spitze der Waffenämter von Heer, Luftwaffe und Marine. Doch ist aus den Schriften dieser staatlichen Auftraggeber und Zahlmeister kaum Substantielles über ihre Beziehungen zu den Auftragnehmern zu erfahren. Albert Kesselring, der als Amtschef die Verwaltung im 1933 gegründeten Reichsluftfahrtministerium leitete und den Start der Hochrüstung der deutschen Luftwaffe aus dieser intimen Perspektive erlebt hatte – er war so etwas wie der Kassenwart Görings gewesen – erwähnte einzig, wie segensreich und arbeitsbeschaffend die Aufträge waren, die beim Bau von Kasernen, Flugplätzen und deren Folgeeinrichtungen der Bauindustrie erteilt wurden. Über die Chefs der Flugzeugindustrie wird Lobendes gesagt und lediglich erwähnt, sie hätten mitunter zum Ausbau ihrer Werke auch vorangetrieben werden müssen, da sie der Dauerhaftigkeit des [79:] Auftragssegens mißtrauten. Diese Aussage deckt sich mit der vielzitierten Rede Görings vor Flugzeugindustriellen, in der er Großinvestitionen – „man muß etwas riskieren“ – forderte und den Kapitaleignern – „dann ist Deutschland reich“ – goldene Zeiten in Aussicht stellte. Und was die Kriegszeit anlangte, während der Luftmarschall zunächst Luftflotten befehligte und später Heeresverbände in Italien und Westeuropa, so war Kesselring überzeugt, daß die Niederlage nicht auf das Konto der Rüstungsindustriellen zu schreiben wäre. Speer habe sie voll verantwortlich in die Lenkung der Produktion eingeschaltet. Und: „So wurde das Unwahrscheinliche Wirklichkeit.“<sup>15</sup> Diese Aussage bezeichnet eine zweite Linie von Solidarität und Komplizenschaft. Die Militärs, die ihre Verdienste auf Schlachtfeldern beanspruchten, ließen den Managern die ihren in der Rüstungsschlacht.

Es war einer dieser Rüstungsindustriellen, der auch als Konstrukteur wesentlich dazu beigetragen hatte, daß der sog. Luftkrieg aus den Kinderschuhen des ersten Weltkrieges heraus gelangte und sich im zweiten zu furchtbar zerstörerischer Kraft entwickelte, der früh Memoiren schrieb. Unter dem Titel *Stürmisches Leben* kamen 1953 die Ernst Heinkels heraus. Ein Vierteljahrhundert später erlebten sie in der Bundesrepublik ihre 5. Auflage.<sup>16</sup> Das war ein Anzeichen unter vielen, wie populär es geworden war, sich mit der Geschichte von besonderen Waffen und insbesondere mit jener der Flugzeuge aus den Werken der Heinkel, Messerschmidt, Dörner und Focke-Wulf zu befassen. Mehr als ein halbes Jahrhundert danach bieten die Buchhandlungen der Bundesrepublik Deutschland auf Glanzpapier für „Technikinteressierte“ Groß- und Prachtbände über die Geschichte deutscher Kriegsflyer. Deren Piloten – konkurrierend mit den Kommandanten von Unterseebooten – stellten die zahlenstärkste Gruppe von Kriegshelden der Wehrmacht. Und was wären die Mölders, de Maizière, Rudel und Galland ohne die Waffen gewesen, die ihnen, Konstrukteure, Ingenieure und Arbeiter der Flugzeugindustrie bereitstellen?

Heinkel war nun nicht nur ein besessener Konstrukteur, sondern kriegsbegeistert und ruhmredig. Als die Luftwaffe noch siegte und die Deutschen noch nicht verstanden hatten, was das aus der Sicht der deutschen Führung betrachtete, aber nicht eingestandene Scheitern der sog. Luftschlacht um England bedeutete, publizierte er 1941 eine kleine Schrift unter dem Titel *Meine Flugzeuge im großdeutschen*

<sup>13</sup> Lutz Schwerin von Krosigk: *Memoiren*, Stuttgart 1977.

<sup>14</sup> Ders.: *Es geschah in Deutschland, Menschenbilder unseres Jahrhunderts*, Tübingen 1951; *Die großen Schauprozesse. Politische Prozesse von der Antike bis zur Gegenwart*, Bergisch-Gladbach 1983.

<sup>15</sup> Albert Kesselring: *Gedanken zum zweiten Weltkrieg*, Bonn 1955, S. 187.

<sup>16</sup> Ernst Heinkel: *Stürmisches Leben*, hg. von Jürgen Thorwald, Stuttgart 1953, <sup>5</sup>1978.

*Freiheitskampf*. In seinen Nachkriegsmemoiren nun verriet sich, daß er nicht anders als die meisten Militärs unbelehrt geblieben war. Wie die entging er nicht der Versuchung, sich auf das weitläufige Thema einzulassen, auf welchem Wege der Krieg von den Deutschen doch hätte gewonnen werden können. Er befand verfehlt ausgerichtete Entwicklungs- und Konstruktionsarbeit und falsche Entscheidungen dafür verantwortlich, daß 1940 kein Fernbomber zur Verfügung gestan-[80:]den habe. Durch dessen Einsatz aber – Heinkel zufolge – wäre es möglich gewesen, die gesamte Rüstungsindustrie Großbritanniens in Grund und Boden zu bombardieren. Er und seine Erfinder hätten eine solche Waffe die He 177, entwickelt und sogar schon erprobt gehabt, seien aber an deren Durcharbeitung zu lange gehindert worden. Der (tote) Ernst Udet, Leiter des Technischen Amtes im Luftfahrtministerium, wäre ein zu schwacher und auch inkompetenter Mann gewesen und hätte die siegverheißenden Vorschläge nicht durchzusetzen vermocht.<sup>17</sup>

Obwohl sich abzeichnete, daß Großbritannien alsbald ein NATO-Verbündeter der Bundesrepublik sein würde, richteten sich die Rückblicke von „Hitlers Kriegern“ noch immer insbesondere auf den August und September 1940, einen Zeitpunkt, da sie sich dem Sieg über den letzten kriegsfähigen Gegner besonders nahe geglaubt hatten. Die Monate nach dem unerwartet rasch und leicht errungenen Triumph über Frankreich und der Flucht der britischen Truppen über den Kanal zog das Denken derer, die den Krieg noch einmal durchspielten, immer wieder magisch an. Nun schrieben sie, Großbritannien wäre zu besiegen gewesen, wenn ausreichend Fernkampfbomber zur Verfügung gestanden, die Jagdflugzeuge eine größere Reichweite und damit die Fähigkeit besessen hätten, diese vor der gegnerischen Abwehr zu schützen, und wenn die Heimatfront von einer Fliegerabwehr verteidigt worden wäre, die effektivere Geschosse verwenden, besessen und einsetzen konnte.

Alle diese und verwandte Vorschläge verbanden sich ausgesprochen oder indirekt mit einer Kritik an den staatlichen Entscheidungen während des Vorkriegs. Die Deutschen und insbesondere die Arbeiter in der Rüstungsindustrie hätten schon vor dem Beginn des Krieges wirtschaftlich total mobilisiert werden müssen. Zumindest aber wären mit dem 1. September 1939 jene Maßnahmen erforderlich gewesen, die später – und wie es nun hieß: verspätet – im Zeichen des erklärten „totalen“ Krieges ergriffen wurden. Der Ausstoß der Rüstungsproduktion während der Jahre 1942 bis 1944 wurde zum Argument gegen die angeblich viel zu rücksichtsvollen Praktiken der Vorkriegs- und ersten Kriegsjahre. Sie dienten der Begründung für die These von den „verpaßten“ Gelegenheiten. Die Frage, welche weiteren Lasten das Regime den Arbeitern in der Industrie während der „Friedensjahre“ hätte aufbürden können, ohne an Akzeptanz erheblich zu verlieren, befand sich weder im Gesichtsfeld der Generale noch der Wirtschaftsführer. Hauptsache ihre Siegrechnungen „gingen auf“.

Es ist nicht leicht zu klären, warum Schacht und Heinkel mit ihren im gleichen Jahr – 1953 – herausgegebenen Erinnerungen so wenig Nachfolge fanden. Ein Grund dafür mag darin gelegen haben, daß sich die Situation von Industriellen und Militärs im zeitigen Nachkrieg sehr unterschiedlich darstellte. Die Wehr-[81:]machtgenerale gehörten schon zur zweiten „Generation“ deutscher Militärs, die einen Krieg verloren hatte. Sie waren in persona an beiden Niederlagen beteiligt gewesen. Im Verhalten der Generalität nach dem ersten Weltkrieg entdeckten sie viel Vorbildhaftes und Nachahmenswertes. Zudem sahen sie sich unter einem, gewiß nicht unausweichlichem Zwang, sich öffentlich zu erklären und ihre Sicht auf die jüngste Geschichte und ihre Stellung darin (von Anteil wollten sie zumeist nicht reden) bekanntzumachen. Zudem: Nach zwei Kriegen mit Millionen Toten hatten die Deutschen vom Kriegführen genug und neigten dazu, nächst Hitler und einigen seiner „alten Kämpfer“ sowie den Militärs die Schuld daran zu geben, daß sie in den „Schlamassel“ geraten waren. Auch daraus erwuchs ein kräftiger Impuls für Generale und Generalstäbler zur „Vorwärtsverteidigung“ überzugehen. Sie schrieben sich den Opferstatus zu und wiesen die Verantwortung für Entstehen, Verlauf, Dauer und Folgen des Krieges weit von sich.

Nicht weniger wichtig war ein von außen kommender Impuls. Im Ausbruch des kalten Krieges und im Weg der Bundesrepublik, der schließlich in die NATO führte, erblickten die deutschen Militärs ihre Chance. Sie wünschten sich als kompetente Fachleute darzustellen, die ohne einen dazwischen

---

<sup>17</sup> Heinkel, *Stürmisches Leben*, S. 435 u. 443.

redenden und befehlenden Hitler noch erfolgreicher gewesen wären. Damit begründeten sie ihren Anspruch auf Wiederverwendung. Der erforderte auch die Zurückweisung des Vorwurfes, Kriegsvölkerrecht mißachtet und gebrochen zu haben und an den scheußlichen im Kriege massenhaft begangenen Verbrechen verantwortlich beteiligt gewesen zu sein. Zu den aktuellen Gründen, die Generale und Generalstäbler zur Feder greifen ließen, kam ein traditioneller hinzu: Seit längerem gehörte es zum „Geschäft“ der Militärs, sich nach Kriegen auch gedruckt zu äußern, nicht unbedingt in Form von Lebenserinnerungen, aber jedenfalls in kriegsgeschichtlichen Werken und Studien und mit dem Blick auf den nächsten Krieg.

Erheblich anders war hingegen die Lage der Wirtschaftsführer, der Großindustriellen, seien sie Eigner oder Manager oder beides in einer Person gewesen. Ihr Anteil an Entstehung, Entfesselung und Führung des Krieges war ungleich schwerer feststellbar als jener der Militärelite, und sein Nachweis hatte schon den in Nürnberg agierenden Staatsanwälten der Siegermächte erhebliche Schwierigkeiten bereitet. Schacht hatten die Richter gar bescheinigt, seine Wirtschaftspolitik wäre nicht von kriegstiftendem Typ gewesen. In den Prozessen, die vor amerikanischen Militärgerichtshöfen gegen Gruppen von Chefs der IG Farben AG, des Flick- und des Krupp-Konzerns stattfanden, war die Anklage, sie wären an der zum Kriege führenden Politik des deutschen Faschismus beteiligt gewesen, fallen gelassen worden. Alfried Krupp von Bohlen und Halbach, seit 1943 als Nachfolger seines Schwiegervaters Alleineigentümer des Konzerns, und weitere Angeklagte wurden vor allem wegen während des Krieges begangener Verbrechen [82:] verurteilt, namentlich wegen der schamlosen und völkerrechtswidrigen Ausbeutung jener Arbeitskräfte, die aus den sog. Feindstaaten herbeigeschleppt oder herbeigelockt worden waren, und auch wegen Plünderung, also wegen der Ausraubung besetzter Länder, aus den Maschinen und Rohstoffe herangeschafft wurden, insbesondere um die durch den Luftkrieg verlorenen gegangen zu ersetzen. Das betraf Untaten einer besonderen Kategorie, begangen an „Fremden“, den „Feinden“ von gestern. Die Deutschen in der BRD interessierten sich dafür viel weniger als für die Rolle der Militärs, die doch die „eigenen Leute“, Väter, Söhne, Brüder in den Tod kommandiert hatten. Folglich existierte für die Großindustriellen und -bankiers in den westlichen Besatzungszonen ein spezielles Rechtfertigungsbedürfnis gegenüber den eigenen Landsleuten alsbald nicht mehr. Selbst als Kriegsgewinnler galten die deutschen Monopolherren anders als nach dem ersten Weltkrieg weithin nicht. Unter allen Strichen erschien der Krieg auch für sie ein Verlustgeschäft gewesen zu sein. Die Trümmerhaufen industrieller Anlagen, himmelwärts ragende, nicht mehr rauchende Schornsteine, die Eisengewirre und Steinhäufen, die einmal Werkhallen gewesen waren, hauptsächlich Folge der angloamerikanischen strategischen Luftoffensive, schienen das sinnfällig zu beweisen.

Anders stand es hingegen, sobald sich der Blick auf das Ausland richtete. Dort war die Praxis der „Neuordnung“ Europas noch in frischer Erinnerung und mit ihr diejenige der Führer und Beauftragten der deutschen Unternehmen in den Besatzungsjahren. Millionen von Kriegsgefangenen und Zwangsarbeiter, unter ihnen die Gefangenen der Konzentrationslager, vermochten sich lebhaft daran zu erinnern, wie es ihnen ergangen war, als sie für die deutschen Herren schufteten mußten. Dagegen war mit Erklärungen und wortreichen Memoiren nicht anzukommen. Darüber sollte und mußte einfach Gras wachsen. Wichtig um des eigenen Ansehens und der eigenen Geschäfte willen war, daß man den Geruch des Kriegstreibers los wurde. Dafür fanden sich Helfer auch jenseits der deutschen Grenzen bald. Sie konnten als Autoren ungleich mehr Glaubwürdigkeit beanspruchen als die Beschuldigten und Angeklagten. Kurzum und formelhaft: Die Unternehmer ließen schreiben, vornehmlich Juristen und noch nicht oder nur selten Historiker, und machten sich nur in Ausnahmefällen selbst an diese Arbeit. Sie kümmerten sich vollbeschäftigt um Behauptung, Verwertung, Mehrung, teils auch Rückgewinnung ihres Besitzes. Erst später gaben Jubiläen Anlaß, Werksgeschichten verfertigen zu lassen, in denen über Jahrzehnte hinweg auch mehr verschwiegen als ans Tageslicht gebracht wurde. Wer etwa die Werksgeschichte der Jenaer Zeisswerke – vor 1990 in der DDR erschienen – mit jenen vergleicht, die dann in den neunziger Jahren erschienen sind, wird unschwer bemerken, daß und wie der Wechsel der Eigentümer zu einer Sicht geführt hat, die die politische Rolle der Manager in Vorkrieg und Krieg ausblendet und nur festhält, was sich nicht bestreiten läßt: die Tatsache der Rüstungsproduktion und der riesigen Rüstungsgewinne.

[83:] Die anfängliche Beschäftigung mit der Betriebsgeschichte in der Bundesrepublik Deutschland diente vor allem der Wiederherstellung des ramponierten nationalen und internationalen Ansehens der Industriellen und der Hervorhebung der Verdienste, die sie um den Fortschritt „im Dienste der Menschheit“ sich erworben hatten. Dafür waren die Jahre des Faschismus ungeeignet, und die Flucht in die Vergangenheit lag nahe. Dafür steht u. a. eine kleine Schrift, die 1957 unter dem Titel *Krupp – Geschichte einer Unternehmerfamilie* in einer von zwei Universitätsprofessoren herausgegebenen Reihe publiziert wurde.<sup>18</sup> Der Autor, Leiter des Werkarchivs der Firma und mit dem Zugang zum Familienarchiv, beendete seine Darstellung 1887 mit dem Tode Alfred Krupps und hielt es für geraten, nicht einmal auf die Rolle der Firma vor dem ersten Weltkrieg einzugehen. Ein Jahr vor dem Erscheinen des Buches hatte in der Villa Hügel sinnigerweise eine Ausstellung *Werdendes Abendland* stattgefunden. Auch dort dürfte der Beitrag des Krupp-Konzerns zu dessen mehrfacher Zerstörung kaum erwähnt worden sein.

Unter den Aktivitäten, die den Mächtigen der Wirtschaft neues Ansehen verschaffen wollten, waren zunächst jedoch diejenigen der juristischen Weißwäscher wichtiger als die der Historiker. Von ihnen wurde der Nachweis erwartet, daß die Nürnberger Urteile gegen die Industriellen des IG-Farben und des Krupp-Konzerns keinen Rechtsboden besaßen, Angeklagte und Verurteilte also unbescholtene Personen seien. Damit ließen sich die Interessenten keine Zeit. Ein Mitarbeiter des an der Göttinger Universität etablierten Instituts für Völkerrecht befaßte sich 1951 polemisch mit dem Krupp-Urteil und kam natürlich zu dem Resultat, daß es juristisch unhaltbar sei. Diese These knüpfte er jedoch nur an die Erörterung jenes Teils von Anklage und Urteil, der sich auf die Ausplünderung von Industriewerken in eroberten Ländern gründete.<sup>19</sup> Die selektive und einen Verdacht lassende Herangehensweise erklärte der Direktor des Instituts, Herbert Kraus, mit dem Verweis auf die Komplexität des Themas, das eben von irgendeiner Seite angegangen werden müsse. Deshalb hätte der Autor die „so genannte ‚Skavenarbeit‘“ in die Betrachtung nicht einbezogen.

Wie die Militärs in ihren Memoiren berief sich der Autor auf die Einwände der Verteidiger vor Gericht und folgte deren Argumenten. Wo konkrete Aufstellungen nicht vorgebracht werden konnten, erfolgte der Rückzug – wiederum wie in den Darstellungen der Generale – auf nicht näher beschriebene Kriegsnotwendigkeiten, die vor dem Kriegsvölkerrecht hätten weichen müssen. Das habe sich ohnehin nicht mehr auf der Höhe der Zeit befunden, sei doch der „totale“ Krieg we-[84:]sentlich auch Wirtschaftskrieg. Folglich müßten die wirtschaftlichen Maßnahmen einer neuen Bewertung unterliegen.<sup>20</sup> Das Privateigentum der Kriegsgegner sei zwar zu schützen gewesen, aber eben im Rahmen dieser Notwendigkeiten. Zudem, wurde vorgebracht, hätten die Manager von Krupp niemals die Initiative ergriffen, um Hand an Eigentum in Feindesland zu legen. Sie erschienen gleichsam als die unfreiwillig Beschenkten.

Wie im Falle dieses in Form eines Gutachtens geschriebenen Buches über das Krupp-Urteil blieben die Darstellungen der Geschichte der deutschen Konzerne und ihrer Führer vor allem durch Auslassungen gekennzeichnet, die kühn genannt werden müßten, hätte die Gefahr bestanden, es würden sich einflußreiche Wahrheitssucher im eigenen Lande oder unter den neuen Verbündeten protestierend regen. Ein Autor, der sich auf diesem Felde intim auskannte wie kein zweiter und folglich befähigt gewesen wäre, sich kritisch zu äußern, war Albert Speer. Doch das Bündnis, das er während seiner Ministerjahre mit den Mächtigen der Industrie eingegangen war, die dann sämtlich so viel glimpflicher davon kamen als er – die Verurteilten befanden sich schon 1951 wieder auf freiem Fuß –, hatte

---

<sup>18</sup> Ernst Schröder: *Krupp – Geschichte einer Unternehmerfamilie*, Göttingen 1957 (= Persönlichkeit und Geschichte, 5).

<sup>19</sup> Dr. Hermann M. Maschke: *Das Krupp-Urteil und das Problem der „Plünderung“*, Göttingen 1951 (= Göttinger Beiträge für Gegenwartsfragen). Die Anklage des Autors gegen die amerikanischen Juristen kondensiert in der These, sie wären Gesetzgeber und Richter zugleich gewesen, S. 137.

<sup>20</sup> Die einschlägige Passage aus der HLKO, Artikel 22 untersagte namentlich „die Zerstörung oder Wegnahme feindlichen Eigentums außer in den Fällen, wo diese Zerstörung oder Wegnahme durch die Erfordernisse des Krieges dringend erheischt wird.“ *Handbuch der Verträge*, hg. von Helmuth Stoecker unter Mitarbeit von Adolf Rüger, Berlin, 1968, S. 112, Diese Bestimmung war freilich ungleich unbestimmter und dehnbarer als die konkreten über die Behandlung von Militär- und Zivilpersonen in den eroberten Gebieten.

Gerichtsprozeß und Haftzeit offenbar unbeschädigt überdauert. Zudem wäre unausdenkbar gewesen, daß Speer als Berater, der ihm während der Abfassung seiner Memoiren zur Seite stand, den Miterausgeber der Frankfurter Allgemeinen Zeitung Joachim Fest hätte gewinnen können, wäre er auf eine geschichtliche Abrechnung aus gewesen, anstatt sie nur vortäuschen zu wollen.

Sieht man von einer geradezu zart vorgetragenen und ein Detail betreffenden kritischen Bemerkung über Ferdinand Porsche ab, von dem gesagt wird, er habe Hitler in dessen Vorliebe für überschwere Panzer – auch um dessen Wohlgefallen zu erregen – bestärkt<sup>21</sup>, so findet sich in Speers Memoiren kein Wort, das die Mitverantwortung dieser Gruppe der deutschen Elite für die Katastrophe betrifft, in die sie Deutschland und die Deutschen stürzen halfen. Seine Mitarbeiter und Ratgeber an industriellen und staatlichen Steuerrudern charakterisiert Speer als unbestechliche Fachleute. Generaldirektor Albert Vögler, der mächtige Mann an der Spitze der Vereinigten Stahlwerke, war ihm schon beim Zusammentreffen auf der ersten Sitzung, an der Speer als Minister teilnahm, als Experte aufgefallen, der auf äußerste Effektivität der Produktion drängte. Bis in die Endphase des Krieges hätten Vögler und andere Industrielle mit ministerieller Rückendeckung und Unterstützung sich dagegen gewandt, daß Sachkundige – beispielsweise die [85:] Gauleiter – in die Belange der Kriegsproduktion hinein regierten und dadurch deren Ausstoß senkten.<sup>22</sup>

Wo Speer Chefs von Konzernen und Großbetrieben erwähnte, wird ihr sicherer Blick für Waffen hervorgehoben, die der jeweiligen Kriegssituation angemessen waren. Für deren Konstruktion oder Fertigung hätten sie begründete Vorschläge unterbreitet. So habe Ernst Heinkel ihn, Speer, frühzeitig, 1941 bei einem Treffen in dessen Rostocker Werk, darauf aufmerksam gemacht, welche Bedeutung Strahltriebwerke für die Modernisierung der Luftwaffe und den Gewinn von deren Überlegenheit hätten.<sup>23</sup> Von Karl Krauch sei er durch eine Denkschrift am 29. Juni 1943 zeitig angeregt worden, die Entwicklung der Raketenwaffen nicht für Zwecke des Angriffs, sondern mit dem Ziel der verbesserten Luftverteidigung zu betreiben.<sup>24</sup> Vögler verdankte er wiederum den Hinweis auf die nicht genügend geförderte Grundlagen- und insbesondere auf die vernachlässigte Atomforschung.<sup>25</sup>

Speer beriet sich – und hier wird, ein wenig nur, der Schleier gelüftet und das Ausmaß der Zusammenarbeit von Politikern, Militärs und Wirtschaftsführern erkennbar – mit führenden Experten der Kriegswirtschaft auch über strategische und operative Fragen der Land- und der Luftkriegführung. Er nannte die Heranziehung von Hermann Röchling und Walter Rohland zur Erörterung der Frage, welche Konsequenzen der Verlust der Manganvorkommen bei Nikopol für die Stahlproduktion bedeuten werde. Sie seien zu dem Schluß gelangt, daß der weitere Rückzug der Wehrmacht an der deutsch-sowjetischen Südfront für einen längeren Zeitraum durchaus kompensierbar sei und hätten das dem Chef des Heeresgeneralstabs mitgeteilt.<sup>26</sup> In einer anderen Expertenrunde unter Beteiligung von Rohland, Paul Pleiger und Dr. Carl (Elektroindustrie) wurde – wie Speer noch Jahrzehnte nach Kriegsende bedauerte: zu spät – erwogen, welche industriellen Anlagen des Gegners bevorzugte Angriffsziele der deutschen Bomberflotte zu sein hätten. Als solche wurden die englische Kohle- und die sowjetische Elektroindustrie angesehen.<sup>27</sup> Mit Vögler habe er ohne sein Wissen über Hitlers Absicht einer Offensive gegen die anglo-amerikanischen Streitkräfte zu decouvrieren in der zweiten Jahreshälfte 1944 darüber gesprochen, wo die letzten Kräfte der [86:] Wehrmacht eingesetzt werden sollten, wobei sich der Industrielle für die Ostfront ausgesprochen habe.<sup>28</sup>

---

<sup>21</sup> Albert Speer: *Erinnerungen*, Frankfurt/M. 1976, S. 248.

<sup>22</sup> Dies wird im Zusammenhang mit den Versuchen erwähnt, durch die Mobilisierung der NSDAP die Anstrengungen im „totalen Krieg“ noch zu steigern und zu diesem Zweck die Befugnisse der Gauleiter zu erhöhen. Nach Speers und der Industriellen Ansicht hatten die aber vor den Werktoeren zu enden und auch der Griff nach unentbehrlichen deutschen Facharbeitern hatte zu unterbleiben. Darüber sprach Speer unter anderem mit dem Leiter des Hauptauschusses Waffen Arthur Tix. S. 403.

<sup>23</sup> Ebd., S. 372.

<sup>24</sup> Ebd., S. 572.

<sup>25</sup> Ebd., S. 239.

<sup>26</sup> Ebd., S. 321.

<sup>27</sup> Ebd., S. 294 f. u. 556.

<sup>28</sup> Ebd., S. 423.

Die Summe all dieser Details besagt, es hätte dieser Krieg, wenn nicht gar gewonnen werden, so zumindest anders enden können, wären die Ideen von Experten aufgenommen und verwirklicht worden. Eben das behaupteten auf ihrem Gebiet auch die Militärs. Die Deutschen, so der dem Leser nahegelegte Gedanke, waren wie immer die Größten, wenn auch mehrfach nur im Reiche des Geistes, gleichsam auf Reißbrettern und in Laboratorien. Verlorene Siege, der Titel von Mansteins Memoiren, konnte auch über den Passagen stehen, in denen Speer von den nicht aufgegriffenen Absichten der Waffenentwicklung handelte.

Je mehr dessen Darstellung zu Deutschlands militärischer Niederlage fortschreitet, um so kräftiger die Farben, die Speer wählte, um die Großindustriellen als Skeptiker zu zeigen, die gar vis-à-vis von Hitler den Mut aufgebracht hätten, das Debakel der Rüstungswirtschaft und deren Ende zu bezeichnen.<sup>29</sup> Immer wieder werden namentlich genannte Partner Speers als Leute dargestellt, die in den Augen des Sicherheitsdienstes längst zu „Defätisten“ geworden seien und von denen er mehrere nach dem 20. Juli 1944 vor der Gefahr der Verhaftung hätte retten müssen und können.<sup>30</sup> Schließlich sei aus diesen Kreisen auf die Beendigung des Krieges gedrängt worden. Bestimmt habe das Friedrich Lüschen, einer der Chefs des Siemens-Konzerns, getan, der zu den Lenkern der Elektrowirtschaft gehörte und den Speer seinen väterlichen Freund nennt. Auch Vögler hätte sich 1944 ihm gegenüber deutlich dahin geäußert, es müsse nach einer letzten Offensive aber mit dem Krieg Schluß sein. Gleichsam nebenher entsteht so auch ein Selbstbild eines außergewöhnlichen Ministers, mit dem sich über alles habe vertraulich reden lassen und der unter den Politikern des Regimes eine Ausnahmeerscheinung gewesen sei. Eben das hatte für sich auch Schacht in Anspruch genommen.

1944, so die Darstellung Speers, seien er und diese Wirtschaftsführer zu Widerständlern mutiert, die allerdings nicht zum Zuge gekommen wären. In vertrautem Gespräch habe er mit dem Leiter des Hauptausschusses Munitionsfertigung erörtert, Hitler im Bunker der Reichskanzlei dadurch umzubringen, daß in deren Luftschächte tötendes Gas geleitet würde. Den Gedanken, dem er rückblickend selbst [87:] einen „Anflug von Lächerlichkeit“ zuschreibt, hätten er und Dieter Stahl weiter verfolgt, ohne ihn jedoch zur Tat führen zu können.<sup>31</sup> Aber: Entschlossen und ungetrübten Mutes wie sie in den Krieg gegangen wären, so das Zeugnis des Memoirenschreibers, hätten die Großindustriellen auch sein Ende in den Blick genommen und die Zukunftsaussichten nüchtern beurteilt. Röchling, der von dem bevorstehenden Verlust der Gebiete unterrichtet wurde, in dem der Hauptteil seiner Gruben und Werke lag, habe die Nachricht gefaßt aufgenommen und erklärt, es sei das Saargebiet schon einmal verloren gegangen und wieder gewonnen worden.<sup>32</sup>

In den Schilderungen Speers fehlt auch eine Farbe nicht, die in vielen Memoiren deutscher Wehrmachtgeneräle immer wieder verwendet wurde: der Anspruch, sich im Kriege ritterlich verhalten zu haben. Im September 1944 hätte er eine Nachricht Röchlings bekommen, daß die französischen Erzgruben, als das Gebiet von Longwy aufgegeben werden mußte, „betriebsbereit übergeben (!)“ worden wären. Doch noch behauptete die Wehrmacht jenes Territorium, in dem sich das Elektrizitätswerk befand, das die Wasserpumpen in Gang hielt und die Gruben vor dem Absaufen bewahrte. Röchling habe in dieser Situation vorgeschlagen, über die unzerstört gebliebenen Leitungen weiter Strom zu liefern, und Speer hätte dem zugestimmt.<sup>33</sup> Die Episode, ihre Wahrheit einmal unterstellt, beweist indessen nicht mehr als daß sich der Minister wie der Konzernchef auf den Moment vorbereiteten, da ihnen von den Sieger die Rechnung für ihre Taten aufgemacht werden würde.

---

<sup>29</sup> So in einer Sitzung, die im Mai 1944 auf dem Obersalzberg stattgefunden habe, nachdem der erste verheerende Angriff auf die Leuna-Werke erfolgt war und gezeigt hatte, daß und in welchem Grade die deutsche Kriegswirtschaft an einem ihrer empfindlichsten Punkte getroffen werden konnte, der Treibstoff- und Schmierstoffproduktion, S. 358. Von den Teilnehmern der Beratung bei Hitler werden genannt: Krauch, Pleiger, Bütetisch und E. R. Fischer.

<sup>30</sup> Ohne im einzelnen zu seiner Rolle Stellung zu nehmen, nennt Speer in einer Fußnote in diesem Zusammenhang die Namen von Vögler, Bücher (AEG), Meyer (MAN), Stinnes, Haniel, Reuter, Meinen und Reusch (Gutehoffnungshütte), S. 575.

<sup>31</sup> Ebd., S. 437. Lüschen vermochte diese Darstellung nicht zu bezeugen. Speer zufolge hatte er, der Berlin beim Herannahen der sowjetischen Truppen nicht verlassen wollte, am Ende des Krieges Selbstmord begangen.

<sup>32</sup> Ebd., S. 447.

<sup>33</sup> Ebd., S. 410.

Das hier über die Erinnerungen Speers Gesagte könnte den Eindruck erwecken, der Autor habe den Industriellen in seinem Text besondere Aufmerksamkeit zugewendet. Das ist nicht der Fall. Das hier Zusammen- und Vorgetragene findet sich vereinzelt an verschiedenen Stellen des Wälzers und nirgendwo wird auch nur der Versuch gemacht, sich mit den Fragen und Anklagen kompakt auseinanderzusetzen, die Gegenstand der drei Prozesse gegen deutsche Industrielle vor US-amerikanischen Gerichtshöfen gewesen waren und über die sich Speer selbstverständlich unterrichtet hatte. Im Gegenteil: Der Raub fremden industriellen Eigentums wird bezeichnenderweise im Zusammenhang mit einem Versuch Himmlers erwähnt, sich für die SS einen ungarischen Konzern anzueignen, was von Speer als eine Störung deutscher Rüstungsinteressen markiert wird, weil auf diese Weise Unkundige in die funktionierende Branche geraten wären.

In ihrem faktischen Gehalt ärmlicher noch als diejenigen Speers waren die Lebenserinnerungen des Reichsfinanzministers, die 1977 erschienen, in dem Jahr, in [88:] dem Schwerin von Krosigk neunzigjährig starb.<sup>34</sup> Der Graf, der sich über seine Teilnahme an Jagden und seine Eindrücke von den Olympischen Spielen des Jahres 1936 liebevoll ausließ und die Verlässlichkeit seiner Beamten mit wenigen Ausnahmen in hellen Tönen pries, schien mit der Finanzierung der Rüstungswirtschaft und der Vorbereitung des Krieges nichts zu tun gehabt zu haben. Ein Gedanke daran kann beim Lesen des Textes über die Vorkriegsjahre nur an einer Stelle aufkommen und das auch nur dem Leser, der weiß, zu welchem Zweck unter Aufwendung von Millionen Reichsmark aus dem Staatshaushalt die Industrieanlagen bei Salzgitter geschaffen wurden. Darüber schrieb Schwerin von Krosigk blumig, es hätte das dort „im Boden ruhende Volksvermögen nutzbar“ gemacht werden sollen. Der Autor erwähnt seine angenehmen Zusammentreffen – habe er doch sehen wollen, „wo mein Geld blieb“ – mit Paul Pleiger, der die Reichswerke „Hermann Göring“ leitete und mit Staatsgeldern besonders sparsam umgegangen sei.<sup>35</sup> Lobend wird Pleiger dann noch einmal wegen seines Verhaltens bei Kriegsende erwähnt, als auch er Zerstörungen verhütet habe.<sup>36</sup>

Ein zweiter Name eines Wirtschaftsführers kommt im gesamten, die Jahre 1933 bis 1945 betreffenden Text Schwerin von Krosigks nicht vor. Und der Name des Bosch-Konzerns taucht in ihm nur auf, weil der Verfasser eine kurz vor dem 20. Juli 1944 erfolgte dienstliche Begegnung mit Carl Goerdeler anführt, bei der über Steuer- und Kreditfragen des Unternehmens gesprochen worden sei.<sup>37</sup> Über Prinzipien, Praktiken und Folgen der Finanzpolitik, die Schwerin von Krosigk zu verantworten hatte – in einer vertraulichen Denkschrift der Mitglieder des Reichsbank-Direktoriums vom 7. Januar 1939 war unverblümt von „ungeheurer Anspannung der Steuerschraube“ geschrieben worden<sup>38</sup> –, ist in dessen Memoiren nichts zu erfahren, will man dafür die wiederholte Mitteilung nicht gelten lassen, er hätte auf seinen Reisen in die Staaten der Verbündeten dort auf eine antiinflationäre Politik hingewirkt, im besetzten Frankreich in Paris während eines Vortrags vor einem deutschen Publikum sich gegen die Auffassung ausgesprochen, Geld spiele in einem Kriege keine Rolle, und sich auch in einer Rede in Budapest zu nicht bezeichneten finanzpolitischen Fragen geäußert.<sup>39</sup> Auf finanzpolitische Maßnahmen im Reichsgebiet kam Schwerin von Krosigk nur marginal zu sprechen. Er habe sich für eine niedrige Besteuerung des Lohnes für „Fremdarbeiter“ [89:] eingesetzt, sich gegen die Demütigung mit dem Abzeichen „Ostarbeiter“ gewandt und sei dafür eingetreten, gegenüber der Bevölkerung der eroberten Gebiete der UdSSR als Befreier aufzutreten und den Aufbau der Wlassow-Armee zu unterstützen. Deren Führern sollten deutsche Privatbanken eine Anleihe zur Verfügung stellen, wozu es freilich nicht gekommen sei.<sup>40</sup> All dies lief auf die Erörterung hinaus, wie sich der Krieg

---

<sup>34</sup> Lutz Graf Schwerin von Krosigk: Memoiren, Stuttgart 1977.

<sup>35</sup> Ebenda, S. 177 f.

<sup>36</sup> Ebenda, S. 238 f. Zu Pleigers Rolle als Chef des Konzerns siehe August Meyer: Hitlers Holding. Die Reichswerke „Hermann Göring“, München 1999 (1986 bereits unter dem Titel: Das Syndikat erschienen), sowie Helmut Fiederer: Reichswerke „Hermann Göring“ in Österreich (1938-1945), Wien, 1983, sowie die Rezension von Hans G. Helms: Paul Pleigers Nazi-Supertrust. In: Junge Welt, 9./10. September 2000.

<sup>37</sup> Ebenda, S. 237.

<sup>38</sup> Zitiert in: Schacht, 76 Jahre meines Lebens, S. 459.

<sup>39</sup> Schwerin von Krosigk, Memoiren, S. 229, 220 f, 227.

<sup>40</sup> Ebenda, S. 211 ff.

gegen den Bolschewismus vielleicht doch hätte gewinnen lassen und deckte sich auch wieder mit den vielen in gleiche Richtung verlaufenden Gedankenspielen in den Memoiren von Militärs und von Mitarbeitern Alfred Rosenbergs im Reichsministerium für die besetzten Ostgebiete.

Die Aussagen Schwerin von Krosigks über die ungenannt gebliebenen Mächtigen der Wirtschaft flossen ihm in eine „Richtigstellung“ ein, die sich auf eine Passage in den Memoiren des US-amerikanischen Botschafters William E. Dodd bezog, der ein Gespräch beider wiedergegeben habe. Nein, er hätte mit dem Diplomaten nicht davon gesprochen, daß Deutschland von „Finanz- und Industriegruppen“ in den ersten Weltkrieg getrieben worden sei.<sup>41</sup> Daß sich im Verlaufe des zweiten überhaupt Industrielle für Eroberungen und die Möglichkeit der wirtschaftlichen Expansion interessierten, wurde der Graf zufällig im Reichskommissariat der Niederlande gewahr, wo er von der Absicht dortiger Kapitalisten erfuhr, sich kollaborierend an der Kolonisierung im sowjetischen Gebiet zu beteiligen – auch als Kompensation für die verloren gegebenen Unternehmen in den überseeischen Kolonien. Vordem war ihm von solchen und ähnlichen Plänen nichts zu Gesicht oder zu Ohren gekommen.

Von der Denkweise des Ministers, der sich als Gegner des Krieges bezeichnet und behauptet, ihn habe von Hitler und seinem engeren Kreis eine Welt getrennt und sich am Kriege nicht beteiligt fühlte<sup>42</sup>, sprach dann aber seine Stellungnahme: Er habe es für selbstverständlich gehalten, daß solche Initiative sich nicht auf die Hergabe von Kapital beschränken könne, sondern auch die Entsendung von Menschen in das zu kolonisierende Gebiet einschließen müsse.<sup>43</sup> Daß die „Germanen“ aus Großdeutschland und den Niederlanden im neu gewonnenen Osteuropa zusammenwirken sollten, war ihm ein vertrauter Gedanke, den übrigens auch Hitler erwog. So erweist sich auch Schwerin von Krosigk – ganz im Gegensatz zu seiner Selbstdarstellung – als ein ganz durchschnittlicher deutscher Imperialist der dreißiger und vierziger Jahre.

[90:]

### III.

Es könnte gefragt werden was der erneute Blick in die Memoiren der Schacht, Speer und Schwerin von Krosigk oder in die Erinnerungen Ernst Heinkels einträgt – Jahrzehnte, nachdem sie auf den westdeutschen Buchmarkt gelangten. Ist nicht die Wirtschaftsgeschichtsschreibung längst über sie hinweg und hin zu den Quellen gegangen? Wurden sie nicht im wissenschaftlichen Sinne vollständig erledigt und existiert nicht allenfalls nur noch ein dahinschmelzendes historiographisches Interesse an diesen Produktionen? Ist nicht, seit sich Historiker von den Chefs industrieller Firmen und von Banken angeheuert sehen, die Geschichte dieser Unternehmen zu schreiben, und ihnen zur Erfüllung dieses Auftrags vollständig oder doch weitgehend Zugang zu Firmenarchiven gewährt wird, ein grundlegender Wandel eingetreten? Stehen für ihn nicht die Expertengruppen, von denen sich manche gar „Wahrheitskommissionen“ nennen, eine Bezeichnung die insbesondere frühere DDR-Bürger an den berühmten Roman Stefan Heyms „Der König David Bericht“ erinnern mag? Werden Historiker nicht inzwischen an der Spitze großer Konzerne ebenso geschätzt und hoch dotiert wie bislang nur die Rechtsanwälte?

Die Memoirenliteratur aus der Feder der Wirtschaftsführer und weitere frühe Schriften aus deren Umfeld können den Blick dafür schärfen, entlang welcher Linien (um nicht zu sagen Stellungen oder gar Fronten) die Wirtschaftsführer nach dem Mai 1945 ihre Verteidigungsposten bezogen. Thesenhaft lassen sie sich so kennzeichnen: 1. An der Errichtung der Hitlerregierung und der Etablierung des faschistischen Regimes seien sie nicht beteiligt gewesen. 2. Gegen die Hoch- und Überrüstung hätten sie sich gewehrt und sie zu bremsen gesucht, soweit das in ihren Kräften gestanden habe. 3. Den Krieg hätten sie nicht gewollt, auf Eroberung seien sie nicht ausgewesen. 4. Als er begonnen hatte, hätten sie sich als gute Patrioten selbstredend für den deutschen Erfolg einsetzen müssen. Doch ein erheblicher Teil des Beitrags und eben mehr als der, den sie dazu aus freiem Willen leisten wollten, wäre ihnen aufgezwungen worden. Im übrigen seien sie die Urheber brauchbarer, guter, aber

---

<sup>41</sup> 41 Ebenda, S. 185.

<sup>42</sup> Ebenda, S. 169 u. 196.

<sup>43</sup> Ebenda, S. 235 f.

unberücksichtigt gebliebener Vorschläge für ein siegreiches, später für ein erträgliches Ende Krieges gewesen. 5. Als sie dessen katastrophalen Ausgang vor Augen gehabt hätten, seien sie für seine Beendigung eingetreten, wehrten sie sich zumindest gegen weitere Zerstörungen und suchten die Substanz der deutschen Wirtschaft im „Volksinteresse“ zu erhalten, womit sie sich auf andere Weise wiederum als Patrioten gezeigt hätten.

Davon ist im Einzelfall manches wahr, im besonderen vieles geschönt und im ganzen handelt es sich um ein Lügengebäude. Kaum jemand hat in den seit Jahren andauernden deutschen und internationalen Debatten über die Ausbeutung der Zwangsarbeiter, die Wege des Raubgoldes, den Verbleib von Versicherungssummen und Bankeinlagen Hingemordeter angemerkt, daß sie schon in ihrer [91:] begrenzten Fragestellung die Grundfesten dieses apologetischen Gebäudes nicht einmal touchieren. Um nicht mißverstanden zu werden, die Bearbeitung dieser Themen, die unter viel öffentlichem Druck und bei ebensolcher Aufmerksamkeit erst in den neunziger Jahren zum Gegenstand eingehender Forschungen wurden, war überfällig seit Jahrzehnten. Dieser Teil des Kriegsgeschehens sollte nun bis in seine letzten Winkel ausgeleuchtet werden. Es müßten die Überweisungen, ohnehin nur Geldsummen von gestenhafter Bedeutung und nicht etwa in Höhe des unbezahlten Lohnes und seiner inzwischen aufgelaufenen Verzinsung, an die mitunter in elenden Verhältnissen lebenden und hochbetagten Zwangsarbeiter endlich erfolgen.

Doch es täuscht sich, wer meint, daß mit der Auseinandersetzung über das Ob, das Wieviel, das Wem und das Wann des Zahlens die Verbreitung von sehr vielen Kenntnissen unter den Deutschen verbunden gewesen sei. Es täuscht sich, wer vermeint, daß sie jetzt wüßten, was den Zwangsverschleppten in Deutschland wirklich geschah und daß die Bilder von „unserer Marie“ und „unserem Jean“ (die es in unserer Familie so gut hatten) in die Gedächtnisse richtig, nämlich als Ausnahme- und insgesamt als Minderheitserscheinungen, eingeordnet worden wären. Gefragt und geschrieben wird in ermüdenden Wiederholungen davon, wer zu zahlen hat, wer wieviel schon bezahlte, wer noch zahlungspflichtig sei, wer sich verweigert und warum, wer die erforderliche Bürokratie leiten darf usw. ad infinitum. Unter allen Strichen bleibt die dürre „Erkenntnis“, es ist im Kriege in Deutschland massenhaft unbezahlte Arbeit zwangsweise geleistet worden. Die das taten sind zumeist tot. Die Überlebenden sollen Geld erhalten, obendrein auf Kosten von Generationen, die an ihrem Schicksal nicht schuld sind. Sobald das aber geschehen sein wird, ist die unbezahlte Arbeit, wenn auch nicht vollständig bezahlt, so doch irgendwie beglichen und somit auch dieser leidige „Restposten“ aus dem zweiten Weltkrieg erledigt. Zu alledem hat die Auseinandersetzung über Zahlungspflichtige immer mehr die Tendenz gewonnen – unter aktiver Beteiligung einzelner Historiker, von Journalisten und in ihren Motiven durchaus ehrenhafte weiterer Personen – die Deutschen allesamt haftbar zu machen, was die bald nach Kriegsende entstandenen Praxis fortsetzt, Verantwortung und Schuld für Faschismus und Krieg möglichst gleichmäßig zu verteilen und zu nivellieren.

Was würde sich ergeben, wenn ein deutscher Geschichtslehrer im Herbst 2000 nach den langwährenden Diskussionen über Zwangsarbeit den Schülern einer Gymnasialklasse abverlangen würde darzustellen, was sie an Erkenntnissen über das Leben (und das auch meist unerwähnt gelassene Sterben, das berührt die Hinterbliebenen) der Zwangsarbeiter aus Zeitungen, Rundfunk- und Fernsehsendungen erfahren haben? Würde sich das Resultat oberhalb des Niveaus der Tatsachen bewegen, die der verantwortliche Arzt, der in Essen die Lager von Krupp-Zwangsarbeitern beaufsichtigte, dem Internationalen Gerichtshof im Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher als Zeuge mitteilte? Damals war davon die Rede, daß Ärzte sich weigerten, manche dieser Lager zu betreten, weil sie nicht von Ungeziefer angefallen werden wollten. Es seien, sagte der Mediziner, die Leiter des Unternehmens von den Zuständen durch ihn unterrichtet worden. Würden sie wissen, daß beispielsweise Niederländer in Hütten hausten, die für Hunde, aber nicht für Menschen geeignet waren? Hätten sie eine Vorstellung davon, wie weit die Verschläge, in denen Zwangsarbeiter schliefen und sich beim Schlafen schichtweise ablösten, von den Tag und Nacht dröhnenden Maschinen entfernt waren, die sie zu bedienen hatten. Würden sie erfahren haben, was mit den Tuberkulose Erkrankten, was mit den schwangeren Frauen und was mit ihren Kindern geschah? Hätte auch nur einer von jenen bei Kriegsende in Deutschland herumirrenden Zwangsarbeitern gehört, Männern, Frauen und Kindern, die von einer

SS-Einheit umgebracht wurden? Und von dem über die Untat verhandelnden Amsberger Prozeß, der 1951 die Mörder mit schandbar niedrigen Strafen davon kommen ließ und von der Bundestagsdebatte, die sich daran anschloß?

In Deutschland geschieht etwas Hochmerkwürdiges. Es wird über Geschichte geredet, ohne das damit eine geschichtliche Aufklärung sich verbindet. Hingegen breitet sich nicht nur der postmoderne Sumpf des „Nicht-Erklären-Wollens“, sondern weithin auch die Praxis des „Nicht-einmal-Beschreiben-Wollens“ aus. Worin besteht der Erkenntnisfortschritt gegenüber jener Darstellung, die 1960 die Autoren des vielbenutzten Ploetz gaben, zu denen Andreas Hillgruber gehörte, als sie die schändliche Unterbringung und unzureichende Ernährung von Zwangsarbeiter zwar erwähnten, sie aber als Folgen der Bombenkriegsschäden, der allgemeinen Ernährungslage und irgendwelche Mißstände bezeichneten?<sup>44</sup> Das las sich wie: Den Deutschen ging es im Kriege schlecht, wie konnte es da Zwangsarbeiter gut gehen?

Es heißt, ein Vorgang oder Prozeß sei besser oder überhaupt erst zu ergründen, wenn man seine Geschichte kenne. Was eigentlich hat es dahin kommen lassen, daß mehr als ein halbes Jahrhundert nach dem die Überlebenden der hierher gelockten oder geschleppten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschland verlassen konnten, das Unerledigte „wiederentdeckt“ wurde? Ist das ein Zeichen eines neugewonnenen aufrichtigen und moralischen Verhältnisses zu deutscher Vergangenheit? Daß sich solche Bestrebungen jüngst geltend machten, sei unbestritten. Auslösend haben sie nicht gewirkt. Die Wahrheit ist ebenso einfach wie ernüchternd. Das Beschweigen war eine Frucht des Kalten Krieges und das jetzige Bereden ist Folge seines Endes und die Abwicklung eines aufgeschobenen Geschäfts. Der kalte Krieg trug schon in der Phase seiner Entstehung Politikern, Militärs und Wirtschaftsführern des Faschismus nicht nur Nachsicht ein, sondern erzeugte die Nach-[93:]frage nach ihrer Mitwirkung im Kampf gegen den „Bolschewismus“. Sie waren als Bundesgenossen gefragt, auch alsbald umworben, und verstanden, daraus vielfachen Nutzen zu ziehen. Gefängnistüren öffneten sich, Karrieren wurden möglich, beschlagnahmtes Eigentum zurückgegeben, Kritik ganz zurückgenommen oder abgemildert und weiterhin unterlassen. Einer der Aktivisten der schweizerischen „Wahrheitskommission“ schrieb kürzlich erhellend: „Mit dem Ende des Kalten Krieges entstand eine kritische Masse von Umständen, die es möglich machte, diese Themen auf die Tagesordnung zu setzen. Ursprünglich war es ja der Kalte Krieg ... der sie davon abgesetzt hat.“<sup>45</sup> Und weiter: Dieser Krieg habe „nicht allein sämtliche Fragen, die derzeit zur Diskussion stehen, auf Eis gelegt; er diente auch als wirksame Schranke gegen den Versuch, sie in ihrer gegenseitigen Wechselwirkung zu durchleuchten, sobald an dem Problem der Rolle der Wirtschaftsunternehmen im Nationalsozialismus gerührt wurde.“<sup>46</sup> Es sei der kalte Krieg gewesen, der „Banken und Industriekonzerne lange zögern (ließ), ihre Archive zu öffnen.“<sup>47</sup>

Vom kalten Krieg profitierten aber nicht nur die deutschen Kapitalisten aus Industrie und Bankwesen. Wie der US-amerikanische Unterstaatssekretär Stuart Eizenstat mit etwas gekünstelt angemerktem Zweifel befand, hätten die Politiker „ihr Augenmerk vornehmlich auf die Drohung des kommunistischen Umsturzes“ gerichtet und seien bemüht gewesen, auch die neutralen Staaten, das eben betrifft die Schweiz vor allem, in „die westliche Völkerfamilie“ einzugliedern.<sup>48</sup> Mithin: Die Rechnungen waren beiseite gelegt, aber nicht vernichtet worden.

Warum aber haben die deutschen Firmen, deren wirtschaftliche und politische Position ungleich stärker als in den ersten Jahren nach dem Kriege ist, dem Ansinnen, ihnen einige Milliarden abzufordern nicht stärkeren Widerstand entgegengesetzt? Auch darüber schrieb Gerald Feldman Klartext: Sie

---

<sup>44</sup> Geschichte des Zweiten Weltkrieges. Teil I: Die militärischen und politischen Ereignisse. Bearbeitet von Percy Ernst Schramm und Hans O. H. Stange unter Mitarbeit von Andreas Hillgruber, Sonderausgabe Ploetz: Auszug aus der Geschichte, 25. Aufl., Würzburg 1960, S. 48 ff.

<sup>45</sup> Gerald D. Feldman Unternehmensgeschichte im Dritten Reich und die Verantwortung der Historiker. Raubgold und Versicherungen, Arisierung und Zwangsarbeit. In: Geschichte vor Gericht. Historiker, Richter und die Suche nach der Gerechtigkeit, hg. von Rorbert Frei, Dirk van Laak und Michael Stolleis, München 2000, S. 110.

<sup>46</sup> Ebenda.

<sup>47</sup> Ebenda, S. 111.

<sup>48</sup> Zitiert ebenda, S. 110.

mußten „befürchten, daß die amerikanischen Aufsichtsbehörden ihnen das Recht entziehen, weiterhin in den Staaten Geschäfte zu machen, daß ihnen aufgrund von Boykott und einem ungünstigen öffentlichen Image Kunden verloren gehen und daß ihre Angestellten demoralisiert werden.“ Mehr noch: „Die unter Beschuß geratenen Unternehmer stehen so vor der Wahl, entweder hinzunehmen, daß die Medien Informationen über sie verbreiten, die wie Hammerschläge auf ihre Köpfe niederprasseln, oder darauf zu bestehen, daß ihre Geschichte, wie schrecklich sie auch gewesen sein mag, nüchtern und kontextbezogen dargestellt wird.“<sup>49</sup> Die [94:] Entscheidung fiel um so leichter, als die Vorstände der Großunternehmen von einer anderen Generation gestellt werden, die sich in diesem Punkte unbelastet fühlen kann.<sup>50</sup>

Freilich ist dafür Sorge getragen, daß das Fragen in dem geschäftsfördernden Bezirk verbleibt und jene Verteidigungsstellungen behauptet werden, die schon Schacht und andere vor Jahrzehnten aufgebaut haben. Daran hält sich auch der „Wahrheitssonderkommissar“ Feldman strikt. Er bescheinigt früheren Generationen von Managern deutscher Unternehmen, daß sie „den verständlichen und ... historisch richtigen Standpunkt“ eingenommen hätten, „Hitler nicht an die Macht gebracht zu haben“, wenn ihnen auch nachgesagt werden müsse, daß sie dazu beitrugen, die „Weimarer Republik zu untergraben.“<sup>51</sup> Zwar, urteilt Feldman für seine Zunft, sei sie nunmehr „zu der Erkenntnis gelangt, daß Unternehmen in Deutschland (allerdings auch in den besetzten und neutralen Ländern) gleicherweise in die finanziellen und wirtschaftlichen Untaten des nationalsozialistischen Regimes – oftmals wissentlich und willens – verstrickt waren.“<sup>52</sup> Doch scheint diese vielfach vernebelte Tatsache weiterer Erforschung nicht zu bedürfen: „Es bringt einen nicht viel weiter, über die Kooperation der Unternehmer mit Görings Vierjahresplan zu moralisieren; weitaus wichtiger ist der Versuch herauszufinden, ob sie diese Zusammenarbeit aus Begeisterung oder aus Notwendigkeit leisteten und auf welchen Vorstellungen ihre beruflichen Verpflichtungen beruhten.“<sup>53</sup> Das läuft auf die alte, schon vor den Gerichtshöfen geübte Praxis hinaus, mildernde Umstände herbeizuziehen und sich vor allem auf die ideologischen „Welten“ zu berufen, die den nüchternen Unternehmer von dem Abenteurer Hitler angeblich getrennt hätten. Das Ende des kalten Krieges habe aber den Mächtigen der Wirtschaft nicht nur die jetzigen Unannehmlichkeiten gebracht. Ungleich größer bewertet Feldman den dauernden Gewinn, der durch den Untergang des sozialistischen Staatensystems eingetreten sei: „Die Dichotomie Kapitalismus – Kommunismus ist schlichtweg uninteressant geworden, ... was ... den Vorteil hat, daß man vom alten Ballast, so dem Streit über die Rolle des ‚big business‘ bei Hitlers Machtergreifung ... befreit ist.“<sup>54</sup> Dieser Aussage ist nicht Gewalt angetan, wenn ihr hinzugefügt wird, auch die bürgerliche Geschichtswissenschaft konnte zu ihren normalen Geschäften zurückkehren. Machen wir uns also nichts vor über die Fortschritte, die sich mit den gegenwärtigen Diskussionen über Zwangsarbeit und Raubgold verbinden – und lesen wir die Bücher und Artikel von Dietrich Eichholtz.

---

<sup>49</sup> Ebenda, S. 118.

<sup>50</sup> Ebenda, S. 119.

<sup>51</sup> Ebenda, S. 111.

<sup>52</sup> Ebenda, S. 109.

<sup>53</sup> Ebenda, S. 122.

<sup>54</sup> Ebenda.

[95:]

## REZENSIONEN

Carl DIRKS/KARL HEINZ JANßEN: Der Krieg der Generäle. Hitler als Werkzeug der Wehrmacht, Propyläen Verlag, Berlin 1999, 304 S.

Hitler hat bekanntlich wiederholt geäußert, entgegen seinen Erwartungen aus der Zeit vor 1933 sei der preußisch-deutsche Generalstab alles andere als ein Kettenhund gewesen, den man nur mühsam an der Leine führen und vor der Anwendung militärischer Gewalt zurückhalten habe können. Ganz im Gegenteil habe er, der Diktator, seine Generäle stets vorwärtstreiben und deren Bedenken durch Einsatz seiner Befehlsgewalt überwinden müssen. Dieses – noch 1945 von der überlebenden Generalität in Memoiren und sonstigen Rechtfertigungsschriften wieder und wieder gezeichnete – Bild wurde jahrzehntelang auch vom überwiegenden Teil der Forschung über das „Dritte Reich“ und den zweiten Weltkrieg geteilt, die den behaupteten Kontrast zwischen den verhängnisvollen Eingriffen des Dilettanten Hitler und dem professionellen Sachverstand der Militärs nicht ernsthaft in Frage stellte.

Geht es nach den Intentionen der beiden Autoren, so steht eine vollständige Demontage der gängigen Klischees ins Haus. Der Weltkriegsteilnehmer und spätere Transportkaufmann Dirks sowie der bekannte Redakteur der Zeit und Buchautor Janßen vertreten nämlich nichts weniger als die – in Titel und Untertitel plakativ formulierte – These, in Wahrheit habe es sich genau umgekehrt verhalten. Die Generalität habe nämlich, wie an zahlreichen Beispielen gezeigt werden könne, Hitler zum „Werkzeug ihrer eigenen Pläne“ gemacht (z. B. 168), der „Führer“ sei in Wirklichkeit nichts anderes als ein „Durchführer“ der von den Militärs lange vor 1933 geschmiedeten Pläne zur Wiederaufrüstung und neuerlichen Entfesselung eines Weltkrieges gewesen. Anders als Titel und Klappentext des Buches vermuten lassen, behandeln die beiden Verfasser aber auf rund 200 Textseiten zwei selbständige, miteinander wenig verbundene, ja teilweise in ihren Schlußfolgerungen widersprüchliche Themenbereiche. Neben der behaupteten frappierenden Kontinuität der Aufrüstungspläne seit den frühen 20er Jahren, auf deren professionelle Vorbereitungsarbeit Hitler nach 1933 habe zurückgreifen können, geht es nämlich in der zweiten Hälfte des Textteils um nichts weniger als um eine schonungslose Abrechnung mit der von der Generalität vor und nach 1945 in Anspruch genommenen Kompetenz, ihrem Selbstverständnis als erstklassige Experten in Uniform. Somit zerfällt der Band im Grunde in zwei Teilstudien, von denen eine der Vorgeschichte der Wiederaufrüstung ab 1933, die zweite hingegen [96:] dem Verhalten der Spitzenmilitärs in den 30er Jahren und insbesondere während des Krieges gewidmet ist.

Um mit dem zweiten Komplex zu beginnen, da sich in diesem die spektakulärsten Thesen des Buches finden: Anhand ausgewählter Fragenkomplexe wird vor allem die Rolle der Heeresgeneralität in den Jahren 1940-44 einer schonungslosen Kritik unterzogen. Generalstabschef Halder habe bereits unmittelbar nach dem Frankreich-Feldzug, seit Juni 1940, die klammheimliche Verlegung starker deutscher Verbände an die Ostgrenze sowie Vorbereitungen für einen Überfall auf die Sowjetunion angeordnet. Erst ein bis zwei Monate später habe Hitler, der anfangs ebenfalls getäuscht worden sei, parallele Anordnungen erlassen, die aber freilich schon weitgehend ausgeführt gewesen seien. So berechtigt die Zweifel an dem später behaupteten Widerstand der Militärs gegen Hitlers Ostabenteuer sind, so werfen die hier vertretenen Interpretationen doch zahlreiche Einwände und Fragen auf, welche die Verfasser nicht stellen, geschweige denn beantworten. Unklar bleibt etwa, wie die von Halder in die Wege geleitete Verschiebung einer einzigen, wenn auch besonders kampfkraftigen Armee in den Osten die Grundlage für einen erfolgreichen Angriff auf die UdSSR schaffen konnte. Ohne es explizit auszusprechen, wird nämlich suggeriert, dieser eine Großverband hätte auf sich allein gestellt zur Offensive antreten sollen. (130 ff.) Welchen Sinn hätte im übrigen die Geheimhaltung der Maßnahmen vor Hitler haben sollen, da ein derartiges Großunternehmen das Zusammenwirken aller drei Wehrmachtteile erfordert und von Halder wohl schwerlich im Alleingang hätte gestartet werden können? Als Erklärung bieten die Autoren zwischen den Zeilen die Überlegung an, der Generalstabschef habe mit dem Ostaufmarsch die von Hitler nach dem Triumph über Frankreich befohlene, zeitweilige und teilweise Demobilisierung des Feldheeres hintertreiben wollen.

Nun wird man zugestehen, daß Halder über den – freilich zeitlich befristeten – Bedeutungsverlust seiner Truppe gegenüber der Konkurrenz von Luftwaffe und Marine unglücklich gewesen sein mag.

Die Annahme, er habe allein aus diesem Grund einen Ostkrieg auf eigene Faust vorbereitet, scheint auch Dirks und Janßen so wenig überzeugend, daß sie in weiterer Folge darauf hinweisen, Halder habe bereits im Frühjahr 1939 (!) einen Feldzug gegen die Sowjetunion anvisiert. Mit diesem Argument verlassen sie jedoch endgültig jede aus den Quellen ableitbare Grundlage – ganz abgesehen davon, daß jüngst gegen die Echtheit des zitierten Dokumentes, einer Halder-Ansprache, massive, bis zum Fälschungsverdacht reichende Zweifel vorgetragen worden sind.<sup>1</sup> Dieses Problem kann hier [97:] nicht geklärt werden. Es geht jedoch entschieden zu weit, aus Halders ausdrücklich auf den Fall einer russischen Intervention bezogenen, insoweit von den beiden Autoren auch korrekt zitierten Erwägungen dessen Absicht abzuleiten, Polen und die UdSSR „auf einen Streich“ zu erledigen (136), und diesen Plan einer unverhüllten Aggression in einen direkten Zusammenhang mit den Truppenverschiebungen vom Sommer 1940, also in einer grundlegend veränderten militärisch-politischen Gesamtlage, zu stellen. Es mag durchaus zutreffen, daß die von der Heeresführung bereits im Vorfeld der mit Ende Juli 1940 einsetzenden „Barbarossa“-Planungen befohlenen Maßnahmen wie die Verlegung einer kampfstarken Armee an die (freilich vorher weitgehend entblößte) Ostgrenze sowie der Ausbau des Verkehrsnetzes im besetzten Polen bislang kaum beachtet worden sind. Die von den Verfassern aus derlei Beobachtungen gezogenen Schlüsse vermögen jedoch beim derzeitigen Forschungsstand nicht zu überzeugen.

Geht es aber nur darum, die von der Generalität nach 1945 ins Werk gesetzte Selbstbeweihräucherung und Exkulpation zu entlarven, so rennen Dirks und Janßen mit diesem Anliegen bei der Historiographie inzwischen offene Türen ein.<sup>2</sup> Die Forschung bezweifelt mittlerweile nicht mehr, daß die Generalität – ebenso wie Hitler – den russischen Gegner massiv unterschätzte, für die von den Verfassern ausführlich behandelten Versäumnisse bei der Vorbereitung des seit August 1941 absehbaren Fortgangs des Krieges im Winter die Verantwortung trug und schließlich bei den Planungen für die Sommeroffensive 1942 Hitlers Fehleinschätzungen, ja Illusionen teilte. Zu Recht wird hervorgehoben, Hitlers militärische Berater hätten dessen strategischen Ansatz für 1942 (Griff nach dem Kaukasus und den dortigen Ölquellen) befürwortet. Immerhin diskussionswürdig ist es, wenn Dirks und Janßen argumentieren, der Diktator sei aufgrund von Fehlprognosen seiner Stäbe geradezu verleitet worden, sich in Stalingrad festzubeißen (166). Problematisch wird es, wenn unausgesprochen suggeriert wird, Hitlers Befehle wären im Falle anders gelagerter Lageanalysen modifiziert worden. Überhaupt gehen die Autoren durch die Bank von einer nahezu ungetrübten Harmonie zwischen dem „Führer“ und seinen Beratern aus, ohne entgegenstehende Fakten wie das unbestrittene Sträuben der meisten Generale gegen einen Westfeldzug 1939/40 auch nur zu erwähnen. Da die – auf vielen Teilgebieten zweifellos auch vorhandene – Eintracht kraß überzeichnet wird, fehlt auch jeder Erklärungsansatz für die sich ab Ende 1941 häufenden Ablösungen von Armee- und Heeresgruppenoberbefehlshabern sowie für den Rücktritt Halders im Herbst [98:] 1942 und die gleichzeitige schwere Vertrauenskrise zwischen Hitler und Jodl, dem Chef des Wehrmachtführungsstabes.

Die hochkomplexe Debatte über Hitlers Rolle als oberster Kriegsherr, seine Eingriffe in die Operationsführung und sein Verhältnis zur Wehrmachtelite im allgemeinen sowie zu seinen militärischen Beratern im besonderen füllt mittlerweile ganze Bibliotheken.<sup>3</sup> Deren Resultate können auf den

---

<sup>1</sup> Klaus Mayer: Eine authentische Halder-Ansprache? Textkritische Anmerkungen zu einem Dokumentenfund im früheren Moskauer Sonderarchiv, in: Militärgeschichtliche Mitteilungen 58, 1999, Heft 2, S. 471-527. Der Text der Ansprache, auf die sich Dirks und Janßen berufen, wurde ediert in; Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 45, 1997, S. 467-495.

<sup>2</sup> Ausführlich und hinreichend kritisch Bernd Wegner: Erschriebene Siege. Franz Halder, die „Historical Division“ und die Rekonstruktion des Zweiten Weltkrieges im Geiste des deutschen Generalstabes, in: Politischer Wandel, organisierte Gewalt und nationale Sicherheit, Beiträge zur neueren Geschichte Deutschlands und Frankreichs. Festschrift für Klaus-Jürgen Müller. Beiträge zur Militärgeschichte, hg. von Ernst Willi Hanser/Gerhard Schreiber/Bernd Wegner, Bd. 50, München 1995, S. 287-302. Diese Arbeit wird bei Dirks/Janßen nicht erwähnt.

<sup>3</sup> Neuere Veröffentlichungen haben die Diskussion zu stark auf – wenngleich bedeutsame – Einzelaspekte fokussiert. Vgl. hierzu Gerd R. Ueberschär/Winfried Vogel: Dienen und Verdienen. Hitlers Geschenke an seine Eliten, Frankfurt am Main 1999 sowie jetzt – weitgehend identisch (!) – Norman J. W. Goda: Black Marks: Hitler's Bribery of His Senior Officers during World War II, in: Journal of Modern History 72, 2000, S. 413-452. Ein

wenigen diesem Komplex gewidmeten Seiten des Buches weder angemessen resümiert noch gar über den Haufen geworfen werden, wie es hier jedoch allem Anschein nach beabsichtigt ist. Zwar fehlt es nicht an ebenso berechtigten wie wichtigen Hinweisen auf bislang zu wenig beachtete Indizien für die „Inkompetenz und Schludrigkeit des Generalstabes“ (157) des Heeres, auf den sich die Verfasser mit Vorliebe einschließen. Ihre Argumente sind jedoch zumeist deutlich überzogen, wenn sie nicht gar auf eine Exkulpation Hitlers hinauslaufen oder am Thema schlicht vorbeigehen. Dies gilt insbesondere für die Ausführungen über den gescheiterten Umsturzversuch vom 20. Juli 1944. Das mit zehn Seiten kürzeste Kapitel des Bandes legt sich die Latte selbst zu hoch, wird hier doch nichts weniger angestrebt als eine grundlegende Revision des bisherigen Geschichtsbildes. Gewiß ist es legitim darauf hinzuweisen, wie tief einige der Widerständler des 20. Juli in den Jahren davor in die Verbrechen des Regimes verwickelt waren (188) und wie stümperhaft der Staatsstreich vorbereitet und durchgeführt worden war. Es sagt jedoch schlechterdings gar nichts über den in Zweifel gezogenen Professionalismus der Wehrmachtelite aus, wenn sich lediglich „fünf von über 3500 Generälen und Admirälen“ an dem Putsch beteiligten und weitere 15 mit ihm sympathisierten, wie zutreffend ausgeführt wird (190). Getragen wurde das Unternehmen nämlich nicht von „der“ Generalität, sondern von jüngeren Stabsoffizieren bzw. längst in Ungnade gefallenem früheren Größen (Beck, Hoepner, Witzleben u. a.), weshalb völlig offen bleibt, was mit diesem Kapitel im Rahmen des Bandes eigentlich bewiesen werden soll.

Nach Lektüre der überaus harten Urteile über die fachliche Kompetenz der deutschen Militärs während des Krieges 1939-45 kann man sich über die im ersten Teil des Buches ausgebreiteten Thesen nur um so mehr wundern. Denn aufsehenerregend sind weniger die – im wesentlichen durchaus bekannten – Hinweise auf die von den Militärs während der Weimarer Jahre gehegten Pläne zur Vergrößerung des 100.000 Mann-Heeres und den Wiederaufbau einer modernen [99:] Streitmacht, sondern die Nachweise, wie eng sich die ab 1933 tatsächlich ins Werk gesetzten Maßnahmen an die älteren, perfekt ausgetüftelten Pläne anlehnten. Die Aufgeregtheit der Autoren bei der Präsentation ihrer aus den 20er und frühen 30er Jahren stammenden Dokumente ist allerdings nicht recht verständlich. Es konnte und kann im Grunde niemanden überraschen, daß die Reichswehrführung sich mit der ihr im Versailler Frieden belassenen, besseren Polizeitruppe ohne schwere Waffen nicht begnügen wollte und Vorbereitungen für einen Neuaufbau traf, der unter geänderten politischen Verhältnissen irgendwann möglich sein würde. Die Ausführungen in dem vorliegenden Band bestätigen wieder einmal die Erkenntnis, wie schwer es Historikern fällt, die Relevanz der Planungsarbeit militärischer Stäbe angemessen zu beurteilen und konkret-aktuelle Absichten von Konzepten für die Schublade zu unterscheiden. Dabei soll gar nicht bestritten werden, daß die Reichswehr weder vor einem Verstoß gegen die Bestimmungen des Friedensvertrages noch vor einer Täuschung der Öffentlichkeit, ja selbst des Parlaments und der Regierung, zurückschreckte. Allerdings räumen auch die Autoren ein, daß die Versailler Nachkriegsordnung mit ihren Beschränkungen der deutschen „Wehrhoheit“ in Deutschland durch die Bank bloß als Provisorium betrachtet wurde, dessen Revision für sämtliche Reichsregierungen ein geradezu selbstverständliches Ziel darstellte. Es war daher kein Wunder, daß heimliche Aufrüstungsaktivitäten als Kavaliersdelikt, ja als patriotische Tat galten.

Vor diesem Hintergrund verlieren die von der Reichswehrführung initiierten, zumeist von jüngeren Stabsoffizieren angestellten Planungen den Charakter des Sensationellen – wer sonst wenn nicht die Armee wäre auch dazu berufen gewesen, den gesellschaftlich-politischen Grundkonsens der Republik in konkrete Taten oder wenigstens Konzepte umzusetzen, um für die erhoffte Stunde X gerüstet zu sein? Eine völlig andere Frage ist freilich, ob die vom langen Zuwarten frustrierten Offiziere sich 1932/33 für Hitler als den geeignetsten „Durch-Führer“ ihrer hochtrabenden Visionen entschieden und diesem somit den Weg ins Reichskanzleramt ebneten. Die seit Jahrzehnten geführte Debatte über die Voraussetzungen der „Machtergreifung“ kann schließlich nicht auf wenigen Seiten abgehandelt, geschweige denn ein eindeutiger Befund aus einigen militärischen Planspielen stringent abgeleitet werden! Vollends widersprüchlich wird der Gedankengang, wenn einerseits auf die Symbiose zwischen

---

knapper Katalog von Forschungslücken bei Gerhard L. Weinberg: Unexplored Questions about the German Military during World War II, in: *Journal of Military History* 62, 1998, S. 371-380.

Hitler und den Generälen hingewiesen, daneben jedoch betont wird, wegen der zu Weimarer Zeiten getroffenen Vorbereitungen einer Aufrüstung sei auch ohne Hitler mit einem Krieg zu rechnen gewesen. (186) Dirks und Janßen fällt es sichtlich schwer, die verschiedenen analytischen Ebenen hinreichend zu trennen. Zunächst bleiben sie einen überzeugenden Nachweis ihrer Behauptung schuldig, der von der Reichswehr angestrebte Endausbau hätte sogar die kaiserliche Armee des Jahres 1914 in den Schatten gestellt. Die Erfahrungen des Ersten Weltkrieges wie auch die [100:] drastisch gewandelte Kriegstechnik (Panzer und Flugzeuge) werden zudem nicht berücksichtigt. Darüber hinaus läßt die bloße Übereinstimmung zwischen frühen Konzepten und später erreichten Ausbaustufen der Wehrmacht noch keine zwingenden Schlüsse auf kausale Zusammenhänge zu. So könnte, um nur ein Beispiel zu nennen, die seit 1923/25 ins Auge gefaßte und 1939 tatsächlich erreichte Anzahl von 102 Divisionen auch durch das verfügbare Wehrpotential, also die – auf lange Sicht berechenbare – Stärke der jeweiligen Rekrutenjahrgänge erklärbar sein, was den Verfassern gar nicht in den Sinn kommt.

Um kein Mißverständnis aufkommen zu lassen: Es liegt auf der Hand, daß die NS-Führung ab 1933 auf die in den Schubladen liegenden Studien zurückgriff, zumal keinerlei Grund ersichtlich war, diesen in langen Jahren angehäuften Sachverstand ungenutzt zu lassen, als die innenpolitischen Voraussetzungen einer Wiederaufrüstung gegeben waren. Es ist auch vollkommen plausibel, daß der Neuaufbau der Wehrmacht ohne die vorhandenen vorbereitenden Arbeiten nicht in so hohem Tempo hätte bewerkstelligt werden können. In diesem eingeschränkten Sinne war Hitler der „Durch-Führer“ älterer Konzepte, die offenkundig mit seinen eigenen Absichten trefflich übereinstimmten. Allein deshalb wurde der Diktator aber noch lange nicht zum „Werkzeug der Wehrmacht“, da die Kongruenz zweier Visionen rein gar nichts über den behaupteten instrumentellen Charakter der einen gegenüber der anderen aussagt. Schon die von den beiden Autoren selbst wiedergegebenen Zeugnisse wecken im übrigen massive Zweifel an der Stimmigkeit ihrer Kernthese, ergibt sich aus ihnen doch ein durchaus widersprüchliches Bild hinsichtlich der Haltung der Militärs gegenüber einem tatsächlichen Einsatz der Armee als Machtinstrument nach außen, wenn es gewiß auch vielfach die Bereitschaft zu einem reinen Angriffskrieg gab. Es stellt gleichwohl eine unzulässige Verkürzung des Sachverhalts dar, wenn die vielfältigen, keineswegs auf einen einheitlichen Nenner zu bringenden Erfahrungen aus dem Ersten Weltkrieg, konkret: des Scheiterns deutscher Großmachtambitionen in einem Mehrfrontenkrieg gegen materiell überlegene Weltmächte, einfach auf die Formel reduziert werden, man habe in einem zweiten Anlauf früher unterlaufene Fehler vermeiden wollen.

Hinsichtlich des hier speziell interessierenden Verhältnisses zwischen Hitler und der Generalität referieren die Verfasser manches aussagekräftige Detail. Wenn es auf S. 91 heißt, es sei (von der Reichsregierung über die berühmten Mefo-Wechsel bereitgestelltes) Geld verfügbar gewesen und die Marineleitung habe die Chance genutzt, so wird das Interpretationsschema vom agierenden Militär und dem bestenfalls reagierenden Hitler geradezu auf den Kopf gestellt. Wenig später heißt es dann, Großadmiral Raeder habe bei konkreten Schritten zur Flottenaufrüstung acht Monate lang getrödelt, „bis Hitler ungeduldig wurde“. (98) Derlei Beispiele ließen sich noch vermehren. Zudem weisen Dirks und Janßen [101:] überzeugend nach, in wie hohem Maße das in der zweiten Hälfte der 30er Jahre eskalierende, jeden vernünftigen Rahmen sprengende Rüstungstempo aus dem internen Konkurrenzkampf der drei Wehrmachtteile resultierte, also aus den weit zurückliegenden Plänen der Reichswehr wohl gerade nicht abzuleiten war, kam doch in diesen die Luftwaffe überhaupt nicht und die Kriegsmarine bestenfalls am Rande vor. Zu Recht kritisiert das Autorenduo die gigantomanischen Visionen der Marine zum Bau einer riesigen Dickschiff-Flotte, die sich seit 1933 austobten und zu uneinholbaren Versäumnissen bei der Bereitstellung von U-Booten führten. Anders als die Heeresvergrößerung stand dies jedoch mit den bescheidenen Weimarer Planungen in keinerlei erkennbarem Zusammenhang. Nebenbei bemerkt ist es äußerst gewagt, die britische Kriegserklärung 1939 als reinen Präventivschlag gegen die im Anlaufen begriffene deutsche Flottenrüstung zu interpretieren und die kontinentaleuropäischen Hintergründe (Garantie für Polen u. a.) völlig auszublenden. (101)

Der Fragwürdigkeit, ja mitunter extremen Einseitigkeit der Urteile korrespondiert das „handwerkliche“ Vorgehen der Verfasser: Das – in Anbetracht der weiten Themenstellung – vielfältige Quellenmaterial wird nur insoweit herangezogen, als es die Thesen des Bandes zu stützen scheint. Zahlreiche Zitate sind

aufgrund der Quellenangabe („Archiv Dirks“) nicht nachprüfbar. Eine Auseinandersetzung mit der Fachliteratur findet lediglich selektiv, häufig in polemischer Form statt, wobei vor allem neuere Werke nur sporadisch ausgewertet werden. Ein Quellen- und Literaturverzeichnis fehlt völlig, die Prinzipien der Quellenkritik werden nicht immer hinreichend beachtet. Auf S. 50 findet sich etwa eine Aussage des Reichsbankpräsidenten Schacht, er habe von der Offenlegung der Hitlerschen Expansionspläne gegenüber den Militärs erst lange nach dem Krieg erfahren – „sonst hätte ich niemals die Aufrüstung finanziert!“ Dirks und Janßen leiten hieraus ein weiteres Mal einen Beweis ihrer These vom heimlichen Einverständnis zwischen Hitler und den Generälen sowie ein Indiz für die angebliche Täuschung wenigstens von Teilen der zivilen Reichsführung ab, ohne sich die naheliegende Frage nach dem Quellenwert der offenkundig apologetischen Zwecken dienenden Behauptung Schachts zu stellen.

Der Band enthält eine Menge nachdenklich stimmender Argumente und Quellenhinweise, insbesondere in dem rund 90-seitigen Quellenanhang. Die eine oder andere Forschungslücke wird zu Recht aufgezeigt. In Summe können jedoch die gebotenen Interpretationen nicht überzeugen, was zumeist auf deren heillos überzogene Schärfe zurückgeht, die in dieser Form aus den ausgebreiteten Quellen gerade nicht oder wenigstens nicht so zwingend wie behauptet hervorgeht. Von dem vollmundig in Anspruch genommenen Neuigkeitswert der Thesen sind beträchtliche Abstriche zu machen, weshalb auch vieles an der polemisch scharfen Kritik an früheren – freilich keineswegs vollständig rezipierten – [102:] Forschungen in sich zusammenfällt. Die berechtigten Zweifel an den Selbstdarstellungen und Nachkriegsaussagen prominenter Militärs des „Dritten Reiches“ hat die Historiographie im übrigen längst aufgegriffen und häufig auch plausibler begründet, als dies hier der Fall ist. Es wird die Forschung über die Rolle der Wehrmacht im NS-Staat kaum voranbringen, wenn nunmehr das Pendel ins andere Extrem auszuschlagen droht und unverkennbare Tendenzen einer Dämonisierung der Militärs – damit verbunden einer wohl ungewollten Entlastung Hitlers – auf den Plan treten. Wie gerade auch dieser Band zeigt, sollen und können Armeen im Zeitalter der Weltkriege nicht im luftleeren Raum analysiert werden, sondern ausschließlich in ihrem gesamtgesellschaftlichen Kontext. Nichts illustriert dies deutlicher als die lesenswerten Passagen des Bandes, die sich mit den kriminellen Methoden der Geldbeschaffung für die Aufrüstung befassen (114-126), wird hier doch dokumentiert, daß für sie in erster Linie zivile Instanzen und keineswegs vorrangig die Wehrmacht die Hauptverantwortung trugen (auf S. 123 ist von einem „Komplott der Staatssekretäre gegen das eigene Volk“ die Rede).

Dirks und Janßen ist zugute zu halten, daß sie die im Gefolge der „Wehrmachtausstellung“ ausgebrochene, mittlerweile ausgeuferte Debatte über die Rolle der Wehrmacht im „Dritten Reich“ um einen wichtigen Aspekt bereichern und in Erinnerung rufen, daß sich die Diskussion nicht allein in der Erörterung von Kriegsverbrechen erschöpfen darf. Ihre Thesen vermögen aus den oben erörterten Gründen Fragen aufzuwerfen und Forschungsanstöße zu vermitteln – die in Aussicht gestellten, überzeugenden Antworten wird man in dem Band vergeblich suchen.

Martin Moll

*Präventivkrieg? Der deutsche Angriff auf die Sowjetunion*, hg. von BIANKA PIETROW-ENNKER, Fischer Taschenbuch Verlag, Frankfurt a. M. 2000, 218 S.

Rechtzeitig vor dem 60. Jahrestag des deutschen Überfalls auf die Sowjetunion am 22. Juni 1941 steht dem Leser dieses, im März 2000 erschienene Taschenbuch zur Verfügung. In elf Beiträgen wird sachlich und beweiskräftig eindeutig Position bezogen gegen die [1940/41] von Hitler, Goebbels, v. Ribbentrop & Co. aufgebrachte These vom deutschen „Präventivkrieg“ gegen einen angeblich unmittelbar bevorstehenden Angriff der Roten Armee auf Deutschland. Spätestens seit den sechziger Jahren stimmte die Mehrheit der Historiker in Ost und West in der Ablehnung dieses Standpunkts überein, der Meinungsverschiedenheiten im Detail und eine unterschiedliche Bewertung der Politik der UdSSR unter Stalin einschloß. Der Zusammenbruch der Sowjetunion und ihrer Satellitenstaaten führte auch zu einer, zu einem bedeutenden Teil notwendigen Revision sowjetischer Anschauungen über die Geschichte des 20. Jahrhunderts einschließlich des zweiten Weltkriegs. Dabei geriet auch das sowjetisch-deutsche Verhältnis in den Jah-[103:]ren 1939 bis 1941] erneut auf den Prüfstand.

Es blieb jedoch nicht beim Veröffentlichenden früher geheimgehaltener Dokumente, einer kritischen neuen Bewertung oder Interpretation vieler bekannter Fakten und des Handelns von Persönlichkeiten.

Zugleich begann auch, und zwar nunmehr in Ost und West, eine Verlagerung des Schwerpunkts der Auseinandersetzung. Während es den einen darum geht festzustellen, ob beide Seiten militärisch angreifen wollten und welche Seite das zuerst beabsichtigte, geht es den anderen um das Bekräftigen der Auffassung, jedes Vorgehen gegen die Sowjetunion sei seit 1917, also auch 1941, eine Präventivmaßnahme zur Abwendung der „Weltgefahr Kommunismus“ gewesen. Als die deutsche Führung und Propaganda 1941 keine beweiskräftigen Fakten für einen von ihrer eigenen Propaganda als Kriegsanlaß genannten Angriff der Roten Armee, dem man gerade noch zuvorgekommen sei, vorbringen konnte, wurde am 22. Juni 1941 in Hitlers Aufruf an die Soldaten erklärt, es sei nicht nur die Stunde gekommen, dem russischen Aufmarsch und den Grenzverletzungen, sondern auch dem „Komplott der jüdisch-angelsächsischen Kriegsanstifter und der ebenso jüdischen Machthaber der Moskauer Zentrale entgegenzutreten“. Es gehe darum, „die ganze europäische Zivilisation und Kultur zu retten“ und handle sich um einen „Kreuzzug Europas gegen den Bolschewismus“.

Auf Ähnlichkeiten der Pseudoargumentation damals und heute verweist Pietrow-Ennker (Konstanz) in der Einleitung: „Die Vertreter der Präventivkriegsthese erwarten heute von der Geschichtsforschung kaum neue Argumente. Denn es wurde auch im Spiegel von Selbstzeugnissen der politischen und militärischen Führung des Deutschen Reiches überzeugend nachgewiesen, daß es am Vorabend des 22. Juni 1941 keine Bedrohung durch die Sowjetunion gegeben hatte ... Daher räumt man in der Debatte inzwischen größtenteils ein, daß Hitler zwar subjektiv keinen Präventivkrieg geführt habe, daß der Rußlandfeldzug aber objektiv – in historischer Perspektive – ein Präventivkrieg gewesen sei“. (9) Mit vorliegendem Band wird nicht beabsichtigt, wie die Herausgeberin feststellt, „die Polemik weiterzutreiben“. (11). Vielmehr soll dem Leser, der angesichts der Fülle bisheriger und zum Jahrestag noch zu erwartender Beiträge vor einer kaum zu bewältigenden Informationsfülle steht, eine Hilfe gegeben werden. Deshalb ziehen die Autoren des Taschenbuches auf der Grundlage neuester Publikationen eine Zwischenbilanz und begründen ihre jeweilige Position in der Kontroverse.

Der Band ist in die Teile „Nationalsozialistisches Regime und der Krieg gegen die Sowjetunion“, „Aspekte sowjetischer Außen- und Deutschlandpolitik“ sowie „Stalinismus und Kriegsvorbereitungen gegen Deutschland“ gegliedert. Im ersten Beitrag setzt sich Manfred Messerschmidt (Freiburg) sowohl mit der Frage nach dem deutschen Verständnis vom „Präventivkrieg“ seit den 70er Jahren des 19. Jahrhunderts als auch mit der „wiederbelebten Präventivkriegsthese“ auseinander. Er kommt zu dem Schluß, ihre Verfechter gäben vor, „mehr zu wissen, als der deut-[104:]sche Generalstab noch nach Angriffsbeginn feststellen konnte“, und sie bewegten sich insofern „in der Nähe der Propagandaanweisungen Hitlers und des OKW“. (33)

Wolfram Wette (Freiburg) untersucht die Etappen der Entstehung des deutschen Feindbildes von der UdSSR, das u. a. die Bereitschaft der Wehrmachtgeneralität zum Ergebnis hatte, „einen ideologisch motivierten und auf die physische Vernichtung bestimmter Feindgruppen hin angelegten Krieg“ zu führen (37). In seinem Beitrag „Der Krieg gegen die Sowjetunion und die deutsche Gesellschaft“ untersucht Hans Mommsen (Bochum) – ausgehend von der Beobachtung, daß die Reaktion auf diesen Kriegsbeginn „von Überraschung und Bestürzung bis hin zu Schock und Lähmung reichte“ (56) – die Überlegungen und Maßnahmen der Führung und Propaganda, um den Deutschen größtmögliche Härte und Rücksichtslosigkeit abverlangen zu können. Sehr überlegenswert sind die in diesem Zusammenhang von Mommsen gegebenen Hinweise, wonach nicht nur die sich abzeichnende deutsche Niederlage, sondern auch diese „Erziehung“ zur Zerstörung des gesellschaftlichen Gefüges in Deutschland beitrugen.

Leider fehlt eine Analyse des Verhaltens der Teile der deutschen Gesellschaft, die willig die Rüstungswirtschaft forcierten, in unzähligen Denkschriften Ansprüche auf Rohstoffvorkommen, Produktionsgebiete, landwirtschaftliche Nutzflächen usw. in der Sowjetunion anmeldeten und diese in den besetzten Gebieten schon einmal „treuhänderisch“ verwalteten, die Kriegsbauten ausführten, Kriegsgefangene und Zwangsarbeiter beschäftigten und insgesamt nicht geringe Profite machten, die ihnen den erfolgsverheißenden Start in die Nachkriegszeit ermöglichten. Auch Fragen nach der Reaktion der Masse der deutschen Soldaten, der Angehörigen von Wachmannschaften, Polizeibataillonen usw.,

die in Verbrechen verwickelt waren und vom „kleinen Raub“ Vorteile hatten, sowie der Masse der Arbeiter, Bauern, Angestellten, Gewerbetreibenden usw. werden nicht gestellt.

Im zweiten Teil resümiert Pietrow-Ennker die Außenpolitik der UdSSR zwischen 1939 und 1941, wobei sie auf früher geheimgehaltene, im letzten Jahrzehnt veröffentlichte und verschieden interpretierte sowjetische Dokumente eingeht. Mit dem Einmarsch der Roten Armee in Polen am 17. September 1939 setzt sich Sergej Slutsch (Moskau) auseinander und wertet ihn als „kriegerischen und aggressiven Akt“, der sowjetischerseits „den Eintritt in den deutsch-polnischen Krieg und damit auch in den Zweiten Weltkrieg“ bedeutete. (109) Lew A. Besymenski (Moskau) behandelt die Verhandlungen Molotows in Berlin im November 1940 und vergleicht deren Ergebnisse mit der inzwischen veröffentlichten geheimen Direktive Stalins für die Unterredungen in Berlin.

Zwei Analysen des inneren Zustands der Sowjetunion am Vorabend des deutschen Überfalls leiten den dritten Teil ein. Realistisch legt Benno Ennker (Tübingen) den Zustand der, im Gegensatz zur öffentlichen Erfolgspropaganda, unausgeglichene, technologisch rückständigen, mit Rohstoff- und Versorgungsschwierigkeiten [105:] schwer ringenden sowjetischen Volkswirtschaft dar, der „Erscheinungen von Selbstblockade, Chaos und Wirrnis“ aufwies. Diese, schlußfolgert Ennker, lassen die These, „daß sich das politische Regime des Stalinismus auf einen Angriffs- oder Präventivkrieg vorbereitete, absurd erscheinen. Die vom System hervorgebrachten Mißstände unterminierten statt dessen sogar die Fähigkeit des Landes zur Selbstverteidigung.“ (144) Auch Sally W. Stoecker (Washington DC) begründet auf der Basis von Dokumenten und Publikationen in ihrem Beitrag „Stalinismus und Rote Armee“ ihre These, „daß es sich bei der Armee um einen ‚wankenden Koloß‘ handelte, dem die Führung fehlte“. (148) Sie analysiert die Militärtheorie, die Mobilmachungsvorstellungen, den stalinschen Terror gegen das eigene Volk, die eigene Partei und Armeeführung sowie den dadurch hervorgerufenen, sich bei Kriegsbeginn katastrophal auswirkenden Offiziersmangel.

Die Einsatzpläne der obersten militärischen Führung der Sowjetunion der Jahre 1940/41 untersucht Generaloberst a. D. Jurij Gorkov (Moskau), der sich auch schon in einer Reihe anderer Publikationen mit den Auslegungen dieser Dokumente durch Verfechter der These von Stalins Angriffsabsichten auseinandergesetzt hat. In knappster Form gelingt es Bernd Bonwetsch (Bochum), die Entwicklung der Kontroverse zum Thema Präventivkrieg in den letzten Jahrzehnten nachzuzeichnen. Er weist auf Forschungslücken und Widersprüche in der Argumentation beider Seiten hin und stellt die mehrfach geäußerte Ansicht, es habe Mitte Mai 1941 in Moskau Anzeichen für ein stärkeres Erwägen eines offensiven Vorgehens der Roten Armee gegeben, erneut zur Debatte. Insgesamt neigt Bonwetsch dazu, die These von einer konkreten Präventivkriegsplanung sowjetischerseits abzulehnen. In einem kurzen Resümee verweist Jürgen Förster (Potsdam) darauf, daß viele Publikationen „die Versuche interessierter Seite hüben wie drüben“ widerspiegeln, politische Ansichten mit historischen Fakten zu vermengen, dabei einzelne Dokumente aus dem Zusammenhang zu reißen und das Produkt „als neue wissenschaftliche Erkenntnisse“ auszugeben. (214) Deshalb fordert er die Rückkehr zu streng wissenschaftlichen Forschungsmethoden. Förster sieht zu Recht im kalten Krieg den Faktor, der es verhindert hat, die fast 40 Jahre lang von beiden Seiten aufgebauten Feindbilder zu demontieren. (208) Die Absicht vorliegenden Buches, bei dieser Demontage mitzuhelfen, ist begrüßenswert.

Gerhart Hass

LUTZ HACHMEISTER: *Der Gegnerforscher. Die Karriere des SS-Führers Franz Alfred Six*, Verlag C. H. Beck, München 1998, 414 S.

Lutz Hachmeister ist gegenwärtig Direktor des internationalen Fernseh- und Filmfestes Köln und publizierte 1997 „Wer beherrscht die Medien? Die 50 größten Medienkonzerne der Welt“. 1989 bis 1995 war er Leiter des Adolf-Grimme-Instituts in Marl, hauptsächlich in jener Zeit entstand seine 1998 erschienene Bio-[106:]graphie von Franz Alfred Six. Konzeptionell folgt der Autor wesentlich den Arbeiten von Ulrich Herbert und Michael Wildt über die Strukturen des Reichssicherheitshauptamtes. Entsprechend sind in die Biographie viele Kurzbiographien der wichtigsten Mitarbeiter von Six eingeflochten.

Six ist als politische Figur bis heute weitgehend unbekannt. Als Mitarbeiter des Sicherheitsdienstes stand er nicht im Rampenlicht. In der wissenschaftlichen Literatur sind ihn über dennoch viele Legenden und Fehlangaben im Umlauf, die ihn meist dämonisieren, seinen Rang und seinen Einfluß überschätzen oder ihm Funktionen zuschreiben, die er niemals hatte. Die geringe Zuverlässigkeit vieler Angaben hängt mit dem bisherigen Desiderat der Forschungen zum SD zusammen.

Six, Jahrgang 1909, stammt aus dem verarmten Mittelstand. In Heidelberg studierte er ab 1930 Sozial- und Staatswissenschaften, neuere Geschichte und Zeitungswissenschaft. Er kam schon als Nazi nach Heidelberg und schloß sich mit Beginn des Studiums in Heidelberg dem Nationalsozialistischen Deutschen Studentenbund an, für den er die Zeitschrift „Heidelberger Student“ redigierte und in ganz Südwestdeutschland die Pressearbeit übernahm. 1932 trat er der SA bei. Als überaus aktivem Studentpolitiker der NSDAP blieb Six für ein gründliches Studium nicht viel Zeit, er war voll absorbiert durch die universitäre Nebenwelt der „Kernschulungen“, Wehrübungen, Lager und Ämter im NSDStB.

Um den begehrten Dokortitel zu erlangen, waren solide und ausgedehnte akademische Studien nicht erforderlich. Mit der Arbeit „Die politische Propaganda der NSDAP im Kampf um die Macht“ wurde Six im Mai 1934 promoviert. Die Dissertation liest sich, so Hachmeister, „zum einen als affirmativer Erfahrungsbericht über die rüde Methodik des rechtsradikalen Kampfes, zum anderen als pure Exegese der in der politischen Realität bewährten Praktikertheoreme von Hitler und Goebbels zu Fragen der politischen Organisation und Propaganda.“ (...) Hachmeister bewertet die Dissertationsschrift von Six als äußerst schwach, sie wäre „in Zeiten normaler wissenschaftlicher Bewertungssysteme kaum als Proseminararbeit durchgegangen“. (73) Ungeachtet dessen beanspruchte Six, mit ihr „eine Zusammenfassung der Erkenntnisse nationalsozialistischer Propaganda“ geliefert zu haben.

Six' Doktorvater war der konservative Heidelberger Soziologe Arnold Bergsträsser. Während Six aufgrund seiner Dissertation im SD als Experte für Presse- und Propagandafragen galt und über die SD-Hochschulpolitik eine Blitzkarriere startete, wurde dem „Vierteljuden“ Bergsträsser 1936 die Lehrerlaubnis entzogen, er ging dann ins Exil in die USA. Nach seiner Rückkehr war Bergsträsser einer der führenden Politikwissenschaftler der Bundesrepublik. Doch Six war nicht der einzige Karriere-Nazi, der bei Bergsträsser bis 1936 promovierte, auch der spätere [107:] „Reichsfilmintendant“ Fritz Hippler und die späteren Mitarbeiter von Six an der Auslandswissenschaftlichen Fakultät Friedrich Wagner und Kurt Wolz waren darunter. Wolz wurde 1936 von Six als Assistent nach Königsberg geholt, nach 1945 verwertete Wolz seine publizistikwissenschaftlichen Erfahrungen aus der Nazizeit als Oberregierungsrat an der Koblenzer Bundesweherschule für Innere Führung.

Hachmeister sieht in Six' Dissertation eine ähnliche Tendenz wirksam wie in den Schriften Eugen Hadamovskys, Karl Böhmers, Theodor Lüddeckes oder Friedhelm Kaisers aus jenen Jahren: Sie hielten eine Medienlenkung für konstitutiv für die Formung einer „Volksgemeinschaft“. In diesem Spektrum, so der Biograph, hebt sich Six' Arbeit durch ihren „stärkeren personalen Bekenntnischarakter“ einerseits, einen „kühl-technokratischen Grundton“ andererseits heraus. Six begreife sich darin als Machttechniker, der die beschriebene Methode in der weiteren Praxis anzuwenden gedachte.

Nach kurzer wissenschaftlicher Assistenz bei den Zeitungswissenschaftlern wurde Six hauptberuflicher NS-Studentenfunktionär, bevor er 1935 in das SD-Hauptamt als Amtschef des Presseamtes wechselte. „Es war auch nicht irgendein ‚Hochschulkollege‘, der ihn zu Himmlers und Heydrichs schwarzer Truppe lotste, sondern Professor Reinhard Höhn, als Abteilungschef II/2 des Sicherheitsdienstes des RFSS und im SD „zuständig für ‚Lebensgebiete‘ wie Kultur, Hochschule, Wirtschaft, Volksgesundheit“ und „enger Berater des Reichsführers SS selbst“. (87) Höhn wurde, so Hachmeister, zur Verkörperung der „Synergie zahlreicher, geheimdienstlicher, politischer und akademischer Funktionen“ im Nazistaat und war darin das Vorbild für die Karriere von Six. Diese Parallelität gilt auch für beider Nachkriegskarrieren in der Bundesrepublik.

Six machte eine Doppelkarriere im Sicherdienst und in der Wissenschaft zugleich. Kaum eine Woche nach seinem Start im SD bemühte er sich um einen Lehrauftrag für Zeitungswissenschaft in Königsberg, den er auch erhielt. Die im Eilverfahren erledigte Habilitation erreichte kaum eine bessere Qualität als die Dissertation. Six „suchte den akademischen Minimalanforderungen seiner Zeit Genüge

zu tragen und setzte um so mehr Energie in sein institutionelles Fortkommen“. (92) Six' Fähigkeiten lagen mehr auf dem Gebiet der Wissenschaftsorganisation, die er mit Energie, Tatkraft und Umsicht betrieb. Ende der 30 er Jahre galt Six als Verkörperung des jugendlichen SS-Intellektuellen. Ohne intellektuelles Fundament und ohne wirkliche wissenschaftliche Leistung verdankte er seine Karriere entscheidend der SD-Hochschulpolitik. Mit Hilfe des SD gründete er im Alter von 28 Jahren ein Institut für Zeitungswissenschaft in Königsberg, an das er als Professor berufen wurde. Bereits zwei Jahre später wurde eigens für ihn an der Berliner Universität eine eigene Fakultät [108:] geschaffen, die Auslandswissenschaftliche Fakultät, die ihn mit 30 Jahren zum Dekan auf Lebenszeit berief.

Six gehörte zu den prägenden Figuren des SD in einer Phase der faschistischen Diktatur, als sich der Sicherheitsdienst des Reichsführers SS nach Himmlers Berufung zum Chef der Deutschen Polizei im Reichsministerium des Innern personell konsolidierte und zunehmend ein Elitebewußtsein entwickelte. Zunächst als Leiter des Presseamtes eingesetzt, leitete Six Ende der 30er Jahre im SD die „Gegnerforschung“, d. h. die Bekämpfung der Juden, Freimaurer, politischer Kirchen, des Marxismus und aller sonstigen oppositionellen Bewegungen. Im Januar 1939 leitete Six im SD-Hauptamt die drei Zentralabteilungen I,3 (Presse und Museum), II,1 (Weltanschauliche Gegner) und II,2 (Lebensgebietsmäßige Auswertung).

Die von Six favorisierte und verkörperter „Gegnerforschung“ war nicht einmal halbwissenschaftlich. Und die von ihm angestrebte Konstruktion eines „wissenschaftlichen Nationalsozialismus“ war es noch weniger. Doch die Affinität der Geheimdienste zur akademischen Welt war kein Spezifikum der Nazis, auch ihre „Gegnerforschung“ bildete ein Grundmuster jeder geheimdienstlichen Tätigkeit. Der Soziologe Andreas Pfennig aus Heidelberg schrieb darüber in dem zeitweise von Six herausgegebenen „Volk im Werden“: „Die politische Einsicht und Intelligenz hingegen erfordert geradezu Sicherheitsorgane, welche mit den gegebenen soziologischen Faktoren zu rechnen wissen. Eine Sicherheitssoziologie oder Polizeisozioologie wird für die moderne Gesamtordnung zur unabwendbaren Notwendigkeit“. (zit. 31) Six' „Gegnerforschung“ bestand einmal als Kartei- und Aktenarbeit, also der Erfassung und Rubrizierung der einmal definierten Gegner, zum anderen aus einer Art „kulturwissenschaftlich-historischer Hybriddisziplin, mit deren Hilfe der Gegner ‚im Innersten‘ erkannt, rational definiert und schließlich vernichtet werden sollte“. (30) Beim Einsatz des SD in Österreich sollte die gesammelte „Gegnerforschung“ praktisch umgesetzt werden: Heydrich erteilte Six den Auftrag, den als Konkurrenten unbequemen Ständestaatstheoretiker Othmar Spann liquidieren zu lassen.

Einige Jahre galt Six als bevorzugter „junger Mann“ Heydrichs im SD. Dieser hielt ihn für einen effizienten Projektorganisator und zugleich für einen kulturwissenschaftlichen Experten. Obwohl Six auf diesem Gebiet keinerlei Vorbildung besaß, wurde er Heydrichs Mann für „Gegnerarchive“ und geheime Aktentransfers, dessen Stunde bereits mit der ersten Aggression schlug. Denn der Höhepunkt seiner politischen Karriere fiel ins Jahr 1938. Himmler und Heydrich bemühten sich, der Sicherheitspolizei und dem SD für die Annexionspolitik der Hitlerregierung eine konstitutive Rolle zu verschaffen. Der Anschluß Österreichs war für Sipo und SD [109:] der erste Testfall für alle künftigen Einsätze in der Tschechoslowakei, in Polen, in den westlichen Ländern und der Sowjetunion.

Spätestens nach der Erpressung des österreichischen Kanzlers Schuschnigg durch Hitler in Berchtesgaden am 12.2.1938 wurde die gesamte „Gegnerarbeit“ im SD-Hauptamt auf den bevorstehenden Anschlußfall umgestellt. In hektischen Dreischichtbetrieb wurden Nazigegner in Österreich – Juden, Freimaurer, Marxisten, Emigranten, Spann-Anhänger und weitere auf Karteikarten erfaßt, die als erste Opfer der Terror- und Verhaftungswelle werden sollten. Six war Chef des SD-„Österreich-Kommandos“. Während Best und Müller die Verhaftung und Verfolgung der Nazigegner koordinierten, befaßte sich Six vor allem mit der Beschlagnahme von Akten und Archivalien. Seine Kommandos durchsuchten Niederlassungen und Wohnungen der zuvor erfaßten Gegner und requirierten, was sie konnten.

In jenen Jahren, da Six im SD-Hauptamt an Einfluß gewann, setzte der SD schnittweise seinen Anspruch auf Priorität bei der Politik der Judenverfolgung durch. Der eigentliche Motor der SD-Judenpolitik war 1937-1940 Herbert Hagen im „Amt II, (Weltanschauliche Gegner) des SD, das Six leitete

und dem auch Eichmann zeitweise angehörte. Eichmanns Funktion war es, durch direkte Kommunikation Zweckbündnisse für die zionistische Auswanderung zu schließen, bevor er 1938 in Wien die „Zentralstelle“ für jüdische Auswanderung schuf.

Zur Vorbereitung des Überfalls auf Polen richtete das SD-Hauptamt die Zentralstelle II P unter Six' Leitung ein, die ebenso wie für Österreich eine Zentralkartei aufbaute, nach der der Terrorfeldzug der Einsatzgruppen erfolgte. Während des Feldzuges gegen Polen gehörte Six zum „Stab Gruppenführer Heydrich“ und nahm an den Amtschefbesprechungen teil. Noch zweimal sollte Six in ähnlicher Weise wie in Österreich als Führer künftiger Einsatzkommandos tätig werden, 1940 wurde er zum Beauftragten Heydrichs in Großbritannien ernannt und sollte von London aus Einsatzgruppen für andere Landesteile aufstellen; 1941 wurde er zum Chef des Vorkommandos Moskau bestimmt. Beide Male wurde sein Einsatz gegenstandslos.

Mit der Bildung des Reichssicherheitshauptamtes 1939 verlor die „Gegnerforschung“ des SD gegenüber der geheimdienstlichen Arbeit und der praktischen Vernichtung an Gewicht. Die „Gegnerforschung“ ging vom SD auf die Gestapo über. Six' zunächst allmählicher und mit Beginn des Krieges sprunghafter Bedeutungsverlust war die Folge der mit dem Krieg veränderten Aufgaben jenes politischen Terrorismus, zu dessen Konzipierung und Praxis das RSHA gebildet worden war. Bereits bei der Konzipierung konnten sich Six' Konkurrenten Schellenberg, Ohlendorf, Jost, Müller und Neben durchsetzen, weil der Krieg neue Prioritäten für den Geheimdienst und den Exekutivapparat setzte. Six' Forschungsamt im [110:] RSHA kümmerte sich kaum noch um die „weltanschauliche Gegnerforschung“, sondern um die Sammlung und Katalogisierung erbeuteter Materialien, außerdem hatte Six für den SD erwünschte Archivbestände gegenüber den Ansprüchen anderer Archivkommandos von Staats- und NSDAP-Dienststellen zu sichern.

Six' Tätigkeitsschwerpunkt verlagerte sich zunehmend auf die Auslandswissenschaftliche Fakultät der Berliner Universität, 1942 wurde er von Staatssekretär Luther ins Auswärtige Amt geholt, wo er die Informations- und Kulturabteilung leitete.

Im Nürnberger Einsatzgruppenprozeß wurde Six zu 20 Jahren Haft verurteilt, doch bereits nach vier Jahren befand er sich wieder auf freiem Fuß. Ähnlich wie sein früherer Mentor Höhn machte er eine Nachkriegskarriere in Unternehmensberatung und Marketing. Zwei seiner früheren SD-Schüler, Horst Mahnke und Georg Wolff, beide nunmehr bei der Organisation Gehlen, dem späteren Bundesnachrichtendienst, tätig, leiteten beim frühen *Spiegel* die Ressorts „Internationales/Panorama“ bzw. „Ausland“. Sie konnten dabei nicht nur ihre früheren Erfahrungen verwerten und Einfluß auf die Entwicklung des *Spiegel* nehmen, sondern auch public relation für Gehlen machen. Dafür versorgte dessen Institution das Blatt mit Hinweisen und gezielten Informationen. „Die Akquisition von SD-Führern, Gestapo-Leuten und NS-Propagandisten durch das Redaktionsmanagement des frühen *Spiegel* lag ... in der besonderen Logik des investigativen Nachkriegsjournalismus und entsprach dem politisch-publizistischen Wollen sowohl des Magazin-Gründers als auch seines Adlatus Becker“. (...)

Die Biographie ist flüssig, ja spannend geschrieben, man merkt dem Autor seine Medienerfahrung an. Diesem publizistischen Vorteil steht gegenüber, daß viele der mitgeteilten Tatsachen trotz vielfacher Verweise und Vergleiche analytisch nicht weiter verfolgt werden. Hachmeisters Biographie von Six enthält biographische Informationen über eine ganze Reihe von Mitarbeitern des RSHA. Mit der starken Personalisierung geht eine psychologisch nicht immer genügend differenzierte Diagnose der behandelten Personen einher, die manchmal zu vordergründig typisierte Züge trägt. Gerade hier hätte man sich mehr historische und soziologische Analysen des RSHA gewünscht, seiner Strukturen, Funktionen, Verflechtungen, seiner spezifischen Rekrutierung und auch der Ideologie seiner Funktionäre. Hachmeister verläßt sich hinsichtlich der Ideologie auf typologische Charakterisierungen der Mitarbeiter des RSHA, etwa Werner Bests durch Ulrich Herbert, und damit hat es sein Bewenden.

Die Arbeit ist solide recherchiert, ihre Aussagen sind durch Quellen gestützt, die Darstellung selbst sehr quellennah. Die Freude des Autos, eigene Funde mitteilen zu können, spricht aus vielen Zeilen.

Werner Röhr

[111:] HANS-ULRICH JOST: *Politik und Wirtschaft im Krieg. Die Schweiz 1938-1948*. Chronos-Verlag, Zürich 1998, 286 S.

Wie schon der Untertitel besagt, wählt der Buchautor, Professor für neueste Geschichte an der Universität Lausanne und Mitglied der Herausgeberkommission der „Diplomatischen Dokumente der Schweiz“, als Zeitrahmen seiner Untersuchung nicht die Zeit vom offiziellen Kriegsbeginn (1. September 1939) bis zum offiziellen Kriegsende in Europa (8./9. Mai 1945). Damit fällt es dem Leser leichter, die Grundthesen des Verfassers bezüglich der von der offiziellen Schweiz in dem von ihm behandelten Zeitraum praktizierten Haltung zu ihrer spätestens seit dem Wiener Kongreß 1815 völkerrechtlich festgelegten und anerkannten ewigen Neutralität nachzuvollziehen. Die seinerzeit und in der späteren Geschichtsschreibung gebräuchliche Sichtweise lehnt er entschieden ab: „Die Neutralität war eine zwar oft angerufene, aber letztlich von den realen Machtverhältnissen vergewaltigte und entfremdete Leerformel. ... Was zählte, waren – im negativen wie im positiven Sinne – die praktischen Leistungen: Handelsbeziehungen, Finanzgeschäfte, Nachrichtenbörsen, Interessenvertretungen, Betreuungsaufgaben und schließlich die zentrale Lage in Europa, von der offenbar die Alliierten wie die Achsenmächte gleichermaßen Gebrauch zu machen wußten. In diesen Auseinandersetzungen spielte die Schweiz mit je nach Lage unterschiedlichem Einsatz wohl oder übel mit.“ (26 f.) Und noch deutlicher einige Zeilen danach: „Dieses Prinzip aber lag, wenn auch weniger offensichtlich, der schweizerischen Neutralitätspolitik selbst zugrunde. In den Wirtschaftsverhandlungen zählte Neutralität zur taktischen Rhetorik, in der Innenpolitik zur Legitimierung der Regierungsautorität. Und in den ersten Nachkriegsjahren bedeutete die dogmatisierte Hervorstreichung des Neutralitätsprinzips eigentlich nur die Verneinung von Verantwortung in bezug auf den Krieg und eine Absage an jegliches kollektives Engagement, das den Spielraum der Handels- und Finanzpolitik hätte einengen können.“

Mit zahlreichen Beispielen wird belegt, daß nazideutschfreundliche Aktivitäten nicht etwa nur im Zeitraum vom Sommer 1940 bis zum Herbst 1944 stattfanden, als die Schweiz wie eine Insel von Territorien unter faschistischer Herrschaft umgeben war und daher fragwürdige Zugeständnisse m. E. nicht immer einfach ablehnen konnte. Doch die eilige Anerkennung des Anschlusses Österreichs an das Hitlerreich, die Zurückweisung fast aller politischen und jüdischen Flüchtlinge (Juden galten offiziell nicht als politisch verfolgt), die kooperative Haltung zum Pétain-Regime, die vorschnelle Anknüpfung von Beziehungen zu Franco und nicht zum geringsten, daß Finanz-, Produktions- und Verkehrsbeziehungen in für die herrschenden Kreise Deutschlands besonders wichtigen Bereichen bis in die letzten Kriegswochen trotz alliierter Drucks nicht wirklich abgebrochen wurden, waren eigenständige Entscheidungen Berner Regierungspolitiker unter maßgeblichem Einfluß von Spitzenvertretern der Wirtschaft.

[112:] In diesem Zusammenhang sind Josts ausführliche Darlegungen zu „staatsstreichähnlichen Tändeleien der autoritären Rechten“ (71) in Richtung Umwandlung der Schweiz in einen autoritären Staat à la Vichy sehr informativ. Solche Bestrebungen, die über das ohnehin bereits installierte „Vollmachtenregime“, wodurch „die üblichen demokratischen Entscheidungsverfahren weitgehend außer Kraft gesetzt wurden“ (45; als ausländischer Leser hätte man sich rechtliche Erläuterungen hierzu gewünscht), sowie die militärische Presse- und Radiozensur und „Volksgemeinschafts“-Propaganda noch hinausgingen, erreichten aber letztlich trotz Wohlwollens einiger Bundesräte (Minister), hoher Offiziere und Repräsentanten von Finanzen, Industrie und Handel nicht ihre Ziele. Das erklärt Jost wohl zu Recht damit, daß das Establishment, auch in Deutschland, am möglichst reibungslosen Funktionieren der schweizerischen Kriegswirtschaft zu sehr interessiert war, als daß man innenpolitische Turbulenzen riskieren wollte. (97) Zuzustimmen ist ihm ebenfalls, wenn er dieselben und ähnliche Erwägungen als Gründe dafür anführt, daß die Schweiz nicht von der Wehrmacht besetzt wurde. (97 f.)

In dem Geflecht von Politik und Wirtschaft weist der Autor letzterer die bestimmende Rolle zu, insbesondere wenn er den Außenhandel in einer Zwischenüberschrift (12) als „die strategische Lebensader“ bezeichnet. Beim Herannahen des Kriegsendes in Europa erlebte dieser, vorher ganz überwiegend auf die „Achsenmächte“ orientiert, einen eklatanten Niedergang, zumal rechtzeitige Schritte zur Abhilfe versäumt wurden: „Wirtschaftlich erweist sich das Jahr 1945, trotz des Waffenstillstandes vom 8. Mai 1945, als das härteste Kriegsjahr. Das Land befand sich wirtschaftlich auf einem

Tiefpunkt, war politisch isoliert und mußte gleichzeitig um die Neueroberung der Außenmärkte kämpfen. In gewissem Sinne war das Kriegsende für die Schweiz ein eigentlicher Kriegsbeginn, zumindest im handelspolitischen Sinn.“ (13) Und hier faßt Jost auch kurz zusammen, welchen Platz der zweite Weltkrieg einer im Buch ausführlich belegten Meinung nach in der Wirtschaftsgeschichte der Schweiz einnahm: „Dieser kurze Einbruch sollte uns jedoch nicht dazu verleiten, die gesamte positive Wirtschaftsbilanz dieser Epoche zu unterschätzen. Der Krieg bedeutete für die Schweiz wirtschaftlich keine Katastrophe, sondern die Überwindung der Weltwirtschaftskrise und eine produktive Übergangsphase in die Hochkonjunktur der Nachkriegszeit.“ (13)

Für die aktuelle internationale Diskussion über Raubgold, „nachrichtenlose“ Konten und ähnliche Probleme (z. B. Kriegsmaterialkredite) aufschlußreich sind Josts Ausführungen sowohl über das Verhalten führender schweizerischer Bank- und Behördenvertreter während der Kriegsjahre (besonders 106-115) als auch über ihre Nachkriegsbemühungen (besonders 173 ff.), in Verhandlungen mit den von den USA geführten Alliierten einerseits den Forderungen Raubgold zurückzuerstatten, deutsche Vermögenswerte für Reparationszwecke auszuliefern und alliierte Vertreter zu deren Aufdeckung zuzulassen, möglichst wenig nachzugeben [113:] („Bankgeheimnis“), andererseits aber die während des Krieges als Repressalie in den USA blockierten schweizerischen Guthaben freizubekommen. Weil „die Alliierten in vielen Fragen uneins waren und der aufkommende kalte Krieg die Schweiz zu einem begehrten Partner für den Westen werden ließ“ (177), kam das für die Schweizer Seite günstige Washingtoner Abkommen vom 25. Mai 1946 zustande, das dann nur teilweise realisiert wurde. Jost zitiert dazu den späteren Chef der politischen Abteilung des Politischen Departements des Bundesrates, Alfred Zehnder, mit der Zahlung von 250 Millionen Goldfranken habe sich die Schweiz „vom Verdacht der Unterstützung des Nationalsozialismus freikaufen“ müssen. (178)

Die gespannten Beziehungen zwischen der Schweiz und den USA in der ersten Nachkriegszeit ergaben sich allerdings nicht nur aus der Vergangenheit, sondern auch aus ihrer neuen Konkurrenz um die Eroberung der europäischen Märkte. Manche Schweizer hofften, mit ihrer weitgehend intakten, teilweise sogar während des Krieges modernisierten Wirtschaft den früheren Platz Deutschlands in Mittel-, Ost- und Südosteuropa einnehmen zu können, was sie in Kollision mit den Expansionsabsichten der USA-Wirtschaft bringen mußte. Die nach Jahrzehnten gerade erst von Bern diplomatisch anerkannte Sowjetunion war ebenfalls nicht dafür zu gewinnen. Der kalte Krieg und die Rolle, die das deutsche Terrain darin für die Großmächte spielte, machte die genannten schweizerischen Ambitionen zunichte.

Innerhalb der Schweiz hatten sich gegen Kriegsende vorher verdeckte und unterdrückte soziale Spannungen Luft gemacht: Streiks, Durchsetzung von „Gesamtarbeitsverträgen“, halbherzig erfüllte Forderungen nach Realisierung des schon 1925 in die Bundesverfassung aufgenommenen Artikels über eine „Alters- und Hinterlassenen-Versicherung“ (193-196), zeitweilig zunehmender Einfluß linker Strömungen. Doch das gab dem ohnehin stets starken Antikommunismus, durch den kalten Krieg begünstigt, wiederum Auftrieb. (166 ff.) Die in den Kriegsjahren entfaltete Staatsschutzaktivität nahm sogar noch zu. „Damit begann der Fischenstaat der Nachkriegszeit.“ (190)<sup>4</sup>

Sein mit ausführlicher Bibliographie und erläuterten Namenverzeichnis (in dem als Reichsbankpräsident der Kriegszeit zu Recht Funk und nicht wie im Text fälschlich Schacht aufgeführt ist) versehenes Werk abschließend, geht Jost noch darauf ein, wie bis in die jüngste Zeit hinein die freie Forschung über die Kriegsjahre offiziell behindert worden ist, vorgeblich aus Rücksicht auf noch lebende seinerzeit Prominente, die sich durch eine Publizierung unangenehmer Wahrheiten betroffen fühlen könnten.

[114:] Kritisch beurteilt Jost schließlich, wie die schweizerische Regierung in den letzten Jahren auf die internationalen Vorwürfe wegen ihrer Haltung in der Kriegszeit reagierte: „Der Bundesrat war schlecht beraten, als er eine exklusive Historikerkommission schuf, die nicht nur unter einem

---

<sup>4</sup> „Fischenstaat“ ist hier im Sinne von Überwachungsstaat gebraucht, „Fiche“ in der Bedeutung von „Dossier“, Anmerkung d. Hg.

internationalen Erwartungsdruck steht, sondern einmal mehr einen Ausnahmestatus in der historischen Forschung einnimmt. Eine umfassende Sinnstiftung kann nur in einem freien und demokratischen Wettbewerb aller interessierten Historiker und der Bürger und Bürgerinnen insgesamt erreicht werden.“ (230)

Um so höher ist zu schätzen, daß der Chronos-Verlag Zürich in den letzten Jahren eine ganze Reihe von Untersuchungen über die Geschichte der Schweiz jener Zeit herausgebracht hat, worin in der internationalen Öffentlichkeit gegenwärtig viel erörterte diesbezügliche Probleme ihren Platz finden.

Berthold Puchert

FRANZ W. SEIDLER/ DIETER ZEIGERT: *Die Führerhauptquartiere. Anlagen und Planungen im Zweiten Weltkrieg*, F. A. Herbig Verlagsbuchhandlung, München 2000, 384 S., III., Kt.

Das Wort „Führerhauptquartier“ erscholl während des zweiten Weltkrieges nahezu täglich aus dem Radio und ging den Sieges- und später Rückzugsmeldungen in den Zeitungen voraus. Der Ort blieb geheimnisumwittert, denn nur eine sehr gehobene Schicht von Offizieren, Naziparteifunktionären und Regierungsbeamten wußte, wo der jeweilige Sitz Hitlers und seiner Stäbe war. Gerüchte gab es viele. Besichtigen konnte man den wichtigsten und am längsten von Hitler als Hauptquartier genutzten Bau, die „Wolfsschanze“ bei Rastenburg (jetzt Ketrzyn) im Südostzipfel des damaligen Regierungsbezirks Königsberg in Ostpreußen, nachdem ihn die polnischen Behörden bald nach dem Krieg öffentlich zugänglich machten. Die gewaltigen Betonüberreste der am 23./24. Januar 1945 gesprengten Bunker in der am 27. Januar vom linken Flügel der Truppen der 3. Belorussischen Front der Roten Armee besetzten Sperrzone, wo auch das Attentat am 20. Juli 1944 erfolgte, beeindruckten auf schaurige Weise die Besucher. Exakte Informationen über dieses und andere tatsächlich genutzte oder nur vorbereitete Führerhauptquartiere mußten mühselig aus Einzelangaben in verschiedenen Publikationen zusammengetragen werden. Die vorliegende Analyse der Örtlichkeiten, in dem Entscheidungen größter Tragweite, die über das Leben und die Gesundheit von Hunderttausenden urteilten, schließt diese Forschungslücke.

Zwei Autoren haben sich das Zusammentragen der Fakten und die Analyse geteilt. Dieter Zeigert, Oberst a. D., Fachmann für Militärbauwesen und Militärgeschichte, untersucht das Thema auf den ersten 120 Seiten generell. Außerdem verfaßte er einige Abschnitte des zweiten Teils. Diesen schrieb unter dem bescheidenen Titel „Einzeldarstellungen“ auf etwa 220 Seiten Hans W. Seidler, emeritierter Geschichtspräsident der Universität der Bundeswehr in München. Seidler ist bekannt geworden durch seine apologetischen Arbeiten zur Kollaboration im zweiten Weltkrieg sowie seine vehementen Attacken auf die Hamburger Ausstellung über die Verbrechen der Wehrmacht. Der Aufbau der Monografie hat für den Nutzer viele Vorzüge. Beide Teile des Buches sind im besten Sinne einerseits eine Enzyklopädie der deutschen militärischen Spitzengliederung, des Verhältnisses der Wehrmachtteile zueinander, der „Vertretung von Staats- und Parteiinteressen“ im Hauptquartier und der Führung der Kämpfe auf den Kriegsschauplätzen im zweiten Weltkrieg durch Hitler und die Oberkommandos. Andererseits ist alles bisher Erforschte über die Ortsauswahl für die Standorte des Führers und Obersten Befehlshabers, das Baugeschehen, die Aufteilung der Räumlichkeiten, Bewachung, Nutzungszeiten, Tagesabläufe, Kommunikation, Verkehrsverbindungen, Standorte anderer oberster Dienststellen des Deutschen Reiches usw. hier nachlesbar.

Die Vf. sind zu dem Ergebnis gekommen, daß seit Kriegsbeginn 14 feste Anlagen unterschiedlicher Größe gebaut worden sind, weitere 6 blieben unvollendet. Alle trugen Decknamen wie „Adlerhorst“ (etwa 50 km nördlich von Frankfurt a. M.), „Wolfsschlucht“ (ca. 25 km nördlich von Charleville in Belgien), „Riese“ im Eulengebirge südwestlich von Breslau, „Bärenhöhle“ (westlich von Smolensk), „Wasserburg“, auf einer Insel bei Pskov (etwa 250 km südwestlich von Leningrad/St. Petersburg), „Eichenhain“ oder „Wehrwolf“ bei Vinnica, rund 200 km westlich von Kiev in der Ukraine. Nicht alle wurden tatsächlich von Hitler genutzt. Am längsten, vom 24. Juni 1941 bis zum 20. November 1944, hielt er sich mit einigen Unterbrechungen in der „Wolfsschanze“ auf. Dort befanden sich mit ihm 20 Generale, 161 Offiziere, 1212 Unteroffiziere, 6300 Mannschaften sowie ziviles Personal. (199) Das dortige Tagesgeschehen wird plastisch geschildert.

In die Darstellung einbezogen sind auch die „Führer Sonderzüge“, die kurzzeitig als Hauptquartiere dienten, und natürlich Hitlers Berghof auf dem Obersalzberg sowie die Reichskanzlei in Berlin, deren im Kriege ausgebautes Bunkersystem von Ende November 1944 bis zu Hitlers Selbstmord am 30. April 1945 diese Funktion erfüllte. Ein Streiflicht auf die Politik der letzten Monate des Hitlerregimes wirft die Schilderung der Verlegung bedeutender Teile des im Raum Zossen-Wünsdorf untergebrachten Hauptquartiers und anderer militärischer Dienststellen ab 12. Februar bis Mitte April, so daß es, wie Zeigert knapp formuliert „dem Zugriff der Sowjets entzogen“ war. (328) Hinzuzufügen ist, daß große Kraft aufgewendet wurde, um aktuelle Dokumente und Archive in den Westen zu schaffen.

Die Stärke und der wissenschaftliche Ertrag des Buches ist die Auswertung neuer Quellen. Besonders hervorzuheben ist der Nachlaß des Chefbaumeisters der Führerhauptquartieranlagen, des nicht der NSDAP angehörenden, 1911 geborenen und 1991 verstorbenen Architekten Siegfried Schmelcher. Aus diesen und [116:] anderen Quellen stammen exakte Angaben über die Rolle der Organisation Todt (OT), zu der alle Spezialisten dienstverpflichtet wurden, aber auch über den gewaltigen Einsatz von Menschen, Material und Geld. Schwächen treten besonders in den, allerdings gemessen am gesamten Text wenigen Textstellen auf, wo politisch-historische und sozialgeschichtliche Wertungen über das Regime Hitler, die Machtausübung und die dazu erforderlichen Herrschaftsstrukturen dargelegt werden. Die Eliten des Dritten Reiches werden nach den seit Jahrzehnten üblichen Mustern vieler deutscher Historiker von der Mitverantwortung für Kriegsplanung, Auf- und Ausrüstung der Wehrmacht als Aggressionsarmee, für die grausame Kriegführung usw. freigesprochen. Ausdrücklich beruft man sich auf die These von Joachim C. Fest, Hitler habe „die politische und militärische Macht in seiner Person vereinigt“ (24), oder zitiert Peter Hoffmann, der davon ausgeht, dieser habe die Macht „umfassend und unumschränkt“ ausgeübt. (32) Den Memoiren von Walter Warlimont und anderen folgend werden die General- und Führungsstäbe aller Waffengattungen einschließlich des OKW, des militärischen Führungsstabs des Führerhauptquartiers, als „Vollzugsorgane“ charakterisiert (34), die nicht einmal für viele operative Entscheidungen die Verantwortung getragen hätten.

Für alles, was mit dem Bau der Hauptquartiere zu tun hatte, wird die OT verantwortlich gemacht. Welche Firmen sich bei dieser beworben hatten und die lukrativen Aufträge erhielten, welche die technischen Einrichtungen lieferten und daran verdienten, wurde nicht zum Gegenstand der vorliegenden Forschung gemacht. Das trifft auch auf den Einsatz von Kriegsgefangenen, Zwangsarbeiter, „Hilfswilligen“ und deren Arbeitsbedingungen insbesondere in den besetzten Gebieten zu. Diese Komplexe harren noch einer Untersuchung, die allerdings auf dem gut aufbereiteten Material in vorliegender Monografie aufbauen könnte.

Gerhart Hass

FRANK LOTHAR KROLL: *Utopie als Ideologie. Geschichtsdanken und politisches Handeln im Dritten Reich*; Ferdinand Schöningh, Paderborn-München-Wien-Zürich 1998, 368 S.

Kroll ist seit 1995 Privatdozent für Neuere und Neueste Geschichte an der Universität Erlangen, mit der vorliegenden Arbeit hat er sich dort habilitiert. Innerhalb des konservativen Spektrums der Erlanger Historiker vertritt Kroll die Ideengeschichte, er ist Herausgeber der Festschrift für Kurt Kluxen mit dem Titel „Neue Wege der Ideengeschichte“ (1996). Sein Anspruch auf eine Renaissance ideengeschichtlicher Betrachtung der Geschichte macht mit Nachdruck darauf aufmerksam, daß die Bestrebungen auf Zurückdrängung kritischer Sozialgeschichte nicht nur auf die Erneuerung des Primats traditioneller Politikgeschichte, also vor allem Diplomatie- und Militärgeschichte, abzielen, sondern auch in einer ampu-[117:]tierten Ideengeschichte, d. h. einer Ideengeschichte ohne kritische Gesellschaftsgeschichte, ihr zwangsläufiges Pendant finden. Beide entspringen derselben Wurzel und teilen entscheidende Prämissen.

Bisherige Publikationen Krolls behandeln Fragen der Kunstgeschichte im 19. Jahrhundert, er schrieb ein Buch über das Ornament in der damaligen Kunsttheorie und hat 1987 die Festschrift für Heinrich Lützelherausgegeben. Kroll ist Herausgeber der *Zeitschrift für Ästhetik und Allgemeine Kunstwissenschaft* und Präsident der Werner-Bergengruen-Gesellschaft. Zudem publizierte er über Friedrich Wilhelm IV. und das Staatsdenken der deutschen Romantik.

Kroll versteht seinen Deutungsansatz als Innovation: Bisher habe die Forschung ideengeschichtliche Analysen des deutschen Faschismus vernachlässigt. Dies widerspreche aber der Bedeutung, die dem Faktor „Ideologie“ für das Erscheinungsbild des „Dritten Reiches“ zukomme. Angesichts der massiven Ideologisierung des politischen Lebens sei eine bewußt ideengeschichtlich ausgerichtete Analyse geboten. Gemäß der Überzeugung des Vf., daß alles, was gedacht wird, bereits ein Teil der Wirklichkeit sei, nimmt er in Anspruch, mit seiner ideengeschichtlichen Deutung den Stellenwert der vorgestellten Versatzstücke von Geschichtsbildern für die politische Praxis quasi bereits bestimmt zu haben.

Um das Geschichtsdenken im „Dritten Reich“ zu erhellen, wendet er sich weder der institutionalisierten Geschichtswissenschaft noch dem Geschichtsunterricht zu und auch nicht der Geschichtspaganda im öffentlichen Raum, sondern ausschließlich dem Geschichtsbild einiger führender Protagonisten. Herangezogen werden Repräsentanten des Naziregimes, die sowohl in politischen Spitzenpositionen wirkten als auch ideologisch maßgebend gewesen seien, und zwar nur Hitler, Rosenberg, Darré, Himmler und Goebbels. Ihnen schreibt Kroll eine „spezifisch durchgeformte Weltanschauung“ und ein „mit dieser Weltanschauung korrespondiertes Geschichtsbild“ zu. „Gleichzeitig standen ihnen allen aber auch entsprechende, wenngleich unterschiedlich stark zu gewichtende Handlungs-, Macht- und Einflußmöglichkeiten zur Verfügung, um dieser Weltanschauung und diesem Geschichtsbild Resonanz und Gehör im Bereich der politischen Praxis zu verschaffen.“ Diese personenbezogene Rekonstruktion von Geschichtsauffassungen leiste – so sein Anspruch – „zugleich bereits wesentliche Einblicke in die den einzelnen Ideologieträgern jeweils zugeordneten Felder und Bereiche des nationalsozialistischen Herrschaftsapparates“. (17) Der Vf. bezeichnet seine Haltung als „intentionalistisch orientiert“. Also ohne eigenständige Analyse der wirklichen Politik lägen demzufolge die Folgewirkungen der Geschichtsauffassung führender Regimeträger quasi auf der Hand, sofern nur Rang und Stellenwert dieser Geschichtsbilder für die Begründung, die Absicherung und die rechtfertigende Überhöhung der Politik insgesamt gedeutet seien.

[118:] Kroll proklamiert einen „ideengeschichtlichen“ Ansatz, doch die ideengeschichtliche Herkunft der herangezogenen Texte analysiert er nicht. Auch die Personen, aus deren Texten historische Versatzstücke als deren „Ideen“ ausgewählt wurden, sind seltsam entwicklungslos, der situative Platz der Textpassagen im Entwicklungsprozeß der Person oder im Kontext der Politik bleibt unbestimmt. Wenn die Rückwendung zu einer ahistorischen und personalistischen Ideengeschichte „neu“ ist, weil diese längst kritisch überwunden war und die Rückkehr Ignoranz und Eskamotierung „älterer“ Erkenntnisse der Faschismusforschung wie der Ideologiekritik bedeutet, dann mag man dieses Verfahren innovativ nennen und es als „Neuerung“ anpreisen, erkenntnisfördernd ist es keinesfalls.

Krolls Quellenauswertung stützt sich mit einer Ausnahme (Himmler) auf publizierte Texte, geht aber weit über einschlägige Schlüsseltexte hinaus. Die Analyse des Materials orientiert sich „am Duktus der Primärtexte“ (24), selbst die vergleichende Analyse zwischen den unterschiedlichen Prioritäten der Geschichtsbilder der fünf Nazis verbleibt hochgradig in deren Immanenz. So kann der Materialreichtum des Buches den verfehlten Ansatz nicht wettmachen.

Die Ahnungslosigkeit des Vf. über Sozialismus und materialistische Geschichtsauffassung, mit denen er sich mehrfach anlegt, ist schlicht peinlich. Oberflächlich und vordergründig ist die Analogiebildung der heterogenen Geschichtsbilder der fünf untersuchten Autoren zur *Polykratie* des Herrschaftsregimes, zumal sie mit der vorausgesetzten Totalitarismuskonzeption merkwürdig kollidiert. Diese Heterogenität kann nur den überraschen, der die Naziideologie für ein konsistentes Ideensystem hält und ihre Quellen, Strukturen und Wirkungsweise nicht kennt. Krolls Diagnose eines „Polyzentrismus der ideologischen Konzeptionen im Nationalsozialismus“ wirkt aufgesetzt angesichts der Tatsache, daß die Systematisierung der heterogenen Versatzstücke wesentlich von ihm selbst stammt.

Ungeachtet der verschiedenen Akzentuierungen bei Hitler, Rosenberg, Darré, Himmler oder Goebbels gilt: „Die historische Tatsachenwelt wurde zu einer Art Steinbruch beliebig verwertbarer Geschichtsfolien degradiert und erschien als ein Arsenal von Brauchbarkeiten“ (244), und wo deren Versatzstücke trotz Klitterung nicht brauchbar erschienen, wurden sie frei erfunden. In der je exemplarischen Geschichte entdeckten die Naziautoren jene angeblichen Entwicklungsgesetze wieder, die

sie selbst in sie hineingelegt hatten, vor allem den Mythos von der „*arischen Rasse*“ als der allein zu kultureller Schöpfung und staatlicher Tätigkeit befähigten, die sozialdarwinistische Idee des Rassenkampfes und insbesondere eines ewigen Kampfes zwischen „*arischer*“ und „*jüdischer Rasse*“, daraus abgeleitet den Anspruch auf „*Rassenpolitik*“, Lebensraum und Vorherrschaft. Darré war jener konzeptive Ideologe einer Blut- und Boden-Mystik, der Geschichte überhaupt an die Existenz „*nordischer*“ Menschen band. Welche [119:] Vergangenheit als exemplarisches Vorbild jeweils propagiert wurde, blieb letztlich austauschbar. Im Unterschied zu Himmler, Rosenberg oder Darré bezog sich Hitler selten auf die Germanen, und er spottete wie Goebbels über die Bärenfell-Romantik. Während Himmler auf die Asservatenkammer der mittelalterlichen bzw. frühneuzeitlichen Geschichte zurückgriff, propagierte Goebbels „*preußischen Stil*“ als „*sozialistische Haltung*“. Darrés Vorwürfe gegen das preußische Reformwerk Steins und Hardenbergs waren dieselben, die bereits Adam Müller erhoben hatte, ein Musterkatalog romantischer Sozialkritik. Insgesamt aber blieb das Spektrum exemplarischer Vergangenheiten und konkreter Vorläufer dürftig, denn die eigene Herrschaft und die Mobilisierung für den Krieg um die Weltvorherrschaft wurden als weltgeschichtliche Zäsur für einzigartig erklärt und als Erfüllung und Vollendung, ggfs. auch als Korrektur bisheriger deutscher Geschichte gefeiert, wobei diese „*Erneuerung*“ quasi die Geschichte für alle Zukunft abschaffen sollte.

Dos von Kroll zusammengestellte Material belegt gerade das Gegenteil der Absicht des Autors: Nicht Geschichtsbilder bestimmen als „*Ideen*“ das Handeln, sondern die politischen Interessen und Handlungsziele wurden in eine pseudohistorische Perspektive gesetzt. So stellt der Sammelfleiß dem Leser manche wenig bekannten Versatzstücke als Zitate vor, Aufschluß über das Wechselverhältnis von Ideologie und Politik aber kann das Buch nicht bieten.

Zweifellos muß man dem Vf. eine außergewöhnliche Portion Humor bescheinigen: Warnt er doch selbst ausdrücklich vor jenen methodischen Fehlern, Irrwegen oder Sackgassen, in die er dann entschieden aufbricht. Von diesen seien nur folgende resümiert:

a) Kroll will den Nationalsozialismus als „*geistiges*“ Phänomen in den Köpfen seiner maßgeblichen Verkünder, Protagonisten und Vollstrecker“ untersuchen. Strikt personalistisch orientiert, will er sich dieses Vorhaben auch nicht „*durch die intellektuelle Dürftigkeit und den zweifellos vorhandenen Mangel an geistiger Originalität*“ jener vergällen lassen, deren Texte er heranzieht. (12)

b) Ungeachtet der diagnostizierten Inferiorität „*aller nationalsozialistischen Ideologen*“ unterstellt Kroll den deutschen Faschismus als „*Ideenbewegung*“. Seine Ideen seien „*in präzedenloser Weise zu prägenden Faktoren der Realgeschichte*“ geworden und hätten „*maßgeblich die konkrete politische Entscheidungsfindung*“ bestimmt. Man muß schon die Ergebnisse historischer Forschung, die die Determinanten konkreter politischer Entscheidungen der faschistischen Führung untersuchten, als Müll behandeln, um sie derart als „*ideenbestimmt*“ zu unterstellen. Als Herr Mölnir seine SA-Männer zeichnete, hat er nicht wissen können, daß es sich statt einer politischen Terrororganisation um eine „*Ideenbewegung*“ handelte.

[120:] c) Der Ansatzfehler liegt in Krolls umstandsloser Identifizierung von Ideologie und Ideen. Denn er begründet die Notwendigkeit „*bewußt ideengeschichtlich ausgerichteter Analysen*“ aus dem Vorhandensein ideologischer Antagonismen und der Macht des „*Faktors Ideologie*“. Die Spezifik der Funktions- und Wirkungsweise von Ideologie aber scheint Kroll nicht zu kennen.

d) Ebenso umstandslos schließt der Verfasser aus „*Programmen*“ auf Politik, weil die „*Weltanschauung*“ der Hitlerfaschisten eine „*grundsätzlich auf Verwirklichung im Bereich der politischen Praxis angelegten Ideenbewegung*“ gewesen sei. Kroll nennt das eine „*praxeologisch orientierte Fragehaltung*“. Offen räumt er die Berührung seiner „*Fragehaltung mit dem eigenen Selbstverständnis des Nationalsozialismus*“ (18) ein, doch hat dies seine „*besondere hermeneutische Wachsamkeit*“ nicht alarmiert.

e) Ausgehend vom Postulat strikter Quellen- bzw. Textnähe versagt sich der Vf. ein eigenes Bezugssystem. Seine Arbeit „*orientiert sich vielmehr strikt am Duktus der Primärtexte selbst, wobei nicht eigens betont zu werden braucht, daß es sich dabei stets nur um das Verstehen dieser Texte,*

keinesfalls hingegen um ein Verständnis für die in ihnen bekundeten Inhalte gehen kann. Der Verfasser ist sich überdies bewußt, daß der Versuch, die verschiedenen nationalsozialistischen Geschichtsideologien in eine operationalisierbare Darstellungsform zu bringen, diesen Ideologien ein Maß an systematischer Geschlossenheit und logischer Stringenz zubilligt, das sie tatsächlich nie besitzen haben.“ (25)

Hier endet der Humor, nun macht Kroll aus seiner Not eine Tugend: Er nimmt das bekannte Diktum Kants als Motto an und behauptet einer jener Interpreten zu sein, welche die zitierten Autoren besser verstehen als diese sich selbst. Da ihm bei (dieser Anmaßung jedoch nicht ganz wohl ist, schmückt er sich mit Senecas Sentenz, er empfinde sich im fremden Lager nicht als Überläufer, sondern als Kundschafter. Angesichts seines erklärten Verzichts auf ein eigenes, Kritik erst ermöglichendes Bezugssystem, ist dies nur noch Blasphemie. Allen Methodikern und Hermeneutikern aber möge Kroll das Rätsel erklären, wie er diese Texte unter Ausschluß jeglichen Verständnisses der in ihnen bekundeten Inhalte verstehen kann.

Werner Röhr

HERMANN LANGBEIN: *Der Auschwitz-Prozeß. Eine Dokumentation*. Unveränderter Nachdruck der 1965 im Europa-Verlag Wien erschienenen Erstausgabe, Frankfurt a. M. 1995, 2 Bde., 1027 S.

Seit Jahrzehnten hat die Justiz beim Aufhellen der Machtmechanismen des Nazireiches und der von dessen Repräsentanten und Bütteln verübten Verbrechen einen gewichtigen Beitrag geleistet. Niederschlag fand das in Zehntausenden Ver-[121:]nehmungspunkten Überlebender, die als Opfer und Tatzeugen aussagten. Dazu gesellen sich in den Akten zahlreiche andere aussagekräftige Quellen, einschließlich Anweisungen, Befehlen und sonstigen schriftlichen Hinterlassenschaften des Nazireiches. Oft stützten sich Gerichte auf Gutachten namhafter Wissenschaftler: Neben Medizinern, Psychologen, Psychiatern, Ökonomen und Völkerrechtlern waren es vor allem Historiker, die zum Aufhellen des Geschehensablaufs beitrugen. Erinnerung sei an Wolfgang Scheffler, dem in 229 bundesdeutschen NS-Strafurteilen die Überzeugungskraft seiner „eingehend begründeten, einleuchtenden und glaubhaften“ Expertisen attestiert wurde. So stellen Justizakten – über ihren strafprozessualen Rang weit hinausgehend – einen gewichtigen Fundus für die Forschung dar.

Gleichwohl: Funktion des Richters ist es, über Schuld oder Nichtschuld des Angeklagten zu befinden. Den Verlauf einer Verhandlung – geschweige denn einer Voruntersuchung – detailgetreu zu skizzieren, ist nicht seine Aufgabe. Das Credo des Juristen bedingt: Als Schuldnachweis gilt nur, was Gegenstand der gerichtlichen Beweisaufnahme war. Soweit sich deren Resultat im Richterspruch widerspiegelt, ist es Grundlage der Rechtsfindung und kann – die bundesdeutschen NS-Prozesse bis 1966 betreffend (die späteren sowie die einschlägigen SBZ- und DDR-Urteile werden folgen) – heute im Wortlaut nachgelesen werden.

Der Verhandlungsablauf hingegen wird wohl protokolliert, doch nur mit reduziertem Aussagewert und zudem in der Vergangenheit in Ost und West unterschiedlich: Die in der DDR bis 1952 und in der BRD bis 1965 nahezu gleichlautende, freilich vielfach novellierte Fassung der Strafprozeßordnung vom 1. Februar 1877 sah nur sogenannte Formalprotokolle vor, aus denen sich ergab: Ort und Tag der Verhandlung, die Namen der Verfahrensbeteiligten, der Anklagevorwurf, ob öffentlich verhandelt wurde sowie „alle wesentlichen Förmlichkeiten“ (Anträge, dazu ergangene Entscheidungen und die Urteilsformel ohne Gründe). Darüber hinaus konnte der Vorsitzende gemäß § 273 Abs. 3 das Festhalten einer bestimmten Aussage oder Äußerung anordnen.

Als die DDR am 2. Oktober 1952 eine neue Strafprozeßordnung erließ, bestimmte § 229 Absatz 3: „Die Aussagen der Angeklagten, Zeugen und Sachverständigen sind im Protokoll mit ihrem wesentlichen Inhalt zu bezeichnen.“ Zwar war man dazu teils schon früher übergegangen: So ist in einer Reihe bedeutender Prozesse (in den Leipziger Hasag-Verfahren 1948/49, im Berliner Prozeß „Köpenicker Blutwoche“) relativ viel überliefert, doch stellen auch diese Aufzeichnungen keine Wortprotokolle dar, soweit nicht einzelne Passagen auf Geheiß des Vorsitzenden oder gemäß Anträgen der Beteiligten exakte Aufnahme fanden. Ansonsten waren sie abhängig von dem, was der Protokollant für festhaltenswert hielt. Zwar konnten Ankläger und Verteidiger seit 1952 binnen drei Tagen

Protokollberichtigung verlangen, was verschiedentlich auch geschah. [122:] Dennoch ist der exakte Wortlaut ostdeutscher Strafprozesse nur dann heute noch feststellbar, wenn Funk oder Fernsehen über entsprechende Mitschnitte verfügen.

In der BRD galt für ab dem 1. April 1965 beginnende Strafprozesse, daß mehr als Formalprotokolle statthaft waren. Den Auschwitzprozeß tangierte das nicht, da er bereits anhängig war. Als man dort feststellte, daß Dauer und Umfang des Verfahrens das exakte Festhalten der Aussagen bedingten, ist jeder Zeuge gefragt worden, ob er der Tonbandaufzeichnung zustimmt. Das ist meist geschehen, in Einzelfällen auch verweigert worden. (408) Diese Mitschnitte standen aber allein den Richtern zur Verfügung, selbst Verteidigern und Nebenklägern war der Zugang zu den Bändern versagt, die nach der Urteilsverkündung zu vernichten waren.

Hermann Langbein (Jahrgang 1912), österreichischer Spanienkämpfer, Häftling in Auschwitz, war Zeuge im Prozeß und blieb danach dort. Er hat die Dokumentation verfaßt. Für die Zeit vor seiner Vernehmung, die er außerhalb des Gerichtssaals verbringen mußte, stützte er sich auf Presseberichte. Anliegen seines Werkes ist: „Es soll künftigen Historikern, vor allem aber der jungen Generation in Deutschland Möglichkeit zur Orientierung und Stoff zum Nachdenken bieten.“ (908)

Er hat den Verlauf der 183 Verhandlungstage vom 20. Dezember 1963 bis 20. August 1965 skizziert. Hervorzuheben ist vor allem, daß für jeden der 20 Abgeurteilten der Geschehensablauf nachgezeichnet wird: Dem Leugnen der von Selbstmitleid geprägten Angeklagten (Schobert: „Sind wir nicht auch Opfer des Nationalsozialismus?“), deren Verhalten Gerichtspräsident Hofmeyer wertete: sie „haben im wesentlichen geschwiegen und die Unwahrheit gesagt“ (908), stellt der Autor die in aller Regel präzisen Aussagen der Zeugen gegenüber. Seine Objektivität belegt, daß er zugleich schildert, wie die Verteidigung beim Ortstermin in Auschwitz nachwies, daß ein Belastungszeuge das von ihm Vorgetragene von seinem Standort gar nicht wahrnehmen konnte.

Den Anwälten wird ohnehin breiter Raum gewährt. Zwar wertete es das Gericht als gutes Zeichen, daß sie „alles für ihre Mandanten getan“ hätten. Doch darf solches Lob nicht für jene Advokaten gelten, die speziell osteuropäische Zeugen – den sowjetischen begegnete man „am kühnsten“ (293) – inquisitorisch zu diffamieren trachteten, was im erfolglosen Antrag des Verteidigers Laternser kulminierte, einen aus Polen Angereisten im Gerichtssaal zu verhaften. Ein Landsmann des Zeugen hat die Haltung jener Anwälte – von denen sich freilich andere ihrer Kollegen distanzieren – mit den Worten kommentiert, das erinnere ihn an in Auschwitz Erlebtes. (858)

Ausführlich prüfte das Gericht, ob den Angeklagten Befehlsnotstand zuzugestehen sei. Dazu wurde unter anderem der Experte der Zentralen Stelle Ludwigsburg, [123:] Staatsanwalt Kurt Hinrichsen, gehört, der in seinen Ermittlungen keinen Fall feststellen konnte, „in dem Nichtbefolgung von verbrecherischen Befehlen Gefahr an Leib und Leben für den Betreffenden gebracht hätte“. (833) Der Vorsitzende zitierte ein Mitteilungsblatt der SS: „Allen Befehlen ist bedingungslos zu gehorchen. Nur ein Befehl, der ein Verbrechen bezweckt, soll und darf nicht befolgt werden.“ (835)

Für die historische Forschung stellt dieses Strafverfahren den gewichtigsten Beitrag der deutschen Justiz zur Aufhellung der in einem Konzentrationslager, das zugleich Vernichtungslager war, verübten Untaten dar. Gleiche Wertschätzung kann freilich dem rechtlichen Gehalt der verkündeten Entscheidung nicht attestiert werden. Langbein verweist darauf, daß „das Strafmaß in einigen Fällen die Beobachter verbittern mußte“, und man tut den Frankfurter Richtern und Geschworenen nicht unrecht, wenn man die Meinung ausspricht, die Urteile gegen mehrere der Angeklagten „wären anders ausgefallen, wenn der Prozeß in Polen oder Frankreich“ stattgefunden hätte. (906 f.) Dort wären deren Straftaten freilich nicht – wie in der Bundesrepublik seit 1951 durchweg geschehen – nach den Normen des deutschen Strafgesetzbuches von 1871, sondern vielmehr auf völkerstrafrechtlicher Grundlage geahndet worden. Schließlich unterschied sich die in Betracht kommende Kriminalität sowohl durch Ursachen und Triebkräfte als auch durch die Zielsetzung grundlegend von allen anderen Straftaten: Es handelte sich weitgehend um staatlich geplante und organisierte Verbrechen von einer bis dahin nicht gekannten Dimension, die sich gegen das höchste Rechtsgut der Menschheit – das friedliche Zusammenleben der Völker – richteten. Professor Friedrich Karl Kaul – einer der drei

Nebenklagevertreter – hat das Frankfurter Schwurgericht nachdrücklich aufgefordert, das Verhalten der Angeklagten in Übereinstimmung mit dem Urteil des Nürnberger Hauptkriegsverbrecherprozesses als Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu qualifizieren und dementsprechend zu ahnden.

Hermann Langbein hätte gut daran getan, diesen Ausführungen – die er unerwähnt läßt – gebührenden Raum zu widmen.

Günther Wieland

BERNHARD WASSERSTEIN: *Europa ohne Juden. Das europäische Judentum seit 1945*. Kiepenheuer & Witsch, Köln 1999, 388 S.

Das zentrale und den roten Faden des Buches bildende Thema Bernhard Wassersteins kommt im englischen Originaltitel von 1996 noch prägnanter zum Ausdruck: „Vanishing Diaspora“ – Das Dahinschwinden der jüdischen Minderheiten außerhalb Israels. Es ist die Frage danach, was aus den Juden in Europa wird, deren Zahl 1939 zehn Millionen, nach 1945 vier Millionen, 1995 zwei Millionen [124:] betrug und die sich zum Jahrtausende seiner Berechnung nach einer Million annäherte. Dieses Verschwinden begann mit ersten flutartigen Emigrationswellen am Ende des 19. Jahrhunderts aus Osteuropa, dem Herzland und kulturellen Zentrum des europäischen Judentums im letzten Jahrtausend, wurde durch die nationalsozialistische Völkermordmaschinerie auf grausame Weise befördert und mündete schließlich nach 1945 in mehrere Emigrationswellen – besonders explosionsartige in den 90er Jahren aus Osteuropa – nach Israel und in die USA und in geringerem Maße nach Westeuropa. Damit befindet sich das heutige Zentrum des europäischen Judentums in Großbritannien, Frankreich und Deutschland. In den dortigen multikulturellen Gesellschaften geben die Juden in raschem Tempo ihre religiösen und kulturellen Besonderheiten im Prozeß der Assimilierung auf. Sie verlöschen als religiöse, kulturelle, nationale Minderheit, gehen in den sie umgebenden Gesellschaften auf. Wassermann stellt fest: „Wir erleben ... das Verschwinden der europäischen Diaspora als einer Bevölkerungsgruppe, eines kulturellen Gebildes und einer bedeutsamen Kraft in der europäischen Gesellschaft und der jüdischen Welt.“ (333) Dieser Prozeß ist nach Meinung des Autors kaum künstlich aufzuhalten und muß letztlich der freien Willensentscheidung der Betroffenen anheimgestellt werden.

Mit dieser Thematik ist ein anderer Fragenkomplex untrennbar verbunden, der im Buch nach neuen Antworten abgeklopft wird. Er betrifft die Tatsache, daß, „obwohl die Zahl der Juden zurückgeht ... die Judenfrage ... in unterschiedlicher Form in der Politik der meisten europäischen Länder wieder aufgetaucht (ist) ... (und) seit 1945 in kritischen Momenten ein maßgebliches Thema des öffentlichen Diskurses bildet.“ (10 f.) Die Antwort Wassermanns dazu gipfelt in einer Frage: Können und „sollen die Juden (überhaupt, S. H.) irgend eine Form der Trennung ... zwischen sich selbst und der gesellschaftlichen Umgebung – in religiöser, kultureller und sozialer Hinsicht – aufrechterhalten?“ (326)

Der Geschichtspräsident Wasserstein, seit 1996 Präsident des Oxford Centre for Hebrew and Jewish Studies, hat mit diesem Buch zugleich eine exzellente erste Politik- und Sozialgeschichte der Juden im Nachkriegseuropa vorgelegt. Regelrechte Spannung beim Lesen des Buches resultiert daraus, daß die Geschichte der Juden in Europa hervorragend in die politische Geschichte der Zeit eingeordnet wird, die treibenden Interessen, Motive, Beweggründe, Sichtweisen der herrschenden Kräfte und Bevölkerungen und die daraus resultierende Haltung den Juden gegenüber und umgekehrt dargelegt werden. Prägnant ist auch die Darstellung des Woher des europäischen Judentums, seiner Rolle in Europa während der letzten Jahrhunderte im Vergleich zur heutigen Rolle.

Dabei wird die Haltung der Regierungen und Bevölkerungen West- und Osteuropas, der USA, Israels sowie der Juden Europas selbst vor, während und nach dem zweiten Weltkrieg schonungslos kritisch, jedoch in bemerkenswert vorurteils-[125:]freier und gerechter Weise *sine ira et studio* [ohne Zorn und Eifer], geschrieben. Und dies gelang auf der Grundlage der Erschließung einer Vielzahl zwar neuer Quellen in englischer, französischer und deutscher Sprache, nicht dagegen in russischer, polnischer und ungarischer Sprache.

In den einzelnen Kapiteln werden bisher kaum beschriebene Tatsachen behandelt und kritisch gewertet. So wird im ersten Kapitel die wenig rühmlichen Behandlung der jüdischen Opfer des Naziregimes vor allem von den Westmächten in Deutschland und Österreich als „Displaced Persons“ gründlich untersucht. Dargestellt werden die antisemitischen Pogrome im Rahmen von Machtkämpfen in der zweiten Hälfte der 40er Jahre in Polen, der Slowakei, der Ukraine und in anderen osteuropäischen Ländern. Sehr differenziert werden auch die projüdischen Maßnahmen ab 1917 in der UdSSR einerseits, als auch andererseits die antikapitalistischen, antinationalistischen und Anti-Intelligenzmaßnahmen unter Stalin, die die russischen Juden besonders trafen, beschrieben und bewertet.

Untersucht werden Themen, wie der sich wandelnde Einfluß Israels unter kritischer Beurteilung seines sich verändernden politischen Handelns auf die europäischen Juden; das sich bessernde Verhältnis zwischen christlichen Kirchen und Judentum und die Bewältigung respektive Verdrängung der nationalsozialistischen Vergangenheit durch die Juden auf der einen und die Nichtjuden in Westeuropa auf der anderen Seite.

Insgesamt wird ein sehr detailreiches und auf die einzelnen Länder West- und Osteuropas bezogenes Bild von der sozialen und politischen Geschichte der Juden, ihrer sich wandelnden Rolle in der Gesellschaft und der Haltung der nichtjüdischen Bevölkerung zu ihnen in verschiedenen historischen Abschnitten von 1945 bis 1996.

Sibylle Hinze

GABRIEL KOLKO: *Das Jahrhundert der Kriege*. Aus dem Amerikanischen von Hans Günter Holl, S. Fischer Verlag GmbH, Frankfurt am Main 1999, 446 S.

Inmitten des Millennium-Taumels haben Rückblicke auf das vergangene Jahrhundert Hochkonjunktur. Jüngsten Deutungen als „kurzes Jahrhundert“ oder als „Zeitalter der Extreme“ (Eric Hobsbawm) ging das hier vorzustellende Buch insoweit zeitlich voraus, als seine amerikanische Ausgabe „Century of War“ bereits 1994 erschien. Möglicherweise auch aus diesem Grund werden neueste Entwicklungen etwa auf dem Balkan nicht thematisiert. Der Zeitrahmen des Bandes endet im wesentlichen mit dem amerikanischen Rückzug aus Vietnam 1975. Dem Verfasser ging es aber gar nicht um eine auch nur annähernd vollständige Behandlung sämtlicher bewaffneter Konflikte zwischen 1900 und 1999, sondern um die Analyse typischer Phänomene anhand aussagekräftiger Beispiele.

[126:] Wie der Titel unschwer erkennen läßt, sieht Kolko das Charakteristische des 20. Jahrhunderts in Anzahl und Charakter der in ihm ausgetragenen kriegerischen Auseinandersetzungen, die – so eine seiner Kernthesen – in nahezu allen Fällen einen völlig anderen Verlauf genommen hätten, als dies von den für die Planung und Vorbereitung verantwortlichen Politikern und Strategen angenommen worden war. Die Überraschung, die den Verfasser angesichts dieser seiner „Entdeckung“ befällt, wäre vermutlich gedämpft worden, hätte er auch nur den Versuch eines Vergleichs mit anderen Zeitperioden angestellt. Es kann schließlich nahezu als eine Binsenwahrheit gelten, daß kriegerische Operationen so gut wie nie durchgängig nach den ursprünglichen Plänen der Generäle abliefen. Ob man den die Verantwortung tragenden Staatsmännern und Militärs im 20. Jahrhundert größeren Illusionismus als ihren Vorgängern anzulasten hat, wäre eine interessante Frage, die hier jedoch nicht aufgeworfen wird, zumal sie nicht im Mittelpunkt von Kolkos Erkenntnisinteresse steht. Seine Ausführungen über die Wandlungen des Kriegsbildes und der Kriegführung im Zeitalter der beiden Weltkriege bis hin zum Vietnamkonflikt beschränken sich daher auf eine eher impressionistische Wiedergabe verfügbarer Forschungsergebnisse, die er unter der Überschrift „Kriegsorganisation“ im ersten Viertel des Buches ausbreitet.

Den Autor beschäftigt in erster Linie die Frage, welche innenpolitischen und gesellschaftlichen Auswirkungen die seit 1914 mehr und mehr total geführten Kriege auf die in sie verwickelten Staaten entfalteten. So vielversprechend diese im zweiten Hauptteil unter „Politik und Gesellschaft“ subsumierte Fragestellung ist, so wenig Sensationelles steckt in ihr, konnte doch – entgegen dem von Kolko vermittelten Eindruck – nie ein Zweifel darüber bestehen, daß etwa die russische Revolution von 1917 wie auch andere Umstürze im Gefolge verlorener Kriege ohne diese Vorgeschichte schlechterdings nicht denkbar sind. Der Verfasser behandelt die Umbrüche ab 1917 anhand der Fallbeispiele

Rußland, Deutschland und Italien – eine etwas unglückliche Auswahl, waren doch die Umwälzungen in den beiden erstgenannten Ländern unmittelbare Konsequenzen der Niederlage auf dem Schlachtfeld (wie auch der durch zunehmende Ernährungsprobleme geprägten Situation an der Heimatfront), während die faschistische Machtergreifung in Italien 1922 in einem Land erfolgte, das zu den Siegermächten zählte, aber die sozialen und wirtschaftlichen Folgen seiner Kriegführung auch noch Jahre nach Ende der Kämpfe nicht verdaut hatte. Ins Zentrum seiner Betrachtungen rückt Kolko die Rolle der „Massen“ und insbesondere die Mobilisierung ihres politischen Bewußtseins, die der Krieg mit sich brachte. Geboten wird ein eher eindimensionales Erklärungsmodell, demzufolge die Leiden und Entbehrungen des Kampfes die hiervon am stärksten betroffenen Schichten geradezu zwangsläufig politisieren und zum Handeln treiben mußten. Obwohl zu Recht hervorgehoben wird, den Regierungen und Monarchen sei seit 1914 die Labilität ihrer Herrschaft im Falle eines unvorhergesehenen Kriegsverlaufs bewußt gewese-[127:]sen, geht der Verfasser nicht darauf ein, ob nicht etwa auch die seit dem „Augusterlebnis“ von oben bewußt geförderte Politisierung breiter Bevölkerungsschichten, ja tendenziell des gesamten Volkes schließlich eine nicht intendierte Richtung einschlug und die Ereignisse von 1917/18 in Rußland, Deutschland und Österreich-Ungarn mitbedingte. Die Debatte, welchen Lohn die bislang unterprivilegierten Bevölkerungsteile nach dem erhofften Sieg für ihren Kriegseinsatz fordern und auch erhalten sollten, war schließlich bereits während des Ringens in vollem Gange – mochte man auch zeitweilig den Ausweg darin gesehen haben, die präsumptiven Besiegten die Rechnung begleichen zu lassen.

Derartige Aspekte greift Kolko nicht auf. Statt dessen richtet sich sein Blick auf die Eigendynamik der aufkommenden Massenbewegungen und deren Verhältnis zu ihren Führern. Die Entwicklung im Zarenreich beschreibt er sehr instruktiv als den Versuch zur Lenkung der Massen durch die von Lenin postulierte „Vorhut“ der Arbeiterklasse, die aber ihrerseits in einem dialektischen Verhältnis zu den Massen stand, diese also nicht nur dirigieren konnte, sondern ihr und ihren Forderungen auch selbst zu folgen hatte. Völlig verzerrt werden hingegen die Entwicklungen im Deutschen Reich geschildert, die Kolko ausschließlich als Versagen, ja bewußte Kollaboration der SPD-Führung mit den Herrschenden deutet. Sozialdemokraten und Gewerkschaften seien vom „Militarismus eingenommen“ (116) und 1914 „weitgehend von konservativen Strebern geprägt“ gewesen (117); die SPD gilt ihm gar als „zuverlässiger Helfershelfer der Militärs“. (151) Derartige Pauschalurteile können in ihrer Undifferenziertheit dem komplexen, von zahlreichen Widersprüchen und Skrupeln gekennzeichneten Denken und Handeln der sozialdemokratischen Führung – ganz zu schweigen von der Masse der Anhänger – schwerlich gerecht werden, wie sie auch mit der ganz anders gearteten Wahrnehmung durch die Herrschenden in keinerlei Zusammenhang stehen. Die diesbezüglichen Passagen des Buches bleiben somit weit hinter dem bereits erzielten Forschungsstand zurück und vermögen keinerlei neue Einsichten zu vermitteln.

Auch für seine Betrachtungen über die Auswirkungen des zweiten Weltkrieges wählt Kolko als verbindende Klammer die Diskreditierung der bislang herrschenden Eliten und das solcherart entstandene politische Vakuum; lediglich Deutschland nach 1945 bleibt, da weitgehend vom Gestaltungswillen der Siegermächte abhängig, unberücksichtigt. Sehr ausführlich behandelt der Band die nationalsozialistische Besatzungspolitik in Europa, die zu einem totalen Glaubwürdigkeitsverlust aller kollaborierenden Gruppen geführt und die den Widerstand tragenden Linkskräfte, allen voran die Kommunisten, zur nahezu einzigen Alternative habe aufsteigen lassen. Dennoch sei ihnen außerhalb des unmittelbaren Einflußbereiches der Sowjetunion nach 1945 nirgendwo die Machtübernahme gelungen, wie anhand der Entwicklung in Italien, Frankreich und Griechenland gezeigt wird. Jugoslawien unter Tito stelle einen Sonderfall dar. Auf Druck der Westmächte [128:] und mit Duldung Stalins, der die von der Anti-Hitler-Koalition vorgenommene Aufteilung Europas in Interessensphären respektiert habe, sei es in den genannten Ländern statt eines Linksrutsches zu einer teilweise blutigen Unterdrückung der Kommunisten (so etwa im griechischen Bürgerkrieg), generell aber zu einer Art Restauration der alten Eliten gekommen. Was immer an derlei holzschnittartigen Thesen im einzelnen zu kritisieren sein mag – primär stellt sich die Frage, wie das Scheitern der Linken trotz der von Kolko für die Phase des zu Ende gehenden Krieges angenommenen revolutionären Situation mit der

zentralen Aussage des Buches über die (gesellschafts-)politischen Konsequenzen moderner Kriege in Einklang zu bringen ist. Dem Rezensenten drängt sich nämlich der Eindruck auf, daß der Verfasser ungewollt das erhebliche Gewicht außenpolitischer Faktoren wie etwa das Vorhandensein oder Nichtvorhandensein von Interventionsmächten belegt, weniger hingegen die destabilisierenden Auswirkungen eines Weltkrieges im Inneren der betroffenen Staaten.

Nachdem in Verbindung mit dem zweiten Weltkrieg auch das Aufkommen kommunistischer Bewegungen in Asien, deren Erfolg in China und deren Scheitern in Südostasien behandelt wurden, widmet sich der dritte Hauptteil den „Grenzen der Machtpolitik: Die Vereinigten Staaten 1945-1991“. In den zwei Kapiteln über den Korea- und den Vietnam-Krieg gelingt Kolko erstmals eine wirkliche Synthese, eine echte, nüchtern abwägende Analyse innen- und außenpolitischer, wirtschaftlicher sowie militärtechnischer Erklärungsansätze. Er geht auf die mit den USA kollaborierenden korrupten Regime – nicht allein in den beiden genannten asiatischen Staaten – ebenso ein wie auf die Unfähigkeit der amerikanischen Streitkräfte, sich auf einen Gegner und eine Kampfführung einzustellen, die ihr überlegenes technisches Potential nicht voll zur Wirkung kommen ließen.

Noch Lektüre der abschließenden Zusammenfassung, in der Kolko seine Erkenntnisse über die Rolle von Kriegen im 20. Jahrhundert thesenartig zugespitzt vorträgt, legt man den Band ziemlich enttäuscht aus der Hand. Ein grundlegend richtiger und wichtiger Ansatz, nämlich das Phänomen moderner Kriege nicht allein als das Geschehen auf den Schlachtfeldern zu beschreiben, sondern es als ein die gesamte Gesellschaft erfassender, sie nicht selten auch umstürzender Prozeß in den Blick zu nehmen, wird nur höchst unzulänglich umgesetzt. Immer wieder ärgerlich ist die allzu flotte Schreibweise des Verfassers, der seine Aussagen nicht bloß pointiert, sondern seine keineswegs immer hinreichend belegten Urteile in einem Jargon vorträgt, der in einem Werk mit wissenschaftlichen Ansprüchen verwundert (so wird zum Beispiel die von Kolko so bezeichnete „griechische Oligarchie“ auf S. 334 als „eine korrupte und verbrecherische Bande“ titulierte). Sieht man von der im Prinzip vielversprechenden Fragestellung nach den gesamtgesellschaftlichen Auswirkungen moderner Kriege ab, so mangelt es dem Buch an einem durchdachten Konzept, mit welchen Ansätzen, Methoden und [129:] Quellen die Untersuchung durchzuführen wäre. Statt dessen stößt der Leser auf ein verwirrendes, kaum strukturiertes Nebeneinander von Einzelbeobachtungen und vielen Details, deren Relevanz ihm insbesondere in den Asien-Kapiteln häufig verborgen bleibt. Die gewonnenen Resultate reichen mit wenigen Ausnahmen über die Ebene von Selbstverständlichkeiten nicht hinaus. Vertiefende und präzise Einsichten in das komplexe Phänomen moderner Kriege bleibt der Band schuldig.

Martin Moll

[130:]

## ANNOTATIONEN

JEFFREY VERHEY: *Der „Geist von 1914“ und die Erfindung der Volksgemeinschaft*. Aus dem Englischen von Jürgen Bauer und Edith Nerke, Hamburger Edition, Hamburg 2000, 416 S. (Englische Ausgabe: *The spirit of 1914. Militarism, myth and mobilization in Germany* (Studies in the social and cultural history of modern warfare, vol. 10, Cambridge 2000))

Das Werk erschien bereits 1991 als Dissertationsdruck in Amerika und wird seither viel zitiert. Die überarbeitete Buchausgabe erscheint gleichzeitig auf englisch und deutsch. Verhey analysiert und revidiert den Mythos von der „überwältigenden Kriegsbegeisterung“ im August 1914. Der erste Teil des Buches rekonstruiert das sog. Augusterlebnis, um die tatsächlichen Vorgänge aus dem Geflecht der bereits wenige Wochen später einsetzenden Legendenbildung herauszulösen und überzeugend und zuverlässig zu zeigen, was wann wo im Juli und August 1914 in Deutschland an Äußerungen, Kundgebungen, Demonstrationen, Stimmungen öffentlich wurde.

Drei unterschiedliche Gruppen von Erscheinungen stehen im Vordergrund, von denen später nur eine als „Augusterlebnis“ ideologisch normiert wurde: die „panischen Massen“ und ihre Reaktionen, der chauvinistische Taumel vor allem der bürgerlichen Jugend und des großstädtischen Mittelstandes, und die Gegenbewegung, die Demonstrationen für den Frieden. In Berlin wurden Friedensdemonstrationen mit mehr als hunderttausend Teilnehmern von der Polizei aufgelöst. Von Kriegsbegeisterung kann nur mit Einschränkungen die Rede sein. Handelte es sich um „patriotische“ Ausschreitungen, so ließ die Polizei spontane Demonstrationen selbst bei grober Störung der öffentlichen Ordnung zunächst gewähren. Breiten Raum widmet Verhey den „panischen“ Reaktionen der städtischen Massen wie Hamsterkäufe und Bankenstürme, ihrer Angst vor Trinkwasservergiftung und „Spionen“. Die „Spionenjagd“ läßt sie Barrikaden bauen, der Verkehr in Berlin bricht fast zusammen; 28 Menschen werden erschossen.

Verhey wertete 83 deutsche Zeitungen aus. Diese Materialgrundlage gestattete nicht nur eine Rekonstruktion der spontanen Reaktionen, sondern mehr noch den detaillierten Nachweis, wie sehr deren Leitartikel den gezielten Einsatz und das Ausmaß der staatlichen Kriegspropaganda verdeutlichen, denn die Stimmung wandelte sich rasch mit den ersten Kriegserfahrungen. Das „Augusterlebnis“ wurde daher bereits nach wenigen Wochen manipulativ normiert, in Jahrzehnten immer wieder beschworen und zur Kriegsmobilisierung benutzt.

[131:] KURT FLASCH: *Die geistige Mobilmachung. Die deutschen Intellektuellen und der Erste Weltkrieg. Ein Versuch*. Alexander-Fest-Verlag, Berlin 2000, 447 S.

Der heute emeritierte Ordinarius für mittelalterliche Philosophie in Bochum begründete in den 70er Jahren eine philosophiehistorische Schule, deren konsequent historische Verfahrensweise verblüffende Einsichten hervorbrachte. Seine Bücher sind mittlerweile Standardwerke. Dieses bemerkenswerte Werk über die Mobilisierung der Intellektuellen im ersten Weltkrieg hat niemand von dem Mediävisten erwartet. Sein Interesse aber gilt dem philosophischen Denken im ersten Weltkrieg, er diskutiert nicht die Literatur darüber, sondern präsentiert Quellen, die verdrängt und vergessen wurden. Dabei sind jene Reden und Schriften gut dokumentiert. Flasch geht es weniger um die Schnellschüsse an Kriegspropaganda, die sofort Anfang August von namhaften Professoren abgegeben wurden, z. B. des einzigen deutschen Philosophen mit Nobelpreis, Hermann Eucken. In den Philosophiegeschichten werden ihre Kriegsschriften gewöhnlich verschwiegen oder als Entgleisungen aus dem Entwicklungsgang ausgeklammert. Doch nicht nur bei Max Scheler bilden diese Arbeiten einen wesentlichen Kristallisationspunkt seines Denkens. Die Geschichte davon zu reinigen, hat schlechte Tradition, aber keine guten Gründe, gerade weil sie kein Ruhmesblatt für die Intellektuellen sind.

Flasch geht es nicht um eine Diskussion der Überzeugungskraft der „Ideen von 1914“, ihn interessieren nicht Reichweite und Tiefgang der Kriegsbegeisterung oder der Struktur des „Augusterlebnisses“, weder der realhistorische Hintergrund noch die Proteste der radikalen Linken sind sein Gegenstand. Mehr geht es ihm um jene Schriften, in denen die Denker den Weltkrieg selbst zum Gegenstand machten und auf den Begriff zu bringen versuchten. Auch wenn die untersuchten Texte von Autoren

verfaßt wurden, die sich als selbständige Denker begriffen, so wirken sie nicht nur in der Menge, sondern auch im Einzelfall als stereotype Texte, vor allem der Typus der Kriegsrede wiederholt immer wieder dieselben Topoi.

Der Vf. knüpft nur wenig an die bisherige Literatur zum Thema an, sondern geht direkt auf die Quellen zurück, deren wichtigste er umfassend vorstellt und auch ausgiebig zitiert. Für eine noch unveröffentlichte Bibliographie der Philosophie des Weltkrieges notierte Flasch bisher über 13.000 Titel. Er ordnet die Textmassen nach Autoren, Themen, Argumenten und Adressaten. Diese Quellen auszugraben ist wichtig, zeigen sie doch eine bürgerliche Philosophie in der realen, geschichtlichen Welt. Wie gut vorbereitet Rassismus und Ostpolitik der Nazis waren, ist z. B. an den Berliner Universitätsreden vom Herbst 1914 abzulesen. Die vorgelegte Analyse des Typus der Kriegsreden sei jedem Analytiker der deutschen Kriegsdemagogie von 1999 anempfohlen. Selbst ihre Massaker dienen darin den Deutschen zur Ehre. Wie der Autor es wollte, ist dies ein Buch, „das nach den Quellen schmeckt“. (9)

[132:] MARC FREY: *Der Erste Weltkrieg und die Niederlande. Ein neutrales Land im politischen und wirtschaftlichen Kalkül der Kriegsgegner* (Studien zur Internationalen Geschichte. Herausgegeben von Wilfried Loth in Verbindung mit Anselm Doering-Manteuffel, Jost Dülffer und Jürgen Osterhammel, Band 5), Akademie Verlag, Berlin 1998, 411 S.

In der ursprünglichen Feldzugplanung Schlieffens war vorgesehen, die Niederlande ebenso wie Belgien beim Vormarsch gegen Frankreich zu besetzen. Doch sein Nachfolger Moltke beschränkte die Verletzung der Neutralität auf Belgien, die Niederlande sollten in seiner Planung als neutral respektiert werden und für das kriegführende und eingekreiste Deutschland als eine Art Luftröhre fungieren, um den deutschen Warenaustausch mit Übersee für die erwartete Blockade über niederländische Häfen und neutrale Schiffe aufrechtzuerhalten. Doch das deutsche und das britische Interesse an einer Neutralität der Niederlande im Kriege waren nicht dasselbe. Die Londoner Deklaration vom 26.2.1915, welche die Blockade neutraler Häfen nicht gestattete, wurde von der britischen Regierung nie ratifiziert, ihre Wirtschaftskriegführung bezog die Niederlande voll in die Fernblockade mit ein.

Im Mittelpunkt der Analysen stehen die Wirtschaftsbeziehungen der Niederlande mit Deutschland einerseits, Englands mit seinen Alliierten andererseits unter den Bedingungen des politischen Drucks beider Blöcke auf das neutrale Land im ersten Weltkrieg. Die Wirtschaftskriegführung Großbritanniens gegenüber den Niederlanden oszillierte zwischen dem Druck auf die Niederlande, sich voll der Blockade Deutschlands unterzuordnen und dem Interesse, sich nicht für künftige Wirtschaftsbeziehungen die Grundlage zu verbauen. Daher tolerierten die Alliierten widerwillig, daß die Niederlande riesige Mengen an Lebensmitteln in das hungernde Deutschland exportierten.

Freys wirtschaftsgeschichtliche Abhandlung ist solide recherchiert und trotz der trockenen Materie überaus spannend. Sie zeigt am Beispiel der niederländischen Wirtschaftsbeziehungen zu den Kriegsparteien, wie direkt politische und militärische Einflüsse mit den wirtschaftlichen verbunden waren und wie schwer es die Kriegsgegner dem neutralen Lande machten, wenigstens formell seine politische Neutralität zu bewahren und seine Wirtschaftsinteressen durchzusetzen. Die Arbeit bietet ganz unerwartete Einsichten in die Gründe, Erwägungen und Zusammenhänge der kriegführenden Blöcke, weil sie weit über die wirtschaftlichen Bereiche hinausgreift. Der Verfasser umreißt die Stellung der Niederlande im internationalen Staatensystem seit der Jahrhundertwende und bietet einen instruktiven Ausblick auf die unmittelbare Nachkriegszeit vor und nach der Versailler Konferenz.

[133:] WLODZIMIERZ BORODZIEJ: *Terror und Politik. Die deutsche Polizei und die polnische Widerstandsbewegung im Generalgouvernement 1939-1944*, Verlag Philipp von Zabern, Mainz 1999, 302 S.

Die polnische Ausgabe dieser Dissertation erschien 1985, für die deutsche Buchfassung wurde eine interne Arbeitsübersetzung der Ludwigsburger Zentralstelle der Landesjustizverwaltungen benutzt. Die deutsche Ausgabe enthält gegenüber der polnischen nur wenige geringfügige Veränderungen. Der Stand der Forschungen seit 1984 wurde nicht berücksichtigt.

Gegenstand des Buches ist der Kampf der Sicherheitspolizei der deutschen Okkupanten gegen die polnischen Widerstandsbewegungen. Wie war die Sicherheitspolizei dafür gerüstet, wie war sie aufgebaut, welche Terrorkonzeption verfocht sie? Welche Position hatte der Polizeiapparat im Herrschaftssystem der Okkupanten, welche Rolle spielte die Sicherheitspolizei und inwieweit unterschied sich ihre Terrorkonzeption vom Herrschaftskonzept der Zivilverwaltung? Welche Informationsquellen hatte die Sipo über die Widerstandsbewegungen, was wußte sie wann über sie, wie konnte sie dieses Wissens bewerten und was konnte sie praktisch mit ihren Informationen anfangen?

Zur Beantwortung derartiger Fragen greift Borodziej vor allem auf die Akten der Gestapo in Radom zurück. Denn sie sind die einzigen, die in größerem Umfang überliefert sind. Radom war der einzige der Okkupanten noch vollständig verbliebene Distrikt des Generalgouvernements, nachdem die Rote Armee seit dem Spätsommer 1944 an der Weichsel stand. Bis zu deren Offensive im Januar 1945 war der Distrikt derartig dicht mit Wehrmachteinheiten belegt, daß der Sipo für ihre Bekämpfung der Widerstandsbewegung erstmals ausreichend exekutive Kräfte zur Verfügung standen. Entsprechend hoch waren die Opfer.

Borodziej rekonstruiert die Konzeption des faktischen Leiters der Gestapo in Radom: Er hieß nicht nur Fuchs, sondern war auch einer, er entwickelte mit Rückendeckung des Reichssicherheitshauptamtes eine flexiblere Linie, die stark auf Kollaboration mit den antikommunistischen Widerstandsorganisationen setzte. Von Interesse ist der Vergleich des Autors, inwieweit ein Spiegel der Gestapo Radom über das Spektrum der polnischen Widerstandsbewegungen mit der Realität übereinstimmte, warum welche Organisationen in deren Wahrnehmung dominierten und wie die Interessen der Sipo ihre verzerrte Wahrnehmung bewirkten.

Im Anhang informiert Borodziej über die Lebenswege der Gestapobeamten aus dem Generalgouvernement in der Bundesrepublik. Daraus geht hervor, daß die meisten Verbrecher am polnischen Volk ihre Karrieren ungebrochen fortsetzten und strafrechtlich niemals auch nur belangt wurden.

[134:] PETER REICHEL: *Politik mit der Erinnerung. Gedächtnisorte im Streit um die nationalsozialistische Vergangenheit*. Überarbeitete Ausgabe, Frankfurt am Main 1999, 342 S.

Die Erstauflage erschien anlässlich des „Großgedenkjahres 1995“; ein zweiter Band soll diese politische Kulturgeschichte deutscher Gedächtnisorte, die an die Nazivergangenheit erinnern, abschließen. Mit seinen Analysen der Symbole, Rituale und Traditionsstätten, der architektonischen und kunstästhetischen Lösungen, vor allem aber der politischen Inszenierungen von Erinnerung, ihrer Zwecke und Widersprüche knüpft Reichel an sein Buch „Der schöne Schein des Dritten Reiches. Faszination und Gewalt des Faschismus“ an, in dem er die inszenierten staatsrepräsentativen Ausdrucksformen der Nazis analysiert hatte.

Jede Erinnerung wählt aus, ergänzt und deutet. Sie ist im Umgang mit der Vergangenheit ebenso vergeßlich wie fantasievoll und erfinderisch, und zwar in allen Dimensionen der Gedächtnisbildung und -bewahrung. Vergeßlich aber heißt hier gegenwartsabhängig und interessenbedingt. Wenn die Gegenstände dieser Erinnerung politisch besonders brisant sind, weil sie die Verbrechen des deutschen Faschismus betreffen, dann wird auch das öffentliche Gedenken ein höchst brisantes politisches Problem, denn die Erinnerung selbst ist vom politischen Interesse determiniert, vor allem wird mit ihr Politik gemacht. Welcher Opfer soll gedacht werden, in welcher Form und zu welchem Zweck? „Wer ‚besetzt‘ die Gedächtnisorte, mit welchen Deutungen und denkmalästhetischen Inszenierungen?“ (10) Diese Politik mit der Erinnerung wird ergänzt von einer kommerziell florierenden Erinnerungskultur.

In einer historisch überaus informativen, analytisch überzeugenden und durchgängig kritischen Weise untersucht Reichel die massenhafte Beseitigung kompromittierender Spuren, die Entsorgung und Umfunktionierung von Gedächtnisorten, sodann den praktischen, politischen und ästhetischen Umgang mit Nazibauten, die Errichtung von Denkmälern für die Opfer des faschistischen Terrors und die Geschichte der ehemaligen Konzentrationslager als Gedenkstätten. Diese Topographie der Erinnerungskultur ist unentbehrlich für jeden Antifaschisten, protokolliert sie doch politische

Heuchelei, Anmaßung, Irreführung ebenso wie Ratlosigkeit angesichts der Krise der traditionellen Denkmalsästhetik für diese Erinnerung. Besonders ausführlich wird die oktroyierte Gestaltung der Neuen Wache in Berlin sowie der Streit um das Denkmal für die ermordeten Juden vorgestellt.

[135:] JÖRG RÖSLER: *Der Anschluß von Staaten in der modernen Geschichte. Eine Untersuchung aus aktuellem Anlaß*, Peter Long GmbH Europäischer Verlag der Wissenschaften, Frankfurt am Main 1999, 363 S.

Der „Anschluß“ Österreichs im März 1938 an das Deutsche Reich war die erste der „friedlichen“ Aggressionen Hitlerdeutschlands. Seither ist der Terminus zu einem Gattungsbegriff geworden, der über Österreich hinausweist, und Roesler gebraucht ihn in eben diesem Sinne. Von „Anschluß“ spricht er, wenn eine Region oder ein Staat de facto Bestandteil eines anderen wird. Rechtlich wird die Bevölkerung des angeschlossenen Landes den Bewohnern des Hauptlandes gleichgestellt, die politischen, administrativen, juristischen, meist auch sozialen und wirtschaftlichen Strukturen werden denen des Hauptlandes angeglichen. Roesler unterscheidet den *Anschluß* vom *Zusammenschluß* und von der *Kolonialisierung*. Im Unterschied zu einem *Zusammenschluß* oder einer Vereinigung gibt bei einem Anschluß eines der Partnerländer seine Strukturen zugunsten des anderen auf. Geringer ist seine Trennschärfe zum Typus der Kolonialisierung.

Unter diese Bestimmung subsumiert Roesler zwölf in seinem Buch ausführlich behandelte Anschlußfälle aus den letzten 300 Jahren, die trotz z. T. erheblicher zeitlicher, geographischer, politischer, wirtschaftlicher und sozialer Unterschiede diesem Grundmuster folgen, und zwar: die Union von England und Schottland 1707, der Anschluß Kataloniens an Kastilien 1714, die Eingliederung Quebecs ins britische Nordamerika 1764, die Wiedervereinigung der südlichen Niederlande mit den nördlichen 1815, die Besitzergreifung des Rheinlandes durch Preußen 1815, die Vereinigung der Slowakei mit den tschechischen Ländern 1918, der Anschluß Österreichs an Deutschland 1938, die Angliederung Estlands an die Sowjetunion 1940, die Rückgliederung des Saargebietes an die Bundesrepublik 1957, der Beitritt der DDR zur Bundesrepublik Deutschland und das „handover“ Hongkongs an die Volksrepublik China 1997. Von diesen Anschlüssen führten einige zu einer dauerhaften Integration, andere zur erneuten Trennung, bei dritten wirkt die Ambivalenz fort. Diese sehr verschiedenen Langzeitfolgen und ihre Ursachen werden für alle Beispiele analysiert.

Diese 12 Fälle werden hinsichtlich verschiedener Parameter miteinander verglichen, vor allem hinsichtlich der Art des Anschlusses, der Methoden der Angleichung z. B. des Rechts- und Bildungswesens und der Wirtschaft, des Integrationstempos und der Langzeitfolgen, der Rolle alter Schutz- und neuer Garantiemächte. Alle Indikatoren und Vergleiche dieser historischen Anschlußfälle dienen dem Ziel, Fragestellungen, Kriterien und Urteilskraft für eine durch Vergleichsgrundlage genauere Analyse der Probleme und Perspektiven der Prozesse der Angleichung der DDR-Länder an die BRD zu gewinnen sowie vage Prognosen hinsichtlich Koreas und Chinas abzugeben.

[136:]

## TAGUNGSBERICHTE

### Programmierter Sieg? Vermeidbare Niederlage?

1999 war die zum Thema „Formen des Überwachungsstaats im Zweiten Weltkrieg – ein internationaler Vergleich“ geplante Jahrestagung des *Deutschen Komitees für die Geschichte des Zweiten Weltkriegs* am Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung e. V. in Dresden nicht zustande gekommen. Die Jahrestagung 2000 fand am 23. und 24. Juni 2000 an der Universität der Bundeswehr in Hamburg statt, die damit zum zweiten Mal Gastgeber war. Sie stand unter dem Thema „Programmierter Sieg? Vermeidbare Niederlage? Verlauf und Ausgang des Zweiten Weltkrieges im Spiegel struktur- und handlungsorientierter Erklärungen“. Den Anstoß hatte das 1995 in London erschienene Buch von Richard Overy „Why the Allies Won“ gegeben. Overy hielt auch den grundlegenden Vortrag der als Werkstatt angelegten Konferenz, die von Bernd Wegner organisiert und geleitet wurde.

Einleitend umriß Bernd Wegner die Fragestellung: War der zweite Weltkrieg hinsichtlich seines Ausganges offen oder war sein Ergebnis durch die Strukturen der kriegführenden Seiten vorentschieden? Er konstatierte, daß in der deutschsprachigen Forschung der letzten Jahrzehnte darüber Konsens erzielt worden sei, der Ausgang sei strukturell vorentschieden gewesen, Overy dagegen räumte den während des Krieges getroffenen Entscheidungen größeres Gewicht bei. Folglich sei die Frage zu erörtern, welche Handlungsoptionen und -spielräume die Mächte hatten und wie erfolgreich sie diese zu nutzen verstanden.

Das große Interesse an Overys Fragestellung verwundert nicht, haben doch deutsche Weltkriegshistoriker – in der früheren BRD und in der DDR – sich vor allem auf die Frage konzentriert, warum Deutschland verloren hat, und Antworten formuliert, in denen von der individuellen Unfähigkeit Hitlers bis zur strukturellen Unterlegenheit Deutschlands unterschiedliche Gründe angeführt wurden. Die zum Siege führende Fähigkeit und Überlegenheit der Alliierten standen gemeinhin außer Frage.

Unterdessen liegt Overys Buch in einer von Jürgen Chamitzky besorgten – und sehr gut lesbaren – Übersetzung vor.<sup>1</sup> Zum Zeitpunkt der Tagung war das noch nicht der Fall. Es bietet sich daher an, die wichtigsten Aussagen Overys zunächst [137:] noch dem Buch – und nicht nach dem frei in englisch gehaltenen Vortrag – zu zitieren. Sie sind in beiden Fällen weniger sensationell, als es der Titel des Buches möglicherweise suggeriert.

Overy will „den Ausgang des Krieges erklären“ und konzentriert sich auf jene Bereiche des Konflikts, die er für entscheidend hält: „Dies sind neben den wichtigsten Kriegsschauplätzen auch zentrale Faktoren wie Produktion, Technologie, Politik und Moral.“ (7) Seiner Auffassung nach war weder der Sieg der Alliierten vorhersehbar noch „Hitlers Traum“ von vornherein zum Scheitern verurteilt. Der Sieg mußte von den Alliierten erkämpft werden. „Die Sowjetunion trug die Hauptlast bei der Abwehr des nationalsozialistischen Sturmlaufs und brach der deutschen Militärmacht das Rückgrat.“ (10 f.) Erst danach, zwischen 1942 und 1944 ist die Antwort auf die Frage zu suchen, warum die Alliierten gewannen. Zwei Faktoren wären dafür entscheidend gewesen: die rasche Wiederbelebung der sowjetischen Wirtschaft nach dem Schlag von 1941 und die Schnelligkeit und die Bandbreite der amerikanischen Rüstungsproduktion. Sie ermöglichten eine entsprechende Kriegführung: „Beide zusammen, sowjetisches Heer und alliierte Luftwaffe, besiegten die deutschen Streitkräfte und besiegelten auch das Schicksal ihrer schwächeren Verbündeten.“ (415) Auf die von ihm gestellte Frage antwortet Overy abschließend, daß die Alliierten den Krieg gewannen, „weil sie es verstanden, ihre wirtschaftliche Stärke in eine effiziente Kampfkraft und die moralischen Energien ihrer Völker in einen effektiven Siegeswillen zu verwandeln“. (417)

In seinem Vortrag auf der Tagung bevorzugte Overy eine vergleichende Betrachtungsweise, um die qualitativen Unterschiede zwischen Alliierten und Achsenmächten zu verdeutlichen. So wäre

---

<sup>1</sup> Richard Overy: Die Wurzeln des Sieges. Warum die Alliierten den Zweiten Weltkrieg gewannen, Stuttgart/München 2000 (danach die folgenden Seitenzahlen).

Deutschland seinen Gegnern anfangs materiell überlegen gewesen, das hätte sich erst im weiteren Verlauf des Krieges geändert. Deshalb sei es vor allem darauf angekommen, wie der Einsatz der Ressourcen erfolgte, wie die Wirtschaft strukturiert war, wie militärische Effizienz organisiert wurde und wie das moralische Potential beschaffen war. Gerade in dieser Hinsicht hätten die Achsenmächte als Aggressoren ein entscheidendes Defizit gehabt. Ihre stark militaristisch geprägten Gesellschaften hätten sich bei der Nutzung ihrer Ressourcen zudem als weniger improvisationsfähig gezeigt als die zivilen Gesellschaften der Westmächte – und auch die Sowjetunion. Die Westmächte konnten das Verhältnis von Personal- und Kapitaleinsatz besonders effektiv gestalten. Dennoch war der Sieg der Alliierten keine Selbstverständlichkeit. Deutschlands und Japans Militärmaschinerien verloren nicht einfach den Krieg, sie mußten zerschlagen werden.

Im Anschluß an diesen Vortrag wurden die beiden Werkstatt-Fragen für Großbritannien, die USA und die Sowjetunion sowie Deutschland und Japan von deutschen Spezialisten beantwortet und diskutiert. Großbritannien, so Lothar Kettenacker [138:] (London), hätte unter Churchill „in der Stunde der äußersten Bedrängnis die moralischen Instinkte der Nation“ mobilisieren können. Seine Regierung begriff sich als integrierendes Zentrum für das Zustandekommen einer „Grand Alliance“ gegen Hitlerdeutschland. Kettenacker schrieb ihm in dieser Funktion den entscheidenden Anteil an der Ausweitung des Krieges zum Weltkrieg zu. Indem die gemeinsame Kriegführung mit den USA und der Sowjetunion Wirklichkeit wurde, wäre die Niederlage der Wehrmacht vorprogrammiert gewesen. Im Rahmen der Anti-Hitler-Koalition war Großbritannien die Macht, deren Regierung als erste – seit Mitte 1942 – die Modalitäten für die völkerrechtliche Beendigung des Allianzkrieges festzulegen suchte.

Die USA waren, wie Bernd Greiner (Hamburg) darlegte und in zwölf Thesen explizierte, zwar am wenigsten auf den Krieg vorbereitet, besaßen aber alle Voraussetzungen, um sich – unter Roosevelts charismatischer Führung – binnen weniger Jahre in einem alle Bereiche des gesellschaftlichen und privaten Lebens erfassenden Transformationsprozeß zu einer militärischen Supermacht zu entwickeln. Durchaus in Übereinstimmung mit Overy konstatierte er u. a., daß die als Manager und Logistiker bewährten militärischen Führungskräfte der USA sich denen der Achsenmächte im Kriege als professionell überlegen erwiesen hätten.

Daß die Sowjetunion – im Gegensatz zu den USA – auf den Krieg vorbereitet und aufgrund ihrer Ressourcen von Hitler-Deutschland von vornherein nicht zu besiegen war, betonte Bernd Bonwetsch (Bochum). Für den Kriegsverlauf war dieses Kräfteverhältnis jedoch zunächst nicht bestimmend. Immerhin konnte die Sowjetunion nach anfänglichen katastrophalen militärischen Niederlagen und einem starken Rückgang der Industrieproduktion, die aber von der deutschen – soweit es um wichtige Rüstungsgüter ging – auch 1941/42 nicht übertroffen wurde, den Angriff auf sich allein gestellt abwehren und den größten Anteil zum Sieg über Hitler-Deutschland erbringen. Die anfänglichen Niederlagen seien vor allem dem System des Stalinismus und der persönlichen Einflußnahme Stalins geschuldet. Es hätte jedoch einen Lernprozeß gegeben, der den professionellen Militärs Vorrang verschaffte und damit auch die Überlegenheit an Menschen und Material zur Geltung brachte.

Die seit 1933 betriebene Aufrüstung Deutschlands habe, so Bernhard R. Kroener (Potsdam), trotz ihres beeindruckenden Umfangs unüberwindliche Defizite aufgewiesen, die im System begründet waren. Von den Ressourcen war in diesem Zusammenhang ebenso wenig die Rede wie von der persönlichen Einflußnahme Hitlers. Diese systemimmanenten strukturellen Defizite hätten selbst in der Zeit militärischer Erfolge nicht abgebaut werden können, so daß Hitler-Deutschland zu keiner Zeit in der Lage war, den Krieg aus eigener Anstrengung siegreich zu beenden. Gegen diese Argumentation Kroeners brachte Overy in seiner abschließenden [139:] Stellungnahme zum Ausdruck, daß eine Antwort auf die Frage, warum Hitler nicht gewinnen konnte, den Ausgang des Krieges nicht erkläre, Gerhard Krebs (Berlin) ging davon aus, daß der Krieg von der japanischen Staatsführung Ende 1941 in der Annahme begonnen worden war, den überlegenen USA einen Verhandlungsfrieden zu japanischen Bedingungen abringen zu können, wenn die japanischen Streitkräfte innerhalb eines halben Jahres den gesamten Raum zwischen Burma und dem Bismarck-Archipel erobert hätten. Als dieser Plan scheiterte, wollte sie schrittweise zum Frieden zurückkehren, erstens sollte ein von Japan vermittelter Sonderfrieden zwischen Deutschland und der Sowjetunion, danach ein Separatfrieden

Japans mit China und schließlich ein Frieden zwischen den Achsen- und den Westmächten geschlossen werden. Die Aussichtslosigkeit dieses Konzepts und die militärische Lage habe oppositionelle Kreise veranlaßt, eine Kapitulation mit anschließender enger Anlehnung an die USA zu befürworten, „um eine bolschewistische Revolution in Japan“ und eine sowjetische Machterweiterung in Asien zu verhindern. In der Tat habe die japanische Regierung nach mehreren Kabinettswechseln im Juli 1945 ein Kapitulationsangebot unterbreitet, aber die Westmächte nahmen es nicht an. Zur Kapitulation kam es erst nach dem amerikanischen Atombombenabwurf, der einen erbitterten Endkampf „oder gar kollektiven Selbstmord des japanischen Volkes“ verhindert hätte.

Die anstehende Mitgliederversammlung des Komitees wählte Bernd Wegner (Hamburg), Rolf-Dieter Müller (Potsdam) und Soenke Neitzel (Mainz) und den Berichtersteller in den neuen Vorstand. Einen entsprechenden Vorschlag hatte es schon vor acht Jahren auf der Mitgliederversammlung in Hannover gegeben, an der erstmals Weltkriegshistoriker der DDR teilnahmen, um deren Integration sich Jürgen Rohwer als damaliger Vorsitzender in dankenswerter Weise bemüht hatte. Zu einer Mitarbeit im Vorstand vermochte sich seinerzeit jedoch keiner der „abgewickelten“ Kollegen zu entschließen. Nichtsdestoweniger hat der 1992 gewählte Vorstand – Gerhard Hirschfeld (Stuttgart), Jost Dülffer (Köln), Bernd Wegner (Freiburg/Br.) und Wilhelm Deist (Freiburg/Br.) – in seiner achtjährigen Amtszeit die von Rohwer eingeleitete Integration dieser Kollegen in die Arbeit des Komitees konstruktiv weitergeführt. Ihre Teilnahme an den wissenschaftlichen Tagungen des Komitees ist seit Jahren selbstverständlich geworden. Hervorgehoben sei hier die Unterstützung des Komitees und namentlich seines Vorsitzenden, des Vizepräsidenten des Comité international, Gerhard Hirschfeld, für den Offenen Brief von Weltkriegshistorikern aus der DDR gegen die Eliminierung der DDR-Historiographie zur Geschichte des zweiten Weltkrieges in dem von Dirk [140:] van Galen Last im Bulletin du Comité international d'histoire de la deuxième guerre mondiale (Nr. 29) veröffentlichten Literaturbericht.<sup>2</sup>

Fritz Petrick

### **Wirtschaftsgeschichte – Kriegsgeschichte Ehrenkolloquium zum 70. Geburtstag von Dietrich Eichholtz**

Am 9. September 2000 fanden sich in Berlin rund 60 Historiker und Freunde zu einer zum Teil sehr persönlich gehaltenen wissenschaftlichen Veranstaltung zusammen. *Fritz Petrick* (Greifswald) würdigte in seiner Laudatio den Jubilar als Pionier der marxistischen Faschismusforschung in der DDR. Rückblickend schätzte er ein, daß dessen Lebenswerk, die dreibändige „Geschichte der deutschen Kriegswirtschaft“ nunmehr wohl mit Abstand als erstes genannt werden muß, „wenn von bleibenden Leistungen eines Historikers aus der DDR die Rede ist. Sie ist das Ergebnis historischer Forschungen, die in der DDR aus eigener Initiative mit erstaunlichem Erfolg betrieben und nach ihrem Untergang mit bewundernswerter Konsequenz weitergeführt wurden.“ Dieses Werk hat eine eigene Geschichte, in der sich die Entwicklung der Geschichtsforschung in der DDR widerspiegelt. Begonnen als Einzelvorhaben des Autors wurde es, begünstigt durch die sich ausweitende nutzbare Quellengrundlage, den sich schnell vollziehenden Fortschritt in der Erforschung einzelner Gebiete der faschistischen Wirtschaft wie Landwirtschaft, Außenhandel und Finanzen und Dank der Kooperationsfähigkeit von Dietrich Eichholtz, in den folgenden Bänden zu einer kollektiven Arbeit von Spezialisten.

Als Mitglied des Herausgeberkollegiums und als Autor hat Eichholtz einen unabdingbaren Anteil an dem sechsbändigen Werk „Deutschland im zweiten Weltkrieg“ und an den dazugehörigen Dokumentenbänden, von denen „Anatomie des Krieges“ entscheidend von ihm gestaltet wurde. Es war damals völlig ungewöhnlich, daß ein Wirtschaftshistoriker so direkt in die Kriegsgeschichtsschreibung integriert wurde. Die von Eichholtz verfaßten Kapitel über die Kriegswirtschaft haben viele weitere Forschungen angeregt, so z. B. jene über die Nachkriegsplanungen der deutschen Industrie durch Karl Heinz Roth.

Seit Ende der 70er Jahre war die Theorie des Faschismus einer der wesentlichen Forschungsschwerpunkte von Dietrich Eichholtz. In diesem Zusammenhang gab er 1980 gemeinsam mit Kurt Gossweiler,

---

<sup>2</sup> Vgl. Werner Röhr: Reaktionen auf den Offenen Brief von Historikern aus der DDR an das Comité international de la deuxième guerre mondiale, in: Bulletin, Heft 13 (1999), S. 132 ff.

unter Beteiligung von Ökonomen und Philosophen, die viel diskutierte Veröffentlichung „Faschismusforschung. Positionen – Probleme – Polemik“ heraus. Petrick merkte zur Faschismusforschung in der DDR an, daß diese im wesentlichen auf den deutschen Faschismus konzentriert [141:] war, vergleichende Forschungen über Ansätze nicht hinaus kamen und eine Beschäftigung mit der Theorie des Faschismus kaum stattfand, was weitgehend der Dogmatisierung der Thesen des XIII. EKKI-Plenums geschuldet war. Petrick verwies auf ein „Positionspapier“ von Eichholtz aus dem Jahre 1963. Dieser schrieb dort, daß eingehender zu forschen sei über die „Bestimmung derjenigen Kreise des Finanzkapitals, die in der Definition genannt sind.“ Zu fragen sei nach jenen Monopolen, die bis 1939 den Schwerpunkt der imperialistischen Aggressivität darstellten und die im Stadium der unmittelbaren Kriegsvorbereitung ökonomisch und politisch (einflußmäßig) an der Spitze standen (Vierjahresplan); die Konstellation innerhalb des deutschen Finanzkapitals in der sogenannten Ära Speer (ab 1942) und besonders von der Niederlage der Faschisten an der Wolga an, die wichtige Aufschlüsse über die Hintergründe zum Beispiel des Juli-Putsches zu bieten verspricht. Meiner Meinung nach werden die Antworten auf diese Fragen verschieden ausfallen; die Kräftegruppierung innerhalb der herrschenden Klasse in Nazideutschland war in jedem der drei Fälle eine andere.<sup>3</sup>

In persönlichen Bemerkungen haben Fachkollegen die Arbeiten an gemeinsamen Projekten als fruchtbar für ihre eigene wissenschaftliche Entwicklung hervor. Sie erinnerten an Eichholtz' kritisches und undogmatisches Herangehen und vor allem an sein beharrliches Drängen zur Befragung der Quellen.

Im Hauptteil der Veranstaltung stellten Fachkollegen ihre neuen Forschungsergebnisse zur Thematik Krieg und Wirtschaft vor. *Claus Wohler* (Halmstad, Schweden) untersuchte die nicht unproblematische Haltung Schwedens als neutralem Staat im zweiten Weltkrieg, die von dessen internationaler wirtschaftlicher Verflechtung bestimmt war. So seien die Verbindungen zu deutschen Konzernen wie Bosch und IG-Farben, zeitlich zwar in differenzierter Weise, über den Krieg hinweg bis in die Nachkriegszeit hinein unterhalten worden. Das partielle Abgehen von der Neutralität sei nach seiner Meinung auch unter dem Druck der Großmächte USA, Sowjetunion und Deutschland geschehen. Unter den neuesten Entwicklungsbedingungen der Globalisierung der Wirtschaft sei das Neutralitätsproblem neu zu betrachten.

*Manfred Oertel* (Stralsund) wies im Zusammenhang mit der Raubgoldproblematik und der Rolle der Schweiz auf neue Forschungsaspekte der Kriegsfinanzierung hin.

*Kurt Pätzold* (Berlin) untersuchte die Darstellung der Aufrüstung, der Zwangsarbeiterfrage und des Raubgoldes in den Memoiren der deutschen Wirtschaftsführer. Ziel dieser Publikationen war es, die Wirtschaftsführer und Militärs von der Schuld an den Kriegsvorbereitungen und am Krieg zu entlasten und die Zusammenhänge zwischen Banken, Wirtschaft, Militär und Politik zu verschleiern. Die [142:] Zwangsarbeiterproblematik sei, beginnend bei den Nürnberger Prozessen bis zur Gegenwart, nur sehr zurückhaltend behandelt worden. Nach dem Ende des kalten Krieges versuchen Juristen der Monopole sogar zu begründen, daß heute die moderne Kriegswirtschaft ohne Zwangsarbeit nicht möglich sei und das internationale Völkerrecht in dieser Richtung geändert werden sollte.<sup>4</sup>

*Almuth Püschel* (Potsdam) stellte ihre Untersuchungen zur Ortsgeschichte von Nowawes (Babelsberg) zwischen 1933 und 1945 vor, die konzeptionell von dem von Eichholtz geleiteten Projekt „Brandenburg in der NS-Zeit“ maßgeblich beeinflusst sind. Dies betrifft vor allem die Komplexität des Herangehens an die Erforschung sozialer, politischer, wirtschaftlicher und ideologischer Sachverhalte.

*Rüdiger Hachtmann* (Freiburg/Berlin) referierte über Arbeiterklasse und Deutsche Arbeitsfront. Ihm ging es um die Suche nach den historischen Ursachen für aktuelle Erscheinungen in der Arbeiterklasse wie Mitgliederschwund der Gewerkschaften und verstärkter Einfluß der Rechten auf die Arbeiter.

---

<sup>3</sup> Dietrich Eichholtz: Probleme einer Wirtschaftsgeschichte des Faschismus in Deutschland, in; Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte, 1963, Teil 3, S. 97-127, hier S. 125.

<sup>4</sup> Siehe den Text des Beitrages auf S. 75-94.

Nachdem 1933/1934 in Deutschland die Arbeiterorganisationen zerschlagen worden waren, gelang es der DAF und der Industrie in enger Zusammenarbeit, gezielt durch Anpassungsdruck und positive Integrationsangebote befördert, eine neue Mentalität der Arbeiter zu formen. Als Hintergrund für den umfassenden Erfolg der allseitigen Beeinflussung durch die Nazi-Propaganda sah er den Wandel der sozialen Stellung der deutschen Arbeiter vom Ende der 20er Jahre bis zum Ende des zweiten Weltkrieges, insbesondere ihres Status nach 1941, der keine merklichen Unterschiede zu den Angestellten mehr aufwies. Eine vom Rassismus geprägte „Herrenschicht“ deutscher Arbeiter wurde als Führungskraft für die besetzten Länder herangebildet und in Deutschland selbst die Kontroll- und Überwachungstätigkeit gegenüber den Zwangsarbeitern zur Regel. Daraus ergab sich eine Umstrukturierung und eine neue Hierarchie der Arbeiterklasse. Alle diese Faktoren führten zur Auflösung des traditionellen Arbeitermilieus.

Nach 1945 gelang es nicht, die klassische Struktur der Arbeiterbewegung wieder herzustellen. Ein neuer individualistischer, karriereorientierter Arbeitertyp war entstanden. In der Gegenwart haben moderne Technik und veränderte Produktionsstrukturen in allen hochentwickelten kapitalistischen Ländern Folgen für die Facharbeiter, Gastarbeiter wie in der BRD sind überall üblich. Die in Deutschland sichtbare Ausländerfeindlichkeit ist offensichtlich eine Nachwirkung des NS-Rassismus.

*Ulla Jelpke (MdB)* hob besonders die Untersuchungen von Eichholtz zur Zwangsarbeit hervor, die im Zusammenhang mit dem unlängst verabschiedeten Entschädigungsgesetz von großem Nutzen seien. Für ihre innenpolitische Arbeit, für die [143:] Kritik am Neofaschismus und in der Auseinandersetzung mit der Macht der Monopole seien ihr seine Arbeiten unentbehrlich.

Hinsichtlich der aktuellen Diskussion zur Entschädigung der Zwangsarbeiter wiesen Kurt Pätzold, Manfred Oertel und Almuth Püschel darauf hin, daß die Gewaltverbrechen an den Zwangsarbeitern nicht zur Kenntnis genommen werden, daß der Anteil der Deutschen am Gewinn aus der Beschäftigung von Zwangsarbeitern wesentlich differenzierter zu betrachten ist. Kritisch angemerkt wurde die Stellung der DDR zur Entschädigung der Zwangsarbeiter: da sie sich nicht als Rechtsnachfolgerin des „Dritten Reiches“ verstand, habe sie sich auch nicht für eine Entschädigung verantwortlich gefühlt. Aber auch dem Gedenken an den Zwangsarbeitereinsatz habe man sich, wie Almuth Püschel mit eigenen Erfahrungen belegte, kaum gewidmet. An das Verantwortungsgefühl der Historiker appellierend forderten Pätzold und Eichholtz, sich vor allem der neuen jungen Generation zuzuwenden. In den Medien würde zwar viel über Geschichte geredet, aber Zusammenhänge würden bewußt nur ungenügend deutlich gemacht. Gemeinsam mit anderen antifaschistisch gesinnten Kräften sei zu überlegen, was gegen den Rechtsextremismus zu tun ist und wie staatliche Einrichtungen zu wirkungsvollerem Agieren veranlaßt werden können.

In seinen Schlußbemerkungen zog *Dietrich Eichholtz* ein Fazit seines Lebens und Forschens in den vergangenen vierzig Jahren: Die DDR bot ihm günstige Arbeitsbedingungen. Besonders hob er die Möglichkeiten intensiver Quellensichtungen hervor, die eine wichtige Grundlage seiner Arbeiten waren, und die jederzeit solidarische Haltung seiner Kollegen, insbesondere am Institut für Geschichte der Akademie der Wissenschaften. „Mit der Sicherheit der DDR im Rücken“ konnte er langjährige Auseinandersetzungen mit konservativen Kollegen in der BRD durchstehen, v. a. im Zusammenhang mit dem Erscheinen der ersten beiden Bände der „Geschichte der deutschen Kriegswirtschaft 1939-1945“. 1970 und in den Folgejahren wurde er von diesen Historikern und von Journalisten harscher politischer Kritik unterzogen. Gleichzeitig mußten diese aber seine tiefgründigen Quellenstudien anerkennen, Historiker der BRD fühlten sich zu ebenso gründlichen Forschungen aufgefordert.

Das gesellschaftliche Engagement, das Gefühl der Verantwortung für die Vermittlung der Forschungsergebnisse über Hintergründe und Ergebnisse eines der schwärzesten Kapitel deutscher Geschichte prägten *Dietrich Eichholtz'* Weg bis zur Gegenwart. Nach wie vor, so resümierte er auf dem Kolloquium, betrachtet er sich als marxistischer Historiker, was unter dem Eindruck seiner wissenschaftlichen Forschungsergebnisse mittlerweile auch nichtmarxistische Fachkollegen akzeptieren. Wichtig für ihn war nach dem Ende der DDR und der Auflösung der Akademie die existentielle und wissenschaftliche Unterstützung durch Historiker [144:] aus der alten BRD wie Wolfgang Benz und

Reinhard Rürup und durch den Saur-Verlag, die ihm die weitere Forschung und Publikation ermöglichen.

Dietrich Eichholtz mahnte, die Imperialismusforschung nicht untergehen zu lassen und wies auf eine ganze Reihe offener Forschungsprobleme hin wie die klare Beschreibung des ersten und zweiten Weltkrieges als Exzesse des Imperialismus, die Notwendigkeit einer tieferen Untersuchung des Imperialismus in der Zwischenkriegszeit und die Weiterführung der Diskussion um den Charakter des zweiten Weltkrieges als Rassen- oder Klassenkrieg. Kritisch zu befragen seien dazu auch die Arbeiten von Politikern und Theoretikern wie Rudolf Hilferding u. a. Zugleich unterstrich er die Relevanz des Imperialismus-Begriffs auch für die Zeit nach 1945 und kritisierte, daß dieser auch in der linken Forschung kaum noch auftauche, aber die Merkmale des Imperialismus wie Jagd nach Rohstoffen, nach Märkten, Kapitalexport, Produktionsverlagerung in Billiglohnländer aktueller denn je seien. Heute kämen die enorme Ausweitung der Produktionsfelder und des Kapitalexports nach Osten durch den Zerfall des sozialistischen Systems und die weitgehende Weltdominanz des amerikanischen Kapitals hinzu.

Gerlinde Grahn